



Herausgegeben von
Susanne Heim
Beate Meyer und
Francis R. Nicosia

**»Wer bleibt, opfert
seine Jahre, vielleicht
sein Leben«**

Deutsche Juden 1938-1941

»Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«

Hamburger Beiträge
zur Geschichte der deutschen Juden
Für die Stiftung Institut für die Geschichte der deutschen Juden
herausgegeben von
Stefanie Schüler-Springorum und Andreas Brämer
Bd. XXXVII



»Wer bleibt, opfert seine Jahre,
vielleicht sein Leben«

Deutsche Juden 1938–1941

Herausgegeben von
Susanne Heim,
Beate Meyer,
Francis R. Nicosia



WALLSTEIN VERLAG

Wir danken Dr. Diana Schulle für das Lektorat, Hajo Gevers vom Wallstein Verlag für seine kompetente und geduldige Betreuung des Sammelbandes und der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg für die Förderung des Drucks.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2010

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

Druck: Hubert & Co, Göttingen

Umschlagbild unter Verwendung zweier Fotografien:

(großes Foto) © Süddeutsche Zeitung 317418

(kleines Foto) aus: Gustav Schröder,

Heimatlos auf hoher See, Berlin 1949.

ISBN 978-3-8353-0752-0

Inhalt

SUSANNE HEIM / BEATE MEYER / FRANCIS R. NICOSIA Einleitung	7
BEATE MEYER Der Traum von einer autonomen jüdischen Verwaltung – Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Auswanderer und Zurückbleibende in den Jahren 1938/39 bis 1941	21
KIM WÜNSCHMANN Die Konzentrationslagererfahrungen deutsch-jüdischer Männer nach dem Novemberpogrom 1938 Geschlechtergeschichtliche Überlegungen zu männlichem Selbstver- ständnis und Rollenbild	39
ANDREA LÖW Die frühen Deportationen aus dem Reichsgebiet von Herbst 1939 bis Frühjahr 1941	59
MARIA VON DER HEYDT Möglichkeiten und Grenzen der Auswanderung von »jüdischen Mischlingen« 1938-1941	77
JANA LEICHSENRING Die Auswanderungsunterstützung für katholische »Nichtarier« und die Grenzen der Hilfe Der St. Raphaelsverein in den Jahren 1938 bis 1941	96
DOROTHEA HAUSER Zwischen Gehen und Bleiben Das Sekretariat Warburg und sein Netzwerk des Vertrauens 1938-1941	115
FRANCIS R. NICOSIA Haavara, Hachschara und Aliyah-beth Jüdisch-zionistische Auswanderung in den Jahren 1938-1941 . . .	134

INHALT

SUSANNE HEIM	
Politik oder Philanthropie?	
Die internationalen Hilfsorganisationen und die Diskussion um die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich 1939-1941	149
FRANK CAESTECKER	
Jewish Refugee Aid Organizations in Belgium and the Netherlands and the Flight from Nazi Germany, 1938-1940	166
CLEMENS MAIER-WOLTHAUSEN	
Im Spannungsfeld zwischen jüdischer Solidarität und nationalen Interessen	
Die schwedisch-jüdische Gemeinde in Stockholm und die Auswanderungsbemühungen deutscher Juden	192
HAGIT LAVSKY	
The Impact of 1938 on German-Jewish Emigration and Adaptation in Palestine, Britain and the USA	207
PHILIPP METTAUER	
Von der »Ostmark« nach Argentinien	226
MARION KAPLAN	
Ein »sehr bescheidenes Experiment«	
Jüdische Flüchtlinge in der Dominikanischen Republik 1940-1945	244
BONNIE M. HARRIS	
Refugee Rescue in the Philippines, 1937-1941	265
DEBÓRAH DWORK	
Refugee Jews and the Holocaust	
Luck, Fortuitous Circumstances, and Timing	281
Kurzbiographien	299

SUSANNE HEIM
BEATE MEYER
FRANCIS R. NICOSIA

Einleitung

»Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben für eine verlorene Sache«. ¹ Diese bittere Einsicht, die wir als Titel unseres Sammelbandes gewählt haben, stammt von Hans Reichmann. Als Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gehörte er zu den führenden Persönlichkeiten des deutschen Judentums. Reichmanns Prognose, formuliert im Sommer 1939, bewahrheitete sich in den folgenden Jahren für fast alle jüdischen Repräsentanten und die von ihnen Repräsentierten, die Deutschland nicht verließen. Der Centralverein, 1893 gegründet, hatte sich die Gleichberechtigung der Juden und den Kampf gegen den Antisemitismus auf die Fahnen geschrieben. Er vertrat gegen Ende der Weimarer Republik mit etwa 60.000 Mitgliedern die Mehrheit der assimilierten bürgerlich-liberalen Juden in Deutschland. ² Hans Reichmann hatte nach der nationalsozialistischen Machtübernahme noch jahrelang für die Ziele des Vereins gekämpft. Während des Novemberpogroms saß er sechs Wochen im Konzentrationslager Sachsenhausen ein. Wie die anderer Häftlinge war auch seine Entlassung an die Bedingung geknüpft, sofort auszuwandern. Nach seiner Rückkehr waren die Strukturen des Verbandes zerstört, das Büro geschlossen, die Zeitung verboten, der Antisemitismus Staatsdoktrin geworden. Hans Reichmann kapitulierte: »Für uns selbst ist keine Aufgabe mehr in Deutschland, unsere Organisation ist zerschlagen, unser Arbeitsgebiet nicht mehr vorhanden.« ³ Am 11. April 1939 verließen Eva und Hans Reichmann Deutschland. Noch war die Emigration möglich, wenngleich bereits zu erschwerten Bedingungen. Wenige Monate später, vom 1. September 1939 an, reduzierte der Kriegsbeginn die Chancen der deutschen und österreichischen Juden weiter, das Land zu verlassen bzw. Aufnahme in

- 1 Hans Reichmann, *Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939*, München 1998, S. 264.
- 2 Vgl. dazu Abraham Barkai, *»Wehr Dich!« Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938*, München 2002.
- 3 Reichmann, *Deutscher Bürger* (wie Anm. 1), S. 264.

einem anderen zu finden. Am 23. Oktober 1941 verbot der NS-Staat die Auswanderung. Letzte verplombte Züge brachten noch die Emigranten in Sicherheit, deren Ausreise über Lissabon bereits organisiert war, während die ersten Transporte mit jeweils etwa 1.000 Juden schon von Wien, Prag, Berlin, Frankfurt und Köln Richtung Osten rollten.

Dieser Sammelband enthält die überarbeiteten Beiträge des internationalen Workshops »Jüdische Perspektiven auf die Jahre der ›forcierten Auswanderung‹ bis zur Ghettoisierung und Deportation der Juden aus dem Deutschen Reich (1938/39 bis 1941)«, den Beate Meyer (Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg), Susanne Heim (Editionsprojekt »Judenverfolgung 1933-1945«) und Anna Hájková (University of Toronto) organisierten und der im Mai 2009 in Hamburg stattfand.⁴ Die Beiträge zum Workshop hatten die Reaktionen der deutschen Juden auf die staatlich organisierte Vertreibung zum Thema, die kollektiven und individuellen Folgen des Pogroms vom 9. November 1938 sowie die Lageeinschätzungen, die Handlungsmöglichkeiten und -grenzen der jüdischen Organisationen im In- und Ausland, die Juden aus dem Deutschen Reich in Sicherheit zu bringen versuchten.

Ende 1937 lebten noch etwa 400.000 Juden im Altreich. Ihr Alltag war auch schon vor dem Novemberpogrom 1938 von einer Vielzahl schikanöser Bestimmungen geprägt, die ihr Leben in Deutschland wie auch ihre Auswanderung erheblich erschwerten.⁵ Nachdem NS-Deutschland im März 1938 Österreich annektiert hatte, drangen zudem von dort alarmierende Nachrichten zu ihnen: Juden wurden gejagt, öffentlich misshandelt, willkürlich inhaftiert, ihr Wohneigentum und Vermögen in rasantem Tempo »arisiert«.⁶ Hatte sich der Ausgrenzungsprozess in Deutschland bisher über fünf Jahre erstreckt, so entwickelte sich in Österreich eine wesentlich radikalere Variante der antijüdischen Politik in nur wenigen Monaten, deren Rückwirkungen die deutschen Juden sofort spürten. Jüdischen Im- und Exportunternehmen wurden die Einfuhrquoten und Devisenzuteilungen gekürzt oder gestrichen, jüdische Firmen erhielten keine öffentlichen Aufträge mehr, Gewerbebetriebe wurden systematisch

4 Der Internationale Workshop wurde großzügig von der Fritz Thyssen Stiftung und von der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg gefördert.

5 Götz Aly u. a. (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*, Band 2: *Deutsches Reich 1938 – August 1939*, bearb. von Susanne Heim, München 2009 (im folgenden VEJ 2), S. 13-15, S. 43-48.

6 Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt am Main 2000, S. 57-68.

erfasst, für Privatunternehmen wie Aktiengesellschaften wurde definiert, wann sie als jüdisch galten, und ihre »Tarnung« war strafbar.⁷ Einzelverbote ergänzten diese generellen Bestimmungen: So durften jüdische Fabrikanten keine Volksempfänger und keine Waffen herstellen, Einkaufs-, Elektro- und Gasgemeinschaften konnten ihre jüdischen Teilnehmer ungestraft ausschließen. Juden durften nicht mehr am Börsenhandel teilnehmen, als Auktionatoren keine Versteigerungen abhalten, als Zahnärzte nicht für die Krankenkassen arbeiten und als Tierärzte nicht ausgebildet werden. Humanärzte verloren die Approbation, Rechtsanwälte wurden aus der Anwaltschaft ausgeschlossen und nur wenige durften unter den diskriminierenden Bezeichnungen »Krankenbehandler« bzw. »Konsulenten« jüdische Patienten bzw. Klienten betreuen.⁸ D. h.: Selbstständige und Freiberufler büßten ihre ökonomische Existenzgrundlage ein, wie zuvor schon viele Arbeiter und Angestellte. Sie mussten von ihren Ersparnissen leben oder Wohlfahrtsunterstützung beantragen. Im April 1938 verlangte der NS-Staat die Anmeldung der Vermögen über 5.000 RM und kündigte die »Sicherung« dieser Besitztümer für den »Einsatz im Interesse der deutschen Wirtschaft« an.

Eine Reihe neuer Regelungen betraf das Privatleben: Viele zielten auf die (räumliche) Trennung von Juden und Nichtjuden, andere bezweckten die Kenntlichmachung als Juden: Namensänderungen, die nach 1933 erfolgt waren, konnten staatlicherseits rückgängig gemacht und dies auch auf Kosten der Betroffenen in einer Tageszeitung öffentlich angezeigt werden. Bei Getauften sollten die Personenstandsbücher künftig eine frühere Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft vermerken. Juden mussten zwangsweise die Vornamen »Israel« und »Sara« annehmen und dies auch noch selbst beim Standesamt und im Telefonbuch eintragen lassen. Ebenso hatten sie sich, wie im Juli 1938 verordnet wurde, bis zum Jahresende eine Kennkarte ausstellen zu lassen, die künftig bei jedem Behördenbesuch vorzulegen war. Im Sommer 1938 verhaftete die Kriminalpolizei reichsweit im Rahmen der »Juni-Aktion« etwa 9.000 so genannte Asoziale und wies sie in Konzentrationslager ein. Unter ihnen

7 Vgl. zu den genannten Maßnahmen Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg 1997, S. 265-324; einen Überblick über »Arisierung« im Deutschen Reich bietet Benno Nietzel, Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933-1945. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 49(2009), S. 561-613.

8 Einzelnachweise für die meisten der hier aufgezählten Maßnahmen mit Quellenangaben siehe VEJ 2 (wie Anm. 5) bzw. Joseph Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg 1996.

befanden sich mindestens 1.500 Juden, die in den Jahren zuvor meist zu Bagatelldelikten verurteilt worden waren.⁹ Viele waren aus der Haft noch nicht entlassen, als ihre während des Novemberpogroms verhafteten Glaubensgenossen in den Lagern eintrafen. Flankiert wurde die »Juni-Aktion« von gewalttätigen antijüdischen Ausschreitungen insbesondere in der Reichshauptstadt Berlin, wo der Polizeipräsident 76 gegen Juden gerichtete kleinlichste Verwaltungsvorschriften auflisten ließ.¹⁰

Die von den deutschen Juden mit großen Hoffnungen erwartete Konferenz in Evian-les-Bains im Juli 1938, von der sie sich neue und bessere Möglichkeiten zu emigrieren versprochen, scheiterte: Die Vertreter von 32 Staaten konnten sich nicht auf Auswanderungsquoten und Aufnahmegebiete einigen.¹¹ Das NS-Regime verhöhnte die Juden, die niemand haben wollte. Etwa zwei Monate später, im September 1938, zeigten dann Pläne zu einem Verbot, in Nachbarländer auszuwandern, einen Kurswechsel in der antijüdischen Politik an.¹² Kurz darauf mussten Juden ihre Reisepässe abgeben. Auf ihren neuen Pässen – wenn sie denn auf Antrag ausgestellt wurden – prangte das rote »J«. Die Falle hatte sich also bereits vor dem Novemberpogrom fast geschlossen. Avraham Barkai nennt deshalb 1938 das »Schicksalsjahr« der deutschen Juden.¹³

Im Novemberpogrom eskalierte die Gewalt gegen Juden in Deutschland.¹⁴ Die Zerstörungen jüdischer Geschäfte und Praxen, Synagogen und anderer Gemeindeeinrichtungen, Misshandlungen, eine unbekann-

9 Wolfgang Ayaß, »Asozial« im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995; Patrick Wagner, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996, S. 279-292.

10 Wolf Gruner, »Lesen brauchen sie nicht zu können ...«, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4, hg. v. Wolfgang Benz, Frankfurt am Main 1995, S. 305-341; VEJ 2 (wie Anm. 5), Dok. 68, S. 234-243.

11 Fritz Kieffer, Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939, Stuttgart 2002, S. 225-255; Ralph Weingarten, Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das Intergovernmental Committee on Political Refugees (IGC) 1938-1939, Bern 1981.

12 Walk, Sonderrecht (wie Anm. 8) II, 548, S. 242.

13 Avraham Barkai, »Schicksalsjahr 1938«. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Das Unrechtsregime, Bd. 2, hg. von Ursula Büttner, Hamburg 1986, S. 45-68.

14 Vgl. Hans-Jürgen Döscher, »Reichskristallnacht«: Die Novemberpogrome 1938, Frankfurt am Main 1988; Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007; Ben Barkow/Raphael Gross/Michael Lenarz (Hg.), Novemberpogrom

te Zahl von Todesfällen – allein offiziellen Angaben zufolge wurden in dieser Nacht 91 Juden getötet – und die Verhaftung von etwa 30.000 Männern versetzten nicht nur den direkt Betroffenen einen Schock, ging es jetzt doch nicht mehr um Diskriminierung, Schikanen und hohe Abgaben, sondern um Gefahr für Leib und Leben. Das Reichssicherheitshauptamt übernahm in der Folgezeit die Federführung in der antijüdischen Politik des NS-Staates und drängte die anderen Akteure Stück für Stück zurück.¹⁵ Die finanzielle Ausplünderung durch Hermann Görings »Judenvermögensabgabe« traf alle Juden, die mehr als 5.000 RM besaßen, die »Arisierung« glich mittlerweile einem »Bereicherungswettlauf« der Profiteure.¹⁶ Zudem verloren Juden den Mieterschutz und wurden vielerorts in so genannten Judenhäusern konzentriert.

Die radikalen Veränderungen nach dem Pogrom ließen den Juden im Deutschen Reich nur noch einen Ausweg: die Flucht. Doch dieser stand nicht jedem bzw. jeder offen. Etwa die Hälfte der noch in Deutschland lebenden Juden war über 50 Jahre alt, jeder Vierte war auf Wohlfahrtshilfe angewiesen.¹⁷ Die Emigration verminderte die Zahl der Jüngeren und Qualifizierten noch einmal. Zurück blieben – neben jenen, die nicht emigrieren wollten, weil sie Deutschland als Heimat begriffen – in der Regel diejenigen, die versorgungsbedürftig waren, die Alten und die Kranken.

Die außenpolitischen Entwicklungen wie der Anschluss Österreichs im März 1938 und der des Sudetenlandes nach der Münchner Konferenz im September 1938 zeigten deutlich, dass das nationalsozialistische Deutschland auf einen Krieg hinarbeitete. Diesen Kurs setzte Adolf Hitler auch 1939 durch die Zerschlagung der »Rest-Tschechei« und den absichernden Hitler-Stalin-Pakt fort. Er lastete »den Juden« bereits vorab die Schuld am Krieg an, den er provozierte. Am 30. Januar 1939 drohte er: »Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.«¹⁸

1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London-Frankfurt am Main 2008.

15 Michael Wildt, Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995, S. 54 ff.; siehe auch VEJ 2 (wie Anm. 5), S. 23-27.

16 Bajohr, »Arisierung« (wie Anm. 7), S. 345.

17 Salomon Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939, Tübingen 1974, S. 161.

18 Abgedruckt in: VEJ 2 (wie Anm. 5), Dok. 248, S. 678-680.

Mit Kriegsbeginn am 1. September 1939 schlossen viele Aufnahmeländer ihre Grenzen. Bereits genehmigte Auswanderungsvorhaben konnten nicht realisiert werden, Schiffe liefen nicht aus, Lifts mit Umzugsgepäck stapelten sich in deutschen Häfen. Den Juden im Deutschen Reich blieben nur noch wenige mögliche Emigrationsziele. Gleichzeitig verschlechterte der Krieg ihre Lebenssituation noch einmal erheblich: Sie unterlagen einer nächtlichen Ausgangssperre, mussten in speziell eingerichteten »Judenläden« bzw. zu bestimmten, knapp bemessenen Zeiten einkaufen, erhielten reduzierte Lebensmittel- und keine Kleiderkarten, mussten Rundfunkgeräte abgeben und Zwangsarbeit leisten, um nur einige der neuen Maßnahmen aufzuzählen. Widersetzten sie sich einer Anweisung, konnte die Gestapo sie festnehmen und in ein Konzentrationslager einweisen. Das Propagandaministerium unter Joseph Goebbels heizte die antijüdische Stimmung in der Bevölkerung auch durch Filme wie »Jud Süß« an. Dessen Premiere fand im September 1940 in Berlin statt. In den Folgemonaten lief der Film nicht nur in allen Kinos, sondern gehörte auch zum Pflichtprogramm aller Polizeiangehörigen.¹⁹

1940 gerieten durch den Einmarsch deutscher Truppen in die westlichen Nachbarländer Niederlande, Belgien, Luxemburg und Teile Frankreichs diejenigen Juden, die dorthin geflüchtet waren, wieder in den Einflussbereich des NS-Staates, der sie sofort wieder antijüdischen Maßnahmen unterwarf und Auffanglager in Gefängnisse umwandelte.

Im selben Jahr versetzten mehrere Deportationen die Juden in Alarmstimmung: Aus vorgeblich militärischen oder siedlungspolitischen Gründen wurden die Juden aus Stettin und Schneidemühl im Februar und März in den Distrikt Lublin, die badischen und pfälzischen im Oktober nach Gurs im unbesetzten Teil Frankreichs, die Danziger im Februar 1941 und die Wiener im Februar/März 1941 wiederum nach Lublin transportiert.²⁰

In der zweiten Jahreshälfte 1941 schließlich erließ das Reichsinnenministerium die Richtlinien für die Kennzeichnung: Vom 15. September 1941 an mussten alle Juden den gelben Stern tragen. Das Verkehrsministerium verbot ihnen die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne Genehmigung. Zeitgleich mit dem Verbot der Auswanderung ordnete das

19 Armin Nolzen, »Hier sieht man den Juden, wie er wirklich ist ...«. Die Rezeption des Filmes *Jud Süß* in der deutschen Bevölkerung, in: Alexandra Przyrembel/Jörg Schönert (Hg.), »Jud Süß«. Hofjude, literarische Figur, antisemitisches Zerrbild, Frankfurt am Main 2006, S. 245-261.

20 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, *Die »Jugenddeportationen« aus dem Deutschen Reich 1941-1945*, Wiesbaden 2005, S. 26-51.

Reichssicherheitshauptamt an, »deutschblütige Personen«, die in der Öffentlichkeit freundschaftliches Verhalten gegenüber Juden zeigten, seien vorübergehend in »Schutzhaft« zu nehmen. Damit sollten die letzten persönlichen Bindungen zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland zerstört werden.

In den Jahren 1938 bis 1941, auf die sich die Beiträge dieses Bandes konzentrieren, vollzog sich ein Wandel in der Judenpolitik – der Übergang von der Segregation hin zur Zwangsumsiedlung innerhalb des deutschen Territoriums, von der Abschiebung über Landesgrenzen bis zu den frühen Deportationen. Diese sollten den »territorialen Lösungen« vorgehen, wie die nicht verwirklichten utopischen Pläne für Judenreservate an der Peripherie des deutschen Machtbereichs umschrieben wurden.²¹

Mit all diesen hier nur knapp skizzierten Ge- und Verboten, Einschränkungen und wachsenden Bedrohungen mussten sich Juden als Individuen auseinandersetzen, ihnen psychisch wie physisch standzuhalten oder auszuweichen suchen. Derweil bemühten sich die jüdischen Organisationen im In- und Ausland darum, kollektive Lösungen zu finden bzw. bestehende Rettungswege zu erhalten, gleichzeitig aber auch für diejenigen zu sorgen, die weiterhin im Deutschen Reich lebten.

Diese Suche nach individuellen und kollektiven Auswegen aus der Gefahr ist Thema der in diesem Band versammelten Aufsätze. Während der erste Teil der Situation der Juden im Deutschen Reich gewidmet ist, wird im zweiten die Organisation der Auswanderung am Beispiel verschiedener bislang wenig bekannter Initiativen untersucht. Die Beiträge im dritten Teil haben die Bedingungen der Auswanderung und der jüdischen Flüchtlinge und Emigranten in den Zufluchtsländern zum Thema.

Die Reichsvertretung der deutschen Juden, 1933 als Zusammenschluss unterschiedlichster Gruppierungen und Gemeinden als Sprachrohr und Interessenvertretung gegründet, hatte sich bereits vor dem Novemberpogrom als handlungsunfähig erwiesen. Deshalb betrieben die jüdischen Funktionäre die Gründung einer Nachfolgeorganisation, einer, wie sie hofften, »autonomen jüdischen Verwaltung«. Eine solche lag auch im Interesse des NS-Staates, der einen Adressaten zur Umsetzung seiner antijüdischen Politik benötigte. Beate Meyer befasst sich in ihrem Beitrag mit der im Juli 1939 gegründeten Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Sie untersucht die Handlungsmöglichkeiten und -grenzen dieser zentralistisch aufgebauten Organisation, die dem Reichssicherheitshauptamt direkt unterstand und somit keineswegs eigenverantwort-

21 Christopher Browning, Die Entfesselung der »Endlösung«. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, München 2003, S. 65-172.

lich tätig werden konnte. Sie arbeitet die Dilemmata der jüdischen Verantwortlichen heraus, die für die soziale Betreuung, die Ausbildung und Umschulung der deutschen Juden und die Auswanderungsförderung zuständig waren, gleichzeitig aber jeden Schritt genehmigen lassen mussten. Die Repräsentanten des deutschen Judentums beharrten auf legalen Wegen der Auswanderung, als diese längst verschlossen waren, und mussten die frühen Deportationen ohnmächtig hinnehmen. Da die (überwiegend männlichen) Funktionäre der Reichsvereinigung für alle Angelegenheiten der deutschen Juden verantwortlich zeichneten, führt Beate Meyers Aufsatz zugleich in die Thematik anderer Beiträge des Sammelbandes ein.

Kim Wünschmann analysiert die Auswirkungen des Novemberpogroms auf das männliche Selbstbild der verhafteten Juden. Etwa 30.000, nach Reinhard Heydrichs Anweisungen vorzugsweise wohlhabende Juden waren in die drei Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau eingewiesen worden. Dort – so die Verfasserin – trafen zwei Konzeptionen von Männlichkeit aufeinander: In der jüdischen Vorstellung bürgerlicher Männlichkeit war der Mann rationaler Akteur, der auf seine intellektuellen Fähigkeiten vertrauen konnte. Dieser »Vernunftmann« geriet im Konzentrationslager in totale Abhängigkeit vom SS-Mann, jung, fanatisch, gewaltbereit, an der Spitze der Machthierarchie des Lagers stehend. Verdienste und Titel, die die Juden im Laufe ihres Lebens erworben hatten, galten nichts mehr, stattdessen erlebten sich jüdische KZ-Häftlinge als physisch und emotional verwundbar. Sie konnten einzig auf Erlebnisse aus dem Ersten Weltkrieg als annähernd ähnliche Erfahrungen zurückgreifen, um im Lager zu überleben bzw. die Lagerhaft als Bewährungsprobe umzudeuten. Wünschmann arbeitet aus Memoiren und Briefen, die jüdische Häftlinge nach ihrer Entlassung verfasst haben, detailliert die Facetten männlicher Selbstbilder heraus. Sie betrachtet die Konstruktionen, mit Hilfe derer das SS-Männlichkeitsideal als Kontrast zum jüdischen »Vernunftmann« beschrieben wird, und untersucht, wie die (abwesenden) Frauen im Hinblick auf das männliche Selbstbild beschrieben werden.

Am Beispiel der frühen Deportationen aus Wien rekonstruiert Andrea Löw das Verhältnis jüdischer Funktionäre zu ihren Gemeindemitgliedern. Deutschsprachige Juden wurden im Oktober 1939, im Februar 1940 und im Februar 1941 in den Osten des besetzten Polens deportiert. Um Schlimmeres zu verhindern, kooperierten jüdische Funktionäre wie der Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Joseph Löwenherz, mit den Machthabern, um wenigstens die Juden zu retten, deren Auswanderung noch möglich war und unmittelbar bevorstand. Doch er verfügte

kaum über Handlungsspielräume: Die von Adolf Eichmann errichtete Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung machte ihm allenfalls minimale Zugeständnisse. Die Deportierten durften nicht zurückkehren. Die Zielorte waren ihnen fremd: Sie kannten weder die Lebensbedingungen noch fühlten sie sich der ortsansässigen jüdischen Bevölkerung zugehörig, wie aus vielen ihrer Briefe deutlich wird. Doch erfuhren sie von den unfreiwilligen Gastgebern unerwartete Hilfsbereitschaft, obwohl diese aus Sicht der deutschen und österreichischen Juden in bitterer Armut lebten. Wirklich konfliktträchtig wurde das Zusammentreffen von Ost- und Westjuden, so Andrea Löw, erst nach den Großdeportationen im Herbst 1941.

Maria von der Heydt fragt in ihrem Beitrag, was eigentlich die Mehrheit der so genannten jüdischen Mischlinge daran hinderte, angesichts ihrer Diskriminierung, die bis hin zur Ausgrenzung aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft ging, Deutschland ebenso wie tausende Juden zu verlassen. Einerseits schienen die »Mischlinge« weniger gefährdet: So waren sie nicht, wie ihre jüdischen Väter, in die Verhaftungsaktion des Novemberpogroms einbezogen worden. Zwischen 1938 und 1940, in der Periode der jüdischen Massenflucht aus Deutschland, trat ihre Verfolgung sogar eher in den Hintergrund. Andererseits konnten sie ihre beruflichen und persönlichen Zukunftsvorstellungen in der Regel nicht verwirklichen. Das Haupthindernis bestand jedoch darin, dass die Auswanderung der »Mischlinge« institutionell kaum unterstützt wurde. Die wenigen Versuche, entsprechende Organisationen zu schaffen, blieben weit hinter den für Juden eröffneten Möglichkeiten zurück. An der Palästina-Auswanderung konnten »Mischlinge« nicht partizipieren; auch die anderen von jüdischen Hilfsorganisationen – oft lange vor der NS-Zeit – erschlossenen und 1938 erweiterten Auswanderungswege blieben ihnen in der Regel versperrt. Viele Betroffene unterstützten deshalb vorrangig die Auswanderungsbemühungen ihrer jüdischen Angehörigen und hielten die familiären Ansprüche auf das Vermögen in Deutschland aufrecht. Als den »Mischlingen« ihre Bedrohung ab 1940 wieder deutlicher wurde, war die Ausreise kaum noch möglich, insbesondere für männliche »Mischlinge«, die wehrpflichtig waren.

Ähnlich wie für die »Mischlinge« war es auch für die zum Christentum konvertierten oder mit christlichen Partnern verheirateten »Nicht-ariar« oft schwierig, Unterstützung bei ihren Auswanderungsbemühungen zu finden. Jüdische Hilfsorganisationen fühlten sich primär denjenigen verpflichtet, die auch der Religionsgemeinschaft angehörten; die Kirchen nahmen sich nur zögerlich und unter bestimmten Bedingungen der »nicht-ariarischen« Christen an. Bei ihren Auswanderungsbemü-

hungen jedoch fanden katholische »Nichtarier« Rat und Hilfe beim St. Raphaelsverein, dessen Engagement Jana Leichsenring ins Zentrum ihres Artikels gestellt hat. Sie untersucht die Reaktionen des Vereins auf die antijüdische Politik im Kontext der Spannungen zwischen katholischer Kirche und NS-Staat sowie die Zusammenarbeit jüdischer, christlicher und nicht-konfessioneller Hilfsorganisationen, um etwa Familien zur Auswanderung zu verhelfen, deren Mitglieder verschiedenen Glaubensgemeinschaften angehörten. Zu den großen – und letztlich fehlgeschlagenen – Projekten des St. Raphaelsvereins, so zeigt Leichsenring, gehörte die so genannte Brasil-Aktion. Sie sollte 3.000 Katholiken, die in Deutschland rassistischer Verfolgung ausgesetzt waren, die Emigration nach Brasilien ermöglichen. Doch nur wenige konnten die vom Papst bei der brasilianischen Regierung erwirkten Visa tatsächlich in Anspruch nehmen.

Dorothea Hauser stellt in ihrem Beitrag die Aktivitäten des Sekretariats Warburg vor, das noch bis ins Jahr 1941 Juden zur Auswanderung aus dem Deutschen Reich und zum Transfer wenigstens eines kleinen Teils ihres Vermögens verhalf. Das Sekretariat konnte dabei die zahlreichen geschäftlichen, politischen und persönlichen Verbindungen der Brüder Max und Fritz Warburg nutzen, selbst dann noch, als das Bankhaus Warburg längst »arisiert« war und beide Brüder emigriert waren. Zu den spektakulärsten Projekten, so Hauser, gehörte der so genannte Türkentransfer, mit dessen Hilfe es gelang, trotz der nach Kriegsbeginn verfügten Transfersperre eine Million RM aus dem gesperrten Vermögen deutscher Juden ins Ausland zu überführen und 90 jüdischen Familien die Emigration zu ermöglichen. Neben der Auswanderungsförderung betreute das Sekretariat auch verschiedene Stiftungen und Institutionen, die mit den Warburgs verbunden waren, wie etwa das Israelitische Krankenhaus, ein Waisenheim und das Jüdische Gemeinschaftshaus in Hamburg. Obwohl heute fast vergessen, bildeten das Sekretariat und sein Netzwerk bis zum Auswanderungsverbot im Herbst 1941 eine wichtige Stütze für die wenigen noch in Deutschland tätigen jüdischen Hilfsorganisationen.

Die Bemühungen des Sekretariats Warburg um den Transfer jüdischen Vermögens hatten ein Vorbild im Haavara-Abkommen. Diese Übereinkunft, die 1933 zwischen der Jewish Agency und der Reichsregierung geschlossen worden war, regelte den Transfer jüdischen Vermögens ausschließlich nach Palästina. Francis R. Nicosia legt in seinem Artikel dar, dass dieses Abkommen eines der drei wichtigsten Projekte der Zionisten war – neben der Umschulung junger Juden zu Landwirten oder Handwerkern und der illegalen Einwanderung nach Palästina unter Umgehung der britischen Kontrollen. Alle drei Initiativen sollten die Emigration

deutscher Juden nach Palästina fördern, basierten auf der Kooperation zwischen Zionisten und Nationalsozialisten und wurden schließlich zu wesentlichen Elementen der NS-Vertreibungspolitik gegenüber den Juden. Wenngleich aus unterschiedlichen Motiven, so hatten sowohl Zionisten als auch Nationalsozialisten ein Interesse an der Förderung der jüdischen Emigration aus Deutschland. Ihre partielle Zusammenarbeit, so Nicosia, war mehr von Pragmatismus als von Ideologie geprägt, widersprach sogar in manchem den nationalsozialistischen Dogmen. Auf deutscher Seite waren es vor allem SD und Gestapo, die die Zusammenarbeit mit den Zionisten befürworteten, um sich deren organisatorische Anstrengungen zunutze zu machen. Die Zionisten machten sich keine Illusionen über die Motive der Gegenseite, doch war ihnen die jüdische Einwanderung nach Palästina wichtiger als eine prinzipientreue Verweigerungshaltung.

Beim Versuch, möglichst viele Juden aus dem nationalsozialistisch dominierten Europa zu retten, spielten internationale jüdische Organisationen wie das American Jewish Joint Distribution Committee oder der Jüdische Weltkongress eine wichtige Rolle. Ihre Versuche, die Lage der Juden zu verbessern und gleichzeitig der Ausbreitung des Antisemitismus entgegenzuwirken, sind das Thema des Beitrags von Susanne Heim. Sie zeigt, dass die internationalen Organisationen früher als die meisten nationalen jüdischen Organisationen die Gefahr erkannten, die der Nationalsozialismus für die Juden in ganz Europa bedeutete. Zugleich war ihnen das Dilemma bewusst, in das die jüdischen Organisationen durch ihr karitatives Engagement für die Verfolgten gerieten: Wer die Folgen der antijüdischen Politik zu mildern versuchte, leistete dieser Politik letztlich Vorschub. Die Vertreter des Jüdischen Weltkongresses hielten es daher für notwendig, auf die Entrechtung der Juden politisch statt nur philanthropisch zu reagieren und warnten vor Kompromissen gegenüber der deutschen Regierung. Sie prüften die Möglichkeiten jüdischer Gruppensiedlungen auf verschiedenen Kontinenten und versuchten, den Juden, die überall in Europa in Flüchtlings- oder Internierungslagern festsaßen, Wege nach Übersee zu erschließen. Doch praktisch blieb auch den internationalen Organisationen nach Kriegsbeginn kaum eine Alternative zur Philanthropie, weil ihnen für eine politische Antwort die Machtmittel fehlten.

Die Flucht nach Übersee erschien von 1938 an den meisten Juden als einzig sicherer Ausweg, zumal es immer schwieriger wurde, innerhalb Europas Aufnahme zu finden. Seit 1933 hatten Belgien und die Niederlande lokalen jüdischen Hilfsorganisationen das Recht zugestanden, die Flüchtlingspolitik zu gestalten, während die Staatskasse für die Kosten

aufkam. In der Regel wurde jüdischen Einwanderern vorübergehendes Asyl gewährt, um ihnen die Weiterreise in ihre eigentlichen Zielländer zu ermöglichen. 1938 stellte allerdings die massenweise Ankunft von mittellosen Juden nach dem Anschluss Österreichs die Solidarität der jüdischen Gemeinden mit den Flüchtenden auf die Probe. Frank Caestecker analysiert in seinem Aufsatz, bis zu welchem Grade belgisch- bzw. holländisch-jüdische Organisationen in der Lage waren, in den Folgejahren die Interessen der jüdischen Flüchtlinge gegen Restriktionen von politischer Seite zu verteidigen. Er untersucht insbesondere, wie es um die finanzielle Ausstattung und das politische Gewicht der jüdischen Gemeinden in beiden Ländern bestellt war. Dabei beleuchtet er die Suche der jüdischen Institutionen nach politisch einflussreichen Verbündeten ebenso wie ihre Bereitschaft, sich für die deutschen und später auch die österreichischen jüdischen Emigranten einzusetzen, die ihres Schutzes bedurften.

Die ambivalente Rolle, die die Jüdischen Gemeinden in den Zufluchtsstaaten bisweilen bei der Entscheidung um die Aufnahme – oder Nichtaufnahme – deutschjüdischer Flüchtlinge spielten, untersucht Clemens Maier-Wolthausen am Beispiel der Jüdischen Gemeinde Stockholms. Sie war an der Begutachtung der Einwanderungsanträge deutscher Juden beteiligt. Indem sie deutsch-jüdischen Hilfsorganisationen Ratschläge erteilte, welche Flüchtlinge die besten Chancen hätten, in Schweden Aufnahme zu finden, bewegte sie sich auf dem schmalen Grat zwischen jüdischer Solidarität und staatstragender Loyalität gegenüber der schwedischen Regierung und ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik. Und schließlich spielten in diesem Balanceakt auch Eigeninteressen der Gemeinde eine Rolle: die Furcht, dass neu ankommende Flüchtlinge Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Schweden fördern und damit auch die soziale Stellung der schwedischen Juden gefährden würden. Auf der Basis der überlieferten Akten der Stockholmer jüdischen Gemeinde, insbesondere ihrer Korrespondenz mit verschiedenen Hilfsorganisationen in Deutschland, skizziert Maier-Wolthausen die Beratungs- und Gutachtertätigkeit des schwedischen »Hilfskomitees für Deutschlands Juden« und seine Einbindung in die Praxis der Sozialbehörde.

Hagit Lavsky vergleicht die Dynamik und die Muster deutsch-jüdischer Emigration nach Palästina, in die USA und nach Großbritannien. Sie widmet ihre besondere Aufmerksamkeit dem unterschiedlichen sozialen Profil der Immigranten, die ihre Zielländer vor und nach dem November 1938 erreichten. Bis Ende 1935 emigrierten die meisten Auswanderer in das unter britischem Mandat stehende Palästina. Der Novemberpogrom hingegen trieb die Juden zur massenhaften Flucht Richtung USA und Großbritannien, was wiederum die Einwanderungs-

politik dieser Länder beeinflusste. Solche Wandlungen der »push und pull«-Faktoren schlugen sich auch in einer veränderten Zusammensetzung der jeweiligen Emigrantengruppen nach Palästina, Großbritannien bzw. in die USA zu unterschiedlichen Zeiten nieder. Das sozioökonomische Profil der Einwanderergruppen unterscheidet sich je nach Zeitpunkt und Zielort der Emigration. Dies hat wiederum in der Folge Rückwirkungen auf die Integration der Immigranten in die Gesellschaft des jeweiligen Ziellandes. Deshalb stellt aus Sicht der Autorin das Jahr 1938 eine Zäsur dar, die die kollektiven Merkmale der Einwanderergruppen ebenso beeinflusste wie deren Aufnahme in den Gastländern.

Die Erfahrungen von Juden, denen es gelungen war, Europa zu verlassen, zeichnet Philipp Mettauer anhand zahlreicher Interviews und Briefen von Juden nach, die aus Österreich nach Argentinien emigriert sind. Sie schildern, wie sich ihre Lebensbedingungen nach dem Anschluss Österreichs schlagartig veränderten, berichten von den bürokratischen Hindernissen beim Verlassen des Landes und von den Schwierigkeiten, im überseeischen Exil Fuß zu fassen. Mettauer thematisiert die Bedeutung der Hilfsorganisationen für die Auswanderungsvorbereitung und schildert den Kulturschock, den so mancher Neuankömmling in Buenos Aires erlebte, zumal wenn sie oder er nur sehr vage Vorstellungen vom künftigen Exilland hatte. Für viele war der Schritt in die Emigration zudem mit einem sozialen Abstieg verbunden. Da alle Interviewpartner als Kinder oder Jugendliche Österreich verließen, ist die abgebrochene Schul- oder Berufsausbildung ein ständig wiederkehrendes Thema in den Gesprächen. Obwohl sie den weitaus größten Teil ihres Lebens in Argentinien verbracht haben, halten die meisten ehemaligen Österreicher – selbst in ihrer Wohnkultur – bis heute die Verbindung zum Ursprungsland aufrecht.

Kurz nach der Konferenz von Evian-les-Bains hatte die Regierung der Dominikanischen Republik dem neu geschaffenen Intergovernmental Committee on Refugees das vertrauliche Angebot unterbreitet, 50.000 bis 100.000 Juden aufzunehmen. Weit von philanthropischen Gründen entfernt, schuf Diktator Rafael Trujillo damit doch eine Rettungsmöglichkeit, die allerdings nicht tausenden, sondern nur wenigen hundert Juden zugutekam: Bis Jahresende 1940 trafen ca. 250 deutsche und österreichische Flüchtlinge in dem karibischen Inselstaat ein, die im zugewiesenen Landstrich Sosúa eine Siedlung mit landwirtschaftlichen Kooperativen, Schulen und kulturellem wie religiösem Leben gründeten. Bis 1942 wuchs ihre Zahl auf mehr als 570 Personen an, die aus anderen europäischen Ländern hinzugestoßen waren. Marion Kaplan analysiert auf der Grundlage von Archivmaterial und lebensgeschichtlichen Inter-

views, wie sich die städtisch geprägten Jüdinnen und Juden zu Siedlern in der Karibik entwickelten. Ihr besonderes Augenmerk richtet sie auf das Verhältnis der Geschlechter in Arbeit und Freizeit, denn es waren überwiegend Männer angeworben worden. Nach dem Krieg verließen viele Gerettete Sosúa wieder.

Bonnie M. Harris beleuchtet die Rettung von etwa 1.300 europäischen Juden, die zwischen 1937 und 1941 Zuflucht auf den Philippinen fanden und so dem Holocaust entkommen konnten. Die Autorin legt dar, wie die vorherrschende Obstruktionspolitik des US State Departments in diesem Fall umgangen wurde: Ein dreiköpfiges Rettungskomitee amerikanisch-jüdischer Geschäftsleute wurde vom philippinischen Präsidenten Manuel Luis Quezon und dem US-Hochkommissar in den Philippinen, Paul V. McNutt, bevollmächtigt, alle Einwanderungsbegehren auf die Philippinen, jüdische wie nichtjüdische, zu sondieren, eine Auswahl zu treffen und schließlich auch die Einwanderung selbst zu überwachen. Die Kommission legte ihren Auftrag sehr weit zu Gunsten der Flüchtlinge aus, und so schaffte es eine kleine jüdische Gemeinschaft im Fernen Osten, was den viel mächtigeren Nationen auf der Welt nicht gelang: Juden zu retten.

Am Ende des Sammelbandes schließlich steht Debórah Dworks Plädoyer, die Geschichte der Emigration in die Geschichte des Holocaust zu integrieren. Erhielten jüdische Emigranten keine Einreise- oder Aufenthaltserlaubnis in sichere Länder, gerieten sie oft dort, wo sie vorübergehend Zuflucht fanden, über kurz oder lang ebenfalls in die Todesmaschine. Basierend auf ausgewählten Fallbeispielen hebt Dwork zwei Faktoren besonders hervor: die Abhängigkeit des individuellen Schicksals von den politischen Gegebenheiten im jeweiligen Land und die ausschlaggebende Bedeutung des Zeitpunkts der Flucht. Dwork arbeitet heraus, dass sich jüdische Flüchtlinge bis zum Kriegsende und auch darüber hinaus in stetig wechselnden, oft schwer zu überblickenden Situationen befanden, und fragt nach den Faktoren, die für ihre jeweiligen Entscheidungsfindungen ausschlaggebend waren. Andere Autoren haben bereits die Rolle von Alter, Geschlecht und Schichtenzugehörigkeit für die Emigration untersucht, Dwork lenkt den Blick zudem auf Glück, günstige Umstände und Timing.

BEATE MEYER

Der Traum von einer autonomen jüdischen Verwaltung – Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Auswanderer und Zurückbleibende in den Jahren 1938/39 bis 1941

»Und dieses Jahr wird ein hartes werden, das Rad läuft immer schneller. Es wird ein gewaltiger Anspruch an die Nerven und an die Ruhe des Denkens«, schrieb im April 1938 Leo Baeck, Vorsitzender der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, vorausahnend an einen emigrierten Freund.¹ In der Tat: Im »Schicksalsjahr 1938«, als von den einst 525.000 (1933) deutschen Juden noch ca. 360.000 im »Altreich« lebten,² erschwerte den deutschen Juden eine Vielzahl neuer Verordnungen das Leben: Weiteren Berufsgruppen wurde verboten, ihre Profession auszuüben, sie mussten Zwangsvornamen führen, ihre Pässe wurden mit einem »J« gekennzeichnet, um nur einige der vielen neuen Auflagen zu nennen. Die »Reichsvertretung der Deutschen Juden«, am 17. September 1933 als Dachorganisation der politischen Gruppierungen und der Jüdischen Gemeinden gegründet, um deren gemeinsame Interessen gegenüber dem NS-Staat zu vertreten,³ verlor ihre materielle Basis durch das am 28. März 1938 erlassene »Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen«.⁴ Dieses sprach den Jüdischen Gemeinden den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts ab. Sie mussten als eingetragene Vereine weiterarbeiten, deren Mitglieder ein- oder austreten konnten. Das wiederum verschlechterte die finanzielle Lage der Einzelorganisationen wie der von Zuwendungen abhängigen Reichsvertretung

1 Baeck an Friedrich Brodnitz v. 29.4.1938 (Letter 4), Archiv USHMM, Washington, Brodnitz Collection, Acc. 2008.189.1.

2 Vgl. Avraham Barkai, Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt am Main 1988, S. 11, S. 123.

3 Vgl. zur Reichsvertretung Otto Dov Kulka (Hg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Tübingen 1997, S. 1-31; Esriel Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Tübingen 1994.

4 RGBl. 1938 I, S. 338.

erheblich. Zudem sollten Beschlüsse der Gremien künftig der Genehmigung der »höheren Verwaltungsbehörde« bedürfen, d.h. des Innenministeriums respektive der Gestapo. Weitgehend handlungsunfähig geworden, berieten die Repräsentanten der Reichsvertretung deshalb über Umstrukturierungspläne,⁵ was durch differierende politische Vorstellungen der »Assimilierten«, Zionisten und Religiösen und die Hegemonie Wünsche der großen, einflussreichen Jüdischen Gemeinde Berlins erschwert wurde.

Ich werde mich in diesem Beitrag mit der Gründung der Reichsvereinigung 1939, den Anstrengungen ihrer Funktionäre und leitenden Mitarbeiter im Fürsorgewesen und ihrer Haltung zur Auswanderung in den Jahren 1939 bis 1941 befassen.⁶ Dabei stelle ich auch jeweils die Frage, was die jüdischen Funktionäre bewirken konnten, wo die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten lagen und welche Motive sie dennoch zum Bleiben im NS-Staat bewogen.

Parallel zur Verschlechterung der Situation der einzelnen Juden und der jüdischen Organisationen in Deutschland drangen aus dem im März 1938 »angeschlossenen« Österreich besorgniserregende Nachrichten zu den deutsch-jüdischen Organisationen, und gleichzeitig wurde ihnen jegliche Tätigkeit dort streng untersagt.⁷ »Wien beschleunigt nur unseren Sturz«,⁸ beschrieb Hans Reichmann vom »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« die Rückwirkungen auf die antijüdische Politik im »Altreich« angesichts der Berichte über gewalttätige Ausschreitungen und später über demütigende Prozeduren in der »Zentralstelle für jüdische Auswanderung«. Die Hoffnung vieler deutscher Juden und auch ihrer Funktionäre, die im Juli 1938 stattfindende Konferenz von Evian würde wenigstens die Möglichkeiten zu emigrieren verbessern, zer-

5 Vgl. Kulka, *Deutsches Judentum* (wie Anm. 3), S. 27 f., S. 410 ff.; siehe auch Lagebericht der Abteilung II 112 für das Jahr 1938, abgedruckt in: Michael Wildt (Hg.), *Die Judenpolitik des SD von 1935 bis 1938. Eine Dokumentation*, München 1995, S. 194-205, hier S. 197.

6 In der Monographie, die ich gerade zur Geschichte der Reichsvereinigung (RVJD) verfasste, wird diese Zeitspanne ausführlicher behandelt (erscheint Göttingen 2011, Arbeitstitel: *Gefährliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 1939-1945*).

7 Vgl. Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht, Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt a. M. 2000, S. 89 f.; siehe auch Benno Cohn, »Vorladung von Vertretern des deutschen Judentums im März 1939 (Eichmann)« v. 2.4.1958, Archiv Yad Vashem (YV) 01/215, S. 2.

8 Hans Reichmann, *Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939*, München 1998, S. 60.

schlug sich angesichts der Weigerung der meisten Teilnehmerstaaten, größere Mengen jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen.

Neben unzähligen neuen Vorschriften und Auflagen markieren vor allem drei Großereignisse die zunehmende Gewalttätigkeit der NS-Politik gegen die Juden im »Altreich«:

Im Juni 1938 wies die Kriminalpolizei nach einer reichsweit angelegten Verhaftungsaktion ca. 9.000 Männer als »Asoziale«, darunter mehr als 1.500 meist wegen Bagatelldelikten vorbestrafte Juden, in Konzentrationslager ein,⁹ flankiert von gewaltsamen Übergriffen auf Personen und Geschäfte vor allem in Berlin. Im Oktober ließ der NS-Staat, als Polen drohte, die Pässe seiner Auslandsbürger nicht zu verlängern, 17.000 polnischstämmige Juden ins Grenzgebiet transportieren. Als das Nachbarland sich weigerte, sie einreisen zu lassen, mussten sie wochenlang im Niemandsland kampieren, notdürftig durch die einheimische jüdische Gemeinde versorgt.¹⁰ Im Rahmen der dritten und einschneidendsten Aktion wurden in der Pogromnacht mehr als 30.000 männliche Juden verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen.¹¹ Die Maßnahme traf gleichermaßen wohlhabende, arme, bekannte, unbekannte, junge oder alte Juden, ungeachtet, ob sie in Mischehen lebten, einer jüdischen Gemeinde angehörten oder nicht, ob sie »Ost-« oder »Westjuden« waren. Ihre Entlassung hing meist von nachgewiesenen Auswanderungsmöglichkeiten ab, ihr Vermögen mussten sie »arisieren« lassen.

Funktionäre des Centralvereins und der Reichsvertretung der Juden begegneten sich im Konzentrationslager wieder, nur die Zionistische Vereinigung blieb weitgehend von Verhaftungen verschont.¹² Die Arbeit der jüdischen Gruppierungen stand still, bis der NS-Staat verfügte, die Reichsvertretung, die Paltreu, der Hilfsverein und der Kulturbund sollten ihre Arbeit fortsetzen. Alle anderen galten als verboten. Der NS-Staat stärkte also die mit Auswanderung befassten jüdischen Organisationen und damit insbesondere die zionistischen, während er den verhassten »Assimilanten« die Arbeitsmöglichkeiten entzog. Die Reichsvertretung

9 Vgl. Wolfgang Ayass, »Asoziale« im Nationalsozialismus«, Stuttgart 1995; Christian Dirks, Die »Juni-Aktion« 1938 in Berlin, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hg.), Juden in Berlin 1938-1945, Berlin 2000, S. 33-43.

10 Vgl. Trude Maurer, Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die »Kristallnacht«, in: Walter Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1988, S. 52-73.

11 Vgl. Hans-Jürgen Döscher, »Reichskristallnacht«. Die November-Pogrome 1938, Frankfurt am Main 1988, S. 109-112.

12 Reichmann, Bürger (wie Anm. 8), S. 135.

nahm ihre Tätigkeit am 29. November 1938 wieder auf, reduziert um frühere Gremien und Ausschüsse und vieler wichtiger Funktionäre beraubt, die noch inhaftiert oder schon emigriert waren. Trotz einer von den Machthabern in Aussicht gestellten, neuen zentralen jüdischen Vertretung verließen in den Folgemonaten nicht nur Repräsentanten der »Assimilanten« Deutschland, die davon ausgingen, dass der NS-Staat jüdisches Leben in Deutschland nicht mehr dulden würde. Der Emigrant Franz Meier (Zionist) ahnte: »Wer da eingespannt wird, kommt niemals mehr [...] heraus.«¹³ Der Emigrant Hans Reichmann (Centralverein) wusste: »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben für eine verlorene Sache. Ganz wenige, kaum ein Dutzend bringen dieses Opfer aus Pflichtgefühl, aus innerem Zwang oder religiöser Einsicht. An der Spitze dieser Kapitänsmannschaft, die mit dem sinkenden Schiff untergehen will, stehen Leo Baeck, Otto Hirsch, Hannah Karminski, Cora Berliner, Arthur Lilienthal, Julius L. Seligsohn und Richard Joachim.«¹⁴

Sowohl auf staatlicher Seite als auch in jüdischen Funktionärskreisen berieten die Verantwortlichen, wie eine künftige funktionsfähige jüdische Organisation beschaffen sein müsste. Der NS-Staat benötigte einen jüdischen Adressaten für eine schnelle, möglichst reibungslose Umsetzung vor allem der Maßnahmen der geplanten Zentralstelle für jüdische Auswanderung, die nach Wiener Vorbild die Vertreibung der Juden organisieren sollte.¹⁵ Die jüdischen Repräsentanten strebten nach einer Gesamtorganisation, die sich neben der Auswanderung vor allem um das Fürsorgewesen kümmern sollte.¹⁶

Die formale Gründung der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland«, die der NS-Staat dann am 4. Juli 1939 mit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vollzog, lag so im Interesse beider Seiten. Als Hauptaufgabe der Organisation war die Förderung der Auswanderung festgelegt, sie sollte aber auch – wie von den jüdischen Funktionären gefordert – für das Erziehungs-, Ausbildungs- und Wohlfahrtswesen der Juden zuständig sein, die inzwischen von allen staatlichen Leistungen ausgeschlossen waren.

13 Franz Meier, November 1938, YV, 01/13, S. 4.

14 Reichmann, Bürger (wie Anm. 8), S. 264.

15 Tagung zur »Judenfrage« am 16.12.1938, Bundesarchiv (BArch), R 58, pag. 299 ff.

16 Rundschreiben 453 v. 2.2.1939, Leo Baeck Institute (LBI) Jerusalem, 556/1, Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Fürsorge; Schr. der Reichsvereinigung an Gemeinden über 500 Seelen v. 14.2.1939, ebd., Mustersatzung für Kultusvereinigungen, ebd.

Doch auch wenn das »alte Führungspersonal« weiterarbeitete, Leo Baeck wieder den Vorsitz übernahm und Otto Hirsch wie Paul Eppstein dem neuen Vorstand angehörten: zwischen der Vorgängerorganisation der Reichsvertretung und der neuen Reichsvereinigung bestand ein grundlegender Unterschied. Mitglieder waren nun nicht mehr Verbände und Jüdische Gemeinden, sondern zwangsweise alle Einzelpersonen, die nach der so genannten rassischen Definition als Juden galten, ausgenommen vorerst die in Mischehen lebenden. Mitglieder konnten die Organisation nur durch Auswanderung oder Tod verlassen.¹⁷ Vereine, Stiftungen und kleinere jüdische Gemeinden wurden eingegliedert, ihr Vermögen ging auf die Reichsvereinigung über, die so Trägerin aller Schulen, Heime, Waisen-, Krankenhäuser und anderer Einrichtungen wurde. Die Zentrale der Organisation befand sich in Berlin und unterstand dem Reichssicherheitshauptamt direkt. Ca. 40 Bezirks- und Zweigstellen, knapp die Hälfte davon jüdische Großgemeinden, nahmen landesweit ihre Arbeit auf. Sie waren sowohl ihrer Zentrale als auch den örtlichen Gestapostellen unterstellt. Ebenso stand das Veröffentlichungsorgan der Reichsvereinigung, das *Jüdische Nachrichtenblatt*, gleich unter doppelter Zensur: der des Propagandaministeriums und des Reichssicherheitshauptamtes.¹⁸ Noch einmal flackerten während der Gründungsphase der Reichsvereinigung die alten Konflikte zwischen den Vertretern verschiedener Strömungen auf, insbesondere zwischen Zionisten und »Assimilanten« sowie zwischen Verbandsfunktionären und der Berliner Gemeinde, nivellierten sich jedoch bald weitgehend im Laufe der gemeinsamen Arbeit. Frauen durften dem Vorstand der Reichsvereinigung nicht angehören, doch die erfahrenen Funktionärinnen des Jüdischen Frauenbundes oder anderer Gruppierungen leiteten Abteilungen – Cora Berliner das Referat Information, Statistik und Frauenauswanderung, Hannah Karminski das Wohlfahrts- und Paula Fürst das Schulwesen – und nahmen beratend an Vorstandssitzungen teil.¹⁹

Die Versorgung der Bedürftigen absorbierte einen Großteil der personellen und materiellen Ressourcen der Reichsvereinigung. Von 1939 bis 1941 schuf sie eine Vielzahl neuer offener oder geschlossener Betreuungs-

17 So Vorstandsmitglied Otto Hirsch im Jüdischen Nachrichtenblatt v. 11.7.1939.

18 Clemens Maier, Das Jüdische Nachrichtenblatt 1938–1943. Instrument der Verfolgung und Mittel der Selbstbehauptung, in: Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Band 2, hg. Eleonore Lappin/Michael Nagel, Bremen 2008, S. 163–179.

19 Vgl. Gudrun Maierhof, Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933–1943, Frankfurt a. M.-New York 2002, S. 186 ff.

stätten bzw. erweiterte seit langem bestehende, von Kindertagesstätten bis zu Anstalten für Geistesranke.²⁰ Fehlte aufgrund der Massenmigration qualifiziertes Personal, bildete sie selbst neues aus. Die Dringlichkeit dieser Arbeit lag für alle auf der Hand. Hedwig Eppstein, selbst tätig in der Jugendhilfe und verheiratet mit Paul Eppstein, schrieb, die Zeit vor 1939 sei ein Kinderspiel gegen das Jetzt gewesen, und »dass man dennoch das Weggehen gar nicht ausdenken kann!«²¹, und Otto Hirsch appellierte: »Es können doch nicht alle fortgehen, jemand muss doch für die Alten sorgen.«²² Als jedoch Paul Eppstein später von seiner möglichen Auswanderung sprach, drohte Hirsch, wenn dieser oder Lilienthal gingen, würde er sich auch nicht mehr gebunden fühlen. Ein deutlicher Hinweis, dass sich die Gebliebenen gegenseitig unter Druck setzten.

Durch die intensive Fürsorgearbeit der Reichsvereinigung 1939/1940 entstanden auch neue Arbeitsplätze für erwerbslose Juden. Trotz (oder gerade wegen) der Auswanderung – so zeigt eine zeitgenössische Auflistung – verdoppelte sich beispielsweise die Zahl der Alten- und Siechenheime fast (von 64 auf 122 Heime), und die dort vorhandenen Plätze stiegen von 2.677 auf 7.101.²³ Doch wenn sich auch fast 65 Prozent der jüdischen Bevölkerung in Großstädten konzentrierte, vor allem in Berlin, lebte der kleinere Teil immer noch auf mehr als 1.000 Wohnorte verstreut.²⁴ Sie an ihren Wohnorten zu betreuen, ihnen Heimplätze zu bieten etc. wäre personell wie finanziell sehr aufwändig gewesen, deshalb strebte die Reichsvereinigung schon aus Kostengründen die Zentralisierung der Einrichtungen an – und damit arbeiteten die deutsch-jüdischen Funktionäre dem NS-Staat unwillentlich in die Hände, da sie erste Schritte zur Konzentration der Heim- und Anstaltsinsassen in größeren Einrichtungen der größeren Städte bereits selbst vornahmen. Zudem musste Paul Eppstein jede Maßnahme, jeden Haushaltsposten mit dem Reichssicherheitshauptamt absprechen, das bald immer neue Einsparun-

20 Vgl. Wolf Gruner, Armut und Verfolgung. Die Reichsvereinigung, die jüdische Bevölkerung und die antijüdische Politik im NS-Staat 1939 bis 1945, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hg.), Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, Köln-Weimar 2000, S. 405-433.

21 Schr. Hedwig Strauss-Eppstein an Mia und Eugen Neter v. 2.5.1939, LBI New York, AR 1619, Coll. Neter.

22 Zur Gedenkfeier für Dr. Otto Hirsch, in: Schawe Zion, Juli 1941 (o. Verf.), YV, 01/267, S. 3.

23 Aufstellung Reichsvereinigung, pag. 175, BArch, R 8150/1/2.

24 Vgl. Barkai, Boykott (wie Anm. 2), S. 123.

gen anordnete, insbesondere im Wohlfahrtsbereich.²⁵ So geriet die Betreuung der Bedürftigen sukzessive zur reinen Verwahrung auf Kosten der Zwangsmitglieder, die außerdem dringend aufgefordert wurden, für die »jüdische Winterhilfe« zu spenden und immer höhere Regelabgaben zu leisten.

Dabei war die Reichsvereinigung auf dem Papier eine reiche Organisation. Verfügen durfte sie über ihr Vermögen allerdings nur nach Genehmigung bzw. auf Anweisung. Eine solche erging zum Beispiel bezogen auf die 1940 im Rahmen der allgemeinen »Euthanasieaktion« ermordeten jüdischen Geisteskranken.²⁶ Diese waren erfasst (Erlass des Reichsinnenministeriums vom 15. April 1940), in Sammelzentren verlegt (Erlass des Reichsinnenministeriums vom 30. August 1940) und zwischen Juni 1940 und Februar 1941 in Tötungsanstalten gebracht worden. Als angeblicher Bestimmungsort der Transporte und Deckadresse diente die »Irrenanstalt Cholm, Post Lublin«, eine nicht existierende Anstalt. Ein fiktives Standesamt beurkundete den Tod der Patienten, der den Angehörigen bzw. den Bezirksstellen der Reichsvereinigung oder den Jüdischen Gemeinden später schriftlich mitgeteilt wurde. Obwohl der Krankemord den jüdischen Funktionären bekannt wurde,²⁷ mussten sie fingierte Verpflegungsrechnungen für mehrere Monate begleichen, die sich schließlich auf 479.000 RM für 1.050 ermordete Patienten beliefen.²⁸

Auch als etliche Gauleiter – meist 1941 – den Bau von Barackensiedlungen oder die massenweise Umquartierung der Juden in größere Einzelgebäude anordneten, erhielt die Reichsvereinigung die Rechnungen. So musste sie den Barackenbau in Köln mit 800.000 RM vorfinanzieren, die deren künftige Bewohner später abtragen sollten, 40.000 RM für eine Anlage in Breslau bereitstellen, und für die Heimanlage Berg am Laim in München 19.000 RM vorstrecken.²⁹ Obwohl das Reichssicher-

25 Im Bildungsbereich, der hier ausgespart bleibt, sah es ähnlich aus, vgl. auch Beate Meyer, »Vor ihnen lag eine schreckliche Zukunft« – Die Betreuung deutsch-jüdischer Kinder zur Zeit der Deportationen, in: Miriam Gillis-Carlebach/Barbara Vogel (Hg.), »So spricht der Ewige ...«. Das jüdische Kind zwischen hoffnungsloser Vergangenheit und hoffnungsvoller Zukunft, Hamburg 2008, S. 107-125.

26 Die restlichen jüdischen Geisteskranken wurden in der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn konzentriert und zwischen Frühjahr und November 1942 deportiert und ermordet.

27 Max Plaut, Die Juden in Deutschland 1939 bis 1941, YV, 01/53, S. 21.

28 RVJD an Bezirksstellen und Jüdische Kultusverbände v. 13.8.1941, BArch, R 8150/7, pag. 222; Notiz Cohn an Eppstein v. 2.11.1941, ebd., pag 221.

29 Protokoll der Vorstandssitzung der RVJD v. 11.8.1941, BArch, R 8150/2; AN Nr. 133 v. 16.8.1941, Archiv Centrum Judaicum (CJA) 2 B 1/2, S. 1.

heitshauptamt selbst das Konzept präferierte, den von Juden bereits bewohnten Raum enger zu belegen, statt die Juden am Stadtrand oder außerhalb der Städte in behelfsmäßigen Unterkünften zu konzentrieren, wies es die Reichsvereinigung an, die Kosten für die Instandsetzung und Umsiedlung zu begleichen.³⁰ Vermutlich wollte es die Gauleiter, die hier ihre Vorstellungen einer angemessenen »Judenpolitik« umsetzten, nicht gegen sich aufbringen.

Bezogen auf die Auswanderung vertraten Paul Eppstein und Otto Hirsch 1939 bis 1941 weiterhin Konzepte einer mittel- und langfristig angelegten, geordneten Emigration. Doch hatten sich ja die Umstände längst geändert: Die deutschen Juden wollten und konnten nicht länger auf ein reguliertes Verfahren warten, sondern versuchten das Land zu verlassen, egal wie, nur möglichst schnell. Nach dem Novemberpogrom 1938 und erst recht nach Beginn des Krieges am 1. September 1939, als mehr und mehr frühere Aufnahmeländer die Grenzen schlossen, nutzten sie jede Chance zur Flucht. Die Leiter der Bezirksstellen appellierten an begüterte Auswanderer, die Kosten für ärmere Emigranten mit zu tragen; an bereits Emigrierte, von ihren Sperrguthaben in Deutschland Spenden anzuweisen; an ausländische Hilfsorganisationen, Schiffspassagen zu bezahlen. Sie heuerten Schmuggler an, die Juden über Grenzen brachten, akquirierten auf eigene Faust nicht nur Gelder, sondern erwarben, wie beispielsweise der Leiter der Bezirksstelle Nordwestdeutschland, der Hamburger Max Plaut, mit Schwarzgeld oder durch Bestechung Visa, katholische Tauf- oder gefälschte Berufsbescheinigungen.³¹ Immer häufiger »trat an die Stelle der Auswanderungspolitik und -vorbereitung der Gedanke ›Rette sich, wer kann‹ und ›[...] dass Not kein Gebot kennt.«³² Touristen- und Durchreisevisa mit illegalem Aufenthalt oder illegaler Weiterwanderung, gefälschte Papiere oder solche mit partiell unrichtigen Angaben, Landkäufe zum Schein oder unrechtmäßig erworbene Pässe ersetzten nun oft genug die aufwändigen und zeitraubenden Formalitäten.

30 Vgl. Wolf Gruner, *Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942)*, München 2002, S. 276; ders., *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung*, Berlin 1997, S. 249-256.

31 Interview Christel Riecke mit Max Plaut, geführt 1973, Archiv Institut für die Geschichte der deutschen Juden, 14-001.2, Kass. 1, S. 1, Transkript, S. 10.

32 Artur Prinz (Mitglied des Vorstandes des Hilfsvereins der Deutschen Juden), *Die Gestapo als Feind und Förderer jüdischer Auswanderung*, YV, 01/18, S. 7f.

Demgegenüber versuchte die Reichsvereinigung, die Vorgänge zu zentralisieren und das Wohlwollen der Zielländer auf keinen Fall durch illegale Praktiken aufs Spiel zu setzen.³³

Während untergeordnete Mitarbeiter längst der Not gehorchend jede Möglichkeit nutzten, zeigte sich Eppstein selbst dort als Legalist, wo die Grenzen legaler Arbeit deutlich erkennbar waren. So wollte er die Visa für die süd- und mittelamerikanischen Staaten vorgelegt bekommen, die als Reiseziele angegeben wurden, und erst nach persönlicher Prüfung derselben die Kosten begleichen, während doch die Organisatoren die Gelder bereits vorher zum Kauf bzw. zur Bestechung eben für diese Erlaubnis benötigten. Um ihn zu beruhigen, legten ihm seine Mitorganisatoren schließlich gefälschte Visa vor, die er für echt hielt.³⁴

Für die Gestapo stand im Vordergrund, dass möglichst viele Juden möglichst schnell das Land verließen. Sie hatte bereits die polnischen Juden abgeschoben³⁵ und jagte nun deutsche über die Grenze nach Belgien. Sie forderte und unterstützte illegale – d.h. gegen die Bestimmungen des Einwanderungslandes verstoßende – Auswanderungen, torpedierte diese aber gleichzeitig auch oft genug. So agierten die jüdischen Funktionäre in dieser Zeit in einem rechtsfreien Raum, in der ein und dieselbe Handlung entweder befohlen wurde, als angemessen hingenommen oder aber als strafbar geahndet werden konnte. »Eppstein, der der Verbindungsmann zur Gestapo war, kam jedes Mal schweißbedeckt von der Unterredung dort zurück«,³⁶ erinnerte sich ein Mitarbeiter später. Allerdings lebte und arbeitete Eppstein auch in einer besonders prekären Situation: Er haftete dem Reichssicherheitshauptamt für jedes Auswanderungsvorhaben persönlich, das die Reichsvereinigung betrieb und finanzierte, und jede Vorladung im Reichssicherheitshauptamt – zeitweise täglich – konnte mit seiner Verhaftung enden.

In der Palästinaauswanderung hatten sich die deutschen Juden – anders als die österreichischen – zunächst für die legale Variante entschieden. Nach dem Novemberpogrom, und erst recht nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, geriet diese Position ins Wanken, zumal die Gestapo

33 Diese unterschiedlichen Vorstellungen und Vorwürfe werden exemplarisch deutlich im Schreiben (vertraulich) Leo Löwenstein an Ernst Noah, Martin Salomonski, Heinrich Stahl und Hermann Stern v. 26.2.1940, LBI New York, AR 7171.

34 K.-J. Ball, *Illegale Alya (!) 1939/40 aus Hitler-Deutschland*, YV, 01/320, S. 32.

35 Fritz Berger, *Polenaktion 1938* v. 6.9.1948, YV, 01/4, S. 2.

36 Kurt Goldmann (Reuwen Golan), »Hechaluz und Jugendaliyah in Deutschland von 1936 bis Ende 1939«, Februar 1958, YV, 01/204, S. 6; siehe zur illegalen Auswanderung auch Maierhof, *Selbstbehauptung* (wie Anm. 19), S. 215-233.

jetzt stark auf illegale Auswanderung drängte.³⁷ Ungeachtet der neuen Situation beharrte Eppstein weiter auf einem Mindestmaß an Sicherheit, bevor er Gelder für illegale Transporte freigab, die so genannte Sonderhachscharah. Von den sieben Transporten, für die die Gestapo Ausreisebescheinigungen ausstellte, starteten drei vor Kriegsbeginn.³⁸

Die Reiseverläufe erwiesen sich als langwierig, strapaziös und oft gefährlich. Im Zielland hatte die arabische Bevölkerung 1936 bis 1939 in Aufständen gegen die jüdische Einwanderung gekämpft und deren Begrenzung erreicht. Nun zwang der Krieg die zionistischen Führer Chaim Weizmann, Ben Gurion und andere ohnehin, sich an die Seite der britischen Mandatsmacht zu stellen.³⁹ Die illegale Palästinaeinwanderung sank in ihrer Prioritätenliste ganz nach unten, als die deutsch-jüdischen Funktionäre diesen Weg erst beschreiten wollten.

Wie bereits nach der »Juni-Aktion« und dem Novemberpogrom fürchtete Eppstein auch nach Kriegsbeginn – und nicht zu Unrecht –, wenn die jüdischen Funktionäre nach massenhaften KZ-Einweisungen Auswanderungsmöglichkeiten auf legalen oder illegalen Wegen schufen, würde die Gestapo sich bestätigt sehen und das Auswanderungsproblem künftig auf diese Weise lösen. Er fürchtete weiter, sie würde jüdische Flüchtlinge auf Schiffe verladen, ungeachtet dessen, wo und wann Passagiere an Land gehen dürften. Das Drama des Dampfers St. Louis im Mai/Juni 1939 hatte einen Vorgeschmack gegeben, was passieren konnte, wenn die Aufnahmeländer Emigranten nicht einreisen ließen, wie Kuba und die USA.⁴⁰ Eppstein hätte die Rückkehrer am liebsten wieder nach Deutschland gebracht, um der Gestapo zu demonstrieren, dass nur eine

37 Benno Cohn u. a., »Verschiedene Informationen über die jüdische Situation in Berlin in den Jahren von 1933 bis 1940«, Sitzung des Arbeitskreises von Zionisten aus Deutschland am 20.5.1958, hier Benno Cohn und Hans Friedenthal, YV 01/226, S. 3.

38 Eliyahu Kutti Salinger, »Nächstes Jahr im Kibbuz«. Die jüdisch-chaluzische Jugendbewegung in Deutschland zwischen 1933 und 1943, Paderborn 1998, S. 118.

39 Dalia Ofer, Die illegale Einwanderung nach Palästina. Politische, nationale und persönliche Aspekte (1939-1941), in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 15 (1999), Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, S. 9-38, hier S. 34.

40 Über die Irrfahrt der St. Louis berichten mehrere populärwissenschaftliche Bücher, siehe beispielweise Georg J. E. Mautner Markof, Das St. Louis-Drama. Hintergrund und Rätsel einer mysteriösen Aktion des Dritten Reiches, Graz-Stuttgart 2001.

geordnete Auswanderung praktikabel sei.⁴¹ Die Gefährdung der Schiffspassagiere gab den Ausschlag: Der Joint, durch den dramatischen Notfall alarmiert, den er nicht verschuldet hatte, führte in aller Eile Verhandlungen mit diversen Regierungen und erreichte die Aufnahme der Flüchtlinge in Holland, Belgien, Frankreich und England.⁴²

Am 15. August 1940 wurde Eppstein mit der Begründung verhaftet, er habe sich Anordnungen der Zentralstelle widersetzt. Tatsächlich hatte es wohl Probleme gegeben, als ein illegaler Auswanderertransport nach Palästina mit 500 Teilnehmern, dessen Abreise bis ins Kleinste organisiert war, plötzlich die griechische Schiffsflagge nicht führen durfte. Eppstein und auch das Palästina-Amt wollten den Transport in Kriegszeiten nicht so vorschriftswidrig abgehen lassen, während die Gestapo die Abreise anordnete.⁴³ Vergebens beteuerte Eppstein, der keine Begründung für die Festnahme erfuhr, die »Intensität und Schnelligkeit, mit der er stets bemüht war, allen Anordnungen aufs peinlichste und ohne Rücksichtnahme auf seine eigene Person und diejenige seiner Mitarbeiter nachzukommen.«⁴⁴

Nach vier Monaten entlassen, misshandelt, gesundheitlich geschädigt⁴⁵ und offensichtlich psychisch gebrochen, folgte Eppstein den Auflagen

41 Max Zimels, »In Berlin von Ende Dezember 1938 bis Anfang September 1939 als Scheliach des Hechaluz« vom 20. Oktober 1960, ergänzt Januar/Februar 1961, YV, 01/263, S. 8.

42 A Statement of Policy by the American Jewish Joint Distribution Committee (Hyman), Januar 1939, Archiv Joint Distribution Committee (JDC), Coll. 33/44, File 666.

43 Michael Meyer, Emigration to Palestine during the War, YV, 02/283, S. 10. In einem Bericht an den Joint ist bereits im Juni 1939 die Rede davon, dass jüdische Personen und Organisationen, die Einwände gegen die illegale Auswanderung erhoben, als Saboteure verhaftet und in Konzentrationslager verbracht wurden (Bericht v. 15.6.1939, JDC, Coll 33/44, File 678, S. 3). Einen anderen Haftgrund gab Erich Frank an: Eppstein habe einen Artikel im Jüdischen Nachrichtenblatt über die Auswanderung geändert, nachdem dieser bereits genehmigt worden sei (vgl. Nachtrag zur Zeugenaussage von E. Frank über »Vorladung der Repräsentanten jüdischer Dachorganisationen in Berlin, Wien und Prag vor die Gestapo in Berlin [Eichmann] im März 1940, YV, 01/227, S. 2); bezogen auf diesen Grund macht jedoch die Auflage keinen Sinn, keine auswanderungstechnischen Fragen mehr zu bearbeiten.

44 Aktennotiz (AN) v. 20.8.1940, BArch, R 8150, 112/45/2, S. 1 (pag. 153), Punkt 3; AN v. 24.8.1940, ebd., (pag. 152), S. 1, Punkt 1; AN v. 27.8.1940, ebd., (pag. 149), S. 1, Punkt 1.

45 Entschädigungsakte Paul Eppstein, Anlage zum Fragebogen A, Entschädigungsamt Berlin, 253555, pag. A 1a.

des Reichssicherheitshauptamtes: Er durfte keine Auswanderungsangelegenheiten mehr bearbeiten und keine Kontakte zu NS-Repräsentanten pflegen, die nicht dem Reichssicherheitshauptamt angehörten.

Eppstein und seine Frau verharteten dennoch in Deutschland. Eppstein, so ein enger Mitarbeiter später, versuchte, »die Selbständigkeit der jüdischen Verwaltung so lange wie möglich zu erhalten und das Schlimmste nach Möglichkeit abzuwenden. Das konnte nur dann erreicht werden, wenn die Anordnungen so durchgeführt wurden, dass die Gestapo keinen Vorwand fand, die Durchführung selbst in die Hand zu nehmen.«⁴⁶ Dazu musste er Anordnungen gegen die eigenen Mitglieder mindestens so gut wie oder besser, schneller oder reibungsloser als die Gestapo umsetzen, ja, sie in Details und in Konsequenzen durchdenken, die das Reichssicherheitshauptamt vielleicht noch gar nicht berücksichtigt hatte. Eppstein traute diese Fähigkeit nur sich und wenigen anderen zu. So schwankte er vier Jahre zwischen seinem und dem Wunsch seiner Frau Hedwig, Deutschland zu verlassen, und seiner inneren Bindung an seinen exponierten Platz in der Reichsvereinigung, während der äußere Zwang zu bleiben, immer stärker wurde.

Dabei fand »das Schlimmste«, das die jüdischen Funktionäre sich zu dieser Zeit vorstellen konnten, mittlerweile längst statt: Im Oktober 1939 waren bereits Deportationen aus Wien und Mährisch-Ostrau nach Nisko im Bereich Lublin angelaufen, dann aber gestoppt worden. Im Februar 1940 wurden mehr als 1.000 Stettiner Juden in diesen Distrikt deportiert, im März folgten 165 Personen aus Schneidemühl. Im Oktober 1940 ließen die NSDAP-Gauleiter mehr als 6.500 Juden aus Baden und der Pfalz ins Lager Gurs in Frankreich deportieren, im Februar und März 1941 bestiegen die Danziger und Wiener Juden die Deportationszüge, diesmal wieder in den Distrikt Lublin.⁴⁷

Die frühen Transporte zeigten an, dass die Machthaber im Begriff waren, den Schritt von der »forcierten Auswanderung« zur »territorialen Lösung« der Judenfrage zu vollziehen. Eine der ersten Überlegungen war, die knapp 350.000 deutschen, sudetendeutschen und saarländischen sowie einen Teil der zwei Millionen polnischen Juden im Raum Lublin

46 Gedenkblatt für Dr. Paul Eppstein, Berthold Simonsohn, LBI Jerusalem, 643, Sonderdruck v. 18.9.1959, S. 1f.

47 Vgl. Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die »Juden deportationen« aus dem Deutschen Reich 1941-1945, Wiesbaden 2005, S. 26-51. Siehe dazu auch den Beitrag Andrea Löws in diesem Band.

zu konzentrieren.⁴⁸ Die Reichsvereinigung erfuhr von den Plänen für ein Judenreservat Lublin nur gerüchteweise, als plötzlich im Vorgriff darauf Transporte dorthin durchgeführt wurden. Dass die Stettiner Juden deportiert werden sollten, wussten die jüdischen Vertreter nicht. Als Stettiner Mitglieder sie informierten, untersagte das Reichssicherheitshauptamt jede fürsorgerische Tätigkeit am Zielort für die Abtransportierten.⁴⁹ Alarmiert beschlossen die jüdischen Funktionäre, ein deutliches Zeichen des Protests zu setzen. Otto Hirsch trug im Reichssicherheitshauptamt vor, man habe den Kulturbund gebeten, seine Aufführungen eine Woche lang einzustellen, denn »was sich jetzt ereignet habe, greife an die Wurzeln der Reichsvereinigung.«⁵⁰ Darüber hinaus sollten die Mitglieder und alle Mitarbeiter der Reichsvereinigung sowie die Vertreter und Mitarbeiter der Kultusvereinigungen am 31. Oktober 1940 »in Gedanken an die Evakuierten« einen reichsweiten Fasttag abhalten.⁵¹ Sofort verbot das Propagandaministerium dem Kulturbund die Absetzung der Vorführungen, und das Reichssicherheitshauptamt untersagte die Veröffentlichung der Kunde vom Fasttag in den Gemeinden. Immerhin erreichten die jüdischen Funktionäre, dass die Zahl der später Deportierten aus Schneidemühl um 150 Personen gesenkt wurde.⁵² Dann erhielten sie die beruhigende Zusicherung, die Transporte seien nun abgeschlossen. Aber kurz darauf erfuhr die Organisation von Plänen, die ca. 1.000 ostfriesischen Juden in den Raum Lublin umzusiedeln. Jetzt reagierten die jüdischen Funktionäre schnell und effektiv: Max Plaut, Leiter der für das Gebiet zuständigen Bezirksstelle Nordwestdeutschland, und die örtlichen Gemeindevorsteher trafen mit dem Judendezernenten der Gestapo ein Abkommen, die Juden innerhalb von drei Wochen umzuquartieren, teils nach Berlin, Hannover, Hamburg, teils zu Verwandten andernorts.⁵³

48 Vgl. Dieter Pohl, Von der »Judenpolitik« zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1941 (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte Bd. 3), Frankfurt am Main u. a. 1993, S. 47-55, S. 48.

49 Protokoll der Vorstandssitzung v. 29.2.1940, BArch, R 8150/1.

50 AN v. 26.10.1940, ebd., R 8150/45, S. 1, Punkt 1, pag. 132.

51 Protokoll der Vorstandssitzung v. 25.10.1940, ebd., R 8150, 1/2, Punkt 2, pag. 82.

52 AN Vorladung v. 26.10.1940, ebd., R 8150/45, pag. 132, S. 1, Hirsch schrieb, »Bei Schneidemühl und Breisach habe man von zentraler Stelle aus sofort Abhilfe geschaffen.«

53 Max Plaut, Die Juden in Deutschland von 1939 bis 1941, YV, 01/53, S. 8. Nach dem Abschlussbericht der Gestapostelle Wilhelmshaven betraf diese Aktion 843 Juden, die zwischen Januar und März 1940 umquartiert wurden, ca. 160 Altersheiminsassen blieben zurück, vgl. Herbert Reyer, Die Vertreibung der Juden aus Ostfriesland und Oldenburg im Frühjahr 1940, in: Collectanea Frisica. Beiträge

Der nationalsozialistischen Utopie eines Reservats in Lublin folgte die einer »Judenkolonie Madagaskar«. Im Vorgriff auf diese Planung wurden die badischen und pfälzischen Juden deportiert, ausgehend von der Hoffnung, nach einem Sieg über Frankreich würde dessen Herrschaftsgebiet inklusive Madagaskar an Deutschland fallen und nach einem weiteren Sieg über England würden dann die Seewege frei sein. Dieses Mal wurden die jüdischen Funktionäre herangezogen: Im Juni 1940 hatte ein Mitarbeiter Eichmanns Eppstein bei einer Vorladung informiert, dass eine grundsätzliche Lösung der Judenfrage in Form eines kolonialen Reservatsgebietes vorbereitet würde, mit der sich die Reichsvereinigung schon einmal »fürsorglich« befassen solle, »damit auf etwaige Anforderung Pläne vorgelegt werden könnten.«⁵⁴ Dann teilte Eichmann Jakob Edelstein und Franz Weidmann aus Prag, Joseph Löwenherz aus Wien und Paul Eppstein aus Berlin mit, es würde eine »Gesamtlösung der europäischen Judenfrage« nach dem Krieg für ca. vier Millionen Juden angestrebt.⁵⁵ Diese solle sich auf drei bis vier Jahre erstrecken. Die jüdischen Vertreter sollten überlegen, wie ein solches Vorhaben reibungslos ausgeführt werden könnte, und innerhalb von 48 Stunden einen entsprechenden Plan erstellen. Uneins, wie darauf zu reagieren sei, verständigten sich die Vorgeladenen auf eine Hinhaltenaktik, d.h. sie beharrten auf Palästina als Emigrationsziel, allerdings nicht alternativ zu Madagaskar, und verlangten andererseits mehr Zeit, um die mögliche Finanzierung zu prüfen.⁵⁶ Der Kriegsverlauf zerschlug dann diese vagen Pläne der Machthaber, doch die badischen und pfälzischen Juden waren ja bereits abtransportiert. Wieder erhielten die Repräsentanten der Reichsvereinigung tagelang keine Informationen über den Verbleib der etwa 6.500 Personen. Dann wurde ihnen – wie im Fall der Stettiner Juden – aufgetragen, sich um die vermögensrechtliche Abwicklung zu kümmern. Wieder durften sie nicht am Zielort für ihre Mitglieder tätig werden.

zur historischen Landeskunde Ostfrieslands, hg. Hajo van Lengen, Aurich 1995, S. 363–390, hier S. 375.

54 AN v. 25.6.1940, BArch, R 8150/45, Punkt u. 2, pag. 178.

55 AN über Rücksprache im RSHA, zitiert nach Christopher Browning, Entfesselung der »Endlösung«, München 2003, S. 138; Hildesheimer, Selbstverwaltung (wie Anm. 3), S. 186–192, hier S. 187f.; vgl. Rabinovici über den »Löwenherz-Bericht«, in: ders., Instanzen (wie Anm. 7), S. 223.

56 LBI Außenstelle Berlin, Jüdisches Museum, MF 546, Joseph Löwenherz Coll. (AR 25055), AN 44, Rücksprache Edelstein, Weidmann, Löwenherz und Eppstein im RSHA v. 3.4.1940; Stellungnahme »Ansiedlung von Juden aus europäischen Ländern in zur Verfügung gestellten Siedlungsraum ausserhalb Europas«, S. 1f.

Während dieser Ereignisse befand sich Eppstein noch in Haft. Auch Seligsohn, der als Initiator des Fasttages galt, wurde festgenommen. Bei den täglichen Vorladungen thematisierte nun Otto Hirsch neben der »Schutzhaftsache Eppstein« auch immer die »Schutzhaftsache Seligsohn«. Das Reichssicherheitshauptamt statuierte ein Exempel: »Jeder, der sich Anordnungen widersetze, werde in gleicher Weise wie Dr. Seligsohn behandelt werden«, notierte im Februar 1941 der nun entlassene Eppstein über seinen immer noch inhaftierten Kollegen.⁵⁷ Bald ereilte dies Schicksal auch Otto Hirsch, angeblich weil er versucht hatte, Nachrichten über die Situation der nach Gurs Deportierten ins Ausland zu schmuggeln.⁵⁸ Jetzt intervenierte Eppstein beim Reichssicherheitshauptamt für beide.⁵⁹ Immer wieder forderte er sie dringend für Arbeitsvorhaben an, insbesondere, wenn Verhandlungen mit internationalen jüdischen Organisationen anstanden. Als das Reichssicherheitshauptamt jede weitere Tätigkeit der beiden für die Reichsvereinigung ausschloss, bat er vergeblich, ihnen dann wenigstens die Auswanderung zu gestatten. Beide »Schutzhäftlinge« kamen nicht mehr frei. Hirsch starb am 19. Juni 1941 im KZ Mauthausen,⁶⁰ Seligsohn am 28. Februar 1942 im KZ Sachsenhausen.⁶¹

Wie sah es mit den Auswanderungsmöglichkeiten der deutsch-jüdischen Funktionäre selbst aus? Sie alle wollten – wie Baeck formulierte – »nicht desertieren«,⁶² solange sich noch deutsche Juden im Land befanden. Doch die Quellen zeigen ein differenzierteres Bild: Teils freiwillig, teils gezwungen, weil sie dem NS-Staat gegenüber Auswanderungsabsichten nachweisen mussten, hatten alle leitenden Funktionäre der Reichsvereinigung versucht, sich abzusichern. Eppsteins beispielsweise

57 BArch, R 8150/45, AN v. 20.2.1941, S. 1, Punkt 1, pag. 74.

58 Vgl. Hildesheimer, Selbstverwaltung (wie Anm. 3), S. 201.

59 AN Nr. 21 v. 11.3.1941, BArch, R 8150/45, S. 4, Punkt 12 und 13, pag. 72.

60 AN Nr. 141 v. 3.7.1941, CJA, 2 B 1/2, S. 2, Punkt 7. Hirsch war am 16.2. verhaftet und am 23.5.1941 in das KZ Mauthausen überstellt worden. Dort erhielt er die Häftlingsnummer 559, im Totenbuch wurde »Colitis ulcerosa« (eine Darmerkrankung) als Todesursache eingetragen (lt. Auskunft Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen v. 8.10.2008). Hirschs Bruder berichtete, während der Haftzeit seien US-Visen eingetroffen, die jedoch weder der Inhaftierte noch seine Ehefrau Martha in Anspruch nehmen durften (Zeugenbericht Theodore Hirsch »Die letzten Tage von Otto Hirsch«, aufgenommen von Ball-Kaduri am 12.5.1960, YV, 01/285, S. 2).

61 Vgl. www.bundesarchiv.de/Gedenkbuch, Eintrag Julius Seligsohn; falsche Angaben bei Hildesheimer, Selbstverwaltung (wie Anm. 3), S. 202.

62 So kolportiert vom Breslauer Lehrer und Historiker Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941, Köln-Weimar-Wien 2006, Bd. 2, S. 846.

wollten eigentlich zu Jahresbeginn 1939 nach Großbritannien gehen, ein Einreisevisum und ein Arbeitsangebot lagen vor.⁶³

Der NS-Staat, der die Mitglieder der Reichsvereinigung zwang, Deutschland zu verlassen, hinderte jedoch die Funktionäre der Organisation an demselben Schritt. Sie mussten ihre Pässe abgeben und für Dienstreisen jeweils die Aushändigung beantragen.⁶⁴ Ehepartner durften nicht gemeinsam reisen. Jedes Vorstandsmitglied musste melden, wo seine nahen Angehörigen lebten, wie es um Vermögen und Auswanderungsvorbereitungen stand.⁶⁵ Im August 1939 verfügte das Reichssicherheitshauptamt, die Nachfolge jedes ausreisenden Funktionärs müsse geregelt und zwei Monate zuvor angemeldet werden.⁶⁶

Bei Kriegsbeginn befanden sich etliche leitende Mitarbeiter und Funktionäre im Ausland bzw. beim Zionistenkongress in Genf. Kollektiv entschieden sie, wessen Rückreise noch Sinn machte.⁶⁷ Eppstein kehrte zurück. Sein Auswanderungsverfahren lief weiter, ohne dass das Reichssicherheitshauptamt ihn tatsächlich reisen ließ. Während seiner Haftzeit war an Emigration nicht zu denken. Inhaftierte jüdische Funktionäre durften jetzt grundsätzlich nicht mehr ausreisen. Im Februar 1941 verbot das Reichssicherheitshauptamt die Emigration der Vorstandsmitglieder der Reichsvereinigung dann generell.⁶⁸

Alarmiert forderten die jüdischen Funktionäre nun den Joint über Umwege dringend auf, Visa für den Notfall für Baeck, Eppstein, Meyerheim, Seligsohn, Lilienthal und Löwenstein zu beschaffen und die Papiere über verschlüsselte Botschaften zu avisieren.⁶⁹ Aber es war zu spät. Im August 1941 erweiterte das Reichssicherheitshauptamt das Ausreiseverbot auf leitende Mitarbeiter und Bezirksstellenleiter.⁷⁰ Doch als es im Oktober 1941 die Emigration gänzlich verbot, teilte es den jüdischen Funktio-

63 Brief Hedwig Eppstein an Paula und Lothar Eppstein v. 16.2.1939, Stadtarchiv Mannheim, Nachlass Eppstein, 31, Konvolut Miriam Warburg S. VII.

64 AN v. 26.6.1939, CJA, 2 B 1/1, S. 2, Punkt VI f.

65 Vorstandsprotokolle, Anschreiben der Reichsvereinigung an alle Vorstandsmitglieder v. 18.8.1939, BArch, R 8150.

66 AN v. 15.8.1939, CJA, 2 B 1/1, S. 2 f., Punkt 5.

67 Fritz Berger, »Sprecherlaubnis in der Strafanstalt Tegel im Winter 1938-1939 – Polenaktion 1938 und Fremdenamt Berlin«, v. 7.6.1958, YV, 1151/92, S. 5 f., siehe auch Max Meir Zimels, »In Berlin von Ende Dezember 1938 bis Anfang September 1939«, YV, 01/263, S. 8.

68 AN Nr. 8a/41, v. 20.2.1941, BArch, R 8150/45, S. 1, Punkt 2, pag. 74.

69 Memorandum 26.2.1941, Schargo an Troper betr.: Request from Dr. Meyerheim, JDC, Coll. 33/44, File 631/2 of 2.

70 AN Nr. 129 v. 9.8.1941, CJA, 2 B 1/2, S. 5.

nären vertraulich mit, für sie persönlich würde das natürlich nicht gelten.⁷¹ Auch dieses Versprechen hielt das Reichssicherheitshauptamt nicht ein. Mit einer Ausnahme: Max Plaut aus Hamburg durfte 1944 tatsächlich ausreisen, als die meisten seiner Kollegen bereits deportiert und ermordet worden waren.⁷²

Die bisher genannten Gründe, warum die deutsch-jüdischen Funktionäre »nicht desertierten« (Baeck), sprechen für ein hochentwickeltes Verantwortungsbewusstsein, einen starken gruppeninternen Druck, gemeinsam auszuhalten, die Hoffnung, »Schlimmeres zu verhüten«, wenn sie die Maßnahmen des NS-Staates selbst durchführten, aber auch eine gelinde Selbstüberschätzung, sie, und nur sie persönlich seien in der Lage, die Gratwanderung zu vollziehen, die der NS-Staat ihnen abverlangte. Vor allem aber verfügten die deutsch-jüdischen Repräsentanten in den ersten zwei Jahren ihrer Arbeit noch über gewisse Handlungsspielräume und konnten Erfolge verbuchen: Sie hatten ein umfassendes Bildungs- und Ausbildungswesen und ein weitreichendes Fürsorgewesen errichtet. Sie hatten die ostfriesischen und 150 pommersche Juden vor einer frühen Deportation nach Lublin gerettet. Es hatten – ob mit oder ohne ihre Hilfe – zwischen Juli 1939 und Oktober 1941 noch einmal ca. 100.000 Juden das Land verlassen können. Allerdings zeichnete sich angesichts der bereits 10.000 Deportierten auch deutlich ab, dass alle noch so großen Anstrengungen nichts gegen die immer brutalere Dynamik der Judenpolitik ausrichten, sondern dass nur in Ausnahmefällen Aufschübe oder Milderungen erreicht werden konnten. Erich Simon, der Statistiker der Reichsvereinigung und einer der wenigen überlebenden Funktionäre, resümierte: »Der Traum einer autonomen Verwaltung jüdischer Belange innerhalb Deutschlands endete bereits 1940, und es kam zu einem entsetzlichen Erwachen.«⁷³ Aus diesem Erwachen folgte jedoch keineswegs, dass die jüdischen Funktionäre von ihrem Kurs der Kooperation abrückten, nicht 1940, nicht, als sie im Oktober 1941 in die Vorbereitungen für die Massendeportationen einbezogen wurden, und auch nicht, als sie in

71 AN v. 24.10.1941, Rücksprache Eppstein/Storfer mit Eichmann, LBI New York, AR 25033 Rischkowsky.

72 Vgl. zu Plaut: Beate Meyer, Gestörte Beziehungen. Die Kommunikation zwischen Repräsentanten und (Zwangs)Mitgliedern der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland nach der Befreiung, in: Andreas Brämer u. a. (Hg.), Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte. Festschrift für Ina Lorenz zum 65. Geburtstag, Hamburg 2005, S. 366-377; dies., Max Plaut, in: Institut für die Geschichte der deutschen Juden 2003-2008, Hamburg 2009, S. 50-55.

73 Erich Simon, Vortrag v. 13.4.1946, Theresienstadt als autarkes Stadtwesen, YV, 02/772 (Wiener Library), P. III.h. (Theresienstadt) No. 894, S. 2.

Theresienstadt die Transporte in die Vernichtungslager zusammenstellen mussten. Nur die wenigsten jüdischen Funktionäre überlebten wie Leo Baeck die Deportation. Viele kamen bereits vorher zu Tode, wie Otto Hirsch und Julius Seligsohn; Paula Fürst, Cora Berliner und Arthur Lilienthal wurden mit einem »Straftransport« am 24. Juni 1942 (vermutlich) nach Minsk gebracht, Hannah Karminski am 9. Dezember 1942 nach Auschwitz. Paul Eppstein wurde am 28. September 1944 in Theresienstadt erschossen.⁷⁴ Die Hoffnung, durch Kooperation »Schlimmeres zu verhüten«, hatten sie alle nie aufgegeben – bis sie selbst ermordet wurden.

74 Zu allen Genannten siehe www.bundesarchiv.de/Gedenkbuch; zu Fürst, Berliner und Lilienthal vgl. auch Gottwaldt/Schulle, »Judendeportationen« (wie Anm. 47), S. 242.

KIM WÜNSCHMANN

Die Konzentrationslagererfahrungen deutsch-jüdischer Männer nach dem Novemberpogrom 1938

*Geschlechtergeschichtliche Überlegungen
zu männlichem Selbstverständnis und Rollenbild**

Das Jahr 1938 wird in der Verfolgungsgeschichte der Juden im Nationalsozialismus als ein Schlüsseljahr angesehen. Eine Flut diskriminierender Gesetze und Verordnungen, die Verhaftungsaktionen nach der Annexion Österreichs und im Rahmen der so genannten *Aktion Arbeitsscheu Reich* sowie das erneute deutliche Anschwellen der Gewalt im öffentlichen Raum verschärften die Existenzbedingungen der Juden im Deutschen Reich dramatisch. Der Novemberpogrom markiert den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung. Er steht für antijüdischen Terror bis dato unerreichten Ausmaßes, Vandalismus, Plünderungen, Synagogenbrände und offene physische Gewalt, der jüdische Kinder, Frauen und Männer zum Opfer fielen – bis zu einhundert von ihnen kamen dabei unmittelbar zu Tode. Zehntausende jüdische Männer wurden anschließend in Konzentrationslager verschleppt und über mehrere Wochen und Monate gefangen gehalten.

Im vorliegenden Aufsatz will ich ergründen, wie eben jene jüdischen Männer die historische Situation erlebten und versuchen, ihre Perspektiven auf die Ereignisse nachzuzeichnen. Nachdem sie unvermittelt und brutal von ihrem sozialen Umfeld isoliert worden waren, fanden sie sich als Häftlinge in Dachau, Buchenwald oder Sachsenhausen wieder. Das Erkenntnisinteresse gilt im Folgenden ihren Erfahrungen im Konzentrationslager, den Auswirkungen der Haft auf ihr männliches Selbstverständnis und traditionelles Rollenverhalten als Haushaltsvorstand, Versorger und Beschützer der Familie. Durch eine akteurszentrierte Herangehensweise, die die Reaktionen der Betroffenen in den Mittelpunkt rückt, lässt sich diese Untersuchung einordnen in eine Reihe von

* Für höchst wertvolle Hinweise und Anregungen danke ich Maria Fritsche und Stefanie Schüler-Springorum.

Studien, mittels derer die Historiographie herauszuarbeiten versucht, welche Konsequenzen das historische Geschehen für den Einzelnen hatte und wie der gesteigerte Verfolgungsdruck ab 1933 die jüdischen Lebenswelten veränderte.¹ In Weiterführung eines noch relativ jungen geschlechtergeschichtlichen Ansatzes in der deutsch-jüdischen Geschichtsforschung, der sich für die Zeit des Nationalsozialismus bislang jedoch ausschließlich auf das Schicksal und die Erfahrung von Frauen konzentriert hat, stehen nun zum ersten Mal männliche Reaktionen auf Verfolgung und Entrechtung im Fokus wissenschaftlicher Aufmerksamkeit.

Marion A. Kaplan hat gezeigt, wie sich Rollenverständnis und -verhalten jüdischer Männer und Frauen unter dem Druck nationalsozialistischer Verfolgung verkehrten. Weil behördliche Diskriminierungen und Terror in erster Linie auf die männlichen Feinde der »Volksgemeinschaft« abzielten, handelten jüdische Frauen besonders nach dem Novemberpogrom 1938 als Versorgerinnen und Bewahrerinnen von Familie und Geschäft.² Was bedeutete dieser Rollentausch aber für die Geschlechtsidentität der betroffenen Männer? Eingesperrt in Konzentrationslagern, zur Untätigkeit verurteilt, sowie Gewalt und Erniedrigungen der SS schutzlos ausgesetzt, versuchten sie nicht nur physisch zu überleben, sondern dabei ihre persönliche Integrität zu bewahren – und dazu gehörte auch ihr männliches Rollenverständnis, das durch die Lagererfahrung radikal auf die Probe gestellt wurde. Selbst gewaltsam entmachtet, waren sie vom Handeln der Frauen abhängig. Klassische männliche Verhaltensmuster, gebunden an Aktivität, Initiativität, Risikobereitschaft oder Aggression waren im Kontext der in den Konzentrationslagern herrschen-

1 Vgl. u. a. Monika Richarz (Hg.), *Jüdisches Leben in Deutschland*, 3 Bd., Stuttgart 1976-1982, hier v. a. Bd. 3: *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945*, Stuttgart 1982; Arnold Paucker (Hg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1943*, Tübingen 1986; Beate Meyer, »Jüdische Mischlinge«. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999; Ulrich Baumann, *Zerstörte Nachbarschaften. Christen und Juden in badischen Landgemeinden 1862-1940*, Hamburg 2000; und aktuell das Editionsprojekt »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945«, hg. im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg von Götz Aly u. a., München 2008.

2 Vgl. Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, New York 1998, S. 125-129. Siehe auch Kirsten Heinsohn/Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte als Geschlechtergeschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006.

den »absoluten Macht« der Täter unmöglich geworden.³ Wie wurde jüdische Männlichkeit in diesem historischen Moment also verteidigt, bewahrt oder gar neu definiert?

Die Anwendung von »gender« als einer analytischen Kategorie ist bis auf wenige Ausnahmen, die bezeichnenderweise die Frauenlager Ravensbrück oder Auschwitz-Birkenau betreffen, in der KZ-Forschung bislang kaum erfolgt.⁴ Das Konzentrationslager wurde und wird, darauf weisen Sigrid Jacobeit und Jane Caplan nachdrücklich hin, in Wissenschaft wie Memorialkultur unhinterfragt als männlicher Topos gesetzt. Diese Normierung des Konzentrationslagers zu einem exklusiv maskulinen Terrain führte aber dazu, dass jede Form von »gender«-Differenzierung bei der Betrachtung der Lager zuungunsten ihrer »unmarkierten Männlichkeit« unterblieb; das scheinbar Selbstverständliche wurde nicht weiter kritisch reflektiert.⁵ Die Tatsache, dass in dieser scheinbar statischen »Männerwelt« des Lagers verschiedene Ideale und Konzeptionen von Männlichkeit miteinander in Beziehung traten, rivalisierten und sich prägend auf Gewaltverhalten und Selbstbehauptung von Aufsehern wie Häftlingen auswirkten, fand bislang kaum das Interesse der Wissenschaft, auch nicht der »gender«-Forschung. Hinzu kommt, dass in der Historiographie der Konzentrationslager wie des Nationalsozialismus insgesamt die im Folgenden benannten Analysekatoren gegenstandsbedingt ungleich stärkere Anwendung finden. Tatsächlich muss »gender« zusammengedacht werden mit den übergeordneten sozial-rassistischen und machtpolitischen Strukturen, die dem NS-Staat seine spezifische Prägung gaben. Dabei ist »race« die dominierende Kategorie, entschied sie doch über die

- 3 Die aufgezählten Eigenschaften werden als Attribute eines klassischen maskulinen Stereotyps verstanden. Vgl. hierzu George L. Mosse, *Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit*, Frankfurt am Main 1997, S. 9-25. Den Begriff der »absoluten Macht«, die alle Beziehungen im Gewaltkontext Konzentrationslager strukturiert, prägte Wolfgang Sofsky, vgl. ders., *Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager*, Frankfurt am Main 2004 (1993), S. 27-40.
- 4 Für einen Überblick über den Forschungsstand vgl. Barbara Distel, *Frauen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern – Opfer und Täterinnen*, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 1, München 2005, S. 195-209; Jane Caplan, *Gender and the Concentration Camps*, in: Jane Caplan/Nikolaus Wachsmann (Hg.), *The Nazi Concentration Camps. The New Histories*, London 2010, S. 82-107.
- 5 Vgl. Jane Caplan, *Gender* (wie Anm. 4), S. 85 f.; Sigrid Jacobeit, *Vorwort*, in: Insa Eschebach/Sigrid Jacobeit/Silke Wenk (Hg.), *Gedächtnis und Geschlecht. Deutungsmuster und Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids*, Frankfurt am Main 2002, S. 10.

Zugehörigkeit zur »arischen Volksgemeinschaft« und damit letztlich über Leben und Tod.⁶ Auch andere Kategorien wie das soziale Milieu (»class«), die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation (»age«) etc. dürfen in diesem Zusammenhang nicht aus dem Blick geraten. Trotzdem ist »gender« jedoch keineswegs irrelevant für die Erforschung der Verfolgungsgeschichte von Juden im »Dritten Reich«. Analysiert durch die »gender«-Linse wird auch das Bild von der Situation jüdischer KZ-Häftlinge im Winter 1938/39 kontrastreicher und damit vollständiger. Dieser Aufsatz präsentiert neue Erkenntnisse über ihre Erfahrungen und ihr Selbstverständnis, die mittels einer geschlechtergeschichtlichen Herangehensweise an die Quellen erst sichtbar gemacht werden konnten.

Quellenmaterial und Narrative

Durch ihre radikale Subjektperspektive eignen sich biographische Quellen besonders für geschlechtergeschichtliche Untersuchungen. Die Quellen, auf denen die folgenden Überlegungen aufbauen – Erinnerungsberichte, Briefe und Oral History-Interviews –, sind im Hinblick auf das oben beschriebene Erkenntnisinteresse als reflexive Akte zu verstehen, in denen die jeweiligen Autoren ihre Geschlechterrolle verhandeln, mit zeitgenössischen geschlechtsspezifischen Vorstellungen abgleichen und eine eventuelle Devianz vor sich und anderen legitimieren. Biographische Narrative sind aber nicht nur individuelle Selbstvergewisserung, sondern gleichzeitig performative Akte von »doing gender«.⁷ Wie etwas erinnert wird, ist in diesem Falle wichtiger als die Frage, ob es sich tatsächlich so ereignete.

Klassische quellenkritische Fragen nach dem zeitlichen Abstand der Erinnerung zum Ereignis, ihrer äußeren Form, der literarischen Vorbildung sowie den Absichten des Autors sind in der geschlechtergeschichtlichen Analyse biographischer Zeugnisse weiterhin zu stellen. Fragen wir

6 Vgl. Daniel Wildmann, *Begehrte Körper. Konstruktion und Inszenierung des »arischen« Männerkörpers im »Dritten Reich«*, Würzburg 1998, S. 12. Vgl. auch die Positionen von Gisela Bock und Claudia Koonz in der Debatte um das Verhältnis der Kategorien »race« und »gender« in der historischen Frauenforschung zum Nationalsozialismus. Gisela Bock, *Ein Historikerinnenstreit?*, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft* 18 (1992), S. 400-404; Claudia Koonz, *Erwiderung auf Gisela Bocks Rezension von »Mothers in the Fatherland«*, in: *Ebd.*, S. 394-399.

7 Vgl. hierzu Bettina Dausien, *Erzähltes Leben – erzähltes Geschlecht? Aspekte der narrativen Konstruktion von Geschlecht im Kontext der Biographieforschung*, in: *Feministische Studien* 19,2 (2001), S. 57-73.

zunächst etwas genauer nach der Herkunft und dem sozialen Status der nach dem Novemberpogrom verhafteten jüdischen Männer, so fällt auf, dass die Mehrzahl dem bürgerlichen Mittelstand oder der Oberklasse entstammte. Zwar befanden sich unter den Festgenommenen auch Angehörige weniger wohlsituerter Schichten oder vereinzelt sogar jüdische Jugendliche, im Allgemeinen aber folgten Gestapo, Polizei, SA und SS der von Reinhard Heydrich in der Nacht zum 10. November ausgegebenen Anordnung, »insbesondere wohlhabende« männliche Juden in Geiselhaft zu nehmen.⁸ Es ist wichtig zu betonen, dass sich somit die im November 1938 inhaftierten Juden vom Rest der jüdischen wie nicht-jüdischen Gefangenen in Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen deutlich absetzten. Sie unterschieden sich insbesondere von den als »asozial« verfolgten Juden, die im Zuge der »Aktion Arbeitsscheu Reich« im Juni 1938 zu tausenden eingeliefert wurden und am Ende des Jahres immer noch zu hunderten in den Lagern einsaßen.⁹ Jene stammten nicht aus bildungsbürgerlichen Verhältnissen, waren in sprachlichem Ausdruck weit weniger geübt und zudem durch ihre spezifische Verfolgungsgeschichte mit dem Stigma der Kriminalität behaftet. So ist es nicht verwunderlich, dass sie im Gegensatz zu den »Novemberjuden«¹⁰ kaum Erlebnisberichte hinterließen. Über die Erfahrungen der jüdischen Männer, die nach dem Pogrom in die Lager eingeliefert wurden, gibt es demgegenüber zahlreiche Erinnerungen, die sich aufgrund des ähnlichen Verlaufs der Haftereignisse, aber nicht zuletzt auch aufgrund sich entsprechender sozialer Hintergründe und Weltanschauungen der Verfasser sehr gut miteinander in Beziehung setzen lassen.

8 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT), 42 Bd., Nürnberg 1947-1949, Bd. 31, S. 515-518., Dok. 3051-PS (Punkt 5).

9 Die Stärkemeldung des KZ Sachsenhausen z. B. zählt am 6. Dezember 1938 noch 455 »arbeitsscheue« Juden, vgl. Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen Archiv, D 1A 1020, Bl. 463. Zur zweiten Verhaftungswelle der »Aktion Arbeitsscheu Reich«, die im Juni 1938 über 1.200 »asoziale« Juden allein ins KZ Buchenwald brachte, vgl. Harry Stein, Juden in Buchenwald 1937-1942, Weimar 1992, S. 13-29.

10 Dieser Begriff wird von den nach dem Novemberpogrom in die Konzentrationslager verschleppten jüdischen Männern als Selbstbezeichnung benutzt. Er wird deshalb auch im Gegensatz zu dem von den Tätern geprägten Begriff »Aktionsjuden« im weiteren Verlauf der Studie als Gruppenbezeichnung angewandt. Vgl. Hans Reichmann, Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939, bearbeitet von Michael Wildt, München 1998, S. 236.

Eine erste systematische Auswertung von schriftlich niedergelegten Erinnerungsberichten der »Novemberjuden« – hauptsächlich aus den Beständen der Wiener Library – unternimmt Heiko Pollmeier. Mit seiner Pionierstudie beabsichtigt er, zu einer »dichten Beschreibung« der Inhaftierung und des Lagerlebens in faktischer und in psychischer Hinsicht« zu gelangen.¹¹ Zwar war »gender« für sein Erkenntnisinteresse noch kein Kriterium, doch arbeitet Pollmeier durch eine literarisch-textanalytische Vorgehensweise aus den Erlebnisberichten Stilmittel und Darstellungsformen heraus, die es ihm erlauben, Rückschlüsse auf das Selbstverständnis der Autoren zu ziehen. Er präsentiert schließlich zwei einander entgegengesetzte »Perspektivierungen« der Erzählungen: Die »Distanzierung«, durch die der Autor vom Erleidenden zum Beobachtenden wird, und die »Dramatisierung«, in der er selbst sich innerhalb des als Handlungskonflikt erlebten Geschehens befindet.¹² Pollmeiers Erkenntnisse können der vorliegenden Studie als Ausgangspunkt für eine geschlechtergeschichtliche Interpretation der Quellen dienen. Obwohl vor einer allzu dichotomischen Kategorisierung in weibliche und männliche Narrative zu warnen ist, lässt sich wohl beobachten, dass Männer im Gegensatz zu Frauen eher um eine faktische Rekonstruktion der Ereignisse und die Einordnung ihrer individuellen Verfolgungserfahrung in das Weltgeschehen bemüht sind. Nicht zuletzt aus der Angst heraus, das Erlebte könnte angezweifelt werden, betonen sie eher die allgemeine historische Entwicklung, die globalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge oder das kollektive jüdische Schicksal.¹³ Oberflächlich reproduzieren die Autoren damit ein Männlichkeitsideal des souveränen und rationalen Akteurs, unterschwellig geht es ihnen wohl auch darum – auf diese Funktion von Selbstzeugnissen hat James E. Young aufmerksam gemacht –, die traumatische Erfahrung zu bewältigen und die erlittene Gewalt im Narrativ zu binden: »For once written, events assume the mantle of coherence that narrative necessarily imposes on them, and the trauma of their unassimilability is relieved.«¹⁴ Souveränität und Selbstsicherheit, auch als Mann, sollen also in der Rückschau auf die Ereignisse wiederhergestellt werden.

11 Heiko Pollmeier, Inhaftierung und Lagererfahrung deutscher Juden im November 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 8 (1992), S. 107-129, hier S. 107.

12 Ebd., S. 118f.

13 Vgl. Marion A. Kaplan, The Jewish Response to the Third Reich. Gender at the Grassroots, in: Studies in Contemporary Jewry XVI (2000), S. 70-87, hier S. 71.

14 James E. Young, Writing and Rewriting the Holocaust. Narrative and the Consequences of Interpretation, Bloomington 1988, S. 16.

Manifestationen von Männlichkeiten

Will man Manifestationen von Männlichkeit im Kontrast zu Weiblichkeit als der »offensichtlichsten«, weil in der biologischen Polarität der Geschlechter begründeten Relationskategorie herausarbeiten, so macht die auffällige Abwesenheit von Frauenfiguren in den Erinnerungen dies zunächst schwierig. Die überwiegende Mehrzahl der Selbstzeugnisse jüdischer Männer, welche die Ereignisse nach dem Novemberpogrom 1938 darstellen, behandelt ausschließlich die Verhaftung sowie die Zeit im Konzentrationslager. Frauen tauchen in den Berichten höchstens am Rande der Handlung, vielfach aber auch gar nicht auf. Viele Memoiren erzählen, dass sehnsüchtige und zärtliche Gedanken an Frau und Kinder bewusst unterdrückt werden mussten, um im Lager bestehen zu können. Alfred Schwerin beispielsweise, ein Kaufmann aus Pirmasens und allein erziehender Vater, beschreibt, wie er sich, um eine Art emotionale Immunisierung zu erzeugen, in Dachau jeden Gedanken an sein Töchterchen verbot: »Nur eines, das fühlte ich, war fähig, mich umzuwerfen und jeden Widerstand in mir zum Erlahmen zu bringen: der Gedanke an mein einsames, verlassenes, mutterloses Kind. Vom ersten Tag an, vom ersten Augenblick an, wo ich mir dessen bewusst wurde, schaltete ich Ellen aus meiner Gedankenwelt, aus meinen Erinnerungen vollkommen aus. Ich wollte nicht an sie denken und ich dachte nicht an sie. Um ihretwillen musste ich stark bleiben, aber eben deshalb musste ihr Bild in mir ausgelöscht sein.«¹⁵ »Sentimentale« Gefühle konnte Schwerin sich seiner Ansicht nach, wie viele andere in existentielle Bedrohung geratene jüdische Häftlinge, nicht erlauben. Die psychische Stabilität musste um jeden Preis bewahrt werden.

Tatsächlich war die einzige Verbindung zu den Frauen der spärliche Postverkehr, durch den die Männer erfuhren, wie es um die Entlassungsbemühungen stand. Das Handeln der Frauen, ihr Mut und Einfallsreichtum, die auftretenden Schwierigkeiten zu lösen, werden von den Männern durchweg gelobt. Auch die lebenserhaltende Wirkung eines Briefes von zu Hause wird erinnert. Hans Reichmann, Syndikus des Centralvereins aus Berlin, trug »die wärmenden Grüße« seiner Frau Eva stets bei sich.¹⁶ Der Wiener Ernst Hochsinger beschreibt den Glücksmoment, als er Post von seiner Frau empfing, wie folgt: »Es sind die Züge ihrer Hand,

15 Alfred Schwerin, *Von Dachau bis Basel. Erinnerungen eines Pfälzer Juden an die Jahre 1938 bis 1940*, im Auftrag des Bezirksverbands Pfalz, bearbeitet von Roland Paul, Kaiserslautern 2003, S. 84.

16 Reichmann, *Bürger* (wie Anm. 10), S. 203.

es ist ihre ruhige, gleichmäßige, aufrichtige, ehrliche und nicht verschnörkelte Form. [...] Ich sehe ihr Gesicht [...] es macht mich glücklich und froh und zufrieden. [...] es ist als stünde sie neben mir und ihr stummer Blick würde mich mahnen, auszuharren [...].¹⁷ Und der Frankfurter Rechtsanwalt Julius Meyer bringt es schließlich auf den Punkt, indem er schreibt: »Wie sentimental die rauen Burschen werden, wenn sie alle noch ungeschriebenen Grüße – und manche heimlichen Küsse – mit dieser Karte fortsenden.«¹⁸ Dass bedingt durch die Zensur die Männer ihren Frauen ihre wahre Situation nicht oder nur verschlüsselt mitteilen konnten, wird überraschenderweise nicht als Problem benannt. Die oktroyierte Standardformel »ich bin gesund, es geht mir gut«, so sehr sie die Kommunikation erschwerte, machte immerhin das Dilemma obsolet, zu Hause durch Schilderungen der prekären Lage Verzweiflung auszulösen, wenn »Mann« sich offen mitteilte. Erst in späteren Briefen aus dem Frühjahr 1939, als die Zensur den Häftlingen zumindest nicht mehr wortwörtlich den Inhalt vorschrieb, finden sich zuweilen auch Äußerungen von Mutlosigkeit und Enttäuschung der Absender darüber, dass, nachdem der Großteil der »Novemberjuden« schon entlassen war, sie selbst sich noch immer im KZ befanden. So schrieb der in Dachau inhaftierte Oskar Jaul am 12. Februar 1939 an seine Schwägerin ins heimatliche Baden: »Liebe Lilli! Erhielt Deine lieben Briefe und ersehe daraus, dass Du Dich in wirklich anerkennender braver Weise für uns einsetzt. [...] Ich erwarte mit Ungeduld Deine Erfolge. [...] Es dauert mir alles schon viel zu lange, daher bin ich auch betrübt, dass das Vorvisum nicht genügt. Sei so gut und frage bei der Gestapo öfter an. [...] Dass meine Passangelegenheit so lange dauert, ist mir zu meinem Leid sehr schwer.«¹⁹ Eingedenk des den Häftlingen auferlegten Verbotes, die Außenwelt über die Lagererfahrung in Kenntnis zu setzen, müssen diese Zeilen als dramatische Verzweiflungsausäußerung interpretiert werden.

Das Bild von der besonnenen und findigen Frau, die für ihr patentes und pragmatisches Handeln paternalistisch gelobt wird, verändert sich dramatisch, wenn die Quellen auf die Frauenbilder hin analysiert werden, die im Moment des Wiedersehens präsentiert werden. Während der Mann stille Freude und tiefes Glück empfindet, brechen die Frauen in

17 Ernst Hochsinger (unter Pseudonym Ernst Singer), Heil Hitler! Meine Erlebnisse im Konzentrationslager 10. November 1938, o.D., KZ-Gedenkstätte Dachau Archiv (DA), 21.074, Bl. 93.

18 Julius Meyer, Buchenwald, 1940, Wiener Library London (WL), P.II.d.No.77, Bl. 74.

19 Brief von Oskar Jaul vom 12. Februar 1939, DA A 868.

Tränen aus, sind »maßlos aufgeregt« oder nervös.²⁰ Bei seiner Rückkehr nach Wien sieht William Deman, der im zeitlichen Abstand von mehreren Jahrzehnten nach dem Krieg schreibt, auf dem Hauptbahnhof immer noch die »aufgeregten, schreienden und gestikulierenden Frauen«, die sich zu einer unkontrollierbaren Masse formieren könnten und deshalb vom Bahnsteig ferngehalten werden mussten.²¹ Seine eigene Frau ist so aufgelöst, dass, so schreibt er, es »einfach nicht möglich [war], meine Frau zu bewegen, mir eine zusammenhängende Schilderung der Ereignisse [...] zu geben.«²² Durch diese stereotype weibliche Darstellung ist das Geschlechterverhältnis im Moment der Rückkehr des Mannes in die Familie wieder hergestellt. Deman, Reichmann wie auch der Philosoph Walter Solmitz integrieren sogar die Perspektive der Frau in ihre eigenen Erinnerungen. Indem sie schildern, was sich während ihrer Abwesenheit zu Hause ereignet hat, machen sie sich auch diesen Teil der Geschichte zu eigen.²³

Die in den Erinnerungen der Männer auftauchenden Weiblichkeitsbilder beschreiben Frauen, die im Moment der Verhaftung verzweifelt sind, dann brav und besonnen handeln, ihre Männer während der Inhaftierung fast unsichtbar im Hintergrund stützen, und die nach der Rückkehr der Familienoberhäupter aus den Lagern schließlich unter der Anspannung zusammenbrechen. Diese Darstellungen, die Frauen als emotional und loyal charakterisieren, sind Manifestationen einer bürgerlichen Männlichkeit, die deutsch-jüdische Männer im Laufe des 19. Jahrhunderts verinnerlicht hatten. Sie verstärken das Rollenbild eines rationalen, souveränen und autonomen Akteurs, der im Privaten als versorgender und beschützender *pater familias* fungierte.²⁴ Explizite Hinweise darauf, dass durch die Ereignisse im November 1938 dieses bürgerlich-männliche Rollenbild massiv in Frage gestellt wurde, lassen sich nur ganz vereinzelt in den Erinnerungen finden. So schreibt z. B. Hochsin-

20 Fritz Friedländer (unter Pseudonym Erich Sander), *Zwischen Potsdam und Zion. Zeitgenössische Geschichte eines unzeitgenössischen Menschen*, o.D., Archiv des Leo Baeck Instituts (LBI), MM 97, Bl. 101.

21 William Deman, *Ein verlorenes Jahrzehnt. Shanghai 1939-1949. Tagebuch eines Heimatvertriebenen*, 1979, LBI MM 16, Bl. 31.

22 Ebd., Bl. 32.

23 Ebd., Bl. 33-36; Reichmann, *Bürger* (wie Anm. 10), S. 242 f.; Walter Solmitz, *Bericht über Dachau* (1939), veröffentlicht in: Joist Grolle, *Bericht von einem schwierigen Leben. Walter Solmitz (1905 bis 1962). Schüler von Aby Warburg und Ernst Cassirer*, Hamburg 1994, S. 123 f.

24 Vgl. Benjamin Maria Baader, *Gender, Judaism, and Bourgeois Culture in Germany, 1800-1870*, Bloomington 2006.

ger, dem die Demütigung des Arrests vor seiner Frau unangenehm, ja peinlich war: »Ich will mich nicht in die Rolle des Verhafteten fügen, ich will nicht in Gegenwart meiner Frau von fremden Befehlen abhängig sein, ich schäme mich, warten zu müssen, bis ein Fremder Anordnungen trifft, die ich auszuführen habe.«²⁵ Die meisten Autoren versuchen diese Schmach ihrer Männlichkeit zu verbergen, indem sie ihre Frauen in den Geschichten nicht erwähnen. Sie betonen dagegen, im Moment der Verhaftung gefasst gewesen zu sein, nicht wenige hatten das tragische Ereignis quasi vorausgeahnt. Der Magdeburger Rabbiner Georg Wilde beispielsweise gibt an, er habe die Gestapobeamtinnen sogar mit einem seit Monaten gepackten Koffer in seiner Wohnung erwartet.²⁶ Auch Alfred Schwerin betont unablässig, dass ihm seine Geistesgegenwart und Kombinationsgabe half, den Terror des Konzentrationslagers und die Willkürherrschaft der SS zu »verstehen« und so sein Leben zu retten. Er suggeriert überdies, das System der Entlassungen begriffen und dadurch seine eigene Freilassung bis auf den Tag genau vorausberechnet zu haben.²⁷

Schärfung des Verstandes, äußerste Wachsamkeit, emotionale Abhärtung und absolute Selbstkontrolle sind, so die Botschaft der Quellen, die Eigenschaften, die einen jüdischen Häftling im Winter 1938/39 überleben ließen. Diese Einschätzungen basieren auf Vorstellungen von bürgerlicher Männlichkeit und reproduzieren das männliche Selbstbild des rationalen Akteurs, des Vernunftmannes, der auch in Gefahrensituationen auf seine intellektuellen Fähigkeiten vertrauen kann.

Verstehen wir mit dem vom Robert W. Connell geprägten Konzept der hegemonialen Männlichkeit »gender« als eine relationale Kategorie, die auch innerhalb eines Geschlechts eine Macht-Hierarchie dominanter und marginalisierter Positionen sichtbar macht, so müssen jüdische Männlichkeitsmanifestationen vor allem auch in Beziehung gesetzt werden zu jenen Formen der Männlichkeit, die das Machtverhältnis im Konzentrationslager bestimmten.²⁸ Zu fragen ist also: Wie konstituiert sich jüdische Männlichkeit im Kontrast zu der der SS-Täter? Im Gegensatz zu den eher durch Abwesenheit wirkenden Frauenbildern gibt es zu diesem Kontrastbild eine Fülle von Material, dessen erschöpfende Analyse den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen würde; im Folgenden sollen die

25 Hochsinger (wie Anm. 17), Bl. 77.

26 Vgl. Georg Wilde, *Eleven Days in the Concentration Camp Buchenwald*, 1957, WL P.II.d.No.420, Bl. 1.

27 Vgl. Schwerin, Dachau (wie Anm. 15), S. 87.

28 Zum Konzept der hegemonialen Männlichkeit vgl. Robert W. Connell, *Masculinities*, Cambridge 1995, S. 76-81.

zentralen Topoi aufgeführt werden. Über all dem steht die Erkenntnis, dass die wahre »Krise«, die durch die Angriffe auf die Geschlechtsidentität jüdischer Männer im Winter 1938/39 ausgelöst wurde, nicht durch die extremen »role reversals« von Männern und Frauen verursacht wurde,²⁹ sondern durch die unmittelbare Konfrontation mit der neuen männlichen Elite Nazi-Deutschlands: der SS. Diese zu diskreditieren und das eigene männliche Selbstverständnis gegen sie zu behaupten, ist *das* zentrale Anliegen der Betroffenen in ihren Erinnerungen.

Bleiben wir zunächst bei den Manifestationen verbürgerlichter jüdischer Männlichkeit, die in Selbstdarstellungen den Ausdruck des rationalen Akteurs und Kulturmenschen finden. Diesen entgegengesetzt werden nicht nur nervenschwache Frauen oder Mithäftlinge,³⁰ sondern auch die ungebildeten, rohen und unreifen SS-Wachmannschaften. Kommen letztere in den Erinnerungen zu Wort, so sprechen sie im Dialekt und drücken sich unbeholfen in grammatikalisch falschem Deutsch aus.³¹ Ihre Physiognomien sind Ausdruck niederen Geistes, Reichmann belächelt ihre »gläsernen Augen« und ihre »dummen brutalen Gesichter.« Vielfach werden ihnen auch animalische Attribute zugeschrieben; es heißt, sie seien von »tierischer Rohheit«, oder »blonde Bestien«, »wild losgelassene Horden«, »Ungeheuer mit seelenlosen Augen und Krokodilrachen«, und schließlich nennt Solmitz einen der Täter ein »SS-Schwein (er gleicht physiognomisch einem wilden Schwein auffallend)«. ³² Bei den jugendlichen Wachmännern wird ihre fehlende Bildung und Unerfahrenheit zur Demontage ihrer männlichen Glaubwürdigkeit genutzt. Schwerin spricht von »grünen Lausbuben von siebzehn und achtzehn Jahren«, wel-

29 Den Terminus der »role reversals« jüdischer Männer und Frauen im NS prägte Marion Kaplan, vgl. Kaplan, *Jewish Response* (wie Anm. 13), S. 71ff. »Krise der Männlichkeit« ist in der Geschlechterforschung mittlerweile ein stehender Begriff, auf den hier angespielt wird. Er beschreibt Instabilitäten und Erschütterungen der etablierten Ordnung als Geschlechterordnung, wo diese auf einer ausgeprägten männlichen Dominanz beruht. Vgl. Claudia Opitz-Belakhal, »Krise der Männlichkeit« – ein nützliches Konzept der Geschlechtergeschichte?, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft*, 19,2 (2008), S. 31-49, hier S. 37.

30 Über seine Buchenwalder Mithäftlinge, die nach Nervenzusammenbrüchen in ein zum Notlazarett umfunktioniertes Waschhaus gebracht wurden, schreibt Wilde: »There were soon more than a hundred in it who had gone mad.«, Wilde (wie Anm. 26), Bl. 3.

31 Reichmann, *Bürger* (wie Anm. 10), S. 124. Harvey P. Newton, *Erinnerungen an das KZ Buchenwald November-Dezember 1938, 1994*, LBI MM II 22, Bl. 9.

32 Hochsinger (wie Anm. 17), 69 ff., Solmitz, *Bericht* (wie Anm. 23), S. 92.

che ältere jüdische Männer quälten.³³ Eine berüchtigte Form der Demütigung, die sich in nahezu allen Erinnerungen findet, war ein perfides Fragespiel, bei dem die SS-Männer die jüdischen Häftlinge unter Androhung von Gewalt in entwürdigender Weise über ihr Berufs- und Privatleben aushorchten. Mit den so erpressten Antworten bestätigten sie ihre antisemitischen Vorurteile. Rechtsanwälte wurden dabei als »Rechtsverdrehler« diffamiert, Ärzten unterstellte man Abtreibungen und immer wieder schien die Wachmänner zu »interessieren«, ob, wann und wie oft die Juden mit »arischen« Frauen »Rassenschande« getrieben hätten.³⁴ Bei all dem war es den so Erniedrigten verboten, gegenüber den respektlosen Tätern – »junge Lümmel«,³⁵ die altersmäßig ihre Söhne oder Enkel hätten sein können – ihre bürgerlichen Namen und Titel zu nennen. So wurden jüdische Männer nachhaltig ihres sozialen Status' beraubt. Wie u. a. der Kölner Arzt Siegfried Koppel bezeugt, mussten die Häftlinge sich auch selbst Schmähenamen geben. Er demonstriert dies am Beispiel seiner Mithäftlinge – wohlgermerkt nicht an sich selbst –, die er Sätze wie »I am a cattle dealer and a cheater« oder »I am a shit Jew.« sagen lässt.³⁶ In Situationen, in denen die jugendlichen Täter mit potentiellen Opfern aus derselben Generation konfrontiert waren, kam es offenbar auf beiden Seiten zur Verunsicherung. Einen solchen »role release« schildert der damals 18-jährige Harvey Newton: Nachdem er beim Zusammentreffen mit einem SS-Mann seine Mütze nicht pflichtgemäß abgenommen hatte, wurde ihm befohlen, zur Strafe strammzustehen. »Der Wachposten war ein Junge meines Alters, vielleicht 18 oder 19 Jahre alt, und er sah auch nicht ›arischer‹ aus als ich. Ich stand da eine Weile, und da ich mich ziemlich sicher fühlte – warum, weiß ich nicht – faxte ich ihn an. Nach einiger Zeit wurde ihm das zu langweilig und er ließ mich gehen.«³⁷ Diese Erinnerung ist bemerkenswert und erzählt eine für unser Erkenntnisinteresse äußerst aufschlussreiche Situation: Eine Irritation beim Aufeinandertreffen Gleichaltriger führte dazu, dass beide Akteure sich taxierten, ihre äußerlichen Männlichkeitscharakteristika abglichen und in einer Weise aufeinander reagierten, die darin resultierte, dass ihre KZ-Rollen – Wachmann versus Häftling – zu verschwimmen begannen. Nicht zuletzt

33 Schwerin, Dachau (wie Anm. 15), S. 79.

34 Reichmann, Bürger (wie Anm. 10), S. 157.

35 Solmitz, Bericht (wie Anm. 23), S. 93.

36 Siegfried Koppel, Kristallnacht and Aftermath November 1938, 1939, LBI MM 115, Bl. 12, 16.

37 Newton (wie Anm. 31), Bl. 9f.

zeigt diese Aussage auch, dass Alter für die Konstruktion von Männlichkeit in den Konzentrationslagern ein entscheidender Faktor war.

Neben der Unreife der jungen SS-Wachen sind es bei den älteren, höheren Rängen der Alkoholismus und andere Maßlosigkeiten, die als Ursachen für lächerliche Verhaltensweisen und entstellte, fettleibige Körperbilder benannt werden. Hiervon zeugen die Beschreibungen auch und gerade der Kommandanten von Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau, Hermann Baranowski, Karl Koch und Hans Loritz.³⁸ Über eine solche Pathologisierung der Täter können sich die Gedeemütigten deren Gewalttätigkeit als ein Zeichen mangelnder Geisteskraft und besonders schlechter Erziehung erklären. Eine dem Verstand entgegengesetzte, explizit sexuelle Dimension schwingt dabei oft mit: Gewalt wird mit rauschhafter Prügellust und Neigung zum Sadismus in Verbindung gebracht.³⁹ Zusätzlich wird die Männlichkeit der Täter dadurch abgewertet, dass ein besonders brutaler SS-Mann als homosexuell abqualifiziert wird. So schreibt Newton über den SS-Untersturmführer Hermann Hackmann, Rapportführer im KZ Buchenwald: »Er trug eine gut geschneiderte Uniform und tänzelte viel hin und her. Die anderen Häftlinge im ›Sonderlager‹ nannten ihn unter sich ›Jonny‹ und meinten, er sei ein ›175er‹.«⁴⁰ Julius Meyer legt einem Mithäftling folgende abwertende Worte über die SS in den Mund: »Sind wahrscheinlich zum großen Teil schwul, diese Sadisten! Normale Menschen kannst Du zu diesem Handwerk nicht brauchen.«⁴¹ Die in beiden Aussagen zu Tage tretende Homophobie war nicht nur gesellschaftlich sanktioniert, sondern auch eine wichtige Komponente zeitgenössischer Männlichkeitskonzeptionen.⁴²

Es gäbe noch zahlreiche Beispiele für die brutale Deklassierung jüdischer Häftlinge durch die SS und ihren als schmerzhaft erlebten Verlust an sozialem Status, bürgerlichen Privilegien und professionellen Meriten im Lager, doch ist durch das Beschriebene bereits deutlich geworden, dass die Opfer ihre degradierte verbürgerlichte Männlichkeit zu reanimieren versuchten, indem sie damit verbundene Ideale und Eigenschaften den »unzivilisierten« SS-Männern absprachen. Um es mit den Worten von Rabbiner Wilde auszudrücken, der Karl Koch »entbürgerlichte«:

38 Meyer (wie Anm. 18), Bl. 107; Bernhard Landau, Die Hölle von Sachsenhausen. Meine Erlebnisse nach dem 10. November 1938, 1957, WL P.III.h.No.758, Bl. 11; Hochsinger (wie Anm. 17), Bl. 150.

39 Landau (wie Anm. 38), Bl. 11.

40 Newton (wie Anm. 31), Bl. 9.

41 Meyer (wie Anm. 18), Bl. 107.

42 Vgl. Mosse, Bild (wie Anm. 3), S. 92-98, 118-133.

»I saw the commandant of the camp and stood at attention, but I knew: we are gentlemen and he is a rascal.«⁴³

Neben einem männlichen Idealbild, das sich auf die humanistischen Werte des Bürgertums gründet, lässt sich in den Erinnerungen jüdischer Häftlinge eine zweite Manifestation von Männlichkeit finden. Sie ist erst mit der Teilnahme an den deutschen Kriegen, allen voran dem Ersten Weltkrieg, entstanden und idealisiert den jüdischen Staatsbürger in Uniform, den patriotischen Veteranen, der durch das Fronterlebnis mit Anspruch auf wahres Soldatentum ausgestattet ist. Diese militarisierte jüdische Männlichkeit kann mit Gregory A. Caplan als die »letzte Stufe der Akkulturation« im Streben deutscher Juden nach gesellschaftlicher Anerkennung und »Normalität« gesehen werden.⁴⁴ Zwischen 1914 und 1918 hatte mehr als ein Drittel der männlichen jüdischen Bevölkerung Deutschlands, ca. 96.000 Soldaten, in der kaiserlichen Armee gedient, davon etwa 2.000 als Offiziere. 12.000 von ihnen waren gefallen, 35.000 wurden mit Orden ausgezeichnet.⁴⁵ Durch die nationalsozialistische Verfolgung unter Druck geraten, beschworen viele jüdische Männer ihre militärischen Verdienste für das Vaterland. Alfred Schwerin machte sich 1938, vor seiner Inhaftierung in Dachau, bereits daran, in einer Art Rechenschaftsbericht seine Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg niederzuschreiben. Als Motivation gibt er an: »Weil mein Judesein es fordert.«⁴⁶ Aus seiner Sicht stellte der Krieg keine bittere Niederlage, sondern vielmehr die geglückte Integration jüdischer Männer in die deutsche »Volksgemeinschaft« dar.⁴⁷ Tatsächlich ist die Kriegserfahrung durch ihre Radikalität der einzige Referenzpunkt, mit dem viele jüdische Häftlinge ihre KZ-Haft in Beziehung setzen konnten. Dabei geht es neben der Be-

43 Wilde (wie Anm. 26), Bl. 3. Vgl. hierzu auch Nechama Tec, *Resilience and Courage. Women, Men, and the Holocaust*, New Haven 2003, S. 169 ff.

44 Gregory A. Caplan, *Germanising the Jewish Male. Military Masculinity as the Last Stage of Acculturation*, in: Rainer Liedtke/David Rechter (Hg.), *Towards Normality? Acculturation and Modern German Jewry*, Tübingen 2003, S. 159-184.

45 Vgl. Avraham Barkai/Paul Mendes-Flohr, *Aufbruch und Zerstörung 1918-1945. Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit*, Band IV, München 2000, S. 17.

46 Zit. n. Roland Paul, *Biographische Einführung*, in: Schwerin, *Dachau* (wie Anm. 15), S. 13.

47 Zum politischen Begriff der »Volksgemeinschaft«, der im Ersten Weltkrieg als eine Art patriotischer Kitt entstand, um die Gesellschaft über Klassen und Parteien hinaus zu einen, vgl. Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007, S. 26-68.

schwörung eines patriotischen Soldatenstolzes auch um das durchlittene Trauma der Schützengräben, das in seinem Ausmaß der existentiellen Bedrohung in den Lagern ähnelte. Koppel schreibt: »I see in front of my eyes the drumfire and armaments at the Somme, the shelling in the Champagne, the machine gunfire at Ypres, [...] at that time, we thought that nothing worse was possible.«⁴⁸ In Julius Meyers Erlebnisbericht, in dem unablässig auf das Kriegerlebnis rekurriert wird, heißt es über den Gewaltkontext KZ: »Jetzt verstehe ich. Jetzt weiß ich, dass ich wieder im Krieg bin. Man hat uns den Krieg erklärt, nachdem man uns schon vorher, seit Jahren, wehrlos gemacht hat. [...] Jetzt werden die Nerven angespannt, wie nur je im Gefecht.«⁴⁹

Der militärische Verhaltens- und Normencodex half den jüdischen Häftlingen, die gedient hatten, bei der Orientierung im Ausnahmezustand KZ. Er stellte das übergeordnete Koordinatensystem bereit, in das das Phänomen Lager eingeordnet werden konnte. Dies gilt besonders für den als »Exerzieren« getarnten quälenden Strafsport oder das Appellstehen. Hans Reichmann erscheinen die Sachsenhausener Häftlingsbaracken »wie die Breslauer Werder Kaserne«, die Befehle der SS sind ihm »militärische Kommandos«, bei denen Veteranen wissen, was zu tun ist: »Fast alle sind wir Soldaten gewesen, viele Offiziere. Wir reißen die Knochen zusammen und stehen stramm. Ein paar alte und kranke Kameraden, die soldatische Regeln nicht kennen, haben die Hände nicht an der Hosennaht [...].«⁵⁰

Militärische Vokabeln wurden auch auf das KZ-Leiden angewandt. Für Siegfried Oppenheimer, Offizier im Ersten Weltkrieg, sind die Verletzungen, die die SS den Häftlingen zufügte, »Kriegswunden«. Angesichts der hohen Todesrate beklagt er: »Manche Häftlinge blieben auf dem Schlachtfeld.«⁵¹ Im Rekurs auf eine militarisierte Männlichkeit ließ sich die KZ-Haft mit Sinn ausstatten und als Bewährungsprobe deuten.

Dass jüdische Häftlinge sich auf ihre militärischen Verdienste beriefen, um der Gewalt der SS zu entgehen, ist hinreichend bekannt. Viele legten ihre Kriegsortden bei der Verhaftung an, brachten ihre Militärpässe und Frontkämpferurkunden mit ins Lager. Einige betonten sogar, in den

48 Koppel (wie Anm. 36), Bl. 1.

49 Meyer (wie Anm. 18), Bl. 6.

50 Reichmann, Bürger (wie Anm. 10), S. 132, 155.

51 Siegfried Oppenheimer, Meine Erlebnisse am 10. November 1938 und mein Aufenthalt in Buchenwald bis zu meiner Rückkehr am 14. Dezember 1938 nach Bad Nauheim, o.D., LBI MM 61, Bl. 4f.

Freikorps gekämpft zu haben.⁵² Dieses Beschwören einer militarisierten Männlichkeit durchzieht auch die Erinnerungsberichte. Junge Männer wie Harvey Newton, die selbst nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, zählen stattdessen die Verdienste ihrer Väter und Großväter auf oder kompensieren weiter, indem sie berichten, wie sie nach glücklicher Emigration in den alliierten Armeen gegen Hitler gekämpft haben.⁵³ In den Berichten der ehemaligen österreichischen Häftlinge sind Manifestationen militarisierte Männlichkeit bemerkenswerterweise deutlich weniger zu finden. Als Angehörige einer von den Deutschen annektierten Nation konnten sie ihr Selbstverständnis als österreichische Patrioten ein Stück weit bewahren. Im Gegensatz zur Situation in Deutschland konnten Juden in der habsburgischen Doppelmonarchie bereits im 19. Jahrhundert als Reserveoffiziere dienen, und tatsächlich bekleideten viele von ihnen dieses Amt.⁵⁴

Da auch die SS sich bewusst in Anlehnung an einen militär-disziplinarischen Referenzrahmen als Soldaten stilisierte, existierte in den Konzentrationslagern eine spannungsgeladene Gleichzeitigkeit von männlich-soldatischen Idealvorstellungen. Eine militarisierte Männlichkeit der jüdischen Häftlinge kollidierte mit dem von den SS-Männern ausgebildeten Selbstverständnis vom politischen Soldaten und Rassekrieger. Um das eigene Selbstbild zu bewahren, mussten die ehemaligen Häftlinge in ihrer Erinnerung Militär und SS also trennen: Zwar trägt die SS mit Uniform und Stahlhelm die äußeren Insignien eines Soldaten, ihre gewalttätigen Verhaltensweisen aber sind so eindeutig unehrenhaft, dass sie nicht mit »ritterlichem« Soldatentum zu vereinbaren sind. Ihr pseudo-militärischer Habitus wird als billige Imitation soldatischen Verhaltens entlarvt, eine wahre Disziplin geht ihnen ab, und als Zeichen mangelnden Respekts hält Hans Reichmann das Bild des pervertierten Gefängniswärters für angebrachter.⁵⁵ Das Ideal des Soldaten als einem Kämpfer für Recht und Ordnung, weniger das als aggressivem Krieger, bleibt in seiner Funktion als positives Gegenbild zum SS-Mann erhalten.

52 Vgl. Reichmann, *Bürger* (wie Anm. 10), S. 180.

53 Newton (wie Anm. 31), Bl. 1.

54 Für diesen Hinweis danke ich Stefanie Schüler-Springorum. Siehe auch István Deák, *Jewish Soldiers in Austro-Hungarian Society*. The Leo Baeck Memorial Lecture 34, New York 1990.

55 Reichmann, *Bürger* (wie Anm. 10), S. 151.

Gewalterfahrung und »jüdische Körper«

Jüdische Körper wurden im Nationalsozialismus als Antitypen zum Männlichkeitsideal des jungen, starken und gesunden »Volksgenossen« positioniert.⁵⁶ Besonders Häftlinge jüngeren Alters wie Harvey Newton (geb. 1920), Mordechai Oppenheimer (geb. 1919) oder Stephen Shiffers (geb. 1909) betonten in Auseinandersetzung mit diesem dominierenden Männerideal, dass ihre Physis nicht dem stereotypen antisemitischen Bild entsprach: Shiffers, Stipendiat der Jüdischen Turn- und Sportlehrerschule Stuttgart, erinnert seine gute körperliche Kondition, Oppenheimer seine Tauglichkeit zu handwerklichem Arbeiten und der blonde und blauäugige Newton beharrt auf seiner phänotypischen Übereinstimmungen mit dem »arischen« Körperkult.⁵⁷ Alle drei hätten sich wohl nicht als Modelle für jene entwürdigenden typologischen Photographien geeignet, die die SS bereits Mitte der 1930er Jahre von jüdischen KZ-Häftlingen anfertigte. Dazu zog sie vor allem Gefangene heran, in deren Physiognomien sie rasse-antisemitische Vorurteile bestätigt sah. Die unpassende Häftlingskleidung wirkte als Element zusätzlicher Lächerlichmachung. Auch die »Novemberjuden« mussten sich zu Propagandazwecken wie »jüdische Verbrecher«⁵⁸ ablichten lassen. Einige von ihnen fanden ihre entwürdigenden Bilder wenig später mit Namensnennung in der SS-Zeitung »Das Schwarze Korps« oder im »Angriff« veröffentlicht. Hans Reichmann erinnert sich an die Photoaktion im KZ Sachsenhausen und betont zur Ehrenrettung der Abgebildeten den manipulativen Charakter der Bilder: »Man hat ihnen Pickel und Stoppel ins Gesicht retuschiert.«⁵⁹

Vor allem durch die Rasur von Haupt- und Barthaar wurden die Körper der Häftlinge im Konzentrationslager entstellt. Die Überlebenden erinnern diese Entstellungen als Verwandlungen oder Verfremdungen ihrer Person, die dazu führten, dass sich auch Bekannte nicht wiedererkannten. Siegfried Oppenheim schildert eine solche Szene: »Dadurch, dass man Haar und bartlos war, kam es oft vor, dass man seine nächsten Bekannten nicht erkannte, wie es mir mit Herrn Rabbiner Kunstadt aus

56 Vgl. hierzu Mosse, *Bild* (wie Anm. 3), S. 230-233; Wildmann, *Körper* (wie Anm. 6), S. 12 f., 18 ff., 138 f.

57 Stephen Shiffers (Erinnerungsbericht ohne Titel, unpaginiertes Manuskript), o.D., LBI MM II 17; Mordechai Oppenheimer, Oral History Interview vom 27.03.2001 (Transkript), Yad Vashem (YV), O3/11885, Bl. 14 f.; Newton (wie Anm. 31), Bl. 11.

58 Meyer (wie Anm. 18), Bl. 40.

59 Reichmann, *Bürger* (wie Anm. 10), S. 198.

Fulda erging. Er sprach mich an, fragte mich nach meinem Befinden etc. Als ich erwiderte, wer er sei, da ich ihn doch nicht kenne, kamen ihm die Tränen.«⁶⁰ Zurückgreifend auf das oben skizzierte bürgerliche Männlichkeitsideal und der damit einhergehenden Tabuisierung von Körper und Sexualität – Sabina Brändli spricht in anderem Zusammenhang von einem »bürgerlichen Horror vor der Nacktheit«, einem männlichen Schamgefühl, das nicht nur auf die nackte Haut, sondern auch den darüber geschobenen »textilen Panzer« bezogen war⁶¹ – erscheinen diese Entstellungen, aber auch die im Konzentrationslager herrschenden hygienischen und sanitären Verhältnisse, besonders dramatisch. Für die »Novemberjuden« – wie selbstverständlich auch für alle anderen Häftlinge – war jeder Gang zu Latrine ein Leidensweg, jeder Tag, den sie sich in denselben verschmutzten und derangierten Kleidern bewegen mussten, eine Schmach, die ihnen bewusst zugefügt wurde.

Aber nicht nur ästhetisch wurden jüdische Körper verletzt. Auch Erfahrungen von Schmerzen und physischer Verwundbarkeit mussten verarbeitet werden. Wenn man Aggressivität als ein Schlüsselement des dominanten Männlichkeitsideals des 19. und 20. Jahrhunderts ansieht, so waren jüdische KZ-Häftlinge nicht diejenigen, die sie ausübten, sondern ihre Empfänger. Wie konnten sie ihr männliches Selbstverständnis gegen gewaltsame Übergriffe behaupten?

Der Großteil der ehemaligen Häftlinge externalisiert die Gewalterfahrung in der Erinnerung. Dies gilt vor allem in Situationen schambehafteter Leiderfahrung wie Misshandlungen im Genitalbereich. Werden sie am Körper des Anderen beschrieben, kann die Vorstellung von der eigenen Männlichkeit halbwegs intakt gehalten werden. Bernhard Landau schildert beispielsweise, wie »Kameraden, die das Unglück hatten, von einem SS-Sanitäter besichtigt zu werden, [...] mit einer großen Pinzette am Geschlechtsteil gezwickt« wurden.⁶² Nur die indirekte Gewalt des Appellstehens in der Kälte oder konventionelle Gewalt, wie Ohrfeigen oder Fußtritte, können ohne Scham am eigenen Körper beschrieben werden.

Angstreaktionen wie unkontrolliertes Defäkieren und Urinieren oder schwere Nervenzusammenbrüche werden meist nur an Mithäftlingen ge-

60 S. Oppenheimer (wie Anm. 51), Bl. 5.

61 Sabina Brändli, »... die Männer sollten schöner geputzt sein als die Weiber«. Zur Konstruktion bürgerlicher Männlichkeit im 19. Jahrhundert, in: Thomas Kühne (Hg.), Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeiten im Wandel der Moderne, Frankfurt am Main 1996, S. 101-118, hier S. 111 f.

62 Landau (wie Anm. 38), Bl. 15.

schildert. Kontrollverluste über den Körper waren fatal, weil sie mit dem Verlust von männlicher Souveränität gleichgesetzt werden. Die meisten Häftlinge betonten ihre Anstrengungen, den in der Stresssituation aufbegehrenden Leib durch den Geist zu zähmen. Dieser Einstellung liegt eine funktionalistische Auffassung vom eigenen Körper zugrunde, wie sie z. B. bei Julius Meyer zu Tage tritt, wenn er sich beschwert: »Der Körper, diese verdammte Maschine, kommandiert, und ich muss folgen.«⁶³ Eine Verurteilung von Angstreaktionen findet sich aber nur vereinzelt. Angesichts der Extrembelastung im KZ erwarteten die Berichtenden, dass ihre Leserinnen und Leser feminisierte Reaktionen wie Weinen oder Jammern nachvollziehen konnten und diese entschuldigten. Oppenheimer erklärt: »Dem musste der Angstschweiß ausbrechen, wenn er sich sonst auch noch so standhaft benahm.«⁶⁴ Allerdings bleiben Kontrollverluste auf den Raum KZ begrenzt, so wie Schwerin schreibt: »Nie habe ich so viele Männer weinen sehen wie in Dachau.«⁶⁵

Schlussbemerkungen

Die Erinnerungen der meisten jüdischen Konzentrationslagerhäftlinge des Winters 1938/39 enden im Moment der Entlassung und Wiedervereinigung mit der Familie – so lässt sich eine Art Happy End-Geschichte konstruieren. Das Schreiben war dabei für viele meist die einzige Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu kommunizieren. Nicht wenige Überlebende hüllten sich nach ihrer Rückkehr aus den Lagern auch gänzlich in Schweigen. Symptomatisch für diese Reaktion ist die Erinnerung des bei der Entlassung seines Vaters Alfred Gross 12-jährigen Wolff: »Mein Vater kam im Dezember 1938 aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen zurück. Er hat mit mir nie über diese Zeit gesprochen. Er hatte erheblich abgenommen und meinte, dass die ganze Zeit nur erträglich gewesen wäre, weil er als Soldat Erfahrungen gesammelt habe, wie man sich zu verhalten habe. Er war insgesamt gebrochen und machte uns klar, dass er nicht erzählen könne.«⁶⁶ Wie der Rechtsanwalt und Notar Alfred Gross waren die meisten Erinnernden bestrebt, ihre Viktimisierung nicht als Feminisierung missverstanden zu wissen. Sie betonten v.a. gegenüber ih-

63 Meyer, (wie Anm. 18) Bl. 49 f.

64 S. Oppenheimer (wie Anm. 51), Bl. 5.

65 Schwerin, Dachau (wie Anm. 15), S. 85.

66 Wolff Gross [Erinnerungsbericht ohne Titel], o.D., Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin Archiv, Lebensgeschichtliche Sammlung, Bl. 17.

ren Kindern ihre militarisierte Männlichkeit. Die Erinnerungen an ihre Teilnahme am Ersten Weltkrieg sind so meist die einzig patriotischen Gefühle, die sie als positive, aber gebrochene Erinnerung an Deutschland mit ins Exil nehmen konnten.

Die Erfahrung der Konzentrationslager, so lässt sich zusammenfassend feststellen, hat das männliche Selbstverständnis der nach dem Novemberpogrom inhaftierten Juden radikal auf die Probe gestellt. Dass die im Lager gedemütigten und ihres sozialen Status⁷ beraubten jüdischen Männer ihre Geschlechtsidentität zu behaupten versuchten, indem sie auf ihrer bürgerlichen Überlegenheit beharrten, zeigt deutlich, wie eng »gender« mit sozialer Herkunft verknüpft ist. Aber nicht nur »class« war ein wichtiger Faktor für Konstruktionen von Männlichkeit im Gewaltkontext der Lager. Auch das Alter sowie die altersspezifischen Männlichkeitserfahrungen prägten das Verhalten im KZ und die jeweilige Verarbeitung des Lagererlebnisses. Der in vielen Selbstzeugnissen beobachtete Mechanismus der Externalisierung existenzbedrohender Erfahrungen von Gewalt und Demütigung war dabei eine wichtige Strategie zur Bewahrung des männlichen Selbstverständnisses. Die Beschreibung von körperlich-ästhetischen Entstellungen als Verwandlungen erzeugt eine Art KZ-Alter Ego, das sich nach der Entlassung wieder ablegen lässt. Aus der räumlichen Isolation folgt die emotionale Isolation der KZ-Erfahrung: Verletzungen, Kontrollverluste bleiben auf die Lager-Situation beschränkt und werden selten als posttraumatische Nachwirkungen der Hafterlebnisse beschrieben.

Durch die Beschäftigung mit den Erinnerungen jüdischer Männer wird klar: Wir brauchen zur Komplettierung des Bildes auch die Memoiren von Frauen und Kindern. Sie erinnern, wie viele Männer durch die KZ-Haft und die darauf folgende Emigration so verunsichert waren, dass sie ihre traditionelle Rolle als Familienvorstand nicht mehr erfüllen konnten. Nicht selten waren es die Frauen, die im Exil das Fortbestehen der Familien sicherten und jede Arbeit annahmen.⁶⁷ Jüdische Männer, gedemütigt durch die Gewalterfahrungen des Winters 1938/39, hatten teils große Schwierigkeiten, sich in ein neues Leben fernab ihres einstigen gesellschaftlichen Status⁷ einzufinden.

67 Vgl. Kaplan, *Jewish Response* (wie Anm. 13), S. 73, 77 f.

ANDREA LÖW

Die frühen Deportationen aus dem Reichsgebiet von Herbst 1939 bis Frühjahr 1941

»Ich kann Euch nur sagen, es wäre besser gewesen, man hätte uns in Wien an die Wand gestellt und erschossen. Es wäre ein schöner Tod gewesen, wir müssen elender sterben.«¹

Dies ist in einem Brief vom 18. Februar 1941 zu lesen. Der Verfasser, vermutlich Jakob Engel, war eben in Opole im Distrikt Lublin angekommen, er gehörte dem ersten Wiener Transport im Frühjahr 1941 an. Nach der schnellen Okkupation Polens wurde innerhalb der NS-Führung unter neuen Prämissen darüber diskutiert, was mit den deutschen und österreichischen Juden geschehen sollte: Nun wurde ihre »Umsiedlung« in den neu besetzten Herrschaftsbereich diskutiert und in mehreren Einzelaktionen auch durchgeführt, bevor dann im Herbst 1941 mit der Massendeportation der deutschen Juden »in den Osten«, wie es hieß, begonnen wurde. Bereits im Oktober 1939 waren Wiener Juden nach Ostpolen transportiert worden. Im Februar 1940 traf dieses Schicksal die ersten deutschen Juden, Juden aus Pommern, vor allem aus Stettin. Sie wurden mitten in der Nacht überraschend abgeholt, nach Lublin gebracht und von dort aus auf drei umliegende Orte verteilt. Im Oktober 1940 wurden die Juden aus Baden und der Saarpfalz nach Frankreich deportiert und im Februar 1941 die Danziger in das Warschauer Getto und wiederum Wiener Juden in das Generalgouvernement verschleppt.

Hier soll es nicht um die verschiedenen Pläne und Diskussionen innerhalb der deutschen Stellen gehen oder um die Frage, warum wann welche Juden deportiert wurden, sondern ich will darstellen, welche Auswirkungen diese frühen Deportationen auf die jüdische Gemeinschaft hatten, und zwar sowohl für die Betroffenen und ihre Familien als auch für die jeweilige Jüdische Gemeinde. Wenn ich diesen letzten Aspekt untersuche, will ich herausarbeiten, inwieweit die jüdischen Organisationen bei

1 Anonymer Brief [vermutlich Jakob Engel], 18.2.1941, Abdruck in: Else Behrend-Rosenfeld/Gertrud Luckner (Hg.), Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940-1943, München 1970, S. 134.

den frühen Deportationen involviert waren und welche Folgen diese Mitwirkung für ihr Verhältnis zu den betroffenen und den noch nicht deportierten Juden hatte. Im Zusammenhang mit den Wiener Deportationen entstanden bereits Konflikte, die denen ähneln, die später in den Gettos eine wichtige Rolle spielen sollten. Daher beschränke ich mich in diesem Beitrag auf die beiden Wiener Deportationsphasen im Herbst 1939 und im Frühjahr 1941 sowie die Deportationen aus Pommern (als ein Beispiel einer Deportation völlig ohne jüdische Mitwirkung).

Die deutschen oder österreichischen Juden, die in den Jahren 1939 bis 1941 nach Polen verschleppt wurden, mussten dort unter primitivsten Bedingungen irgendwie leben. Hier liegt das zweite große Problemfeld, mit dem sich dieser Aufsatz befassen soll, ein Thema, das ab Herbst 1941 dann überaus wichtig wurde: das Aufeinandertreffen von West- und Ostjuden unter den katastrophalen Bedingungen der Gettos im besetzten Polen.

Deportationen aus Wien im Oktober 1939

Am 10. Oktober 1939 erhielt Josef Löwenherz, der Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien, von SS-Obersturmbannführer Rolf Günther die Anweisung, die jüdischen Repräsentanten Berthold Storfer, Benjamin Murrelstein, Mosche Grün und Julius Boschan hätten sich bei Adolf Eichmann in Mährisch-Ostrau einzufinden, die IKG habe außerdem 1000 bis 1200 gesunde jüdische Männer auszuwählen, die in Nisko angesiedelt werden sollten.² Dies markiert in Wien den Beginn der zwangsweisen Aussiedlung von Juden aus ihrer Heimat. Insgesamt fünf Transporte wurden ab dem 18. Oktober 1939 aus Wien, Mährisch-Ostrau im Protektorat Böhmen und Mähren und dem schlesischen Kattowitz in den Osten des gerade eroberten Polens geschickt, in das Gebiet um Nisko. Aus Wien wurden am 20. Oktober 912 Personen und am 26. Oktober

2 Murrelstein und Boschan von der IKG, Grün vom Wiener »Palästina-Amt« und Storfer, der Leiter des »Ausschusses für jüdische Überseetransporte«, trafen in Mährisch-Ostrau auf Jakob Edelstein und Richard Friedmann von der Prager IKG (letzterer war im Juli von Wien aus nach Prag überstellt worden, um dort mit seinen Erfahrungen zu helfen). Sie mussten den ersten Transport am 18.10.1939 begleiten. Siehe Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt am Main 2000*, S. 197-203. Zu jüdischem Leben in Österreich unter dem Nationalsozialismus siehe nach wie vor Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945*, Wien 1978.

672 Juden deportiert. Waren die Wiener Stadtverwaltung, die Partei und Ministerien noch am Tag des zweiten Transports davon ausgegangen, dass 65.000 mittellose Juden in der Folge deportiert würden und der Wohnungsmangel in der österreichischen Metropole damit weitestgehend behoben sein würde, fuhr schon der dritte Wiener Transport am 31. Oktober 1939 nicht mehr ab. Nachdem über 5000 Juden aus Wien, dem Protektorat und Ostoberschlesien deportiert worden waren, unterbrach Heinrich Himmler die Transporte. Am 9. November 1939 teilte er Reichskommissar Bürckel mit, dass dieser Stopp wegen »technischer Schwierigkeiten« angeordnet worden sei. Am 21. Dezember gab dann Gestapochef Müller bekannt, Himmler habe die Fortführung der Deportationen »bis auf weiteres« untersagt.³

Die deutschen Stellen hatten nicht bedacht oder gar geplant, wovon und wie die deportierten Juden nach ihrer Ankunft im Osten Polens leben sollten. Diesen war lediglich über die Kultusgemeinde aufgetragen worden, »sich nach Möglichkeit mit Bauwerkzeugen wie Beilen, Sägen, Spaten, Tischlerwerkzeug« auszurüsten.⁴ Josef Löwenherz bekam im Vorfeld der Deportationen mehrere derartige Aufträge zur Organisation der Transporte. Einige seiner Aktennotizen über Vorsprachen in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sind erhalten und zeigen, wie konkret die Vorgaben waren, die er dann weitergeben bzw. umsetzen musste. Zu diesen Anweisungen gehörte auch, dass die IKG die zu Deportierenden aussuchte: »Die Kultusgemeinde hat 1000-1200 auswanderungs- und arbeitsfähige Männer auszuwählen und in einer Liste, die mit laufenden Nummern zu versehen ist, zu verzeichnen. Es handelt sich in erster Linie um Handwerker aller Art, insbesondere Tischler, Zimmerleute und

3 Himmler an Bürckel am 9.11.1939, ÖStA/AdR Wien, Bürckel-Mat., Nr. 2315/6, Bl. 25; Runderlass RSHA vom 21.12.1939; USHMM, RG 11.01 M 04, Reel 72. Zitiert nach Wolf Gruner, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938-1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne-Praxis-Reaktionen. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 20, Göttingen 2004, S. 21-62, hier S. 34 und 36. Zu den Deportationen nach Nisko siehe Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 74-96, und Jonny Moser, »Nisko«. The First Experiment in Deportation, in: The Simon Wiesenthal Center Annual 2 (1985), S. 1-30.

4 Aktennotiz über die Vorsprache [Löwenherz] bei Herrn SS Obersturmführer Günther am 15.d.M., Central Archives for the History of the Jewish People (CAHJP), AW 465. Kopie: Anlaufstelle IKG Wien, MF U 52, Frame 282.

Techniker.«⁵ Es war außerdem die Aufgabe der Kultusgemeinde, die ausgewählten Personen zu verständigen. Weder die Gestapo, die SS, die Zentralstelle noch das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) traten den Betroffenen gegenüber in Erscheinung, und schon hier, wie später in den Gettos, ging ihre Taktik auf, die jüdischen Repräsentanten zwischen sich und die jüdische Bevölkerung zu stellen. Neben der Auswahl der zu Deportierenden oblag es der Kultusgemeinde, eine Transportleitung zu benennen und zu organisieren, dass jeweils zehn Ärzte mitfahren. Josef Löwenherz schilderte Eichmann durchaus seine Bedenken und die Probleme, die sich aus den Transporten nach Polen ergaben, freilich ohne jede Wirkung. Auch versuchte er, die »Aussiedlung« auf freiwilliger Basis zu organisieren, doch zeitigte dies nur teilweise Erfolge, und die Liste der Freiwilligen musste anhand der Kartei der Zentralstelle ergänzt werden. Die IKG argumentierte gegenüber der jüdischen Bevölkerung: »Die Durchführung einer so großen Aktion bringt unvermeidlich Härten mit sich, welche so lange gemildert werden können, als die Israelitische Kultusgemeinde Wien, unterstützt durch die jüdische Bevölkerung und von ihrem Vertrauen getragen, die Aktion zu leiten« imstande sei.⁶

Wie sich die Lage aus Sicht der Betroffenen darstellte, zeigt das Tagebuch einer Wiener Jüdin, deren Bruder zu den nach Polen deportierten Wiener Juden gehörte. Sie notierte am 21. Oktober 1939: »Gestern ist Onkel Paul abgereist. Mit einem ›behördlicherseits angeordneten Auswanderertransport‹ nach Polen. Vor zehn Tagen wurde er mit noch vielen anderen Leidensgenossen zur Kultusgemeinde vorgeladen, wo sie aufgefordert wurden, sich freiwillig für die Auswanderung zu melden, in einigen Wochen sollte der Transport abgehen. Falls sich nicht genügend Leute melden sollten, würde die Gestapa die Sache ›in die Hand nehmen‹. Sonntag kam die Aufforderung, sich für die Abreise in nächster Zeit bereitzuhalten und vorgestern der Befehl, sich am folgenden Tag am Bahnhof einzufinden! Unbeschreiblich unser aller Bestürzung. Von einem Tag auf den anderen musste alles Nötige besorgt werden, was bei dem schrecklichen Lebensmittel- und Warenmangel auf große Schwierigkeiten stieß.

5 Aktennotiz über die Vorsprache des Gefertigten [Löwenherz] bei Herrn SS-Obersturmführer Günther in der Zentralstelle für jüd. Auswanderung am 10. Oktober 1939, 2.15 Uhr nachm.; CAHJP, AW 465. Kopie: Anlaufstelle IKG Wien, MF U 52, Frame 465; Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz über die Tätigkeit Eichmanns und Brunnens in Wien – Prag – Berlin 1938-45, zusammengestellt durch Tuviah Friedman, Haifa 1995, S. 17.

6 Friedman, Löwenherz-Bericht (wie Anm. 5), S. 18; Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 2), S. 197-201, Zitat aus Bekanntmachung IKG Wien, Abdruck ebd., S. 200.

Aber, Glück im Unglück, wenn man solche Freunde besitzt! Dank ihrer Hilfe ist es uns gelungen, Onkel Paul für seine traurige Reise auszurüsten. Kurz war der Abschied, aber schwer war es uns ums Herz. Wer weiß, wann wir uns wiedersehen werden.«⁷

Nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn wurden so Teile der Wiener Juden aus ihrer zwar von Einschränkungen und Schikanen geprägten, doch trotzdem noch vertrauten Umgebung, aus ihrer Heimat vertrieben – ins Ungewisse. Den Zusicherungen der deutschen Behörden zum Trotz war nichts bei ihrer Ankunft vorbereitet, im Gegenteil, sie kamen ins Chaos.

Die ersten aus Mährisch-Ostrau deportierten Juden erhielten in Zarzecze bei Nisko den Befehl, mit dem Bau eines Barackenlagers zu beginnen. Rasch wurde deutlich, dass das sumpfige und vom Krieg verwüstete Gebiet keineswegs dafür geeignet war, ein jüdisches Reservat zu werden. Bei der Ankunft der Wiener Juden wiesen SS-Männer einen Teil in das weitgehend noch zu errichtende Lager ein, trieben jedoch die meisten von ihnen in Richtung der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie. Etliche gelangten auf das Gebiet der Sowjetunion, doch stuften deren Behörden, als die Heimatlosen bei ihnen versuchten, ihre Rückkehr nach Wien zu erwirken, sie als politisch »unzuverlässig« ein und verschleppten sie in Arbeitslager. Und diejenigen, die im sowjetisch besetzten Teil Polens blieben, fielen im Sommer 1941 den deutschen Truppen und Einsatzgruppen in die Hände; sie wurden fast alle in Belzec ermordet. Auch der im Tagebuch genannte »Onkel Paul« war in das Gebiet um Lemberg gelangt und starb vermutlich 1941. Die noch lebenden 198 Wiener Juden, die in Zarzecze bei Nisko festgehaltenen worden waren, kehrten nach Auflösung des Lagers im April 1940 nach Wien zurück.⁸

Doch auch in verschiedene Ortschaften in Ostpolen gelangten die Vertriebenen. Sie irrten tagelang unter widrigen Bedingungen herum,

7 Tagebuch Martha S., Eintrag vom 21.10.1939; Privatbesitz, Kopie im Besitz der Verfasserin.

8 Tagebuch Martha S., Eintrag vom 24.11.1939; Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die »Judendeportationen« aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 31-33; Seev Goshen, Nisko – Ein Ausnahmefall unter den Judenlagern der SS, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), S. 95-106, hier auch zu den Bedingungen in Zarzecze; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, Bd. 3: Jüdische Schicksale, 2. Aufl., Wien 1993, S. 495; Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 2), S. 206-208; im Löwenherz-Bericht, S. 25, heißt es dagegen: »Am 6. April 1940 wird die bevorstehende Rückkehr von 152 nach Polen umgesiedelten Personen Dr. Löwenherz mitgeteilt.«

um dann irgendwo gewissermaßen zu stranden – viele von ihnen ohne Gepäck, sie besaßen nur das, was sie am Leibe trugen. Aus Ulanów, Belzec und Tomaszów Lubelski sind beispielsweise Berichte und Briefe mit solchen Schilderungen von Wiener Juden überliefert.⁹

Einige Deportierte machten die IKG für ihre Situation verantwortlich. Der Gemeinde wurde sogar vorgeworfen, sie habe die ganze Aktion angeregt und schicke nun die Wiener Juden ins Ungewisse.¹⁰ Ein Teil der Wiener Juden war, nach langen und chaotischen Fußmärschen, nach Belzec gelangt, dem Ort, an dem später das Vernichtungslager errichtet wurde. Siegmund Flieger übersandte dem Vorstand der IKG am 13. Dezember 1939 eine Namensliste der 35 Wiener, die dorthin gelangt waren »nach mehr als 500 km Märschen durch die unwegsamsten und unpassierbaren Gebiete Polens«. Er klagte, dass die Gemeinde in Mährisch-Ostrau sich um die Verschleppten kümmere, die Wiener Gruppe bisher aber noch nicht einmal eine Antwort von der IKG bekommen habe. Sie besaßen nichts mehr, schrieb er und schilderte ihre Lage: »Unsere Leute sind krank, durch Hunger und Strapazen vollständig entkräftet, wir hungern und frieren ohne warme Wäsche und leben unter einer Bevölkerung, die uns unfreundlich gegenübersteht und von der wir nicht nur keine Unterstützung zu erwarten haben, sondern die uns überdies fortlaufend Hindernisse in den Weg legt. [...] Rascheste Hilfe ist unbedingte Notwendigkeit, um eine Katastrophe zu verhindern.«¹¹

Etwa 40 Wiener Juden befanden sich in Ulanów. Sie verfassten am 10. Januar 1940 einen verzweifelten Hilferuf an das American Joint Distribution Committee in Warschau, in dem sie ihre Odyssee beschrieben und klagten: »Über die Situation der Wiener Juden in Ulanow ist nicht sehr viel zu sagen. Sie verschlechtert sich von einem Tag auf den anderen. Die jüdische Bevölkerung Ulanows ist arm und nicht in der Lage zu helfen, die polnische steht den Juden streng ablehnend gegenüber. Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher, man weiß buchstäblich nicht, was der nächste Tag bringt und ob nicht etwaige Verfügungen der lokalen Behörden den Weitermarsch ins Ungewisse zur Folge haben können.« Auch hier findet sich die Klage darüber, dass es bisher noch nicht gelungen sei, mit der Wiener Kultusgemeinde in Kontakt zu treten. Man habe

9 CAHJP, AW 2747. Kopie, Anlaufstelle IKG Wien, MF W 1, verschiedene Frames.

10 Friedman, Löwenherz-Bericht (wie Anm. 5), S. 18.

11 Wie Anm. 9, Frame 52.

zwar gehört, dass diese sich bemühe zu helfen, doch habe man davon bisher noch nichts bemerkt.¹²

Verschiedene Briefe in den erhaltenen Akten der IKG Wien bezeugen die Unzufriedenheit der Betroffenen mit dem Verhalten der Wiener Jüdischen Gemeinde, und immer wieder wurde geklagt, dass diese nicht einmal antworte. Um die Menschen in verschiedenen Orten im Osten Polens zu versorgen, nahmen die Kultusgemeinden in Wien und Mährisch-Ostrau Kontakt zueinander auf, doch scheint es schwierig gewesen zu sein, Hilfsgüter zu senden. Der Joint versuchte ebenfalls zu helfen: Die Hilfsorganisation schickte ihre Vertreter in die betreffenden Gebiete und leistete finanzielle Unterstützung. Vom Lager Zarzecze aus fuhren im Dezember 1939 zwei Juden in die übrigen Orte, in die Deportierte gelangt waren, und auch nach Lublin, um mit dem dortigen Judenrat über Hilfsmöglichkeiten zu verhandeln. Dessen Stellvertretender Vorsitzender Marek Alten verwies sie jedoch wieder an die Wiener IKG.¹³ Josef Löwenherz antwortete Siegmund Flieger, der ihm aus Belzec geschrieben hatte und sich inzwischen in Tomaszów Lubelski befand, am 7. Januar 1940. Er habe seinen Brief erst jetzt erhalten, die IKG Wien sei in einer schwierigeren Situation als diejenige in Mährisch-Ostrau, er werde diese bitten, auch die Wiener Juden zu unterstützen. Dann stellte Löwenherz klar – und dies erscheint zentral und nimmt in gewisser Weise schon die Konflikte und Reaktionen der Judenräte in den Gettos vorweg –: »Ich möchte den Anlass nicht vorüber gehen lassen, ohne wie schon so oft nachdrücklichst festzustellen, dass die Mitwirkung der Kultusgemeinde bei diesen Aktionen nicht ihrer Initiative entsprang und einzig und allein von der Absicht geleitet war, die Nominierung der Teilnehmer an den Transporten und die Durchführung der letzteren selbst unter möglicher Vermeidung von Härten zu bewirken. Dies ist uns, soweit es die Verhältnisse möglich machten, auch gelungen. Auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit sind wir leider ganz ohne jeden Einfluss.«¹⁴

12 CAHJP, AW 2749. Kopie: Anlaufstelle IKG Wien, MF W 1, Frame 176.

13 Wie Anm. 12, Frame 53 f., 83-88. Im Januar 1940 erhielt die IKG die Erlaubnis, »Liebesgabenpakete« nach Nisko zu schicken, am 27. Dezember 1939 hatte Eichmann bereits gestattet, dass 2.000 RM zur Unterstützung der Deportierten verschickt werden. Friedman, Löwenherz-Bericht (wie Anm. 5), S. 22 f.

14 Schreiben Josef [Löwenherz] an Siegmund Flieger, 7.1.1940; CAHJP, AW 2747. Kopie: Anlaufstelle IKG Wien, MF W 1, Frame 126.

Bei diesen ersten Deportationen waren die Opfer frühzeitig verständigt worden, um ihre Abfahrt vorzubereiten. Ihnen wurde auch erlaubt, ihre Möbel und andere Gegenstände zu verkaufen.¹⁵

Die Deportationen aus Pommern im Februar 1940

Nur einen guten Monat nach dem Deportationsverbot gab Reinhard Heydrich auf einer Besprechung im RSHA am 30. Januar 1940 bekannt: »Mitte Februar 1940 sollen 1000 Juden aus Stettin, deren Wohnungen aus kriegswirtschaftlichen Gründen dringend benötigt werden, geräumt und gleichfalls ins Generalgouvernement abgeschoben werden.«¹⁶

Die erste Deportation deutscher Juden aus dem »Altreich« stand also bevor. Manches an dieser Aktion ist bisher ungeklärt: Es ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob Heydrichs Überlegungen der einzige Auslöser zu dieser Deportation waren. Bereits am 1. Januar 1940 waren Juden des Regierungsbezirks Stettin aufgefordert worden, ihre Wohnungen zu verlassen und in das leer stehende Warenhaus der Firma Blumenreich in Stettin zu ziehen. Einige der betroffenen Juden wandten sich an die Reichsvereinigung der Juden, und diese intervenierte offenbar erfolgreich beim RSHA. Der Plan wurde ebenso nach Protesten aufgrund der zu erwartenden hygienischen Probleme aufgegeben. In Stettin fehlte Wohnraum, auch wegen der umgesiedelten Baltendeutschen. Möglicherweise gab überdies das Streben des Gauleiters von Pommern, Franz Schwede-Coburg, seinen Gau als ersten »judenfrei« zu sehen, den Ausschlag für die Aktion. Der Gauleiter war bereits mit Kriegsbeginn durch seine Suche nach radikalen Lösungen hervorgetreten, indem er mit Himmler eine Vereinbarung über die Ermordung der Geisteskranken seines Gaus im Rahmen der »Euthanasie« getroffen hatte.¹⁷

15 Aktennotiz über die Vorsprache des Gefertigten [Löwenherz] bei Herrn SS-Obersturmführer Günther in der Zentralstelle für jüd. Auswanderung am 10. Oktober 1939, 2.15 Uhr nachm.; CAHJP, AW 465. Kopie: Anlaufstelle IKG Wien, MF U 52, Frame 465; Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 2), S. 197.

16 Vermerk über eine Besprechung beim Reichssicherheitshauptamt unter der Leitung von Reinhard Heydrich am 30. Januar 1940, betr. die Vertreibung von Polen, jüdischen Polen und Deutschen und Zigeunern, zit. nach Kurt Pätzold, Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, Leipzig 1991, S. 258 f., hier S. 259.

17 Bericht: Evakuierung der Juden aus Stettin; Kopie: Archiv Yad Vashem (YV) 02/425; Christopher R. Browning, Die Entfesselung der »Endlösung«. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, München 2003, S. 277; Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997,

Am 12. Februar 1940 war fast die gesamte Jüdische Gemeinde in Stettin, etwa 1000 Personen, von der ersten Deportation reichsdeutscher Juden betroffen. An diesem Abend klingelten bei den Stettiner Juden SAMänner und teilten ihnen mit, dass sie sich sofort reisefertig machen müssten, sie hätten in der Nacht Stettin zu verlassen. Sie erhielten eine Verfügung der Gestapo, in der das genaue Prozedere beschrieben und angegeben war, dass sie ihre Wohnung innerhalb der nächsten sieben Stunden verlassen müssten. Ihre Wertsachen wurden verzeichnet, sie mussten packen und wurden abgeführt. Auch Juden aus weiteren Städten in Pommern wurden verhaftet und am nächsten Tag nach Lublin deportiert. Von dort aus marschierten sie zu Fuß nach Głusk, Bełżyce und Piaski oder wurden mit Schlitten dorthin gebracht. An den Zielorten blieb der dort lebenden jüdischen Bevölkerung gar nichts anderes übrig, als sie aufzunehmen. Einige Opfer erfroren auf dem Weg, im Laufe des nächsten Monats starb aufgrund der Kälte und des Mangels an Lebensmitteln ein beträchtlicher Teil der Deportierten.¹⁸ So ist in einem anonymen Bericht über die Lage in Głusk zu lesen: »Die Unterkunftsverhältnisse spotteten jeder Beschreibung, es war nicht einmal genügend Stroh vorhanden, sodass der größte Teil der Personen auf der kalten Erde schlafen musste. Zahlreichen Personen sind Hände und Füße erfroren; viele[n] mussten Finger und Zehen abgenommen werden, und dies unter den primitivsten Umständen und mit den mangelhaften Instrumenten, die den Ärzten zur Verfügung standen.«¹⁹

In diese »Nacht-und-Nebel«-Aktion wurde jeder einbezogen, der sich gerade in Stettin aufhielt. Und so kam es, dass zum Beispiel Kinder, die

S. 227f. Einen Beleg dafür, dass Schwede-Coburg die Deportationen angeordnet hat, hat die Verfasserin jedoch auch in den Akten der Gauleitung im Staatsarchiv Szczecin/Stettin nicht gefunden: Bestand 312 NSDAP, Pomorski Zarząd Okręgowy w Szczecinie/Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleitung Pommern. Für Hinweise auf die Vorgeschichte der Deportation danke ich Beate Meyer.

18 Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Stettin: Staatspolizeileiche Verfügung, 12.2.1940; USHMM, RG 11.001M4, Reel 72; Wolfgang Wilhelmus, Die Lubliner Judenliste. Die erste Deportation deutscher Juden vom 13. Februar 1940 aus dem pommerischen Regierungsbezirk Stettin, in: Die Namensliste der 1940 aus dem Regierungsbezirk Stettin deportierten Juden. (Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern, Sonderheft Nr. 3), Rostock 2009, S. 4-13; laut einem Bericht aus Krakau starb ein Viertel der Deportierten innerhalb des ersten Monats: National Archives Record Administration (NARA), R 238, T-120, Roll 4651, K 336608-09. Siehe auch Behrend-Rosenfeld/Luckner, Lebenszeichen (wie Anm. 1), S. 23-26.

19 Bericht: Evakuierung der Juden aus Stettin, 1.9.1941: YV, O2/425, Bl. 3.

nur Verwandte besuchten, deportiert wurden, und ihre Eltern danach vergeblich versuchten, ihre Rückreise aus dem Lubliner Gebiet zu erwirken. Auch Juden, die bereits alles für ihre unmittelbar bevorstehende Auswanderung organisiert hatten, wurden verschleppt. Manche reichten dann aus den Deportationsorten ihre Ausreisepapiere ein mit der Bitte, ihnen die Reise zu gestatten – auch dies wurde verweigert, Auswanderung sei momentan »politisch nicht erwünscht«. Ein Fall betraf eine vierköpfige Familie: Die Eltern waren bereits im Sommer 1939 in die USA emigriert, nun hatten sie endlich die Auswanderung der Kinder in die Wege leiten können – doch die 21- und 19-jährigen Schwestern befanden sich inzwischen als Deportierte in Bełżyce. Umfangreiche Bemühungen u. a. eines in Berlin lebenden jüdischen »Konsulenten«, sie nachfolgen zu lassen, blieben erfolglos. Eigentlich galt zu dieser Zeit die Auswanderung der deutschen Juden noch als Hauptziel der deutschen Politik. Doch diejenigen, die bereits »in den Osten« abgeschoben waren, zählten offenbar als bereits »gelöste Probleme«. ²⁰ Nur ein einziger Fall ist überliefert, in dem noch eine Ausreise aus dem Lubliner Gebiet genehmigt wurde: Elsa Meyring, die bereits ein schwedisches Visum besessen hatte, erhielt noch eine Ausreisegenehmigung und emigrierte im Juni 1940 in das skandinavische Land. ²¹

Die ca. 160 Juden, die Ende Februar aus dem Regierungsbezirk Schneidemühl deportiert wurden, waren offenbar vor dem Abtransport informiert worden. Margarethe Michaelis aus Neustettin schrieb am 16. Februar 1940 an ihren emigrierten Sohn: »Gesund sind wir und heute muss ich Dir mitteilen, dass wir in 4 Tagen nach Osten verreisen, unsere Adresse kann ich Dir noch nicht sagen«. ²² Die Gruppe gelangte nicht bis nach Ostpolen, sondern wurde bei Posen gestoppt. ²³

20 Zum Fall der Schwestern Erna und Ruth Peyser siehe Bundesarchiv (BArch), R 8150/383. Einer der hier überlieferten Briefe, der allerdings nicht abgesandt wurde, ist ein Schreiben der Tante der beiden Mädchen »an den Führer und Reichskanzler«, in dem sie den Fall schildert und um Hilfe bittet; ebd., Bl. 184 f.

21 Wilhelmus, Die Lubliner Judenliste (wie Anm. 18), S. 7; Elsa Meyring, Deportation aus Stettin, in: Erinnerungen deutsch-jüdischer Frauen 1900-1990, hg. von Andreas Lixl-Purcell, Leipzig 1992, S. 307-332.

22 Barbara und Dietrich Thyen (Hg.), »... hole uns schnell!!!«. Das Schicksal einer deutsch-jüdischen Familie in Briefen, Freudenberg-Alchen 1991, S. 90. Das Ehepaar Michaelis wurde dann zunächst doch nicht deportiert, sondern zog nach Schneidemühl, kam dann auf das Gut Radinkendorf. Siehe ebd., S. 93-95.

23 Laut einem Bericht des polnisch-jüdischen Hilfsausschusses vom 14.3.1940 waren die Deportierten auch nach Polen gebracht worden. Andere Quellen gehen davon aus, dass sie, nachdem der Zug bei Posen aufgehalten wurde, u. a. nach Neu-

Die pommerschen Juden lebten also fortan in kleineren Orten im Distrikt Lublin. Eine Deportierte beschrieb die Lebensbedingungen in Piaski: »Die Verhältnisse hier sind so bitter, wir wohnen nun schon [mit] elf Personen in unserem kleinen Stübchen, die Not ist an Wohnungen hier sehr groß. Am fürchterlichsten sind hier die Klosettverhältnisse, in Gottes frischer, freier Natur, doch hier die Leuten empfinden es nicht schlimm.«²⁴ In den meisten Zeugnissen aus dieser Zeit ist davon die Rede, dass die einheimische jüdische Bevölkerung die Verschleppten aufnahm und trotz der eigenen Armut unterstützte. So schrieb Cläre Silbermann über Belzyce: »Das Städtchen hier ist sehr armselig, die Menschen leben in primitiven Verhältnissen und fristen ihr schweres Leben derart mühselig, daß es gar nicht genug anerkannt werden kann, mit welcher Gebefreudigkeit und wie selbstverständlich sie sich für uns einsetzen. Sie teilen tatsächlich ihr Bett und alles, was sie haben, mit uns, und unsere Wirtsleute, die allerdings etwas begüterter sind, lehnen immer wieder unseren Dank ab und beteuern, uns alles nur zu borgen.« Doch der Schock der Ankömmlinge über die Verhältnisse saß tief: »Immer wieder staunen wir, wie es möglich ist, daß Menschen im 20. Jahrhundert so leben – wie Urmenschen.« Und etwas später berichtete sie vom »Mißtrauen der Eingeborenen uns gegenüber«.²⁵ Martha Bauchwitz war nach Piaski gebracht worden. Sie nannte es am 27. Februar 1940 in einem Brief an ihre Kinder »Wild-Ost«, und im März notierte sie: »Seit vierzehn Tagen keine Zähne geputzt«, und weiter in dem Brief: »Hier ist Bitten kraftlos gegen die Hölle. Wir danken, wenn wieder einer tot ist. Jetzt sind wir drei Wochen fort und jeder Tag wird schwerer.«²⁶ Hier wird deutlich, wie sehr sich die Welt, in die diese deutschen Juden deportiert worden waren, von allem unterschied, was sie kannten. Drei Wochen

endorf und Radinkendorf gebracht wurden. Nachweise bei Gottwaldt/Schulle, »Judendeportationen« (wie Anm. 8), S. 35. Letzteres ist wohl zutreffend, es ist durch eine Aktennotiz von Paul Eppstein über eine Unterredung bei der Gestapo vom 1. April 1940 bestätigt; BArch, R 8150/483, Bl. 218-221. In Schneidemühl lebten nach dieser Deportation noch 245 Juden; ebd., Bl. 219.

24 Brief A.G. an Margarethe Lachmund, 15.4.1940, in: Behrend-Rosenfeld/Luckner, Lebenszeichen (wie Anm. 1), S. 82.

25 Briefe Cläre Silbermann, 10.3.1940, 19.3.1940, 3.4.1940, in: Behrend-Rosenfeld/Luckner, Lebenszeichen (wie Anm. 1), S. 109, S. 111; siehe auch Avraham Barkai: Deutschsprachige Juden in osteuropäischen Ghettos, in: ders., Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Hamburg 1998, S. 197-223, hier S. 202 f.

26 Behrend-Rosenfeld/Luckner, Lebenszeichen (wie Anm. 1), Briefe Martha Bauchwitz, 27.2.1940 und März 1940, S. 32 f.

nach der Ankunft schrieb eine Betroffene, sie freuten sich, wenn jemand sterbe und von den Qualen, die sie erleiden müssten, erlöst sei. Ähnlich vermerkte auch Martha Bauchwitz am 17. Juli 1940: »Gestern der erste Selbstmord. Nicht vor Hunger. Aber Lebenssekel [...].«²⁷

Und doch – wer die ersten Wochen überstand, resignierte zumeist nicht. Cläre Silbermann begann schon im April 1940, Kinder zu unterrichten.²⁸ Martha Bauchwitz' Ehemann war Zahnarzt, er übernahm ärztliche Aufgaben und richtete im März 1940 ein Lazarett ein.²⁹ Über ein Jahr nach der Deportation, im Juni 1941, verfasste er einen Brief an den Kreisarzt in Lublin, in dem er die sanitären Bedingungen in Piaski schilderte und deutlich machte, wie sich diese durch die – dann im September 1941 erfolgte – Abriegelung des Gettos noch verschlimmern würden: »Die öffentliche Bedürfnisanstalt strotzt vor Unsauberkeit, so dass in weitem Umkreise die Luft dadurch verpestet wird. Die Bewohner der Häuser, die keine Aborte haben, waren bisher gezwungen ihre Exkreme in der Nähe ihrer Wohnstätten oder auf nahe liegenden Wiesen abzulagern. Dadurch dass man jetzt in verschiedenen Straßen Bretterzäune, angeblich für ein zukünftiges Ghetto, angebracht hat, ist den meisten Bewohnern auch der erwähnte Weg für ihre Ausscheidungen versperrt. Welche Seuchengefahren in der gegenwärtigen warmen Sommerzeit durch diesen Mangel an geeigneten Aborten der dicht zusammengedrängten Bevölkerung drohen und welche Krankheiten durch mangelnde Desinfektion entstehen können, brauche ich Ihnen, sehr verehrter Herr Kreisarzt, nicht auseinanderzusetzen.«³⁰ In einem Schreiben der im Generalgouvernement tätigen Jüdischen Sozialen Selbsthilfe heißt es über das im September 1941 eingerichtete Getto: »In einem Teil wohnen etwa 2000 in dem anderen etwa 2900 Juden. [...] Das Infektionsspital mit angeschlossener Abteilung für innere Krankheiten, die Volksküche

27 Ebd., Brief Martha Bauchwitz, 17.7.1940, S. 46. Siehe auch ebd., Brief Cläre Silbermann, 19.3.1940, S. 109.

28 Ebd., Brief Cläre Silbermann, 3.4.1940, S. 111.

29 Ebd., Brief Martha Bauchwitz, 20.3.1941, S. 36 f.

30 Max Bauchwitz an Kreisarzt Lublin, 28.6.41: Archiwum Państwowe w Lublinie/ Staatsarchiv Lublin, 501/139, Bl. 55. Zur Gettoisierung im Distrikt Lublin vgl. Dieter Pohl, Von der »Judenpolitik« zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944, Frankfurt am Main et al. 1993; Bogdan Musial, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944, Wiesbaden 1999. Zu deutschen Juden im Distrikt Lublin verschiedene Aufsätze von Robert Kuwałek, etwa: Das kurze Leben »im Osten«. Jüdische Deutsche im Distrikt Lublin aus polnisch-jüdischer Sicht, in: Kundrus/Meyer (Hg.), Deportation (wie Anm. 3), S. 112-134.

für ca. 700 Personen, der Brunnen, der die ganze Bevölkerung des Ghettos mit Wasser zu versorgen hat, ebenso die öffentlichen Aborte befinden sich in einem Teil, infolgedessen sind in der amtlichen Ghettoordnung bestimmte Tagesstunden vorgesehen, während welcher die Einwohner des einen Teils den anderen aufsuchen können, um die oben genannten Einrichtungen zu gebrauchen. Die Grenzen des Ghettos sind sehr eng abgesteckt worden. Beide Teile zusammengenommen dürften schätzungsweise einen Flächenraum von 800 x 500 Meter umfassen. Innerhalb des Ghettos befindet sich kein einziger Baum, kein Grashalm. Der Ort Piaski ist nicht kanalisiert, besitzt auch keine Wasserleitung – die Wohnbedingungen müssen als sehr schlecht bezeichnet werden.«³¹ Eine aus Stettin deportierte Jüdin schrieb in den Tagen der Abriegelung des Ghettos: »Es kann ja auch niemand unsere Einsamkeit verstehen, immer und immer Sehnsucht nach der lieben Heimat, zumal unser Schicksal in diesen Tagen viel schlimmer geworden ist.«³² In einem zur gleichen Zeit verfassten Bericht, dessen anonymen Verfasser jedoch nicht zu den deportierten Juden gehörte, wird die Situation der Stettiner Juden zusammengefasst: »Die traurige Lage der Juden dort ist allgemein bekannt. Die Entwicklung hat gezeigt, dass ihnen ein Raum zugewiesen wurde, in welchem eine Lebensmöglichkeit nicht besteht. Nachdem ca. 30% im Laufe des ersten halben Jahres verstorben sind, fristen die übrigen ihr Leben von Spenden, die sie aus allen Gegenden der Welt erhalten.«³³

Dies waren also die Bedingungen, unter denen in den Osten deportierte Juden leben mussten, bevor die deutschen Juden seit Herbst 1941 in großer Zahl »ausgesiedelt« wurden.

Die Deportationen aus Wien im Februar 1941

Ebenfalls in den Distrikt Lublin gelangten Teile der Transporte weiterer Wiener Juden. Anfang Dezember 1940 gab Hitler seine Zustimmung, dass die Deportation der 60.000 Wiener Juden noch während des Krieges erfolgen sollte. Doch wurden die Pläne wiederum nicht vollständig umgesetzt, nach einer ersten Reduzierung der Zahl auf 10.000 wurden

31 Der Berater beim Chef des Distrikts Lublin an JSS-Präsidium in Krakau, 14.9.1941, Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego/Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Warschau, 211/138, Bl. 79.

32 Brief A.G., 13.9.1941, in: Behrend-Rosenfeld/Luckner, Lebenszeichen (wie Anm. 1), S. 91.

33 Bericht: Evakuierung der Juden aus Stettin, 1.9.1941: YV, O2/425, Bl. 3.

im Februar und März 1941 dann »nur« ca. 5000 Juden aus Wien in fünf Transporten in das Generalgouvernement gebracht, weitere »Umsiedlungen« jedoch im Zusammenhang mit den Angriffsvorbereitungen auf den Überfall auf die Sowjetunion zunächst gestoppt.

Als Josef Löwenherz Hauptsturmführer Rolf Günther am 23. Januar 1941 von seiner Reise nach Lissabon berichtete, wo er mit dem Joint über Auswanderungsmöglichkeiten verhandelt hatte, sprach er auch ein anderes Thema an: Die jüdische Bevölkerung sei beunruhigt, es kursierten Gerüchte über die bevorstehende Deportation der Wiener Juden nach Polen. Günther versicherte ihm daraufhin, er wisse von derlei Plänen nichts. Eine gute Woche später jedoch, am 1. Februar, erließ die Staatspolizeileitstelle Wien eine Verfügung, die den Wiener Juden das Verlassen des Gaugebiets untersagte. Am selben Tag wurde Löwenherz von Karl Ebner, dem Leiter des »Judenreferats« der Gestapo Wien, von der Wiederaufnahme der Transporte der Wiener Juden unterrichtet.³⁴ Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung wählte ganze Familien zur Deportation aus, diesmal musste die IKG Wien also nicht die zu Deportierenden bestimmen, jedoch hatte sie bei der Organisation mitzuwirken. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung versprach, keine Mitarbeiter der IKG zur Deportation auszuwählen und ebenso diejenigen Juden, deren Auswanderung unmittelbar bevorstand, zu verschonen – vorausgesetzt, alle zu Deportierenden seien pünktlich im Sammellager im ehemaligen Schulgebäude in der Castellezgasse 35 im 2. Wiener Bezirks. Hier mussten die zur Deportation bestimmten Menschen, verunsichert und unter äußerst schlechten hygienischen Bedingungen, auf ihren Abtransport warten. Die IKG sorgte für ihre Verpflegung.

Das Prinzip dieser Sammellager wurde bei den Deportationen im Herbst 1941 beibehalten. Die IKG musste das Sammellager organisieren und unterhalten, auch hatte sie die zur Deportation bestimmten Personen zu benachrichtigen. Löwenherz versuchte, die Lage der dort auf ihren Abtransport wartenden Menschen zu verbessern, so bat er Eichmanns Mitarbeiter Alois Brunner, mehr Lebensmittel als den vorgesehenen Eintopf und Brot verteilen zu dürfen, was ihm erlaubt wurde. Auch kämpfte er darum, Gepäck nachsenden zu dürfen, das bei einem Transport zurückgelassen wurde, da nicht genügend Waggons zur Verfügung stan-

34 Schreiben Lammers an Schirach, 3.12.1940, hier zit. nach Rabinovici, *Instanzen* (wie Anm. 2), S. 224; Gottwaldt/Schulle, »Judendeportationen« (wie Anm. 8), S. 46f.

den.³⁵ Paula Rosenberg schilderte am 13. Februar aus dem Sammellager in der Castellezgasse in einem Brief die Zustände, die »ärger [sind] als man sich vorstellen kann«.³⁶ Im Tagebuch einer Wiener Jüdin, die in Mischehe lebte, heißt es im Eintrag vom 20. Februar 1941: »Wir wissen jetzt, daß es keine Altersgrenze gibt, alle werden weggeschickt, kleine Kinder, Greise, ja sogar Kranke werden aus dem Spital geholt und werden abtransportiert, ins Ungewisse, ins Elend. Gipfelpunkt der Niedertracht: die Kultusgemeinde muß Lebensmittelpakete beistellen, die dann am Bahnhof von den nationalsozialistischen Ordnern verteilt werden. Das Ganze wird gefilmt und dem Ausland vorgesetzt, dem dann auch erzählt wird, wie gut doch die Juden hier behandelt würden und wie zufrieden und glücklich sie seien, in die neue Heimat zu kommen.«³⁷

Am 15. Februar verließen 996 Männer, Frauen und Kinder, am 26. Februar 1941 noch einmal 1049 Personen Wien mit dem Ziel Opole im Distrikt Lublin. 36 Stunden dauerte die Fahrt, in etlichen Waggons fehlten sanitäre Anlagen.³⁸ Weder Opole noch die anderen Ortschaften, in die nun Wiener Juden gebracht wurden, waren auf den Zuzug so vieler Menschen in irgendeiner Form vorbereitet, es fehlten Unterkünfte und Lebensmittel. Teils wurden Wiener Juden bei der lokalen Bevölkerung einquartiert, teils in Sammelunterkünften wie einer Synagoge oder in neu errichteten Baracken. Bereits im Frühjahr 1941 – wie ein Jahr zuvor bei der Deportation der Juden aus Pommern – trafen also aus dem Westen deportierte Juden und die ortsansässige ostjüdische Bevölkerung unter teilweise katastrophalen äußeren Bedingungen aufeinander, die die gegenseitige Wahrnehmung sicherlich beeinflussten.³⁹

So ist in einem Brief vom 18. Februar 1941 über die Ankunft des ersten Wiener Transports in Opole zu lesen: »Alle, etwa über hundert, wurden hier in einer Synagoge untergebracht, wo Strohlager errichtet waren, und hier warfen wir uns todmüde nieder. Die Bevölkerung ist arm, wie man sich überhaupt nicht vorstellen kann: Die Fetzen hängen ihnen vom Leibe herunter und sie führen das elendste Leben. Auf den Straßen kann man kaum gehen, man versinkt fast im Kot und die Häuser kann ich überhaupt nicht beschreiben, etwas größere Hundehütten.« In dem Brief wurde aber auch betont, wie hilfsbereit die polnischen Juden sich verhiel-

35 Friedman, Löwenherz-Bericht (wie Anm. 5), S. 34-37; Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 2), S. 224-228; siehe auch Jüdische Schicksale (wie Anm. 8), S. 496.

36 YV, O75/187, Bl. 2.

37 Tagebuch Martha S., Eintrag vom 20.2.1941.

38 YV, O75/187, Bl. 4.

39 Gottwaldt/Schulle, »Judendeportationen« (wie Anm. 8), S. 47.

ten, wie sie sich bemühten, alles mit den Neuankömmlingen zu teilen.⁴⁰ Die Wiener Juden organisierten sich, versuchten ihr Leben in irgendwie geregelte Bahnen zu lenken. Jakob Engel wurde zum administrativen Leiter dieses Transportes bestimmt, ein Komitee von vier Personen stand ihm beratend zur Seite. Eine der ersten Maßnahmen der Wiener Juden betraf den Bau von Latrinen.⁴¹ Wieder schrieben deportierte Wiener Juden wütende Briefe an die Kultusgemeinde und beklagten sich über ausbleibende Hilfe. So heißt es in einem Schreiben der »Vertretung der aus Wien evakuierten Juden in Opole« vom 12. März 1941: »Was heute uns geschehen ist, kann morgen jedem anderen unserer Brüder geschehen. Wie kann ein Jude ruhig bleiben und sich der Hilferufe seines Bruders verschließen? Wie kann er es mit seiner Ehre vereinbaren, uns weiter in einer solchen Not schmachten zu lassen?«⁴² Dabei setzte sich Löwenherz durchaus für die Deportierten ein, er bat am 17. Juni 1941 Alois Brunner um deren Rückkehr, freilich ohne Erfolg: Er berichtete ihm von den Nachrichten aus dem Generalgouvernement, und dass die Versuche der IKG, den Menschen dort zu helfen, bei weitem nicht ausreichten. Doch Brunner erklärte lediglich, eine Rückkehr nach Wien käme nicht in Frage.⁴³

Ab Mai 1941 wurden etwa 800 Wiener Juden zur Zwangsarbeit in Dęblin eingesetzt. Im Frühjahr 1942 begann die Auflösung des Gettos von Opole Lubelskie mit einem Transport in das Vernichtungslager Bełżec. Von den 2045 Wiener Juden aus den beiden Transporten nach Opole vom Februar 1941 sind nur 28 Überlebende bekannt.⁴⁴

Während dessen wurden am 19. Februar 1941 vom Wiener Aspangbahnhof aus gut 1000 Juden nach Kielce im Distrikt Radom, am 5. März 1941 weitere 981 nach Modliborzyce und am 12. März 1941 knapp 1000 nach Opatów und Łagów im Distrikt Lublin gebracht.⁴⁵ Die Bedingungen dieser Transporte unterschieden sich nicht von den vorherigen, und auch hier stellte die Ankunft der relativ mittellosen Menschen die Jüdischen Gemeinden und Hilfskomitees vor Ort vor nahezu unlösbare Auf-

40 Brief J[akob] E[ngel], 18.2.1941, in: Behrend-Rosenfeld/Luckner, Lebenszeichen (wie Anm. 1), S. 134 f. Auch Avraham Barkai betont die Gastfreundschaft der polnischen gegenüber den Wiener Juden, Barkai, Juden (wie Anm. 25), S. 203 f.

41 Brief J[akob] E[ngel], 21.2.1941, in: Behrend-Rosenfeld/Luckner, Lebenszeichen (wie Anm. 1), S. 136 f.

42 Vertretung der aus Wien evakuierten Juden in Opole an IKG Wien, 12.3.1941; DÖW 5674, hier zit. nach Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 2), S. 232 f.

43 Ebd.

44 Gottwaldt/Schulle, »Judendeportationen« (wie Anm. 8), S. 48.

45 Ebd., S. 48-51.

gaben. So notierte der Vorsitzende der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau, Michał Weichert, am 27. Februar 1941 über ein Telefonat mit dem Vorsitzenden des lokalen Jüdischen Hilfskomitees in Kielce: »Herr Levi [richtig: Lewi] teilt mit, dass aus Wien 1000 Aussiedler ohne Gepäck, ohne Bettzeug eingetroffen sind, ein Teil hatte nur etwas Leibwäsche und Kleidung bei sich. Die Mehrheit der Aussiedler befindet sich in einem sehr beklagenswerten Zustand.«⁴⁶

Hier wird sehr deutlich: Wie und wovon diese Menschen nach ihrer Deportation aus der Heimat leben sollten, darüber hatte sich auf deutscher Seite niemand Gedanken gemacht bzw. die Verantwortlichen nahmen deren Verelendung, Erkrankung oder ihren Hungertod billigend in Kauf.

Abschließende Überlegungen

Die frühen Deportationen aus dem Deutschen Reich können als Auftakt zu Problemen betrachtet werden, die ab Herbst 1941 eine wichtige Rolle innerhalb der jüdischen Gemeinschaft spielten: Im Handeln der Jüdischen Gemeinden und den Reaktionen ihrer Mitglieder darauf scheinen bereits die späteren Konflikte zwischen Judenräten und Gettobevölkerung auf, wie das Beispiel Wien zeigt. Die Strategie der IKG Wien ähnelt dabei der einiger Judenräte, wie etwa derjenigen von Mordechai Chaim Rumkowski in Litzmannstadt: Um Schlimmeres zu verhindern, kooperierten sie mit den Machthabern.⁴⁷ Dies klang bereits bei den Wiener Deportationen im Herbst 1939 an, und desillusioniert durch die Erfahrungen der ersten Transporte willigte Löwenherz im Frühjahr 1941 ein, die Deportationen zu organisieren, weil er dadurch wenigstens diejenigen retten konnte, deren Auswanderung unmittelbar bevorstand. Doch er verfügte kaum über Handlungsspielräume: Die Zuständigen in der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung und der Gestapo machten ihm gegenüber allenfalls minimale Zugeständnisse, etwa wenn es um

46 Vermerk über ein Telefonat des Vorsitzenden der JSS, Weichert, mit dem Vorsitzenden des Jüdischen Städtischen Hilfskomitees in Kielce, Herman Lewi, vom 27.2.1941 (Original Polnisch); YV, O-21/36, Bl. 277, hier zitiert nach: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945 (VEJ), Band 4, Dok. 246.

47 Zu Rumkowskis Strategie siehe zuletzt Andrea Löw, Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten, Göttingen 2006; Michal Unger, Reassessment of the Image of Mordechai Chaim Rumkowski, Göttingen 2008.

die Verpflegung der Menschen im Sammellager ging. Eine Chance, mehr zu erreichen, hatte er jedoch nicht, wie sein erfolgloser Versuch zeigte, die Rückkehr der Deportierten zu erwirken.

Deutschsprachige Juden wurden im Oktober 1939, im Februar 1940 und im Februar 1941 in den Osten des besetzten Polens deportiert. Sie kamen in eine Welt, die nicht die ihre war; sie kannten weder die Lebensbedingungen, noch fühlten sie sich der ortsansässigen jüdischen Bevölkerung zugehörig. Diese Fremdheit wird in Briefen Deportierter geschildert. Allerdings ist hier in vielen Fällen von der Hilfsbereitschaft der lokalen jüdischen Gemeinschaft die Rede, die trotz ihrer Armut, trotz der unsäglichen eigenen Lebensumstände aus Sicht der Deportierten, die Neuankömmlinge aufnahm und ihnen half. Das Zusammentreffen von »Ost und West«, wie es der Prager Journalist Oskar Singer dann im Getto Litzmannstadt formuliert hat, entwickelte sich während der Großdeportationen im Herbst 1941 um einiges konflikthafter.⁴⁸

48 Oskar Singer, Zum Problem Ost und West – Essays, in: ders., »Im Eilschritt durch den Gettotag ...« Reportagen und Essays aus dem Getto Lodz, hg. von Sascha Feuchert u. a., Berlin-Wien 2002, S. 177-206; zum späteren Verhältnis siehe Barkai, Juden (wie Anm. 25).

MARIA VON DER HEYDT

Möglichkeiten und Grenzen der Auswanderung von »jüdischen Mischlingen« 1938-1941

Die Nationalsozialisten propagierten bereits vor 1933 und erst recht nach ihrer Machtübernahme die Vertreibung aller »Nichtarier« aus Deutschland. Von den über fünfhunderttausend Mitgliedern jüdischer Gemeinden, die 1933 in Deutschland gezählt wurden, konnten bis Oktober 1941 mehr als die Hälfte auswandern.¹ Über die Auswanderung der so genannten jüdischen Mischlinge ist dagegen wenig bekannt. Bisherigen Studien und Memoiren lässt sich lediglich entnehmen, dass einige jüngere »Mischlinge« mit ihren Eltern auswanderten und vereinzelt junge Erwachsene Deutschland verließen. Doch deutet alles darauf hin, dass sie weit seltener als Juden emigrierten. Unterschiedliche äußere wie auch persönliche Gründe hinderten sie daran, den Schritt über die Grenze, den die meisten wohl erwogen, tatsächlich zu gehen. Im Folgenden sollen einige Erklärungsansätze für diese geringere Auswanderungsneigung dargestellt und analysiert werden.

Nach der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 galten Personen mit einem oder zwei jüdischen Großelternanteilen, die keiner jüdischen Gemeinde angehörten, als »Mischlinge«. Bezogen auf das Deutsche Reich wurden anlässlich der Volkszählung vom 17. Mai 1939 72.738 »Halbjuden« und 42.811 »Vierteljuden« mit jeweils einem jüdischen Großelternanteil erfasst.² Die Zahl der »Halbjuden« setzt sich aus ca. 8.000 jüdischen, die später »Geltungsjuden« genannt wurden, wie

1 Siehe im einzelnen zur Zählung und zu verbleibenden Unklarheiten Ino Arndt/Heinz Boberach, Deutsches Reich, in: Wolfgang Benz (Hg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, 2. Aufl., München 1996, S. 23-65, hier S. 32.

2 Statistisches Reichsamt (Hg.), Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der Volkszählung des 17.5.1939, Band 552, Heft 4: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, Berlin 1944, S. 6f.; siehe auch Beate Meyer, »Jüdische Mischlinge«. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999, S. 162, S. 418; Jeremy Noakes, The Development of Nazi Policy toward the German-Jewish »Mischlinge« 1933-1945, in: Leo Baeck Institute Yearbook XXXIV, London-Jerusalem-New York 1989, S. 291-354, S. 292.

den ca. 64.000 nichtjüdischen, oftmals christlich getauften »Mischlingen 1. Grades« zusammen.

Die genaue Zahl der 1933 in Deutschland lebenden »Mischlinge« ist unbekannt, sie lag aber vermutlich nicht wesentlich über den 1939 festgestellten Größenordnungen.³ Die Volkszählung ergab auch: Je mehr Juden ein Gebiet verlassen hatten, desto mehr »Mischlinge« wurden dort anteilig gezählt.⁴ Denn überall, wo große jüdische Gemeinden existierten, waren seit Einführung der Zivilehe im 19. Jahrhundert Juden so genannte Mischehen eingegangen. Teils trat der jüdische Partner bei der Eheschließung zum Christentum über, teils behielten beide Eheleute ihre bisherige Konfession bei oder verließen die Religionsgemeinschaften. Seltener konvertierte der christliche Partner zum Judentum. Die Kinder aus den Mischehen wurden zu über 90 Prozent christlich getauft, nur 9,9 Prozent der »Halbjuden« und 1,2 Prozent der »Vierteljuden« gehörten einer jüdischen Gemeinde an.⁵

Auch wenn Nationalsozialisten letztlich alle »Nichtarier« zur Ausreise bewegen wollten,⁶ konzentrierte sich ihre Vertreibungspolitik auf »Volljuden«, wozu auch getaufte oder religionslose Personen mit mehr als zwei jüdischen Großelternanteilen zählten. Alle so als Juden Bezeichneten mussten deshalb der 1939 gegründeten, mit der Auswanderung ihrer Mitglieder beauftragten Reichsvereinigung der Juden in Deutschland angehören, ausgenommen war lediglich, wer in einer »privilegierten« Mischehe

3 Über rund 70.000 »Halbjuden« und 45.000 »Vierteljuden« dürfte die Zahl kaum gelegen haben. Vgl. Ernst Kahn, Wieviel »Nichtarier« gibt es in Deutschland? Ein statistisches Rechenexempel, in: Jüdische Rundschau Nr. 59 vom 25.7.1933, S. 1.

4 Im Saarland machten nach dem reichsweit höchsten Rückgang der jüdischen Bevölkerung um 84,4% 1939 »Mischlinge« beider Grade drei Achtel aller »Nichtarier« aus. Vgl. RuPrMdl (Pfundtner) an RMin u. a. vom 23.4.1935 betr.: Zahl der Voll-, Halb- und Vierteljuden im Dritten Reich, wiedergegeben bei Wolf Gruner (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Band 1: 1933-1937, München 2008, Dok. 159, S. 423-425, sowie Statistisches Reichsamt, Volkszählung 17.5.1939 (wie Anm. 2), S. 6f. In Berlin dagegen zählte man 1939 noch 84.858 Juden, aber lediglich 15.744 »Mischlinge 1. Grades« und 8.971 »Mischlinge 2. Grades«, Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin (Hg.), Kriegs-Taschenbuch. Berlin in Zahlen, Ausgabe 1942, S. 44f.

5 Vgl. Meyer, »Jüdische Mischlinge« (wie Anm. 2), S. 24ff., S. 162ff.

6 Am 17.2.1939 bedeutete das Reichskirchenministerium dem sächsischen Landeskirchenpräsidenten, auch »Mischlinge« seien im Begriffe auszuwandern, RMf-kirchAng an LKirchA Dresden v. 17.2.1939, in: EvZArch 1/A-4/220.

lebte.⁷ Um christliche Zwangsmitglieder der Reichsvereinigung überhaupt weiterbetreuen zu können, arbeiteten die christlichen Hilfsorganisationen mit der Reichsvereinigung zusammen und machten sich dadurch gewissermaßen den absoluten Vorrang »volljüdischer« Emigrationswünsche zu eigen.⁸ Allerdings brachten sie, solange es irgend möglich blieb, ganze Familien gemeinsam zur Auswanderung.⁹ Dies führte relativ häufig dazu, dass minderjährige »Mischlinge« einen auswandernden Elternteil begleiteten.¹⁰

Auswanderungsgründe und Auswanderungsanlässe

Im Unterschied zu den vor unmittelbarer politisch-kultureller Verfolgung fliehenden Emigranten des Jahres 1933 entschlossen sich »Mischlinge« in den Jahren 1938 bis 1941 in der Regel eher aus persönlichen Gründen zur Auswanderung. Ein Arzt beispielsweise erklärte 1937: »Ich habe hier ein Kind, und ich will nicht, daß das Kind unter solchen Verhältnissen [...] aufwächst.«¹¹ Anders als bei den an Leib und Leben bedrohten Juden standen bei »Mischlingen« zwischen 1938 und 1941 wirtschaftliche Sorgen im Vordergrund. Junge Erwachsene erkannten, dass ihnen in ihrer Heimat eine ihrer Begabung, Neigung oder Familientradition entsprechende berufliche Zukunft versperrt bleiben würde. »Ich war in dem Alter, in dem das Leben so richtig anfängt, ich hatte mein Abitur [...] in der Tasche [...], ich war jung und gesund. Aber [...] es war, als ob – wo

7 Siehe zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland den Beitrag von Beate Meyer in diesem Band.

8 Lutz-Egon Reutter, *Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich. Die Betreuung von Auswanderern durch den St. Raphaels-Verein, Recklinghausen 1971*, S. 279; Cornelia Essner, *Die »Nürnberger Gesetze« oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945*, Paderborn 2002, S. 268 f.

9 Auch die in Wien gegründete »Gildemeester-Hilfsaktion« berücksichtigte »Mischlinge« lediglich als Kinder fliehender Juden. Vgl. den Registrierungsauftrag an »nichtmosaische Juden« im »Jüdischen Nachrichtenblatt« vom 18.9.1939, zitiert bei Rainer Mackensen, *Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2006, S. 150.

10 1939 reisten als »Mischlinge« geltende Kinder der jüdischstämmigen Pastoren Ehrenberg, Schweitzer, Wedell, Arnold und Leibholz mit ihren Vätern nach England aus. Andere Flüchtlinge wie Kurt und Elisabeth Isaack nahmen ihre drei Kinder 1939 auf die Flucht nach Schanghai mit, John L. Isaack, *Exilbericht 1991*, Ms., Centrum Judaicum Berlin, 5C2, Korrespondenz Nr. 13.

11 Franklin A. Oberlaender, »Wir aber sind nicht Fisch und nicht Fleisch«, *Christliche »Nichtarier« und ihre Kinder in Deutschland*, Opladen 1996, S. 217.

ich auch hinsehe – mir eine Tür nach der anderen vor der Nase zugeschlagen wird.«¹² So beschrieb ein junger Berliner seine Lebensaussichten im Frühjahr 1939. Viele Ältere waren als »Nichtarier« aus freien Berufen verdrängt, aus Unternehmen oder Banken entlassen worden.¹³ Ihre Aussichten auf einen neuen Arbeitsplatz in Deutschland sahen zwischen 1936 und 1939 düster aus.¹⁴ Ihre einzige Interessenvertretung stellte der später mehrfach umbenannte »Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung e.V.« dar. Offiziell hielt dessen Leitung stets an der Erwartung fest, christliche Deutsche würden bei geeignetem Verhalten trotz ihrer jüdischen Vorfahren dauerhaft in Deutschland geduldet. Am regen Besuch der Verbandskurse für Umschulung, Weiterbildung und Sprachen lässt sich jedoch die steigende Auswanderungsmotivation unter den knapp 6.000 Mitgliedern ablesen. So bot der Berliner Ortsverband der später »Paulusbund« genannten Vereinigung im Winter 1935/36 allein 26 Umschichtungsveranstaltungen an, darunter u. a. Italienisch-, Dänisch- und Russischkurse, Buchführungs-, Kurzschrift-, Schreibmaschinen-, Warenkundekurse sowie Lehrgänge für Kraftfahrer und Sprechstundenhilfen.¹⁵

Ein weiterer Auswanderungsgrund lag in den 1935 mit den Nürnberger Gesetzen erlassenen Eheverböten für deutsch-jüdische »Mischlinge 1. Grades«. Sie waren auf andere »Mischlinge«, Juden oder Ausländer verwiesen. Ehen mit »Deutschblütigen« bedurften einer staatlichen Ausnahmegenehmigung, der ein mehrstufiges, zeitraubendes Verfahren mit demütigenden körperlichen Untersuchungen vorausging. Nur elf solcher Genehmigungen wurden 1937 erteilt, sechsendreißig Frauen entzogen sich dem Genehmigungsverfahren, indem sie Ausländer heirateten.¹⁶

12 Gespräch mit Th. S. vom 3.10.2001.

13 Laut Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers vom 28.10.1936 kamen »Mischlingen« in der gewerblichen Wirtschaft gleiche Rechte wie »Deutschblütigen« zu, RdSchr. des RWiM vom 28.10.1936 zur Gleichstellung der (jüd.) Mischlinge in der gewerblichen Wirtschaft, in: BArch R 7/1219. Angestelltenpositionen in der Privatwirtschaft wurden dennoch oft verweigert, Memorandum by Bishop Bell, February 1937. »Non-Aryan Christians«, in: Andrew Chandler (ed.), *Brethren in Adversity*. Bishop George Bell, the Church of England and the Crisis of German Protestantism 1933-1939, Rochester 1997, S. 137 f.

14 Meyer, »Jüdische Mischlinge« (wie Anm. 2), S. 202 ff.

15 Aleksandar-Saša Vuletić, *Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich. Verfolgung und organisierte Selbsthilfe 1933-1939*, Mainz 1999, S. 104 ff.

16 Frauen verloren mit der Hochzeit die eigene Staatsangehörigkeit und erhielten diejenige des Ehemannes. In demselben Jahr 1937 heirateten 617.228 »Deutschblütige«, 1.960 Juden und 88 »Mischlinge 1. Grades« jeweils untereinander. 17

Bald sprach sich unter den Betroffenen herum, dass fast alle Ehegenehmigungsanträge abgelehnt wurden. Wer wie der Theologe Wolfgang Büsing eine »Halbjüdin« heiraten wollte, der musste das Land verlassen.¹⁷ Andere »Mischlinge 1. Grades« suchten gezielt unter Auswanderungswilligen nach möglichen jüdischen oder nichtjüdischen Lebensgefährten, um auf diesem Wege zugleich der Einsamkeit und den Verbotsgesetzen zu entkommen.¹⁸

Hilfsorganisationen

Im Selbstverständnis der jüdischen Hilfsorganisationen, die aus den Gemeinden oder aus der zionistischen Bewegung entstanden waren, kamen nichtjüdische Auswanderungsinteressenten nicht vor. Befremdet erinnerte sich ein Betroffener: »Ich suchte natürlich noch Hilfe bei der Auswanderung und konnte die bei der evangelischen Kirche und bei der jüdischen Gemeinde schon gar nicht« finden.¹⁹ Noch im Frühjahr 1939 verwarnten sich jüdische und christliche Vertreter gegen eine bekenntnisunabhängige Auswandererbetreuung.²⁰ Für eine Palästinaeinwanderung und auch einen Sondervermögenstransfer²¹ kamen nur »Mischlinge« in Betracht, die aus halachischer oder zionistischer Sicht als Juden galten.²² Erst 1937 wurde das Haavara-Transferabkommen auf für Nichtjuden geeignete Zielländer erweitert. Die »Altreu« verhalf jedoch weniger

»halbjüdische« Männer entschieden sich für deutsche Jüdinnen. Statistik in: Deutsches Ärzteblatt 69 (1939) S. 56 f. Zu den Genehmigungsverfahren siehe Meyer, »Jüdische Mischlinge« (wie Anm. 2), S. 174 ff.

- 17 Vgl. Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitzeuge, München 1967, S. 613, S. 720.
- 18 Im Jüdischen Nachrichtenblatt finden sich entsprechende Heiratsgesuche sowohl von Frauen (JNBl. 25/1939, S. 6; JNBl. 40/1939, S. 10; JNBl. 56/1939, S. 12; JNBl. 61/1939, S. 6; JNBl. 66/1939, S. 12; JNBl. 69/1939, S. 8; JNBl. 69/1940, S. 4, als auch von Männern (JNBl. 32/1939, S. 12; JNBl. 49/1939, S. 6; JNBl. 51/1939, S. 8; JNBl. 20/1940, S. 7; JNBl. 28/1940, S. 7; 63/1940, S. 4).
- 19 Zitiert nach Oberlaender, Christliche Nichtarier (wie Anm. 11), S. 141.
- 20 Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche. Band 3/I: 1938–1941. Ausgestoßen, Stuttgart 1995, S. 165 ff.
- 21 Im Haavara-Verfahren genehmigte die Palästinaverwaltung pro deutschem Einwanderer den Verkauf eines Kontingentes deutscher Waren. Einen Teil des Erlöses erhielt der Einwanderer und gab im Gegenzug das in Deutschland auf Sperrkonten zurückgelassene Vermögen frei.
- 22 Palästina-Amt der Jewish Agency for Palestine (Hg.), Alijah. Informationen für Palästinaauswanderer, 8. Aufl., Berlin 1936.

als zehntausend Verfolgten außer Landes²³ und blieb unter bedürftigen Christen weitgehend unbekannt.²⁴ Damit war fast allen »Mischlingen« der Weg über die wichtigsten und bestausgestatteten Emigrationshilfsstellen versperrt. Zwischen 1933 und 1938 hatten allein die drei größten jüdischen Auswanderungshilfsstellen (Palästinaamt, Hilfsverein der deutschen Juden und Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge) 45 Prozent der Auswanderungsfälle abgewickelt.²⁵ Vergleichbar stammten die meisten ausländischen Geldspenden für Verfolgte aus zionistischen oder religiösen Kreisen und konnten nur beschränkt für Nichtjuden eingesetzt werden.²⁶

Vor 1933 gab es keine organisatorische Verbindung unter Nichtjuden jüdischer Herkunft – und damit auch keine Anlaufstellen und keine Ansprechpartner in der Staatsverwaltung oder anderen Vereinigungen, auf denen eine Auswanderungshilfsaktion hätte aufbauen können. »Die Juden wissen wenigstens, wohin sie gehören, sie haben ihre Gemeinschaft, obwohl das den meisten von ihnen auch nicht viel nützt. Unsereiner dagegen hängt völlig in der Luft«, beschrieb ein Jungmediziner seine Lage zu Silvester 1937.²⁷ Der bereits erwähnte, ohnehin auswanderungs-skeptische Reichsverband nichtarischer Christen war weder staatlich zur Devisen- und Auswanderungsberatung zugelassen, noch standen Geld oder Auslandsverbindungen bereit.²⁸ Wenn überhaupt, so befasste er sich

23 Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg 1997, S. 156. Zur Bedeutung Salomon Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974, S. 103.

24 Vgl. Max Größler, Bericht über die Tätigkeit des Hilfsausschusses für die katholischen Nichtarier (August 1937-August 1938), August 1938, in: Ludwig Volk (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, Band IV: 1936-1939, Mainz 1981, S. 484-486, hier S. 485 (Nr. 472). Die »Allgemeine Treuhandstelle für jüdische Auswanderung GmbH« hatte ihren Sitz in demselben Gebäude wie die Haavara-Organisation Paltreu und wurde durch einen Paltreu-Geschäftsführer geleitet. Werner Feilchenfeld, Die Durchführung des Haavara-Transfers, in: Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis/Ludwig Pinner (Hg.), Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972, S. 35-85, hier S. 79 f.

25 Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe (wie Anm. 23), S. 72 f.

26 Für Großbritannien siehe z. B. Rebekka Göpfert, Der jüdische Kindertransport von Deutschland nach England 1938/39. Geschichte und Erinnerung, Frankfurt am Main 1999, S. 101.

27 Werner Schmidt, Leben an Grenzen. Autobiographischer Bericht eines Mediziners aus dunkler Zeit, 1989 Zürich, S. 57.

28 Vuletić, Christen jüdischer Herkunft (wie Anm. 15), S. 200.

mit Emigrationsanfragen »volljüdischer« Mitglieder, für »Mischlinge« stehe Auswanderung nur an, »wenn diese aus dem Beruf herausgeworfen [...] sind, oder wenn der Ernährer der Mischlinge Vollnichtarier ist und seinerseits auswandern muß.«²⁹ Bei der dann nach dem staatlicherseits erzwungenen Ausschluss der »Volljuden« einzig aus »Mischlingen« bestehenden Nachfolgeorganisation »Vereinigung 1937 e.V.«³⁰ leitete Sylvia Wolff eine Abteilung für Auswanderungsfragen, die jedoch amtlich nicht als Beratungsstelle anerkannt wurde. 1939 wurde die »Vereinigung 1937 e.V.« zwangsweise aufgelöst.

Auswandernde Katholiken jüdischer Herkunft erhielten Unterstützung vom 1871 gegründeten St. Raphaelsverein und ab 1938 vom »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin«.³¹ Auf protestantischer Seite entstand im Umfeld der Berliner Bekennenden Kirche in der zweiten Jahreshälfte 1938 das Büro Pfarrer Grüber, welches »Volljuden« und »Mischlingen« zur Auswanderung verhelfen sollte.³² Zwar bestätigte die »Reichsstelle für das Auswanderungswesen« im März 1939 das Büro als gemeinnützige Auswanderungsberatung,³³ doch die evangelische Amtskirche verweigerte jegliche Zuschüsse, so dass für umfassende Hilfe das Geld fehlte.³⁴ So war Pfarrer Heinrich Grüber auf ehrenamtliche Mitarbeiter angewiesen, die meist selbst »nichtarisch« und eher selten in Auswanderungsfragen erfahren waren. Ein arbeitsloser Bankangestellter erlebte im Januar 1939 die beschränkten Möglichkeiten: »Wir hätten doch Verwandte in der Tschechoslowakei, dort sollten wir hingehen. Mein Vater hat sich aufgeregt, sein [in der CSR lebender] Bruder sei [...] ein Nazi

29 Schr. Lufts an Kardinal Bertram vom 16.7.1936, zitiert nach. Vuletić, Christen jüdischer Herkunft (wie Anm. 15), S. 196.

30 Siehe ebd. zur Geschichte dieser 1933 als Reichsverband nichtarischer Christen (RNC) gegründeten Vereinigung.

31 Siehe den Beitrag Jana Leichsenrings in diesem Band sowie dies., Die katholische Kirche und »ihre Juden«. Das »Hilfswerk beim bischöflichen Ordinariat Berlin« 1938-1945, Berlin 2007.

32 Hartmut Ludwig, An der Seite der Entrechteten und Schwachen. Zur Geschichte des »Büro Pfarrer Grüber« (1938 bis 1940) und der Evangelischen Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte nach 1945, Berlin 2009.

33 Bescheid der Reichsstelle f. d. Auswanderungswesen vom 22.3.1939, Anlage zu Schr. Pfr. Grübers an FA der Kirchenkanzlei vom 27.3.1939, Evangelisches Zentralarchiv Berlin, I/C-3/171, Bl. 224.

34 Adolf Freudenberg gab 1938 seine deutschen Konten für Hilfszwecke frei, vgl. Marlies Flesch-Thebesius, Zu den Außenseitern gestellt. Die Geschichte der Gertrud Staewen 1894-1987, Berlin 2004, S. 198-211. Auch Grüber verbrauchte sein eigenes Vermögen, vgl. Heinrich Grüber, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln 1968.

[...], und der würde ihm kein Stückel Brot geben. Aber etwas besseres [sic] wussten sie nicht.«³⁵

Abgesehen von den Quäkern nahmen sich nur wenige ausländische Hilfsorganisationen nichtjüdischer »Nichtarier« an. Es galt jenseits der Grenzen eher als Kuriosität, dass auch Christen wegen ihrer jüdischen Herkunft mitverfolgt wurden.³⁶ Selbst im Rückblick urteilte George Rublee, der Vorsitzende eines 1938 gegründeten internationalen Komitees zur Organisation der jüdischen Auswanderung aus Deutschland: »Es gab viele Menschen jüdischen Bluts, die nicht als Juden galten. Sie hießen Mischlinge und waren von der Judengesetzgebung nicht betroffen.«³⁷ Deshalb verwarf ein junger »Mischling« eine Überfahrt nach Amerika von vornherein: »In Gibraltar werden mich die Engländer von Bord holen, weil ich Deutscher und kein jüdischer Emigrant bin, denn die wissen [nicht], was ein Arier, Nichtarier oder Halbarier ist.«³⁸ Einen differenzierteren Eindruck gewann der Bischof von Chichester, George Bell,³⁹ dessen »Nichtarierfürsorge« nicht auf Juden beschränkt blieb. Initiativen Einzelner konnten aber das Fehlen eines organisatorischen Rahmens für die »Mischlingsauswanderung« nicht ausgleichen.

Aufnahmeländer

Als 1938 die nationalsozialistische Verfolgung eine neue Fluchtwelle auch bei in Mischehen lebenden Juden und bei »Mischlingen« auslöste, hatten viele Länder ihre Einwanderungsquoten drastisch beschränkt oder insgesamt gestrichen.⁴⁰

35 Gespräch mit Th. S. vom 3.10.2001.

36 Immerhin waren knapp zehn Prozent der am 17.5.1939 gezählten »Rassejuden« der Religion nach Christen. Statistisches Reichsamt, Volkszählung 17.5.1939 (wie Anm. 2), S. 6f.

37 Tonbandbericht George Rublees, ehem. Direktor des Zwischenstaatlichen Komitees der Evian-Konferenz, aufgezeichnet bei der Columbia University N.Y. Mitte der sechziger Jahre. Wiedergegeben in: Rolf Vogel (Hg.), Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München 1977, S. 229-242, hier S. 239.

38 Schmidt, *Leben an Grenzen* (wie Anm. 27), S. 82.

39 Memorandum by Bishop Bell, February 1937, »Non-Aryan Christians«, in: Chandler, *Brethren* (wie Anm. 13), S. 137f.

40 »Bericht des Hilfsausschusses für katholische Nichtarier (Abt. Auswanderung beim St. Raphaels-Verein, Max Größer)«, April 1938, in: Volk, *Akten deutscher Bischöfe*, Band IV (wie Anm. 24), S. 440-443, hier S. 440 (Nr. 447).

Mit der Begrenzung der Palästinaeinwanderung auf Juden schied für »Mischlinge« das Gebiet aus, in das immerhin ein Fünftel aller »nichtarischen« Auswanderer gelangte.⁴¹ War die teilweise nichtjüdische Herkunft hier von Nachteil, so verschaffte sie bei Einreiseversuchen in andere Länder doch keine Vorteile. Vorbehalte gegen jüdische und jüdischstämmige Einwanderung erschwerten beispielsweise Ende der dreißiger Jahre die Einreise nach Brasilien – jahrelang ein Wunschziel nichtjüdischer »Nichtarier« –,⁴² bis der Kriegsbeginn die Verkehrswege ohnehin unterbrach.⁴³ Für eine unproblematische Einreise von »Mischlingen« boten sich nach 1938 fast nur noch die Niederlande oder Großbritannien an.

Obgleich die Niederlande dauerhaft keine größeren Flüchtlingsgruppen unterbringen konnten, nahmen die Regierungen der Jahre 1933 bis 1940 Auswanderer im allgemeinen großzügig auf. Kirchen und humanitäre Initiativen betreuten legale und illegale Flüchtlinge. Noch nach Kriegsbeginn bemühte sich Pfarrer Grüber um zusätzliche »Durchwanderungsmöglichkeiten«.⁴⁴ Viele Mischehepaare hofften bis zur Weiterreise nach Übersee im Nachbarland auf Meinungs- und Religionsfreiheit und für ihre Kinder auf propagandafreien Schulunterricht in einer dem Deutschen verwandten Sprache. Um seine drei Söhne außerhalb nationalsozialistischen Einflusses zu erziehen, gab der Rechtsanwalt und Notar Hans Stein, »Mischling I. Grades«, seine Zulassung zurück und verließ am 1. Juli 1939 Berlin.⁴⁵ Da es andere ihm gleichtaten, fand die deutsche Militärverwaltung später im ehemaligen Flüchtlingslager Westerbork etliche aus Deutschland stammende »Mischlinge« vor; sie wurden am 14. Juli 1942 aus dem Lager entlassen.⁴⁶

41 Siegfried Moses, Einleitung, in: Feilchenfeld/Michaelis/Pinner (Hg.), Haavara-Transfer (wie Anm. 24), S. 8-12, hier S. 11. Zionisten fanden überdies in Schweden, England und Dänemark vorübergehend Aufnahme.

42 »Ich hatte zwar noch nie auf einem Pferd gesessen, aber ich sah mich schon hoch zu Roß mit einer Schultasche über grüne Weiden traben«. Oswald Stein, Abgebaut. Eine Familie erlebt das Dritte Reich, Frankfurt am Main 1992, S. 104 f.

43 Patrick von zur Mühlen, Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933-1945. Politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration, Bonn 1988, S. 104 f.

44 Ludwig, Büro Pfarrer Grüber (wie Anm. 32), S. 50 f.

45 Vgl. Simone Ladwig-Winters, Anwalt ohne Recht, Berlin 2007, S. 270 f.

46 Am 15.7.1942 fuhr der erste Deportationszug nach Auschwitz. Coenraad J. F. Stuldreher, Deutsche Konzentrationslager in den Niederlanden. Amersfoort, Westerbork, Herzogenbusch, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Dachauer Hefte, Bd. 5: Die vergessenen Lager, München 1989, S. 141-173, hier S. 163.

Großbritannien ließ Ausländer nur zu, wenn sie dem Staat keine Kosten aufbürdeten.⁴⁷ Als die Flüchtlingszahlen ab dem März 1938 wieder anstiegen, befragte man angebliche Studenten und Urlaubsreisende eingehend nach ihrer jüdischen Herkunft.⁴⁸ Dann aber änderte die britische Regierung auf Drängen zahlreicher Hilfsorganisationen ihre Politik und ließ in kurzer Zeit Zehntausende Verfolgte einreisen, vor allem Kinder.⁴⁹

Erfolgreiche Auswanderungen

Berühmte Künstler oder besonders begabte Forscher waren auch noch nach 1937 im Ausland willkommen.⁵⁰ Gehörten Emigranten nicht zu dieser Gruppe, so entschieden langfristige Planung, Landes- und Sprachkenntnisse, Geld und vor allem Verbindungen in das Aufnahmeland über den Auswanderungserfolg.

Beispielhaft seien Wolfgang Stresemann, Hans H. Hecht und Friedrich Reuß genannt. Alle drei wanderten noch nach dem November 1938 nach Nordamerika aus, weil sie ihr Vorhaben über Jahre hinweg betrieben hatten und wirtschaftlich gutgestellte Bürgen vor den Einwanderungsbehörden für ihren Unterhalt garantierten. Hecht, Sohn eines Göttinger Anglisten, verließ Deutschland nach der Promotion; der Dirigent Wolfgang Stresemann – Sohn des ehemaligen Außenministers – schloss sein Berliner Musikstudium ab, ehe er im Spätsommer 1939 nach New York auswanderte; in Reuß' Fall bürgte ein New Yorker Unternehmer.⁵¹

Einige Pfarrer, die »Mischlinge« waren, emigrierten mittels einem der fünfundvierzig Blankovisa, welche der bereits erwähnte Bischof von Chi-

47 Keith Laybourn, *Britain on the Breadline. A Social and Political History of Britain 1918-1939*, Gloucester 1990, S. 70 ff.

48 Richtlinien des Home Office vom 27.4.1938, zitiert nach Katharina Meyer, *Keiner will sie haben. Die Exilpolitik in England, Frankreich und den USA zwischen 1933 und 1945*, Frankfurt am Main u. a. 1997, S. 23.

49 Ludwig, Büro Pfarrer Grüber (wie Anm. 32), S. 51-53. Neben den »Transportkindern« wurden Männern und Frauen Visa als Hausangestellte erteilt, vgl. Meyer, *Keiner will sie haben* (wie Anm. 48), S. 24 f.

50 Am 14.3.1938 erklärte das Home Office die Einreise solcher Personen für »erwünscht«, Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Exil in Großbritannien*, Stuttgart 1983, S. 53.

51 Vgl. Ursula Blömer, »Im uebrigen wurde es still um mich«. Aberkennungsprozesse im nationalsozialistischen Deutschland, Oldenburg 2004, S. 162.

chester im Herbst 1938 für »nichtarische« Geistliche beschaffte.⁵² Juden hielt man zwar für gefährdeter als »Mischlinge«, doch das Büro Pfarrer Grüber vermittelte die Visa auch an stellunglose »Halbjuden«.⁵³ Während bis auf Ernst Flatow alle »volljüdischen« Pfarrer auswanderten, blieben drei der acht »Mischlinge« aus familiären Gründen zurück.⁵⁴ Verbindungen zu Glaubensgemeinschaften oder den Hilfsstellen ermöglichten auch eine Reihe zusätzlicher Einzelauswanderungen nach Großbritannien.⁵⁵

Über das Büro Pfarrer Grüber begleitete Sylvia Wolff im letzten Vorkriegsjahr nach und nach etwa sechzig jugendliche »Mischlinge« als angebliche Ferienkinder nach Schweden; jüdische Jugendliche konnte sie nicht mitnehmen, da schwedische Grenzkontrolleure Reisende mit »J«-gestempelten Pässen abwiesen.⁵⁶ 1940 verließ Sylvia Wolff selbst anlässlich einer letzten »Erkundungsreise« nach Schweden Deutschland. Pfarrer Kurt Lehmann war bereits im November 1938, unter dem Eindruck der Berichte aus Deutschland, von einer Schweizer Vortragsreise nicht zurückgekehrt.⁵⁷

Ganz ohne institutionelle Unterstützung konnten allerdings die wenigsten »Mischlinge« auswandern. Es begann mit Devisen für Fahrtkos-

52 Grüber, *Erinnerungen* (wie Anm. 34), S. 112.

53 Maßgeblich war, ob »die Auswanderung die einzige Möglichkeit zur Ausübung eines kirchlichen Dienstes darstellt«. Anfrage Freudenbergs an Gustav Oehlert betr.: Nachweis der Beschäftigungsmöglichkeiten vom 21.6.1939, in: *EvZArch* 50/124, S. 42.

54 Pfr. Grüber an OKR Hymmen, Schr. v. 26.9.1939 betr.: Max Goosmann (Adlershof), in: *EvZArch* 7/11.621; Siegfried Hermle, *Die Bischöfe und die Schicksale »nichtarischer« Christen*, in: Manfred Gailus/Hartmut Lehmann (Hg.), *Nationalprotestantische Mentalitäten in Deutschland (1870-1970)*. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes, Göttingen 2005, S. 263-306, hier S. 283.

55 Barbara Loewenberg, Mitglied der Dahlemer Bekenntnisgemeinde, fuhr 1939 als Haushaltshilfe nach England. Lieselotte Wendl, ein fünfzehnjähriges Mädchen, zeichnete Niemöllers Predigten auf. 13.10.2005 in: www.ekhn.de/inhalt/kirche/profil/geschichte/niemoeller/predigten_archiv.htm-inhalt. Bergit Braach war »Mischling 2. Grades« und selbst in der Quäker-Auswanderungshilfe tätig, ehe sie auf dringendes Anraten von Freunden nach England fuhr. Emilie Braach, *Wenn meine Briefe dich erreichen könnten*. Aufzeichnungen aus den Jahren 1939-1945, hg. und ausgew. von Bergit Forchhammer, Frankfurt am Main 1987, S. 9.

56 Vgl. Ludwig, Büro Pfarrer Grüber (wie Anm. 32), S. 54f.

57 Eberhard Weber/Friedrich Geyer, *Pfarrer Lehmann – Stein des Anstoßes*, in: *Mitteilungen der badischen Landeskirche* 5 (1984), S. 9-14.

ten oder Vorzeigebeträgen in fremder Währung, deren Besitz gewöhnlich im Inland verboten war.⁵⁸ Wohin es einen Auswanderer letztlich verschlug, hing an Zufällen und damit ebenfalls an fremder Hilfe, wie eine junge Frau 1939 nach Deutschland berichtete: »Man habe da noch mögliche Verwendung für einen Zahnarzt evangelisch-reformierter Konfession. So heißt es nun, ei, komm mit, wir gehen nach Batavia, etwas Bessres als den Tod findest du überall.«⁵⁹ Hatte aber ein Verwandter die Hürden überwunden, ermutigte sein Beispiel oft weitere »Mischlinge«. In Frankfurt verließen alle fünf Kinder der in Mischehe verheirateten Marie Speyer Deutschland, von den fünf Kindern ihres Bruders Otto Hirschberg wanderten beide Söhne und eine Tochter aus.⁶⁰

Wie erwähnt, gelangten einige »Mischlinge« im letzten Vorkriegsjahr mit den Kindertransporten nach England, Nordamerika oder Holland. Als die britische Regierung 1938 zehntausend unbegleiteten Kindern die Einreise gestattete,⁶¹ sollten die jüdischen Kultusgemeinden ein Fünftel der Plätze christlichen Hilfsstellen zuteilen. Bis März 1939 meldeten verzweifelte, hoffnungslose Eltern bei dem Büro Pfarrer Grüber unter 469 Kindern 356 »Mischlinge 1. Grades« an.⁶² Einige wenige dieser Kinder erreichten Großbritannien. Bis Ende Januar 1939 nahmen allerdings kaum nichtjüdische Kinder an den Kindertransporten teil,⁶³ und auch später handelte es sich bei den meisten christlichen oder religionslosen Transportkindern im Sinne der Nürnberger Gesetze um »Juden«.⁶⁴ Dass überhaupt jüdische »Mischlinge« in Kindertransporte einbezogen wurden, verdankten diese mittelbar dem Umstand, dass das englische »Refu-

58 Bajohr, »Arisierung« (wie Anm. 23), S. 190.

59 Marianne S. (Amsterdam) an E. K. vom 23.3.1939, Kopie im Privatbesitz d. Verf.

60 Braach, Briefe (wie Anm. 55), S. 12, S. 147.

61 Meyer, Keiner will sie haben (wie Anm. 48), S. 22.

62 Christiane Berth, Die Kindertransporte nach Großbritannien 1938/39. Exilerfahrungen im Spiegel lebensgeschichtlicher Interviews, München u. a. 2005, S. 48 f.

63 Bis zum Kriegsausbruch erreichten 9.354 Transportkinder Großbritannien, vgl. Göpfert, Kindertransport (wie Anm. 26), S. 96 f. Insgesamt nahmen zwischen 1.000 und 1.100 nichtjüdische Kinder teil; Ludwig, Büro Pfarrer Grüber (wie Anm. 32), S. 48, S. 50.

64 § 5 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 bestimmte, dass unter anderem »Halbjuden«, die sich zur jüdischen Religion bekannten, den Juden gleichgestellt werden sollten, RGBl. I 1935, S. 1333 f. Da die innere Verwaltung dies schon bei geringen Indizien annahm – Näheres bei Meyer, »Jüdische Mischlinge« (wie Anm. 2), S. 101 f. –, wurden sogar christlich getaufte Kinder aus Mischehen als »Geltungsjuden« eingestuft; Leichsenring, Hilfswerk (wie Anm. 31), S. 130, Anm. 256.

gee Child Movement« zunehmend Kinder in Pflegefamilien unterbringen musste. Anfangs verschickten die jüdischen Kultusgemeinden nämlich vorwiegend Knaben ab 14 Jahren, für die sich kaum Pflegeeltern fanden. Im Februar 1939 saßen daher Hunderte dieser Halbwüchsigen in englischen Auffanglagern fest.⁶⁵ Daraufhin ließen sich die englischen Koordinatoren vorab »Sponsoren« nachweisen, die gegenüber dem britischen Innenministerium für den Lebensunterhalt des Transportkinds bürgten. Nun wurden zunehmend Mädchen, jüngere Kinder und christliche Kinder für Kindertransporte ausgewählt.⁶⁶ Manche Eltern ließen ihre Kinder jetzt in der Hoffnung auf einen Auswanderungsplatz taufen,⁶⁷ denn englische Pflegeeltern waren meist Christen, sie wünschten möglichst kleine Kinder und sie zogen Mädchen vor.⁶⁸ Die Kindertransportverschickung von »Mischlingen« blieb aber schwierig und hing an Glück und individueller Hilfsbereitschaft. Beispielsweise trieb eine über achtzigjährige Tante einer ehemaligen Kollegin des Vaters in Cambridge von Haus zu Haus Spenden ein und verhalf so Oswald Stein und den drei kleinen Kindern einer Frankfurter Witwe, die in Mischehe gelebt hatte, nach Großbritannien.⁶⁹ Trotz Pflegestelle konnte ein Vorhaben daran scheitern, dass die notwendigen Dokumente nicht rechtzeitig erteilt wurden.⁷⁰ Außerdem unterstellten die Hilfsstellen, nichtjüdische Väter könnten und würden ihre »Mischlingskinder« in Deutschland unterhalten. Erst wenn die Mütter das Gegenteil nachwiesen, vergaben die Hilfsstellen einen Ausreisepplatz.⁷¹ Letztlich wanderten also diejenigen

65 Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe* (wie Anm. 23), S. 118; Göpfert, *Kindertransport* (wie Anm. 26), S. 91.

66 Dennoch gelangten insgesamt mit Kindertransporten mehr Knaben als Mädchen nach Großbritannien, Göpfert, *Kindertransport* (wie Anm. 26), S. 97.

67 Ruth L. Barnett, *Angels nesting in the Mind*, in: Kim Etherington (ed.), *Trauma, the Body and Transformation. A narrative Inquiry*, London 2003, S. 52-64; Vera Gissing, *Pearls of Childhood*, London 1988.

68 Göpfert, *Kindertransport* (wie Anm. 26), S. 107.

69 Stein, *Abgebaut* (wie Anm. 42), S. 108f.

70 Leichsenring, *Hilfswerk* (wie Anm. 31), S. 133. »Mischlinge 2. Grades« wurden anscheinend generell abgelehnt.

71 Die promovierte Franziska Willer, Danziger Staatsangehörige, kämpfte ab Dezember 1938 für die Ausreise ihrer Söhne, denen der geschiedene Vater keinen Unterhalt zahlte und nach Kräften schadete. Erst am 13.8.1939 erreichten Mutter und Kinder England; Landeskirchliches Archiv Nürnberg (Hg.), *Wo ist dein Bruder Abel? 50 Jahre Novemberpogrom. Christen und Juden in Bayern in unserem Jahrhundert*, Nürnberg 1988, S. 170-172.

»Mischlinge I. Grades« aus, deren Eltern oder Hilfsstellenmitarbeiter ihre Verschickung mit besonderem Nachdruck betrieben.⁷²

Gescheiterte Auswanderungsprojekte

In ihrer unsicheren Lage zwischen »Ariern« und Juden erwogen die meisten erwachsenen »Mischlinge« wohl die Möglichkeit, Deutschland zu verlassen, hielten sich aber mit konkreten Vorbereitungen eher zurück, wie beispielsweise ein bayerischer Vikar: »Ich stehe nun schon seit über 4 Monaten in vorderster Linie im Vorfeld und dachte – als Gefreiter der deutschen Wehrmacht auch von Ferne nicht an eine ›Auswanderung‹. [...] Es ist dies [...] nicht mein Wille, sondern nur die alleräußerste Ausflucht.«⁷³ Hieraus wird deutlich, dass sich der Geistliche sehr wohl mit Auswanderungsgedanken befasst hatte, deren Umsetzung (abgesehen davon, dass Wehrmachtsangehörige – siehe unten – nicht ausreisen durften) aber für den Fall aufschob, dass sich die Verhältnisse weiter verschlechterten.

Anders als die Überlegungen des Vikars sind die meisten der schon im Planungsstadium gescheiterten Versuche nirgends aktenkundig. Den Erinnerungen Betroffener lassen sich jedoch die wesentlichen Hindernisse entnehmen, die Werner Schmidt als Konglomerat wie folgt umriss: »Auswandern ohne Verbindungen, ohne Geld, meine Muttersprache nicht mehr hören und nicht mehr sprechen können, in diesem Land meine Familie zurücklassen?«⁷⁴

Werner Schmidt gehörte zu den jungen, perspektivlosen Männern unter den »Mischlingen«, die besonders häufig Deutschland verlassen wollten. Da sie im Gegensatz zu Juden der Wehrpflicht unterlagen, benötig-

72 Brigitte Schatzky wurde über Breslau im Juli 1939 vermittelt. Hannelore Erhart, Der Einsatz von Katharina Staritz für Menschen jüdischer Herkunft im Kontext der schlesischen Vertrauensstelle des »Büro Pfarrer Grüber«, in: Jana Leichsenring (Hg.), Frauen und Widerstand, Berlin u. a. 2003, S. 55-73, hier S. 40. Ein Auswanderungsberater des Büros Pfarrer Grüber schickte seinen dreizehnjährigen evangelischen Sohn Anfang 1939 nach England. Jani Pietsch, »Ich besaß einen Garten in Schöneiche bei Berlin«. Das verwaltete Verschwinden jüdischer Nachbarn und ihre verwaltete Rückkehr, Frankfurt am Main 2006, S. 139.

73 Schr. Wolfdietrich Schröters an den Landeskirchenrat in Bayern vom 10.3.1940, zitiert nach Axel Töllner, Eine Frage der Rasse? Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, der Arierparagraf und die bayerischen Pfarrerrfamilien mit jüdischen Vorfahren im Dritten Reich, Stuttgart 2007, S. 390.

74 Schmidt, Leben an Grenzen (wie Anm. 27), S. 57.

ten sie zur Ausreise zusätzlich eine »Unbedenklichkeitsbestätigung« der Wehrerfassungsämter. »Ja, wir könnten Sie nach Australien vermitteln, aber es gibt da eine Schwierigkeit: das Oberkommando des Heeres läßt Sie nicht raus«, wurde einem »Mischling I. Grades« im Frühjahr 1939 beschieden.⁷⁵ Einem Berliner Abiturienten erschien dieses Ausreiseverbot als Vorzeichen weiterer Beschränkungen. Er drängte Ostern 1939 die Mutter und die jüngeren Schwestern zur sofortigen Abreise nach Amsterdam, »dann sind sie wenigstens den deutschen Staat los, aber ich selbst komme schon zurecht.«⁷⁶ Ältere oder untauglich gemusterte Männer wurden häufiger freigegeben, doch das zusätzliche monatelange Genehmigungsverfahren verzögerte die Passerteilung um entscheidende Monate.⁷⁷ »Nachdem Paul Büttner für mich bürgte, erhielt ich ziemlich schnell ein immigration permit (Einreiseerlaubnis) für Australien, und es war alles geregelt inklusive Schiffspassage September 1939 ab Genua«, erinnerte sich Erhard Bernheim, dessen Emigration dann – wie die vieler anderer – am Kriegsbeginn scheiterte.⁷⁸ Als die »Mischlinge I. Grades« aus der Wehrmacht ab 1940 durch Erlass Hitlers wegen ihrer Herkunft aus der Armee entlassen wurden, war es zur Auswanderung in der Regel zu spät.⁷⁹

Viele Männer– und fast alle Frauen – klammerten sich lange an die Vorstellung, irgendwie in Deutschland weiterleben zu können.⁸⁰ Gerade für die 1933 noch Heranwachsenden war die zuvor unerhebliche Herkunft zum stigmatisierenden Teil des Selbstbildes verwachsen und ließ kaum mehr als Anpassung und Wohlverhalten zu.⁸¹ Nach Jahren »rassischer« Diskriminierung befürchteten manche jenseits der Grenzen er-

75 Der Ausreisewillige hatte zuvor mehrere Jahre vergeblich Arbeit gesucht. Zitiert nach Oberlaender, *Christliche Nichtarier* (wie Anm. 11), S. 156.

76 Gespräch mit Th. S. vom 3.10.2001.

77 Pfarramtsanwärter Arthur Schaller blieb deshalb trotz erteilten US-Visums in Deutschland. Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, *Juden – Christen – Deutsche 1941-1945*, Band 4/II: Vernichtet, Stuttgart 2007, S. 434.

78 Gernot Römer (Hg.), »Halbjude« im Dritten Reich. Die Erinnerungen des Augsburgers Fabrikanten Erhard Bernheim, Augsburg 2000, S. 25.

79 Beispielsweise leisteten Wolfgang Schweitzer (vgl. ders., *Dunkle Schatten helles Licht. Rückblick auf ein schwieriges Jahrhundert*, Stuttgart 1999, S. 11-109) und Bruno Benfey jr. ihren Wehrdienst, als ihre Familien ausreisten. Beide mussten in den ersten Kriegsfeldzügen kämpfen und wurden 1940 entlassen. Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder: *Juden – Christen – Deutsche*, Band 3/II: 1938-1941. Ausgestoßen, Stuttgart 1995, S. 263.

80 Vgl. die Aussagen bei Oberlaender, *Christliche Nichtarier* (wie Anm. 11), S. 217.

81 Meyer, »Jüdische Mischlinge« (wie Anm. 2), S. 356f.; Oberlaender, *Christliche »Nichtarier«* (wie Anm. 11), S. 34.

neuten Gruppenhass. »Was nun, wenn es Krieg gibt, und sie dort mit Steinen nach dir werfen, weil du eine Deutsche bist?«, sorgte sich Bergit Braachs Vater im August 1939, als seine Tochter nach England reiste.⁸² Ohne Vermögen und ohne Auslandsbeziehungen, so schien es vielen, waren ohnehin Ausreiseversuche zum Scheitern verdammt. »Wir [...] haben nichts. Wie sollen wir hierbleiben, wenn wir weder Geld noch sonst was haben?«, wies eine Abiturientin den Wunsch ihrer verwitweten Mutter zurück, von einer gemeinsamen Auslandsreise nicht mehr nach Deutschland zurückkehren zu müssen.⁸³ Auch sie fanden sich mit den Einschränkungen ab und hofften, dass die Zukunft keine Verschlechterungen bringen würde.

Nicht an letzter Stelle standen pragmatische, wirtschaftliche Erwägungen. Bei Erwachsenen im mittleren Alter handelte es sich überwiegend um entlassene Beamte, Freiberufler und kaufmännische Angestellte, die auf ausländischen Arbeitsmärkten chancenlos und deshalb unerwünscht waren.⁸⁴ Die christlichen Hilfsorganisationen konnten jedoch keine Abhilfe schaffen und etwa Umschulungen organisieren, die an den Bedürfnissen möglicher Aufnahmeländer ausgerichtet waren.⁸⁵ Nach dem November 1938 stellten die Hilfsstellen im Gegenteil eher Mischehen und deren Kinder zurück, wenn die von Arisierungen und Entlassungen weniger betroffenen »Mischlinge« den jüdischen Elternteil miternährten.⁸⁶

82 Braach, Briefe (wie Anm. 55), S. 9.

83 Gespräch mit B. J. (damals 18 Jahre alt) vom 9.12.2009.

84 »Prima facie unsuitable will be a) small shop-keepers, detail traders, artisans [...], b) Agents and middlemen, whose livelihood depends on [...] trade activity, c) Minor musicians and commercial artists [...], d) [...] professional men – lawyers, doctors, dentists«, lauteten die Richtlinien des Home Office für Visaerteilung vom 27.4.1938, zitiert nach Meyer, Keiner will sie haben (wie Anm. 48), S. 23.

85 Weder der RNC noch die katholische Kirche durften landwirtschaftliche Lehrgüter einrichten, vgl. Vuletić, Christen jüdischer Herkunft (wie Anm. 15), S. 200; siehe auch Bericht des Hilfsausschusses für katholische Nichtarier (Abt. Auswanderung beim St. Raphaels-Verein, Max Größer), April 1938 bei Volk, Akten deutscher Bischöfe Band IV (wie Anm. 24), S. 440-443, hier S. 442 (Nr. 447).

86 St. Raphaelsverein an Hilfswerk b. Bischöflichen Ordinariat Berlin (HBOB) (Engelhardt) vom 6.10.1940, zitiert nach Pietsch, Garten in Schöneiche (wie Anm. 72), S. 155 f. Bei »Mischlingsauswanderungen« erstattete die Reichsvereinigung der Juden die Hälfte der Kosten. Zwischen dem 1.4.1939 und dem 31.12.1939 entfielen auf 74 der über das HBOB verzeichneten Ausreisen sechs hälftige Erstattungen, 1940 und 1941 waren es bei noch 59 Ausreisefällen sieben hälftige Erstattungen; Leichsenring, Hilfswerk (wie Anm. 31), S. 125, S. 151 ff.

Versuche, »Mischlinge« alternativ und außerhalb der für Juden zur Verfügung gestellten Kontingente zu vermitteln, sucht man vergebens.

Viele »Mischlinge« blieben letztlich wegen ihrer Angehörigen in Deutschland zurück, denn Ältere oder Kranke galten schlechthin als auswanderungsungeeignet. Sie konnten nicht mehr körperlich arbeiten und waren auf staatliche Wohlfahrtsleistungen angewiesen, da sie ihre Ersparnisse – oder das, was nach staatlicher Plünderung durch Steuern, Abgaben und »Sühneleistung« davon übriggeblieben war – nach den verschärften Bestimmungen fast vollständig in Deutschland zurücklassen mussten. Bei Verstößen drohten hohe Strafen.⁸⁷ Der so genannte Schacht-Rublee-Plan von 1939 ging deshalb von 200.000 älteren oder behinderten Menschen aus, die kein Zielland aufnahm.⁸⁸ In der älteren Generation gab es zwar eher wenige »Mischlinge«,⁸⁹ die Jüngeren trugen aber häufig die Verantwortung für einen der vielen aus Alters- oder Gesundheitsgründen nicht emigrationsfähigen Juden. Aus Sorge, den verwitweten Vater nicht aus dem eigenen Einkommen ernähren zu können, verzichtete beispielsweise ein schlesischer Elektriker 1938 auf sein eigenes Visum. »Was hätt' ich mit meinem Vater machen sollen? Ein alter invalider Mann irgendwo im Urwald? Daheim hat er doch sein Haus gehabt, und seine Pension.«⁹⁰ Nicht nur für ihn symbolisierte ein greifbares, festgegründetes Eigenheim zugleich Schutz und Status. »Und wir hatten immerhin das Haus hier, das war da«, erinnert sich eine damals neunzehnjährige Berliner »Halbjüdin« an fruchtlose Auswanderungsgedanken.⁹¹

Fazit

Betrachtet man die vielen Gründe in ihrer Gesamtheit, die einer Auswanderung der »jüdischen Mischlinge« entgegenstanden, so wird deutlich, dass die niedrige Auswanderungsrate dieser Gruppe nicht allein auf einer Verwurzelung in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft beruhte. Nur wenige »Mischlinge« verwarfen den Gedanken an Auswanderung aus Heimattreue; sie erlitten meist genügend Nachteile, Diskriminierung

87 Vgl. Bajohr, »Arisierung« (wie Anm. 23), S. 156, vgl. auch Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe (wie Anm. 23), S. 157 f.

88 Fritz Kieffer, Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik, Göttingen 2002, S. 256, S. 405 f.

89 Meyer, »Jüdische Mischlinge« (wie Anm. 2), S. 163.

90 Mündliche Auskunft W. M. vom 27.12.2004.

91 Gespräch mit B. J. vom 9.12.2009.

und Ausgrenzung, um über Alternativen nachzudenken. Allerdings blieben die strukturellen Voraussetzungen für ihre Emigration weit hinter den für Juden eröffneten Möglichkeiten zurück. Zionistische Siedler wie auch orthodoxe Familien konnten ihre Auswanderung in einen jüdischen Kontext einbetten, »Mischlinge« dagegen hatten sich zuvor nie als Gruppe wahrgenommen und verfügten über keinerlei Tradition wechselseitiger Hilfe; sie wurden erstmals durch die Nationalsozialisten definiert, und zwar als zukunftslose, nirgendwo zugehörige Zwitterwesen.⁹² »Mischlinge« waren auf sich selbst verwiesen, denn die durch jüdische Hilfsorganisationen – teils lange vor der NS-Zeit – erschlossenen und 1938 ausgeweiteten Auswanderungswege blieben ihnen weitgehend verwehrt. Ein arbeitsloser Familienvater listete nach wochenlangen Erkundigungen Ende 1938 die geschlossenen Grenzen, die kleinlichen Ein- und Ausreisebedingungen als Fortschreibung seiner gesellschaftlichen Isolation auf: »Für Palästina zu arisch, für Kanada zu arm. Für Australien zu alt, für Amerika zu krank, für Argentinien zu nichtarisch, für Brasilien zu evangelisch«.⁹³

Hinzu kam, dass zwischen 1938 und 1940, in der Periode der jüdischen Massenflucht aus Deutschland, die Verfolgung der »Mischlinge« in den Hintergrund trat. Viele Betroffene nutzten daher ihre vergleichsweise größere Bewegungs- und Handlungsfreiheit, um Emigrationsmöglichkeiten für jüdische Angehörige zu finden.⁹⁴ Waren diese ausgereist, so fiel nicht wenigen »Mischlingen« die Aufgabe zu, stellvertretend Ansprüche und Rechte an Familienvermögen in Deutschland aufrechtzuerhalten.⁹⁵ In der Regel realisierten weder jüdische Angehörige noch die Zurückbleibenden, in welcher Unsicherheit sich auch nichtjüdische Rasseverfolgte bewegten. Selbst Pfarrer Grübers Geschäftsführer Werner Sylten, bei dem über einen relativ langen Zeitraum viele Informationen

92 Vgl. Bernhard Lösener/Friedrich A. Knost, Die Nürnberger Gesetze über das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre nebst den Durchführungsverordnungen, dem Ehegesundheitsgesetz und sämtlichen einschlägigen Bestimmungen, 2. Aufl., Berlin 1937, S. 22.

93 Zitiert aus der Erinnerung der Tochter R. S., Gespräch vom 14.7.2004.

94 So suchte seit 1938 Max Goosmann vergebens Auswanderungsmöglichkeiten für seinen Vater Max Flatau, dessen zweite Ehefrau Elsa und seine Tante Selma Flatau; Röhm/Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche (wie Anm. 77), S. 219 f.

95 Die »Mischlinge« Heinz Ullstein und Erich Gloeden (Miterbe der Bronzegießerei Loewy) blieben auch nach der »Arisierung« der Familienbetriebe und der Auswanderung fast aller Angehöriger in Berlin.

zusammenliefen, hielt sich selbst für minder gefährdet.⁹⁶ Als den »Mischlingen« ihre Bedrohung ab 1940 wieder stärker deutlich wurde, hatten die Verfolger aber ihre Massenvertreibungspolitik aufgegeben und planten stattdessen »Judenreservate« unter deutscher Herrschaft.⁹⁷

96 Sylten wurde im Februar 1941 verhaftet, nach Dachau überstellt und im August 1942 in Hartheim ermordet. Vgl. Bruno Köhler, Gotha, Berlin, Dachau. Werner Sylten. Stationen seines Widerstandes im Dritten Reich, Stuttgart 1980, S. 53.

97 RMdI (i.V. Stuckart), Schnellbrief betr.: X. VO zum Reichsbürgergesetz vom Dez. 1940 – Vertraulich! BArch, 43 II/136a, 47-51/49.

JANA LEICHSENRING

Die Auswanderungsunterstützung für katholische »Nichtarier« und die Grenzen der Hilfe

Der St. Raphaelsverein in den Jahren 1938 bis 1941

Nach der Machtergreifung erließen die Nationalsozialisten Gesetze und Verordnungen, auf deren Grundlage neben den Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft auch jene Menschen verfolgt wurden, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern konvertiert waren. Ungeachtet ihrer Konfessionszugehörigkeit unterlagen diese Personen der gleichen Ausgrenzung und Diffamierung wie die Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft – ein Prozess, der sich zunehmend radikalisierte und für viele den Tod bedeutete. Als Angehöriger der jüdischen Religionsgemeinschaft konnte man sich an jüdische (Zwangs)-Institutionen wenden und dort um Unterstützung in der Bewältigung des Alltags, bei der Organisation oder gar Finanzierung der Auswanderung bitten. Wer nicht Jude war und auch keiner anderen Konfession angehörte, konnte hoffen, von der »Society of friends« – der »Religiösen Gesellschaft der Freunde«, auch Quäker genannt – unterstützt zu werden. Evangelische Christen »nichtarischer« Herkunft richteten ihre Hoffnungen auf das Ende 1938 eingerichtete »Büro Pfarrer Grüber«, benannt nach dem Pfarrer der Bekennenden Kirche in Berlin-Kaulsdorf, Heinrich Grüber. »Nichtarische« Katholiken befanden sich im Vergleich zu Konfessionslosen »nichtarischer« Herkunft und »nichtarischen« protestantischen Christen in einer relativ privilegierten Situation, weil sie sich an verschiedene Institutionen ihrer Kirche wenden konnten. Das Unterstützungsangebot reichte von Hilfe zum Überleben bis hin zur Hilfe bei der Organisation der Ausreise. Für Katholiken, die Deutschland verlassen wollten oder mussten, war in erster Linie der St. Raphaelsverein zuständig. Wie sich das Hilfsangebot dieser Institution der katholischen Kirche nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten veränderte, wie es von verfolgten Katholiken nachgefragt wurde, in welchen Fällen Hilfe gewährt wurde und wie diese letztlich aussah, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Veränderten sich die Strukturen des Vereins in Reaktion auf die Verfolgungsmaßnahmen? Welcher Personenkreis bat um Hilfe, und wie viele Personen setz-

ten ihre Hoffnungen auf die Kirche? Welche Kriterien mussten erfüllt sein, damit man überhaupt in den Genuss dieser Hilfe gelangen konnte? Wie arbeitete der St. Raphaelsverein mit anderen Einrichtungen zusammen? Wie erfolgreich war letztlich die Hilfe?

Eine Hilfsorganisation für katholische »Nichtartier«

Der »St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer«¹ war 1871 auf dem Katholikentag in Mainz gegründet worden. Zu seinen Aufgaben gehörten die Auswanderungsberatung, Hilfe bei Behördengängen, Zusammenstellung der Dokumente für die Auswanderung sowie die seelsorgerische Betreuung. Frühzeitig wurde der St. Raphaelsverein in die hierarchischen Strukturen der katholischen Kirche eingegliedert. Nach dem Tod des Gründers, des Limburger Kaufmanns Peter Paul Cahensly, übernahm der damalige Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Lorenz Werthmann, auch die Präsidentschaft des St. Raphaelsvereins. Dieser erhielt dadurch den Status eines dem Deutschen Caritasverband angeschlossenen Fachverbandes.² Im November 1921 wurde der Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning Werthmanns Nachfolger. Möglicherweise war es Berning, der dafür plädierte, die Hauptgeschäftsstelle – das Generalsekretariat – von Freiburg im Breisgau, dem Hauptsitz des Deutschen Caritasverbandes, nach Hamburg zu verlegen.³ Hamburg galt als das deutsche Tor zur Welt und war Startpunkt für die Reise vieler Auswanderer nach Übersee. Hamburg gehörte aber auch zum Bistum Osnabrück und somit zu Bernings Diözese.

Das Generalsekretariat des St. Raphaelsvereins leitete seit 1920 Georg Timpe, ein Mitglied der »Pia Societas Missionum« (PSM), der Pallottiner, die sich besonders in der inneren und äußeren Mission engagierten. Timpe wurde von der Priestergenossenschaft für die Arbeit im St. Raphaelsverein freigestellt.⁴ Timpe war es auch gewesen, der 1921 Berning gebe-

1 Lutz-Eugen Reutter, Die Hilfstätigkeit katholischer Organisationen und kirchlicher Stellen für die im nationalsozialistischen Deutschland Verfolgten, Diss. phil. Hamburg 1969, S. 24 ff.

2 Lutz-Eugen Reutter, Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich. Die Betreuung von Auswanderern durch den St. Raphaels-Verein, Recklinghausen-Hamburg 1971, S. 46.

3 Ebd.

4 Als Pia Societas Missionum oder Pallottiner bezeichnete sich bis 1947 die von Vincenzo Pallotti gegründete Priestergenossenschaft ohne Gelübde für innere und äußere Mission; Bezeichnung seit 1948: Societas Apostolatus Catholici/Gesell-

ten hatte, die Präsidentschaft zu übernehmen.⁵ 1930 folgte im Amt des Generalsekretärs auf Timpe ein weiterer Pallottiner. Max Größer, geboren 1887, wurde von anderen Pallottinern misstrauisch beobachtet, weil er im Ruf stand, sich zu sehr dem weltlichen Leben zuzuwenden.⁶ Seit 1921 hatte er Erfahrungen beim Aufbau und in der Leitung des Katholischen Auslandssekretariats (KAS) gesammelt, das 1927 nach Berlin verlegt und dem Reichskirchenausschuss angeschlossen wurde.⁷ Größer verfügte zudem über gute Kontakte in der Reichshauptstadt, z. B. zum Agrarspezialisten der NSDAP, Richard Walther Darré, der auch Präsident der 1931 unter maßgeblicher Mitwirkung des St. Raphaelsvereins gegründeten Gesellschaft für Siedlung im Ausland war.⁸

Ein großer Teil der im Jahr 1933 existierenden 70 Nebenstellen des St. Raphaelsvereins und natürlich das Generalsekretariat galten als amtlich anerkannte gemeinnützige Auswanderungsberatungsstellen, die der 1924 errichteten Reichsstelle für das Auswanderungswesen des Reichsministeriums des Innern unterstanden.⁹

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde der St. Raphaelsverein in zunehmendem Maße zur Anlaufstelle für Personen, die aufgrund der politischen und rassistischen Verfolgung Deutschland möglichst schnell verlassen wollten. Durch deren Betreuung sah sich der Verein jedoch mit einer Reihe neuer Probleme konfrontiert, weshalb eine eigene Unterabteilung ausgegründet wurde – das »Sonderhilfswerk«.

schaft vom Katholischen Apostolat. Vgl. Antonia Leugers, Eine geistliche Unternehmensgeschichte. Die Limburger Pallottiner-Provinz 1892-1932, St. Ottilien 2004, S. 361 f.

- 5 Klemens-August Recker, »Wem wollt ihr glauben?« Bischof Berning im Dritten Reich, Paderborn 1998, S. 21 f.
- 6 Leugers, Geistliche Unternehmensgeschichte (wie Anm. 4), S. 163 f. Größer wurden Kontakte zu Frauen nachgesagt, die über das ihm als Priester erlaubte Maß hinausgingen. Auch liebte er »das nächtliche Ausgehen und das Ausgehen in Zivil«; zu den biographischen Daten vgl. Hannelore Erhart/Ilse Meseberg-Haubold/Dietgard Meyer, Katharina Staritz 1903-1953. Dokumentation, Bd. 1: 1903-1942. Mit einem Exkurs zu Elisabeth Schmitz, Neukirchen-Vluyn 1999, S. 517.
- 7 Reutter, Katholische Kirche (wie Anm. 2), S. 47; vgl. zu den Vorgängen Antonia Leugers, Interessenpolitik und Solidarität. 100 Jahre Superiorenkonferenz – Vereinigung Deutscher Ordensoberen, Frankfurt am Main 1999, S. 191 und S. 199; Erwin Gatz, Auslandsseelsorge, in: ders. (Hg.), Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem 18. Jahrhundert, Bd. II: Kirche und Muttersprache, Freiburg-Basel-Wien 1992, S. 49-128, hier S. 100.
- 8 Vgl. Reutter, Hilfstätigkeit (wie Anm. 1), S. 85.
- 9 Verordnung über die Reichsstelle für das Auswanderungswesen, 29.3.1924, in: RGBl. I, S. 395; Reutter, Hilfstätigkeit (wie Anm. 1), S. 83.

Welche Motive für diese Gründung letztlich ausschlaggebend waren, lässt sich nicht mehr feststellen; offenbar aber war es Berning, der sich gegen andere Vorstandsmitglieder des St. Raphaelsvereins durchsetzte.¹⁰ Möglicherweise ging es bei der Schaffung des separaten Sonderhilfswerks auch um eine Distanzierung von den Verfolgten. Für eine solche Interpretation spricht, dass die katholischen »Nichtarier« den Rat erhielten, sich »unter den augenblicklichen Verhältnissen vorerst [...] als Angehörige eines Gastvolkes zu fühlen und die Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen, die gesetzlich allen Bedürftigen dargeboten werden.«¹¹ Dem Vertrauensmann des St. Raphaelsvereins in Hamburg ging die Ausgründung des Sonderhilfswerkes nicht weit genug, und er plädierte dafür, die Unterstützung für Katholiken, die aus rassistischen Gründen verfolgt wurden, im Rahmen des St. Raphaelsvereins völlig einzustellen und stattdessen lieber eine von diesem völlig getrennte Einrichtung zu schaffen.¹² Auch wenn sich diese Vorstellungen letztlich nicht durchsetzten, wurde das Sonderhilfswerk doch soweit aus der herkömmlichen Arbeit des St. Raphaelsvereins ausgegliedert, dass es eine eigene Buchhaltung und eine eigene Verwaltung erhielt. Dem Mitarbeiterstab gehörten Josefine Piendl, Größers Sekretärin seit 1928, zeitweilig ihre Schwester Luise Piendl und der ebenfalls seit 1928 im Hamburger Generalsekretariat des St. Raphaelsvereins tätige Pallottinerpater Wilhelm Nathem an.

Berning bemühte sich, Konflikte mit dem NS-Staat frühzeitig zu vermeiden und holte daher zuvor das Einverständnis der Regierung für die Arbeit des Sonderhilfswerks ein.¹³ Dem gleichen Zweck dienten auch die im Juni 1934 verabschiedeten Arbeitsrichtlinien,¹⁴ in denen »Zurückhaltung gegenüber Persönlichkeiten im Auslande« gefordert wurde, »die etwa in den Begriff der ›Emigranten‹ hineinfallen könnten«. Auch sollte sichergestellt werden, dass in der Unterstützungsarbeit »nur wertvolle katholische Persönlichkeiten berücksichtigt« wurden, »die in keiner Weise ihre staatsbürgerlichen Pflichten« verletzt hatten.¹⁵

Der St. Raphaelsvereins erhielt sowohl vom Reichsinnenministerium als auch vom Auswärtigen Amt Zuschüsse. Doch wie würde sich der

10 Recker, Berning (wie Anm. 5), S. 326.

11 Kölner Aktenstücke, Nr. 17, S. 16, zitiert nach Recker, Berning (wie Anm. 5), S. 327.

12 Johann Friedrich, Meine Erinnerungen an den St. Raphaelsverein, Bremen 1950, S. 38 f.; Reutter, Katholische Kirche (wie Anm. 2), S. 50 f.

13 Recker, Berning (wie Anm. 5), S. 326 f.

14 Reutter, Katholische Kirche (wie Anm. 2), S. 59, Vorstandssitzung des St. Raphaelsvereins vom 15.6.1934.

15 Ebd.

Staat verhalten, wenn sich der Verein für aus rassistischen Gründen Verfolgte einsetzte? Mit Beunruhigung registrierten die Verantwortlichen, dass die jährlichen Zuschüsse des Reichsinnenministeriums, die für das Jahr 1935 noch 7.000 RM betragen hatten, 1936 um 1.900 RM gekürzt wurden, diejenigen des Auswärtigen Amtes um 1.000 RM.¹⁶ Während also für die Auswanderungsunterstützung weniger Geld als bisher bewilligt wurde, billigte das Außenministerium gleichzeitig 4.000 RM für »Seelsorgezwecke« zu.¹⁷ Das konnte als Indiz dafür gewertet werden, dass der Staat die Kirche auf ihre »genuine« Aufgabe, die Seelsorge, beschränken wollte.

Im Verlaufe des Jahres 1938 übte der NS-Staat wachsenden Druck auf katholische Institutionen aus, die auch rassistisch Verfolgten Unterstützung anboten. Gleichzeitig aber nahm die Zahl der Verfolgten zu, die sich an den St. Raphaelsverein wandten. Anfang April 1938 fand – erstmalig – eine Betriebsprüfung im St. Raphaelsverein Hamburg statt, die ergab, dass der Verein »Nicht-Arier« finanziell unterstütze. Der Prüfer stellte die Frage, ob dies »dem Wohl der Deutschen Volksgemeinschaft« diene und bezweifelte die Gemeinnützigkeit des Vereins.¹⁸

Auch wenn aus der Betriebsprüfung vorerst keine unmittelbaren Beeinträchtigungen der Arbeit des St. Raphaelsvereins folgten, so stellte doch die Deutsche Bischofskonferenz gemeinsam mit der Führung des Deutschen Caritasverbandes während der Sommermonate 1938 Überlegungen an, wie die Hilfen für katholische »Nichtarier« der staatlichen Aufmerksamkeit entzogen und gleichzeitig die Verfolgten besser erreicht werden könnten. Am 24. August 1938 wurde daraufhin das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin« gegründet, eine dem St. Raphaelsverein zuarbeitende Institution, die zudem an jenem Ort eingerichtet wurde, an dem die meisten von rassistischer Verfolgung betroffenen Katholiken lebten.¹⁹ Das Hilfswerk beriet nicht nur Auswanderer, sondern fungierte auch als Caritas-Beratungsstelle und war somit doppelt in das institutionelle Gefüge der katholischen Kirche eingebunden.

16 Reutter, *Hilfstätigkeit* (wie Anm. 1), S. 84; vgl. ders., *Katholische Kirche* (wie Anm. 2), S. 56. Ein Facharbeiter verdiente durchschnittlich RM 1.900, ein mittlerer Angestellter zwischen RM 2.600 und RM 3.900 im Jahr; vgl. Lothar Gall, *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*, München 2004, S. 44 ff.

17 Reutter, *Katholische Kirche* (wie Anm. 2), S. 56.

18 Bericht des Betriebsprüfers über die Betriebsprüfung des Finanzamtes für Körperschaften, Hamburg, beim St. Raphaelsverein, 7.4.1938, zitiert nach Reutter, *Hilfstätigkeit* (wie Anm. 1), S. 96.

19 Vgl. hierzu ausführlich Jana Leichsenring, *Die Katholische Kirche und »ihre Juden«*. Das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin« 1938-1945, Berlin 2007, S. 77 ff.

Tabelle:
Auswanderungsziele und Zahl der 1939 bis 1941
vom Hilfswerk betreuten Auswanderer

Auswander- Ungsziel	1939/40 sind ausgewandert nach	1940/41 wollen auswandern nach	1940/41 sind ausgewandert nach
Argentinien	1	8	2
Australien	5	1	
Belgien	2		
Bolivien	3	7	9
Brasilien	7	255	2
Bulgarien		1	
Chile	5	4	
Costa-Rica		1	
Ecuador		4	4
Großbritannien	23		2
Italien	3	10	
Irland	2		
Japan		1	
Kolumbien	2	3	2
Niederlande	4		
Paraguay		1	1
Philippinen		3	
Polen	4	1	
San Domingo		3	4
Schweden	1	1	
Schweiz	1	1	
Shanghai	5	50	4
Spanien		1	4
Ungarn	1	1	4
Uruguay		7	2
USA	19	78	14
Venezuela		17	
Unbekannt			5
Gesamt	88	459	59

Quelle: [Viktor Engelhardt], Berichte über die Tätigkeit des Hilfswerkes beim Bischoflichen Ordinariat vom 1.4.1939 bis 30.3.1940, vom 1.4.1940 bis 30.3.1941, sowie die Monatsberichte vom April bis Dezember 1940 und Januar bis März 1941, DAB I/1-94.

Wie dringend notwendig die Neugründung war, zeigten die Ereignisse im Herbst 1938. Bis zum August 1938 hatten sich täglich acht bis zehn Besucher an den St. Raphaelsverein Berlin gewandt,²⁰ nach Gründung des Hilfswerks war diese Zahl zunächst sogar gesunken.²¹ Das änderte sich nach der so genannten Reichskristallnacht von einem Tag auf den anderen: Vom 10. November 1938 an baten »täglich 40-50 Hilfesuchende« um Unterstützung,²² davon »beim Hilfswerk [...] durchschnittlich 20 Parteien«.²³

Das Hilfswerk arbeitete bis zur Mitte des Jahres 1941 als Auswanderungsstelle. Territorial war es in erster Linie für in Berlin ansässige »nicht-arisches Christen« Anlaufstelle, allerdings liefen die Bemühungen, katholischen Kindern »nichtarischer« Herkunft die Teilnahme an den »Kinderverschickungen« bzw. an den »Kindertransporten« zu ermöglichen, organisatorisch für das Gebiet des Deutschen Reiches insgesamt in Berlin zusammen.²⁴

Die Entscheidung über die Auswanderungsfinanzierung

Um denjenigen zu helfen, die Deutschland verlassen wollten, aber nicht über genügend Geld zur Auswanderung verfügten, schufen die christlichen und nichtchristlichen Hilfsstellen den »Passagebewilligungsausschuss«.

Dies war eine direkte Folge der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz,²⁵ mit der die Zwangsgründung der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« verfügt wurde. Die Reichsvereinigung sollte die Funktion der bisherigen Reichsvertretung der Juden übernehmen, allerdings mit einigen gravierenden Änderungen: Der Reichsvereinigung mussten alle nichtjüdischen Personen beitreten, die mit Hilfe der Nürnberger Gesetze als Juden kategorisiert wurden und die nicht in einer »privilegierten Mischehe« lebten. Alle Mitglieder der Reichsvereinigung, und somit auch Personen, die nicht jüdischen Glaubens waren, mussten einen Teil

20 Betreuung und Auswanderung katholischer Nichtarier in Berlin [Referat Paul Wizingers auf der Sitzung des Zentralrates des DCV, Hildesheim, 26.4.1939], Diözesanarchiv Berlin (DAB) I/1-95.

21 Katholischer Siedlungsdienst (KSD)-Tätigkeitsbericht, 1938/39, S. 6, BArch, R 8112/13.

22 Ebd.

23 Betreuung und Auswanderung katholischer Nichtarier in Berlin (wie Anm. 20).

24 Leichsenring, Katholische Kirche und »ihre Juden« (wie Anm. 19), S. 129 ff.

25 10. VO zum Reichsbürgergesetz, 4.7.1939, RGBl. I, S. 1097 ff.

ihres Vermögens – gedacht waren an bis zu 10 Prozent – als »Auswanderungsabgabe« zahlen.²⁶

Für die Hilfsorganisationen stellte sich nun schon im Vorfeld der Gründung der Reichsvereinigung das Problem, dass bei den Einzahlungen auf den Konten der neuen Organisation nicht zwischen christlichen und jüdischen Mitgliedern unterschieden werden würde.²⁷ Die christlichen Hilfsstellen konnten demzufolge von der Reichsvereinigung nicht fordern, ihnen die Gelder ihrer Klientel für deren Auswanderung zur Verfügung zu stellen. Das Büro Pfarrer Grüber, der St. Raphaelsverein und die Quäker sahen sich daher genötigt, mit der Reichsvereinigung zusammenzuarbeiten; denn sie verwaltete die Finanzen und sie entschied, wie sie ausgegeben wurden. Ein Resultat dieser Zusammenarbeit war die Gründung des erwähnten Passagebewilligungsausschusses. Er sollte über die Vergabe der finanziellen Beihilfen für die Auswanderung christlicher »Nichtarier« und deren Familienangehöriger entscheiden. Aufgrund der Kritik an ihrem Beitrags-Verbuchungsverfahren erklärte sich die Reichsvereinigung bereit, rückwirkend zum 1. März 1939 den christlichen Hilfsstellen jene Beträge zurückzuerstatten, die diese für die Auswanderung von »Vollnichtarier[n]« aufgewendet hatten.²⁸ Damit verbesserte sich die finanzielle Situation des Büros Pfarrer Grüber und des St. Raphaelsvereins von einem Moment zum anderen.

Grundsätzlich trug die Reichsvereinigung die Kosten für die Auswanderung von Personen, die als Juden und »Nichtarier« galten. Falls Personen, die als »Mischlinge ersten Grades« verfolgt wurden und die nicht der Jüdischen Gemeinde angehörten, um Hilfe zur Auswanderung baten, übernahm die Reichsvereinigung die Hälfte der Kosten, die andere

26 Esiel Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime*, Tübingen 1994, S. 150 ff. Ein Rundschreiben der Reichsvertretung vom 25. Februar 1939 nannte Sätze zwischen 1% bei einem Vermögen über RM 1000 bis zu 10% bei einem Vermögen von über RM 1 Million.

27 Beate Meyer/Hermann Simon (Hg.), *Juden in Berlin 1938-1945*. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«, Berlin 2000, S. 298 ff; Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Aktennotiz über die Besprechung am 20.6.1939, DAB I/1-87; Größer, *Niederschrift über die Besprechung zwischen den Herren der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, des Büro Pfarrer Grüber und des Raphaelsvereins am 20.6.1939*, DAB I/1-87.

28 Neueste Vereinbarungen über Auswanderungsbeihilfen zwischen der Reichsvertretung der Juden und den Hilfswerken der beiden Kirchen für christliche Nichtarier (Besprechungen am 30.6.1939), DAB I/1-87.

Hälfte trug die aus konfessioneller Sicht zuständige Hilfsstelle.²⁹ Nicht geregelt war jedoch, wer für die Kosten aufkommen sollte, wenn ein in Mischehe lebendes Paar um Unterstützung bat, insbesondere dann, wenn der Mann jüdischer Religionsangehöriger war, die Frau aber als »arisch« galt.³⁰ Darüber wurde im Passagebewilligungsausschuss keine grundsätzliche Einigkeit erzielt. Letztlich entschieden die zur Verfügung stehenden Finanzen. Mitgefühl und Menschlichkeit mussten als Kriterien der Entscheidung oftmals in den Hintergrund treten.

Dem Ausschuss gehörten fünf Vertreter der christlichen Hilfsstellen und ein Vertreter der Reichsvereinigung an. Die beiden christlichen Konfessionen stellten davon jeweils zwei, die Quäker einen Vertreter. Die Reichsvereinigung entsandte ebenfalls nur einen Vertreter. Er besaß kein Stimmrecht, aber, da es um die Finanzen der Reichsvereinigung ging, ein Vetorecht, und ohne ihn war der Ausschuss nicht beschlussfähig. Ferner mussten mindestens drei der fünf christlichen Vertreter an den Sitzungen teilnehmen. Den Vorsitz des Ausschusses übernahm Max Größer.³¹

Die Arbeitsweise des Passagebewilligungsausschusses folgte streng bürokratischen Regeln. Für die Höhe der Auswanderungsbeihilfen waren die Vergabekriterien der Reichsvereinigung maßgeblich; jedes Verfahren wurde protokolliert.³² Erstmals trat der Ausschuss am 4. Juli 1939 zusammen,³³ dem Tag der Verabschiedung der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz.³⁴

29 Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Aktennotiz über die Besprechung am 20.6.1939, DAB I/1-87.

30 Max Größer, Niederschrift über die Besprechung zwischen den Herren der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, des Büro Pfarrer Grüber und des Raphaelsvereins am 20.6.1939, DAB I/1-87.

31 Leichsenring, Katholische Kirche und »ihre Juden« (wie Anm. 19), S. 144 ff.

32 Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Aktennotiz über die Besprechung am 20.6.1939, DAB I/1-87; vgl. Max Größer an Viktor Engelhardt, 8.7.1939, DAB I/1-87.

33 Bewilligungsausschuss für christliche Nichtarier, Sitzung am 18.7.1939 [2. Sitzung], Protokoll vom 22.7.1939, DAB I/1-87, S. 2, demnach fand die erste Sitzung am 4.7.1939 statt. Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche. 1933-1945, Bd. 3/I, Stuttgart 1995, S. 202, datieren die erste Sitzung auf den 5.7.1939, dies ist jedoch lediglich das Datum, an welchem das Protokoll für die erste Sitzung angefertigt wurde, vgl. Aktenvermerk Püschel über die 1. Sitzung des Passagebewilligungsausschusses, 5.7.1939, DAB I/1-90. Weitere Sitzungen fanden am 24.7.1939, 16.8.1939, 24.8.1939, 6.10.1939 sowie am 4.3.1941 statt, vgl. I/1-13 (Akte Georg Kurt Leichtenritt).

34 Veröffentlicht wurde die Verordnung am 6. Juli 1939, vgl. RGBl. I 1939, S. 1097.

Der St. Raphaelsverein überprüfte alle Anträge auf Auswanderungsbeihilfe anhand eines Kriterienkatalogs. Dazu mussten die Antragsteller die entsprechenden Dokumente vorlegen: das Taufzeugnis und eine Beurteilung des Pfarrers der Heimatgemeinde, dass der hilfeschende Christ in seiner alltäglichen Lebensführung den Grundsätzen der katholischen Kirche folgte. Es wurde erwartet, dass der Betreffende regelmäßig an der katholischen Liturgie teilnahm und die Sakramente empfing. Ehepaare mussten nicht nur zivilrechtlich, sondern vor allem auch katholisch getraut sein. Hatte das Ehepaar Kinder, ging der St. Raphaelsverein davon aus, dass diese ebenfalls Angehörige der katholischen Kirche waren.³⁵

Anfangs war man im St. Raphaelsverein durchaus bereit, die Kriterien großzügig auszulegen und eine Passagebeihilfe auch dann zu gewähren, wenn die kirchlichen Verhältnisse nachträglich »in Ordnung« gebracht wurden, d.h. wenn die kirchliche Trauung erst in Vorbereitung auf die Auswanderung erfolgte.³⁶ So wurde 1939 im Falle des Ehepaares Max und Olga Frankl aus Berlin-Pankow verfahren.³⁷ Max Frankl, ein ehemaliger Handelsvertreter, gehörte der Jüdischen Gemeinde an, seine Frau Olga war katholisch – und »arisch«. Das Paar hatte eine erwachsene Tochter in den USA und wollte ebenfalls dorthin auswandern. Der Hilfsverein der Juden hatte sich bereit erklärt, Max Frankls Passage zu bezahlen, von den katholischen Hilfsstellen erhofften die Eheleute nun die Übernahme der Passage für Olga Frankl. Obleich die kirchliche Trauung bis zum 21. August 1939 nicht nachgeholt wurde, erklärte der St. Raphaelsverein sich bereit, einen ebenso hohen Betrag zur Verfügung zu stellen, wie die Reichsvereinigung für Max Frankl. Ende Oktober 1939 konnte das Ehepaar daraufhin Deutschland verlassen.

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs änderte sich diese Praxis, und der St. Raphaelsverein bestand darauf, nur noch Personen zu unterstützen, die die Auflagen erfüllten. Grund dafür war der Mangel an Devisen, der den Verein zum Bittsteller bei katholischen Institutionen im Ausland machte, insbesondere im Vatikan und in den USA.³⁸ Die Auffassung des

35 Max Größer an Viktor Engelhardt, 5.8.1939, DAB I/1-19 (Akte Fritz Oppenheimer).

36 Max Größer an Viktor Engelhardt, 5.8.1939, DAB I/1-8 (Akte Max Frankl).

37 Max Frankl, Mühlenstr. 2a, Berlin-Pankow, an Paul Wizinger, 20.2.1939, DAB I/1-8; vgl. Beate Klose, Katholische »Nichtarier« und ihre Familien in Pankow, in: Bund der Antifaschisten Berlin-Pankow e.V. (Hg.), Jüdische Lebensbilder aus Pankow. Familiengeschichten, Lebensläufe, Kurzporträts, Berlin 1996, S. 91-98, hier S. 93.

38 Max Größer an Viktor Engelhardt, 11.10.1939, DAB I/1-22 (Akte Erwin Salins).

Leiters des Hilfswerkes, Viktor Engelhardt, man solle »menschlich denken« und auch dann Passagen bezahlen, wenn weder die Kinder getauft, noch die Ehe kirchlich getraut sei, bestimmte immer seltener die Praxis.³⁹ »Konjunkturkatholiken« wurden vom St. Raphaelsverein stattdessen an die Reichsvereinigung verwiesen.⁴⁰

Anfang Oktober 1939 sprach Anna Wienskowitz aus Gleiwitz im Hilfswerk vor und bat um finanzielle Hilfe für ihre Auswanderung. Sie selbst war katholisch und »arisch«, ihr Mann war mosaischen Glaubens. Die Reichsvereinigung hatte Herrn Wienskowitz die Auswanderung nach Brasilien finanziert. Das Ehepaar hatte drei Kinder, deren Auswanderung gleichfalls die Reichsvereinigung bezahlen wollte, da sie wie ihr Vater jüdisch waren.⁴¹ Nur Anna Wienskowitz erfüllte als Katholikin die Bedingungen der Reichsvereinigung nicht. Der St. Raphaelsverein lehnte eine Unterstützungszahlung ebenfalls ab, da weder der Haushaltsvorstand katholisch noch die Ehe kirchlich getraut war; und auch die Kinder waren nicht katholisch getauft.

Nachdem Anna Wienskowitz einen ablehnenden Bescheid erhalten hatte,⁴² bat die Reichsvereinigung das Hilfswerk dringend darum, deren Passage zu bezahlen, weil ihre Kinder noch zu klein seien, um allein auszuwandern. Falls für die Reise der Mutter niemand aufkäme, könnten auch die Kinder nicht reisen. Der »Familie wäre keine Gelegenheit gegeben [...], jemals wieder zusammen zu kommen«. ⁴³ Viktor Engelhardt bat Max Größer nochmals um Hilfe für Anna Wienskowitz, der aber blieb bei seiner Einstellung: Die geforderten »streng kirchliche[n] Zeugnisse« könne Familie Wienskowitz nicht vorlegen, daher könne er auch keine Devisen bereitstellen.⁴⁴ Der Reichsvereinigung war bewusst, dass die Zeit drängte. Sie übernahm kurzerhand sowohl die Passagekosten für die Kin-

39 Viktor Engelhardt an das Pfarramt St. Matthias, 17.8.1939, DAB I/1-19 (Akte Fritz Oppenheimer).

40 Schralenberg, St. Raphaelsverein, an das Hilfswerk, 29.12.1939, DAB I/1-26 (Akte Dagobert Stillschweig); vgl. z. B. auch Max Größer, St. Raphaelsverein, an Viktor Engelhardt, 30.12.1939, DAB I/1-5 (Akte Cohn), und Wilhelm Nathem, St. Raphaelsverein, an das Hilfswerk, 10.3.1941, DAB I/1-13 (Akte Rosalie Levy geb. Marx).

41 Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Wanderung, Ernst Behrendt, an St. Raphaelsverein und Hilfswerk, Herrn Engel [!] [= Viktor Engelhardt, J.L.], 26.10.1939, DAB I/1-29.

42 Viktor Engelhardt an Max Größer, 27.10.1939, [Durchschlag] DAB I/1-29.

43 Wie Anm. 41.

44 Max Größer, St. Raphaelsverein, an Viktor Engelhardt, Hilfswerk, 30.10.1939, DAB I/1-29.

der als auch die für Anna Wienskowitz.⁴⁵ Die Reichsvereinigung bezahlte damit die Ausreise für eine Person, welche weder der Jüdischen Gemeinde angehörte, noch zwangsweise Mitglied der Reichsvereinigung war. Viktor Engelhardt, der Anna Wienskowitz gern geholfen hätte, bedankte sich daraufhin besonders nachdrücklich bei Otto Hirsch, Vorstandsmitglied der Reichsvereinigung.⁴⁶ Im Gegensatz zu Max Größer hatte Hirsch die Unterstützung der Familie nicht an der engen Auslegung der Bestimmungen scheitern lassen.

Die Brasil-Aktion

Mitte Juni 1939 teilte der Kardinalstaatssekretär im Vatikan, Luigi Maglione, dem Erzbischof von München und Freising, Michael Kardinal von Faulhaber, mit, der brasilianische Präsident Getulio Vargas habe auf Bitten Pius XII. insgesamt 3.000 Visa für Katholiken zur Verfügung gestellt, die in Deutschland aus »rassischen« Gründen verfolgt wurden.⁴⁷ Das war das Startsignal für die so genannte Brasil-Aktion, mit der viele der Verfolgten die Hoffnung auf eine Emigration nach Brasilien verbanden. In Brasilien war der Katholizismus durch die Verfassung von 1934 wieder zur Staatsreligion deklariert worden, und 95 Prozent der Bevölkerung waren katholisch. Die zugesagten 3.000 Visa sollten an zwei Gruppen vergeben werden. 1.000 waren für Personen vorgesehen, die sich als deutsche Auswanderer bereits außerhalb Deutschlands befanden und die auf ihre Weiterreise nach Übersee warteten. Die Vergabe dieser Visa verlief anscheinend reibungslos. Die anderen 2.000 Visa sollten für die Einreise deutscher Staatsbürger nach Brasilien bestimmt sein, die sich noch in Deutschland befanden. Doch schon bald zeigte sich, dass die meisten Deutschen die geltenden brasilianischen Einwanderungsbestimmungen nicht erfüllten. Zugelassen waren nur Familien mit mindestens drei arbeitsfähigen Personen im Alter zwischen 12 und 50 Jahren. Familien, die sich für die Brasil-Aktion anmeldeten, mussten sich zur Arbeit in der Landwirtschaft verpflichten und einen Betrag von 20.000 Conto de Reis – etwa 2.800 RM – hinterlegen: Bedingungen, die für die meisten

45 Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Wanderung, Ernst Behrendt, an Viktor Engelhardt, Hilfswerk, 17.11.1939, DAB I/1-29.

46 Viktor Engelhardt an Dr. Otto Hirsch, 22.11.1939, [Durchschlag] DAB I/1-29.

47 Reutter, Katholische Kirche (wie Anm. 2), S. 142; vgl. Pierre Blet, Papst Pius XII. und der Zweite Weltkrieg. Aus den Akten des Vatikans, 2., durchges. Aufl., Paderborn 2000, S. 143 ff.

Interessenten nicht erfüllbar waren.⁴⁸ Zudem bestand der brasilianische Botschafter in Berlin, Cyro de Freitas-Valle, darauf, dass für die Vergabe der Visa nur Ehepaare in Betracht kämen, bei denen beide Partner der katholischen Kirche angehörten.⁴⁹ Damit waren Mischehen im konfessionellen Sinne von vornherein von der Visavergabe ausgeschlossen.⁵⁰ Nach Einschätzung Max Größers betrieb der Botschafter eine eindeutige Verhinderungspolitik des päpstlichen Vorhabens. Größer befürchtete sogar, die 2.000 Visa würden überhaupt nicht zur Vergabe kommen, da »beachtliche Kreise der Ministerien« dagegen seien.⁵¹

Ein weiteres Problem bei der Visa-Vergabe bestand in der unterschiedlichen Handhabung durch die brasilianischen Vertreter in Europa. Wer sich noch in Deutschland befand und an der »Brasil-Aktion« teilnehmen wollte, war auf das brasilianische Generalkonsulat in Hamburg angewiesen. Deutsche, die bereits im Ausland lebten, wandten sich hingegen an den brasilianischen Botschafter beim Heiligen Stuhl. Während dieser großzügig Visa erteilte, verweigerte der Generalkonsul in Hamburg sie. So wurden Familien auseinandergerissen. Das bedeutete jedoch nicht, dass jenes Familienmitglied, das Deutschland bereits verlassen hatte und über ein Visum verfügte, allein nach Brasilien reisen durfte. Die brasilianischen Behörden lehnten die Einreise mit der Begründung ab, dass auf diese Weise mehr Deutsche einwandern würden als vorgesehen. Die zulässige Quote von 3.068 Zuwanderern aus Deutschland würde unterlaufen,⁵² wenn sie von Einzeleinwanderern ausgeschöpft würde, die später, außerhalb der Quote, ihre Familien nachkommen ließen. Für etliche

48 Vgl. zu den Einwanderungsbestimmungen Ursula Prutsch, *Das Geschäft mit der Hoffnung. Österreichische Auswanderung nach Brasilien 1918-1938*, Wien-Köln-Weimar 1996, S. 168 ff.; Klaus C. Dornreich, *Einwanderung in Brasilien unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für die Landwirtschaft zwischen 1930 und 1960*, Freiburg im Breisgau 1960 (Inaugural-Dissertation), S. 39; zu den Quoten und Einwanderungszahlen S. 60 ff.

49 Hilfswerk an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 2.12.1940, DAB I/1-4 (Akte Julius Born): »Seinerzeit gingen ja die Bemühungen des St. Raphaelsvereins dahin, auch religiöse Mischehen zur Auswanderung nach Brasilien zu bringen. Diese werden von Seiten der brasilianischen Behörden nun vollkommen abgelehnt.«

50 Bis 1933 war eine »Mischehe« eine interkonfessionelle Ehe. So wurde der Begriff auch in der katholischen Kirche gebraucht. Erst mit den Nationalsozialisten bekam er eine andere Bedeutung. Vgl. zur Verwendung des Begriffs »Mischehe« Amtsblatt des Bischöflichen Ordinariats Berlin, 7. Jg. (1935), Nr. 110, 12.7.1935, S. 55.

51 Max Größer an Erich Püschel, 21.10.1939, DAB I/1-95.

52 Dornreich, *Einwanderung in Brasilien* (wie Anm. 48), S. 62.

Familienväter, die sich bereits im Ausland – und oftmals in einem der Durchgangslanger in den Niederlanden – befanden, bedeutete dies das Scheitern der Emigrationspläne. So auch für Eugen Lederer, der sich in den Niederlanden aufhielt und offenbar sogar ein brasilianisches Visum besaß, während seiner Frau Valerie in Deutschland das Visum verweigert wurde. Die beiden Söhne des Ehepaars waren bereits ausgereist, einer von ihnen, Ewald, mit einem Kindertransport nach Großbritannien. Zwar gelang es Valerie Lederer schließlich, ihrem Mann in die Niederlande zu folgen, doch die gemeinsame Ausreise nach Brasilien glückte nicht. Das Ehepaar wurde in Westerbork festgehalten und mit dem Transport XXIV/1 vom 22.4.1943 nach Theresienstadt deportiert.⁵³

Unmittelbar nach der Ankündigung, dass 3.000 Visa an »nichtarische« deutsche Katholiken verteilt werden sollten, hatte ein Sturm auf das Hilfswerk eingesetzt. Da der St. Raphaelsverein fürchtete, seine Hilfe könnte von Personen missbraucht werden, die ihren Übertritt zum Katholizismus nur vortäuschten, wurde dem Hilfswerk auferlegt, die kirchlichen Verhältnisse streng zu prüfen.⁵⁴ Die Kriterien, die der St. Ra-

53 Reutter, *Hilfstätigkeit* (wie Anm. 1), S. 193; vgl. DAB I/1-41 (Akte Lederer) sowie Datenbank Theresienstadt, Institut Theresienstädter Initiative Prag (ITIP). Die Unterlagen etlicher Familienväter, die sich in den Niederlanden befanden und auf ein »Papst-Visum« hofften, waren zudem nach der deutschen Besetzung Hollands verloren gegangen, vgl. Wilhelm Nathem an Heinrich Krone, 30.7.1940, DAB I/1-17 (Akte Kurt Neubürger). Vgl. zu den Vorgängen in den Niederlanden und den Bemühungen des Katholischen Komitees für Flüchtlinge Theo Salemink, *Die Bischöfe protestieren gegen Deportation der niederländischen Juden 1942. Mythos und Wirklichkeit*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte (ZKG)* 2005/1, S. 63-77, hier S. 65.

54 Vgl. Hilfswerk [Paul Wizinger] an Pfarrer Franz Jantos [Buckow], 20.1.1939, DAB I/1-9 (Akte Gottfeld): »Die Familie Gottfeld möchte nach Brasilien auswandern. Brasilien nimmt grundsätzlich nur Christen auf. Durch Schiebung ist aber die Einreiseerlaubnis zu erlangen, wenn dem Judentum nur irgendwie ein Mäntelchen umgehängt wird. Mit vieler Mühe ist es dem St. Raphaelsverein und unseren Organisationen im Ausland gelungen, für katholische Nichtarier ein gewisses Kontingent von Einreisegenehmigungen nach Brasilien zu bekommen. An diesem Kontingent schmarotzen nun alle möglichen Leute herum. Katholische Nichtarier, die aus innerster Überzeugung schon vor langen Jahren zum Katholizismus übergetreten sind, müssen infolgedessen zurücktreten. Wir werden dauernd von Juden gebeten, Empfehlungen auszustellen, mit deren Hilfe versucht wird, in Brasilien ein Visum zu erschleichen. Wir wollen der Familie Gottfeld in keiner Weise nahetreten. Wir kennen sie gar nicht, auch nicht vom Sehen. So gern wir jedem Juden helfen möchten, ins Ausland zu kommen, so haben wir es aber im Interesse der katholischen Nichtarier abgelehnt, Empfehlungen auszustellen, mit denen nicht nur auf den Einwanderungsbehörden in Brasilien, son-

phaelsverein für die »Brasil-Aktion« aufstellte, glichen denen für Passagebewilligungen: Der Antragsteller musste einen Taufschein und einen Nachweis über seine katholische Lebensführung vorlegen, ggf. kirchlich getraut und seine Kinder mussten katholisch getauft sein.⁵⁵ Antragsteller, die über eigene Devisen verfügten und einem handwerklichen Beruf nachgingen, hatten bessere Aussichten auf die Teilnahme an der »Brasil-Aktion«. Letztlich kamen jedoch nur Personen in Betracht, die noch nicht 60 Jahre alt waren.⁵⁶

Als wichtigstes Ausschlusskriterium hatten die brasilianischen Behörden das Datum der Taufe definiert. Bei der Visavergabe sollten nur Personen berücksichtigt werden, die vor dem 1. Januar 1937 getauft worden waren.⁵⁷

Der St. Raphaelsverein differenzierte seinerseits dieses Ausschlusskriterium der brasilianischen Behörden weiter aus. Anwärtern, deren Antrag positiv entschieden worden war, teilte das Hilfswerk mit, sie seien auf »der Liste« der für die Auswanderung nach Brasilien vorgesehenen Personen vermerkt. Intern unterschied man im St. Raphaelsverein jedoch zwischen zwei solcher Listen. Auf der »Liste I« wurden diejenigen vermerkt, die vor 1933, auf »Liste II« diejenigen, die zwischen dem 1. Januar 1934 und dem 1. Januar 1937 getauft worden waren.⁵⁸ Sollte die »Brasil-Aktion« beginnen, würde »Liste I« zuerst dem brasilianischen Konsulat vorgelegt werden.⁵⁹ Darüber hinaus garantierte ein frühes Taufdatum auch einen besseren Platz auf der ersten Liste.

dern auch sonst grober Mißbrauch getrieben werden kann und auch schon getrieben worden ist.«

55 St. Raphaelsverein an das Hilfswerk, 10.5.1939 (Akte Harry Kerstenbaum); Hilfswerk an Hanns Falk, 20.5.1939, DAB I/1-7 (Akte Falk).

56 Aktenvermerk, Brasilien, Besprechung [des Hilfswerks] mit Größer, 13.12.1939, DAB I/1-102; vgl. Hilfswerk an den St. Raphaelsverein, 14.12.1939, DAB I/1-26 (Akte Dagobert Stillschweig).

57 Hilfswerk [Paul Wizinger] an Pfarrer Franz Jantos [Buckow], 20.1.1939 (Akte Gottfeld): »Es ist durch die Machenschaften der Juden schon soweit gekommen, daß die Einwanderungsbehörden verlangen, daß die Taufe der Juden schon vor dem 1. Januar 1937 erfolgt sein muß. Die trotz dieser strengen Bestimmungen wohl immer noch möglichen Schiebungen dürfen wir aber in keiner Weise unterstützen, so nahe uns auch das Schicksal der jüdischen Familien gehen mag.« Vgl. Hilfswerk an Arthur Friedländer, 25.5.1939, DAB I/1-8 (Akte Friedländer).

58 Hilfswerk an den St. Raphaelsverein, 9.3.1940, DAB I/1-102.

59 Schralenberg, St. Raphaelsverein, an das Hilfswerk, DAB I/1-24 (Akte Erik Schwarz). Dr. Erik Joseph Schwarz war 1893 getauft worden. Vgl. Hilfswerk an Olga Bechert, 2.7.1940, DAB I/1-2 (Akte Bechert). Olga Bechert, geb. 1889, war 1916 konvertiert.

Im September 1939, zwei Monate nachdem die »Brasil-Aktion« bekannt gegeben worden war, zählte man im »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin« 311 Parteien, die Deutschland auf diesem Wege und mit diesem Ziel verlassen wollten.⁶⁰ Anhand der überlieferten Akten des Hilfswerks lässt sich dies für 246 Parteien nachweisen. Darunter befanden sich 49 Personen, die auf der »erste[n] Liste« vermerkt, also vor Ende 1933 getauft worden waren.

Anfang April 1940 erklärte die brasilianische Botschaft in Berlin, mit der Vergabe der Visa könne nicht begonnen werden, da die brasilianische Regierung zunächst entsprechende Bestimmungen erlassen müsse. Dies geschah jedoch nie. Bis zum Verbot des St. Raphaelsvereins im Juni 1941 wurde die Vergabe der 2.000 Brasil-Visa für »nichtarische« Katholiken, die sich noch in Deutschland befanden, zwischen dem St. Raphaelsverein, dem Heiligen Stuhl und den brasilianischen Vertretern in Europa immer wieder verhandelt – ohne Ergebnis.

Als Ausnahme muss daher der Fall der Familie Seidel aus Berlin betrachtet werden. Friedrich Seidel, ein promovierter Jurist, der nach den Nürnberger Gesetzen als »Mischling 2. Grades« galt, wurde für die Auswanderung nach Brasilien im Rahmen der »Brasil-Aktion« vorgemerkt und erhielt auch tatsächlich eines der »Papst-Visa«.

Seidel war aus seiner Anstellung als Magistratsrat entlassen worden, weil er mit einer (evangelischen) »Nichtarierin« verheiratet war. Im April 1934 wurden Friedrich Seidel und der 1928 geborene Sohn des Ehepaars katholisch getauft. Die Eheleute Edith und Friedrich Seidel ließen sich bei dieser Gelegenheit kirchlich trauen.⁶¹ 1936 konvertierte Edith Seidel geb. Schwarz vom Protestantismus zum Katholizismus.⁶² Die Ehe war nun aus katholischer Perspektive in jeder Hinsicht »in Ordnung«: Die katholische Trauung war vollzogen, beide Eheleute und ihr Sohn gehörten der katholischen Kirche an.

Die zunehmende Verfolgung veranlasste Friedrich Seidel spätestens nach der »Reichskristallnacht«, die Emigration energisch voranzutreiben. Er wandte sich dazu an das Hilfswerk.⁶³ Die Auswanderungsbemühungen zogen sich länger hin als erwartet, aber Anfang 1940 war es Friedrich,

60 [Viktor Engelhardt], Bericht über die Tätigkeit des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin vom 1.4.1939 bis zum 31.8.1939, DAB I/1-94.

61 Taufbuch der Rosenkranzbasilika, 1934; vgl. Wolfgang Seidel an Msgr. Finke, 6.4.1996, DAB VI/1.

62 Wolfgang Seidel an Msgr. Finke, 25.7.1996, Kopie im Pfarrarchiv Berlin-Steglitz, Kopie im DAB VI/1.

63 Ebd.

Edith und Wolfgang Seidel gelungen, nach Antwerpen auszureisen. Sie gehörten nun also zu jenen Personen, die sich als Deutsche außerhalb Deutschlands um die Weiterreise nach Übersee bemühten. Auf dem brasilianischen Konsulat in Antwerpen erhielt Friedrich Seidel eines jener 1.000 Visa, die für diesen Verfolgtenkreis vorgesehen waren. Anschließend schiffte sich die Familie nach Brasilien ein.

Im Jahr 1996 erinnerte sich Wolfgang Seidel voller Dankbarkeit an jene, die seinen Eltern und ihm während der Jahre 1934 bis 1940 geholfen hatten. Das waren für ihn in erster Linie Pius XII., dessen Initiative er die Erteilung der Visa zuschrieb, der Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing sowie die Mitarbeiter des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin, Viktor Engelhardt und Margarete Sommer.⁶⁴ Dass die Familie die »Papst-Visa« hatte in Anspruch nehmen können, lag aber auch an mehreren glücklichen Umständen: Die Auswanderung war langfristig vorbereitet worden, nicht zuletzt, indem die kirchlichen Verhältnisse »in Ordnung« gebracht worden waren. Auch hatte die Familie dann nicht in Deutschland auf die Erteilung der Visa gewartet, sondern rechtzeitig das Land verlassen. Und schließlich hatte sie sich nicht einzig auf die Hilfe katholischer Einrichtungen verlassen.

Letzten Endes gelang nur sehr wenigen die Auswanderung im Rahmen der Brasil-Aktion. Doch deren Vorbereitung bestimmte über Jahre hinweg die Arbeit des St. Raphaelsvereins und des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin.

Als Viktor Engelhardt im April 1941 das Scheitern der Aktion konstatieren musste, bedeutete das für die Arbeit des Hilfswerks einen »ungeheuer schwere[n] Schlag«. Denn »im Grunde genommen, war die ganze Arbeit der letzten Jahre auf dieses Ziel ausgerichtet gewesen«. Für diejenigen, die sich in Deutschland aufhielten, kam die Brasil-Aktion einer großen Hoffnungsblase gleich, die schließlich platzte. Für die Mitarbeiter der katholischen Institutionen bedeutete es eine zusätzliche und kaum noch tragbare Belastung, der »Enttäuschung der Betreuten zu begegnen«.⁶⁵

64 Ebd.; vgl. Wolfgang Seidel an Msgr. Finke, 6.4.1996, DAB VI/1.

65 [Viktor Engelhardt] Bericht über die Tätigkeit des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin vom 1.4.1940 bis zum 30.3.1941, DAB I/1-94, hier S. 6.

Resümee

Katholiken, die emigrieren wollten, bot die katholische Kirche seit Ende des 19. Jahrhunderts ihre Unterstützung über den »St. Raphaelsverein zum Schutze deutscher Auswanderer« an. Aus der anfänglich auf Initiative eines Privatmannes zurückgehenden Organisation wurde im Laufe der Zeit eine fest im institutionellen Gefüge der Kirche verankerte Einrichtung. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte nicht zuletzt der Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning, seit 1921 amtierender Präsident des St. Raphaelsvereins. Darüber hinaus war Berning innerhalb der Fuldaer Bischofskonferenz zuständig für katholische Auswanderer und besaß daher auch großen Einfluss auf die von der Konferenz verantworteten Hilfsangebote.

Die Unterstützung des St. Raphaelsvereins stand nach der nationalsozialistischen Machtübernahme auch jenen zur Verfügung, die Deutschland aus politischen oder rassistischen Gründen verlassen mussten. Allerdings trennte die Kirche das Angebot für diesen Personenkreis von der »normalen« Vereinsarbeit ab. Dies geschah einerseits aus ganz praktischen Gründen. Andererseits aber wollte man dem NS-Staat keinerlei Angriffsflächen für Restriktionen bieten. Schließlich waren sich die Verantwortlichen darüber im Klaren, dass Hilfseinrichtungen von der Gestapo und dem Sicherheitsdienst ständig überwacht wurden.

Von demjenigen, der sich mit der Bitte um Unterstützung an die katholische Kirche wandte, erwartete diese, dass er sich der Hilfe würdig erwies und bestimmte Forderungen erfüllte. Auf deren Einhaltung achteten die katholische Institutionen um so entschiedener, je drängender die Auswanderung für die Betroffenen wurde. Einerseits sollten nur im Sinne der Konfession »würdige« Katholiken durch die Unterstützungsleistungen des St. Raphaelsvereins ins Ausland gelangen. Andererseits verfügte der Verein nur über beschränkte finanzielle Mittel und vor allem kaum über Devisen. Da die katholische Kirche keinen neuen »Kulturkampf« riskieren wollte, rückten die Nöte und Sorgen eines kleinen Teils von Gläubigen, eben der katholischen »Nichtarier« in den Hintergrund. Dieser Personenkreis musste bis 1941 oftmals erleben, dass es den jüdischen Einrichtungen in sehr viel größerem Umfang gelang, Hilfe zur Auswanderung zu gewähren. Den verantwortlichen Kirchenvertretern war dieses Dilemma bewusst. Doch oftmals konnten sie statt Hilfe zur Auswanderung nur seelsorgliche Unterstützung anbieten. Nach dem Verbot des St. Raphaelsvereins 1941 wurde das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin« zur alleinigen Anlaufstelle katholischer Betroffener der NS-Ideologie. Wer als »nichtarischer« Katholik 1941 noch im

Land war – und das waren die meisten –, fand dort Ansprechpartner. Insbesondere nach dem Beginn der Deportationen im Herbst 1941 versuchte das Hilfswerk Mut und Trost zu spenden sowie Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Letztlich standen diese Bemühungen im Zeichen der »Nachfolge Christi«.

DOROTHEA HAUSER

Zwischen Gehen und Bleiben

*Das Sekretariat Warburg und sein Netzwerk des Vertrauens
1938-1941*

Gut zwei Monate nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und fünf Tage vor der »Arisierung« des Hamburger Bankhauses M.M. Warburg & Co. hielt dessen Seniorchef Max Warburg am 25. Mai 1938 in seiner Funktion als Vorsitzender des Hilfsvereins der Juden in Deutschland in Stuttgart eine Rede.¹ Im Lagebericht des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, kurz SD, der lakonisch vermerkte, »daß die Möglichkeiten für die Auswanderung sich im gleichen Maße vermindert haben wie der Auswanderungsdruck gestiegen ist«, heißt es dazu:

»Er sagte voraus, daß die Hauptauswanderung überhaupt noch auswanderungsfähiger Juden in den nächsten drei Jahren vor sich gehen werde, und forderte, daß von den Juden nicht nur Spenden geleistet, sondern Teile des Vermögens an den Hilfsverein überstellt würden zur Förderung dieser Möglichkeiten. An neuen Einwanderungsländern [...] nannte er die Philippinen und British-Guayana; wahrscheinlich käme auch Kenya in Frage.«²

- 1 Zur Biographie Dorothea Hauser/Christoph Kreuzmüller, Max Warburg, in: Deutsche Bankiers des 20. Jahrhunderts, hg. v. Institut für bankhistorische Forschung, Stuttgart 2008, S. 419-432; Gabriele Hoffmann, Max M. Warburg, Hamburg 2009. Zu Warburgs Auswanderungsinitiativen bis 1937 Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg 1997, S. 159-171.
- 2 SD-Hauptamt II 112, Bericht für April und Mai 1938; in: Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel (Hg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945, Düsseldorf 2004, Dok. 324, S. 274. Auf die Philippinen gelangten nach 1938 ca. 1.200 Juden aus Deutschland und Österreich, nach British-Guayana 1933 nur 150. Kenia nahm bis 1937 ca. 650 Flüchtlinge auf, danach keine mehr. Zu den Großsiedlungsplänen für British-Guayana u. a. Fritz Kieffer, Judenverfolgung – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939, Stuttgart 2003, S. 338 ff., S. 450 ff.

Warburgs Prognose sollte sich als hellsichtig und zugleich völlig verfehlt erweisen. Zutreffend war seine Einschätzung, dass die Existenzvernichtung der Juden in Deutschland zu fortgeschritten und die Aufnahmebereitschaft anderer Länder zu gering war, um sich noch Vorbehalte hinsichtlich möglicher Auswanderungsziele leisten zu können. Ferner hatte er recht in der Annahme, dass den Juden in Deutschland für eine Flucht noch eine Frist von maximal drei Jahren bleiben würde – bis zum völligen Auswanderungsverbot im Oktober 1941. Richtig war auch die Erkenntnis, dass angesichts der Sackgasse der NS-Austreibungspolitik, die die Möglichkeiten jüdischer Emigration durch wirtschaftliche Verfolgung und – zumal unter Görings Vierjahresplan – restriktive Devisenbestimmungen immer stärker beschnitt, eine massenhafte Auswanderung auf dem Weg der Selbsthilfe allenfalls durch eine zentralisierte Vermögensübergang zu erreichen sei. Warburg selbst hatte diesen Weg mit der von ihm betriebenen und im Dezember 1937 genehmigten Einrichtung des so genannten Altreu-Auswanderungsfonds für Unbemittelte bereits beschritten.³ Auch der notorisch finanzklamme NS-Staat konnte sich inzwischen nicht mehr der Erkenntnis eines Zielkonflikts zwischen Vertreibung und Enteignung verschließen und sollte daraus unter anderen Vorzeichen bald ähnliche Schlüsse ziehen wie Warburg. Sowohl die »Aktion Gildemeester« als auch Eichmanns »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« in Wien orientierten sich mit ihren »Auswanderungsfonds« am Altreu-Vorbild, verwandelten dies jedoch in ein Zwangssystem.⁴ Den Juden in Deutschland blieb dieses österreichische Modell vorerst erspart.⁵ Gleichwohl waren mit der »Verordnung über die Anmeldung

3 Altreu steht für »Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH, Berlin«. Während der Altreu-Haavara-Transfer nur für Palästina galt, ermöglichte die Altreu seit Mai 1937 Auswanderern in andere Länder die Zuteilung von Valuta trotz der Devisenbewirtschaftung im Deutschen Reich.

4 Theodor Venus/Alexandra Eileen Wenck, Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von »Arisierung« und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938-1941, Wien 2004; Gabriele Anderl/Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für Jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, Wien 2004.

5 Zum »Wiener Modell« Götz Aly/Susanne Heim, Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 33 ff.; Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, S. 262 ff. Kritisch u. a. Hans Safrian, Beschleunigung der Beraubung und Vertreibung. Zur Bedeutung des »Wiener Modells« für die antijüdische Politik im Jahr 1938, in: Constantin Gschler/Jürgen Lillteicher (Hg.), »Arisierung« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 61-89.

des jüdischen Vermögens« vom 26. April 1938 die Voraussetzungen für eine Ausplünderung der Juden zur Finanzierung von Rüstung und Krieg schon geschaffen. Irrig war also Warburgs Vorstellung, in welchem Umfang die Juden künftig überhaupt noch über Eigentum verfügen und in welchem Maße Organisationen wie der Hilfsverein die jüdische Emigration noch würden fördern können. Diesem Irrtum verdankte das Sekretariat Warburg seine Entstehung. Für viele Juden war es ein mehr als hilfreicher Irrtum. Denn obwohl die ursprüngliche Gründungsidee sich als nicht realisierbar erwies, konnte das Sekretariat, das im Deutschen Reich eine singuläre Einrichtung blieb, im Zusammenspiel verschiedener, mit Warburg verknüpfter Institutionen noch bis zum Sommer 1941 zahlreichen Juden zur Auswanderung verhelfen. Das Netzwerk rund um das Sekretariat war somit eine der letzten Stützen der jüdischen Hilfsorganisationen in Deutschland und ein bemerkenswertes Beispiel relativ souveräner jüdischer Selbstbehauptung und Solidarität. Es waren vor allem seine bis zum Frühjahr 1940 bestehenden Auslandsverbindungen und die Unterstützung nicht-jüdischer Partner, die dem Sekretariat Handlungsspielräume eröffneten, von denen wiederholt auch die staatlich kontrollierte Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RV) profitieren konnte. Sie sollen im Folgenden näher untersucht werden.

Zum Zeitpunkt von Warburgs Stuttgarter Rede stand das Debakel der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian noch bevor. Auch das Fanal der staatlich organisierten Novemberpogrome war, trotz mancher Vorzeichen, noch nicht absehbar. Gleichwohl hatte sich nicht nur für Max Warburg, dessen Familienfirma zu den letzten jüdischen Bankhäusern im Reichsanleihekonsortium gehörte, die Situation erheblich verschlechtert. Ende 1937 war mit der Entlassung Hjalmar Schachts aus Sicht des SD »die früher zu verzeichnende Störung der Auswanderungsarbeit durch das Wirtschaftsministerium [...] durch dessen Neubesetzung behoben.«⁶ Einen wesentlichen Faktor bei der Radikalisierung der Zwangsemigration stellte zudem der Anschluss Österreichs dar, mit dem rund 200.000 Juden neu unter die NS-Herrschaft gefallen waren. Dort wurde durch brutalste Verfolgung der Stand oft unkoordinierter antijüdischer Repression im »Altreich« binnen Kürze nicht nur eingeholt, sondern übertroffen. Zwar meinte Hitler im Juli 1938 noch: »In 10 Jahren müssen sie aus Deutschland entfernt sein. Aber vorläufig wollen wir die Juden noch als Faustpfand hierbehalten.«⁷ Doch als nach der Sudetenkrise und dem Münchner Abkommen außenpolitische Rücksichten

6 Tätigkeitsbericht der Abt. II 112, I.1.-30.6.1938, BArch, R 58/ 991.

7 Zit. nach Friedländer, Reich, Bd. 1 (wie Anm. 5), S. 284.

schwanden, breitete sich die von Wien ausgehende radikale Dynamik antijüdischer Politik immer rascher aus. Von November 1938 an bestimmte auch in Deutschland nicht mehr die Auswanderungsplanung jüdischer Organisationen, sondern der NS-Staat Tempo und Verlauf der jüdischen Zwangsemigration.

Indessen war der jüdische Abwehrkampf seit 1933 nicht ohne Eindruck geblieben. So hielt der SD in seinem »Jahreslagebericht 1938« fest, der an sich naheliegende »Anschluss der jüdischen Organisationen der Ostmark an die im Reichsgebiet bestehenden« sei unterblieben, »um den Wirkungskreis und die Einflussmöglichkeiten des letzteren nicht zu vergrößern.«⁸ Nicht nur Max Warburg hatte im April dafür plädiert, »mit Österreich Hand in Hand [zu] arbeiten, damit man keine unnötige Konkurrenz hervorruft, wo Cooperation das einzig richtige wäre.«⁹ Entsprechend bedeutete auch der Novemberpogrom durchaus nicht »das Ende aller Versuche geordneter Selbsthilfe«.¹⁰ Aber trotz örtlicher Unterschiede schrumpften die Möglichkeiten jüdischer Autonomie unter den Bedingungen staatspolizeilicher Kontrolle und finanzieller Ausplünderung auf ein Minimum.

Von den bis zu 46.000 Juden, die Deutschland 1938 verließen – im Jahr zuvor waren es halb so viel gewesen –, waren die allermeisten allerdings schon vor dem Novemberpogrom geflohen. In dessen Gefolge nämlich kam die Auswanderung aufgrund der Lähmung bzw. Auflösung der jüdischen Institutionen im »Altreich« über Wochen nahezu zum Erliegen.¹¹ Demnach bedurfte es keineswegs »erst der Erfahrung der direkten Lebensbedrohung, um den Juden vor Augen zu führen, dass die Bindungen und Positionen in Deutschland nicht mehr zu halten waren.«¹²

8 Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*, Herrsching 1984, Bd. 2, S. 22.

9 M. Warburg an A. Prinz, 21.4.1938, LBIJMB [(Bestände des) Leo Baeck Instituts im Jüdischen Museum Berlin], MF 681, 184.

10 So Robert Weltsch im Vorwort (S. XIII) zu Salomon Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939*. Tübingen 1974. An der Sitzung, auf der Ende Juli 1938 die Reichsvertretung ihre Umwandlung in einen Reichsverband der Juden in Deutschland beschloss, hatte Max Warburg offenbar teilgenommen.

11 Vgl. Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929-1939*, Philadelphia 1974, S. 258; Boberach, *Meldungen* (wie Anm. 8).

12 Konrad Kwiet, *Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt*, in: Walter H. Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord*, Frankfurt am Main 1988, S. 132-145, S. 135.

Vielmehr verzeichnete der Hilfsverein im Zuge des Anschlusses Österreichs schon im Frühjahr 1938 einen rapiden Anstieg des Auswanderungsdranges: »Täglich kommen 1500 und mehr Menschen in Berlin und im Reich zum Hilfsverein [...]. Im Jahre 1937 haben mehr als 100.000 Menschen [...] wegen Emigrationsmöglichkeiten vorgespochen; diese Zahl ist jedoch bereits in den ersten Monaten des Jahres 1938 überschritten worden!«¹³ Die Fluchtbewegung betraf auch den Hilfsverein selbst, für den die qualifizierte Nachbesetzung von Posten emigrierter Kräfte inzwischen ein erhebliches Problem darstellte. Etwa zeitgleich mit seiner Stuttgarter Rede soll Warburg deshalb einen emotionalen Appell an die leitenden Mitarbeiter gerichtet haben: Sie müssten angesichts der ungeheuren Dringlichkeit der Auswanderungssituation unbedingt auf ihrem Posten bleiben: »Gehen sei gleichbedeutend mit Desertion.«¹⁴ Dass er selbst bis auf weiteres in Deutschland bleiben werde, stand für Warburg außer Frage.

Der Hilfsverein hatte indes nicht nur Personalprobleme; ihm drohte der Bankrott. Während einer Bettelreise in die USA, wo er bei jüdischen Hilfsorganisationen auf zusätzliche Gelder drängte und sich dafür einsetzte – »ob mit Erfolg ist allerdings sehr fraglich« –, für Einwanderer aus dem Deutschen Reich »die Quote der nächsten 3-5 Jahre zu antizipieren«, erreichte Max Warburg die Nachricht von den Novemberpogromen.¹⁵ Die für den 2. Dezember gebuchte Dampferückfahrt musste ausfallen, als er die telegraphische Warnung erhielt, dass ihm in Deutschland, wie seinem Bruder Fritz, die sofortige Verhaftung drohe. Schon Warburgs Hinfahrt während der Sudetenkrise hatte »Der Stürmer« mit einer Sondernummer »Der Kriegshetzer« begleitet, die mit einem Artikel über »Die Juden Warburg im Weltkrieg« aufmachte.¹⁶ Das Exil traf ihn völlig unvorbereitet; dem Hamburger Sekretariat hatte er keine Vollmachten hinterlassen.

Für die Einrichtung des Sekretariats Warburg im Frühsommer 1938 waren zwei Aspekte ausschlaggebend. Zum einen stand sie in Zusammenhang mit der »Arisierung« des Bankhauses M.M. Warburg & Co.

13 Faltblatt des Hilfsvereins, [ca. April] 1938, zitiert nach Geneviève Susemihl, »... and it became my home«. Die Assimilation und Integration der deutsch-jüdischen Hitlerflüchtlinge in New York und Toronto, Münster 2004, S. 49.

14 Dies kolportiert Arthur Prinz, *Plunging into Chaos* [undat., nach 1947], LBIJMB, MF 681, 280.

15 M. Warburg an Sekretariat, 2.10.1938; Stiftung Warburg Archiv (SWA), Reise Max M. Warburg, New York 1938/39; Eckart Klessmann, *M. M. Warburg & Co 1798–1998, Die Geschichte eines Bankhauses*, Hamburg 1998.

16 *Der Stürmer*, Sondernummer »Der Kriegshetzer«, September 1938.

Diese war zum 30. Mai 1938 in zunächst vergleichsweise fair erscheinender Form vollzogen worden.¹⁷ Aufgrund ihrer großen außenwirtschaftlichen Bedeutung wurde die Bank unter Beibehaltung ihres angesehenen Namens und des Großteils der jüdischen Mitarbeiter in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, deren Leitung zwei Vertrauensleute der Warburgs übernahmen. Zum anderen begriff Max Warburg das Sekretariat als weiteren Baustein in einer Kette von Unternehmungen, die der Unterstützung und dem Vermögenstransfer jüdischer Auswanderer dienten und an deren Gründung er in den Jahren seit 1933 – auch finanziell – maßgeblich beteiligt war. Dazu gehörten die Palästina Treuhand-Stelle zur Beratung deutscher Juden GmbH (Paltreu), die im April 1934 gegründete Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen von in Deutschland wohnhaften oder wohnhaft gewesenen Juden mbH (FWI), die International Trade and Investment Agency (Intria) vom März 1936 sowie die Ende November 1936 errichtete Altreu.¹⁸ Bis auf die Intria, die ihren Sitz in London hatte, waren alle diese Gesellschaften im Berliner Handelsregister eingetragen. Auf diese sich teilweise überkreuzenden Unternehmen, von denen allein die Paltreu ausgiebig erforscht ist, wird noch zurückzukommen sein.

Das Sekretariat Warburg sollte eine Fülle von Aufgaben wahrnehmen, die nicht zuletzt das vielfältige Engagement von Max Warburg und seinem Bruder Fritz widerspiegeln: Zuerst sollte es der Wirtschaftsberatung so genannter nichtarischer Unternehmen und dem Auslandstransfer von Erlösen aus Zwangsverkäufen dienen. Zweitens hatte es die Aufgabe, jüdische Auswanderungswillige in jeder Form zu unterstützen – und dies in enger Tuchfühlung sowohl mit dem Hilfsverein als auch mit der Auswandererabteilung der Warburg-Bank. Es sollte drittens verschiedene Stiftungen, Nachlässe und Institutionen betreuen, die mit den Warburgs verbunden waren. Dazu zählten auf lokaler Ebene das Israelitische

17 Siehe u. a. Christopher Kopper, *Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im »Dritten Reich« 1933-1939*, Bonn 1995, S. 261-268; Frank Bajohr, »Arisierung« (wie Anm. 1), S. 253-257. Zu Bankhaus und Familie Warburg u. a. Klessmann, Warburg (wie Anm. 15), S. 103 f.; Eduard Rosenbaum/A.J. Sherman, *Das Bankhaus M.M. Warburg & Co., 1798-1938*, Hamburg 1978; Ron Chernow, *Die Warburgs. Odyssee einer Familie*, Berlin 1994.

18 Die Altreu wurde am 27.11.1936 gegründet und am 9.4.1937 ins Berliner Handelsregister eingetragen. Stiftung Warburg Archiv (SWA), Allg. Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung mbH. Gesellschaftsfragen, Bd. 3, 1.12.1936 – 31.5.1937; Datenbank des Forschungsprojekts »Jüdische Gewerbeunternehmen in Berlin 1930/31-1945« an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ich danke Christoph Kreuzmüller für die Auskünfte.

Krankenhaus, das Deutsch-Israelitische Waisen-Institut sowie das erst im Januar 1938 eröffnete Jüdische Gemeinschaftshaus in Hamburg. Viertens hatte das Sekretariat die von den neuen Inhabern der Warburg-Bank KG nicht übernommenen Werte sowie das verbliebene Privatvermögen von Max und Fritz Warburg zu verwalten und abzuwickeln. Fünftens schließlich sollte es als Korrespondenzstelle mit den Warburg'schen Bankunternehmungen im Ausland fungieren, namentlich dem bisherigen Amsterdamer Tochterinstitut Warburg & Co. sowie der 1935 in London von Siegmund Warburg gegründeten kleinen »New Trading Company«.

Das Sekretariat war also darauf angelegt, weit mehr als ein bloßes Privatbüro der Warburg-Brüder zu sein. Dies galt umso mehr, als mit den neuen Bankinhabern vereinbart war, die geschäftliche Seite der Beratungstätigkeit eng an die alte Firma zu binden. Entsprechend wurde im Juli 1938 eine »Warburg'sche Verwaltungs-Gesellschaft m.b.H.« mit Sitz in Hamburg und Berlin notariell gegründet. Deren Aufgabe wurde bewusst unbestimmt als »Vermögensverwaltung im weitesten Sinne sowie Wirtschaftsberatung für nichtarische Geschäftsfreunde« definiert.¹⁹ Alleinige Gesellschafter des Unternehmens waren Max und Fritz Warburg, als Vorstandsmitglieder bzw. Geschäftsführer firmierten für den Hamburger Hauptsitz die ehemaligen Prokuristen der Warburg-Bank Max Hamlet und Salomon Fürth; die Leitung der Berliner Filiale übernahmen die Bankkaufleute Hanns Peiser und Hugo Heim. Während die Berliner Zweigstelle am Potsdamer Platz als gewichtige Hauptstadt-Dependance geplant war, bezog das Hamburger Sekretariat zum 1. Juli 1938 gegenüber der Warburg-Bank mit acht Mitarbeitern eher bescheidene Büroräume.²⁰ Denn die vielen finanztechnischen, devisenrechtlichen und steuerlichen Vorgänge und Bestimmungen, die vor einer Auswanderung standen und die durch ständig neue Runderlasse und Verordnungen ergänzt wurden, blieben weiterhin Sache der Warburg-Bank. Auch die Auswandererberatung selbst wurde gemeinsam mit den Mitarbeitern des Bankhauses durchgeführt. Diese hatten durch die Abwicklung der Paltreu-, Altreu- und Intria-Verfahren über die Jahre *working relations* mit der Golddiskontbank (Degeo) und eine Expertise in Devisen- und Transferfragen erworben, die – abgesehen vom kleineren Paltreu-Partner, dem Berliner Bankhaus A.E. Wassermann – weithin als konkurrenzlos

19 Gesellschaftsvertrag v. 21.7.1938, SWA, Warburg'sche Verwaltungs-Gesellschaft mbH und Stadtsteueramt Berlin.

20 Sekr. Max und Fritz Warburg, Allg. Korrespondenz, A-K, SWA.

galt.²¹ So ging während der Transferblockade des Sommers 1938 in Württemberg das Gerücht um, dass Sperrmarkverkäufe an die Dego nur noch über die Warburg-Bank möglich seien.²²

Im Verein mit dem Sekretariat gelang es der neuen Bank-Leitung unter dem langjährigen Warburg-Intimus Rudolf Brinckmann daher, das Vertrauen jüdischer Kundschaft zu erhalten. Laut Auskunft der Bank an den Buchprüfer waren Ende 1938 in der Bilanz rund 21 Mio. RM an privaten »nichtarischen« Einlagen enthalten.²³ Diese Zahl spiegelte aber keineswegs den vollen Umfang des betreuten jüdischen Vermögens. Denn die im Jahresverlauf bereits erledigten Transfergeschäfte tauchten zum Stichtag nicht mehr in der Bilanz auf. Überdies beschränkten sich die für jüdische Klienten vorgenommenen Transaktionen mitnichten auf die angestammte Kundschaft.²⁴

Der Plan, die enge Verbindung zwischen Sekretariat und »arisiertem« Bankhaus über die Warburg'sche Verwaltungs-Gesellschaft m.b.H. abzusichern, war indes bald zum Scheitern verurteilt. Zwar hatte das Reichswirtschaftsministerium (RWM) – freilich »unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs« – keine Einwände, da »die beabsichtigte Tätigkeit der Herren Max M. Warburg und Dr. Fritz M. Warburg im wesentlichen zu einer wirtschaftlichen Rat- und Auskunftserteilung an jüdische Auswanderer in Auswanderungsfragen« führe.²⁵ Gleichwohl verbot der Hamburger Reichsstatthalter, trotz vorheriger positiver Stellungnahme der Gauleitung, Mitte Oktober die Errichtung der Warburg'schen Verwaltungs-Gesellschaft mit Verweis auf die Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens. Gleichzeitig strengte das Stadtsteueramt

21 75% aller Auswanderertransfers nach dem Haavara-Abkommen wurden über die Warburg-Bank abgewickelt. Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis/Ludwig Pinner, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972, S. 71.

22 Tatsächlich hatte man eine Absprache mit dem Dego-Vorstand erreicht, über die Dispositionen der Dego vorab informiert zu werden und im Einzelfall Sperrmarkverkäufe auch »vor Vorliegen devisenrechtlicher Unbedenklichkeitsbescheinigungen« durchzuführen. Hayum, Sekr. Warburg, an Willy Hirsch, MMW & Co. KG, 1.8.1938; Notiz Dessauer, 20.7.1938; SWA, Auswanderer, Allgemeines.

23 Prüfbericht des Jahresabschlusses per 31.12.1938, S. 10, SWA.

24 Die Bank verschickte, manchmal im Abstand weniger Tage, Rundschreiben zu Transfer- und Auswanderungsmöglichkeiten an Devisenberater und Anwälte, deren Klienten nur kurzzeitig in Berührung mit der Bank und dem Sekretariat kamen.

25 RWM an M.M. Warburg & Co. KG, 31.8.1938, SWA, Warburg'sche Verwaltungs-Gesellschaft m.b.H. und Stadtsteueramt Berlin.

Berlin eine Prüfung der Berliner Filiale als unzulässigen Gewerbebetrieb an. Folglich wurde die Handelsregisteranmeldung der Gesellschaft im November 1938 zurückgezogen und Ende des Jahres das Berliner Büro erheblich verkleinert.²⁶

Ohnehin hatte sich die Vorstellung, in größerem Umfang auch Firmenkunden und Transfergeschäfte, also »Arisierungen« und Zwangsverkaufserlöse zu betreuen, als Fehleinschätzung erwiesen. Erstens waren die meisten großen oder bedeutenden jüdischen Unternehmen reichsweit bereits »arisiert« worden. Und zweitens kam just nach der Gründung des Sekretariats Warburg im Juni 1938 die bisherige Transferpraxis, gleichgültig ob über die Paltreu oder die Altreu oder über horrend verlustreiche Sperrmarkverkäufe an die Deago, nahezu zum Stillstand.²⁷ Die Blockade stand in Zusammenhang mit dem im RWM und im SD diskutierten Umbau der Transferverfahren, der im August mit der Errichtung der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Teil eines Nötigungs- und Beraubungssystems endete.

»Wir sind überlaufen in Unterstützungs- und Auswanderungsangelegenheiten. [...] Besuche von Kapitalisten wegen Transferierung oder sonstiger Anlagen sind selten geworden«, meldete das Sekretariat Warburg im Herbst 1938.²⁸ Zwar ließ Ende Oktober die Ausarbeitung eines größeren Sondertransfers Max Warburg in der Ferne hoffen, »dass das Sekretariat seine Künste zeigen kann, [...] damit die Stellung des Sekretariats und der Kommandite bei den Altreu-Sachen unverändert bleibt«.²⁹ Doch nachdem das Sekretariat im September an die Alsterterrasse umgezogen war, hatte sich eine Arbeitsteilung ergeben. Das Sekretariat konzentrierte sich vornehmlich auf Beihilfen zu Passage- und Vorzeigegel-

26 Schreiben an Amtsgericht Hamburg, 23.11.1938, SWA, Sekret. Max & Fritz Warburg, Allg. Korr. A-K; Fürth an M. Warburg 26.10.1938, SWA, Max M. Warburg, Reise New York 1938/39.

27 Der Abschlag, der bei Sperrmarkverkäufen an die Deutsche Diskontbank gegen Devisen erhoben wurde, betrug im Juni 1938 bereits 90% und stieg bis September 1939 auf 96%. Vgl. Bajohr, »Arisierung« (wie Anm. 1), S. 153f. Die Akten der SWA bestätigen aber Verhandlungsspielräume, die bereits Martin Friedenberger, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933-1945, Berlin 2008, S. 135, vermutet.

28 M. Hamlet an M. Warburg, New York, 26.10.1938, SWA, Max M. Warburg, Reise New York 1938/39.

29 M. Warburg an F. Dessauer, MMW & Co. KG 26.10.1938, ebd. Offenbar handelte es sich um ein Auswanderersperrmark-Darlehen an die Henschel-Werke. In SWA, Transfer-Projekte, 4. Mappe, ist jedoch von einer Henschel-Anleihe die Rede.

dern, die Beschaffung von Affidavits, Kontakten und Arbeitsstellen im Ausland sowie auf die Vermittlung von Transfermöglichkeiten. Konkrete Transferinitiativen hingegen wurden nun ausschließlich von der Warburg-Bank KG gemeinsam mit Warburg & Co. in Amsterdam bearbeitet. Dabei sollte sich die gute Verbindung zwischen Rudolf Brinckmann und dem Amsterdamer Bankchef Ernst Spiegelberg, bis zur »Arisierung« Partner bei M.M. Warburg & Co., auszahlen. Einerseits konnten die Hamburger ihre langjährige Übung im Umgang mit NS-Stellen als nun »arisches« Haus fortsetzen. Andererseits bewies Spiegelberg ein hohes Maß an Kreativität in dem Bemühen, von neutralem Boden aus Sondertransferpläne zu realisieren.

In diesem Zusammenhang war der so genannte Türkentransfer mit einem Volumen von 17,5 Mio. RM wahrscheinlich eines der spektakulärsten Projekte. Dabei handelte es sich um ein von Warburg & Co. zusammen mit der Hamburger Warburg-Bank organisiertes Kompensationsgeschäft, das im Sekretariat Warburg offenbar schon im Frühjahr 1938 angedacht worden war, aber erst ab Sommer 1939 zur Durchführung kam. Es lohnt, den Ablauf zu skizzieren, um zu verdeutlichen, welcher Aufwand notwendig war, um in den Jahren der forcierten Vertreibung minimale, aber entscheidende Spielräume zu gewinnen:

Im Auftrag von Warburg & Co., Amsterdam, kaufte die Niederländische Standaard Bank unter Verwendung von Sperrmarkguthaben deutscher Juden drei türkische Elektrizitäts- bzw. Gas-Lieferungs-Gesellschaften in Ankara und Adana, die den deutschen Didier Werken und der Berliner Handelsgesellschaft gehörten. Die niederländische Bank verkaufte die erworbenen Unternehmen sogleich an den türkischen Staat weiter und deponierte den Erlös bei der britischen Bank Robert Benson & Co., mit der die türkische Regierung einen Treuhändlervertrag abgeschlossen hatte, der im Juli 1939 eigens vom türkischen Parlament ratifiziert worden war. Deutsche Juden konnten sich an dem Konsortium zur Aufbringung des Sperrmarkbetrages beteiligen, in dem sie sowohl Barguthaben als auch Wertpapiere in Zahlung gaben – mit einem Disagioverlust von 93,5 Prozent, der sie aber besser stellte als der offizielle Deago-Abschlag.³⁰ Dafür erhielten sie neben einem Barvorschuss in Devisen freier Wahl vom Bankhaus Warburg & Co. in Amsterdam Schuldverschreibungen des türkischen Staates. Diese wiederum konnten durch die

30 Durch die anfallenden, angesichts des Aufwands recht angemessen erscheinenden Durchführungsgebühren (2% der Zeichnungssumme an die Hamburger Warburg-Bank und 4% des Transferbetrages an die britische Treuhänderin) ergab sich ein effektives Disagio in Höhe von 93,76 bzw. 93,89%.

Ausgabe entsprechender Zertifikate seitens der britischen Treuhänderin außerhalb Deutschlands in Devisen umgewandelt werden, wenn eine Auswanderung innerhalb von einem Jahr erfolgte. Nachdem dies jedoch nicht allen beteiligten Anteilszeichnern gelungen war, gewährte die Devisenstelle beim Oberfinanzpräsident Berlin mehrfach Fristverlängerungen, bis zuletzt am 9. September 1941 beschieden wurde, »dass es z.Zt. zwecklos ist, weiterhin eine Frist für die Auswanderung der Juden festzusetzen«. ³¹ Der Türkentransfer ermöglichte die Emigration von 90 Familien aus dem Deutschen Reich bis zum August 1941 und die Überführung von rund 1Mio. RM ins Ausland trotz der seit Kriegsbeginn herrschenden Transfersperre. ³²

Unterdessen hatten in der Beziehung des Sekretariats zur Warburg-Bank »gewisse Restriktionen Platz gegriffen«. ³³ So wurde nach dem Novemberpogrom die ständige telefonische Querverbindung abgeschaltet, und Geschäftskopien gingen nur noch an Max Warburg persönlich sowie an Warburg & Co. in Amsterdam. »Unsere Tätigkeit«, alarmierte Max Hamlet Anfang Dezember 1938 Max Warburg in New York, »hat sich in letzter Zeit immer mehr zu einer mehr als sehr verantwortlichen entwickelt. [...] Wir haben die stärksten Zweifel, ob wir es noch verantworten können, die umfangreiche caritative Arbeit fortzusetzen«. ³⁴ Zwei Wochen später plädierte er gar für die sofortige Einstellung der Unterstützungstätigkeit:

»Wir werden hier von morgens bis abends von Auswanderern bestürmt, die Interessenten wollen auf jeden Fall nach draussen. Der Hilfsverein ist in den Mitteln sehr beschränkt, und es hat uns doch erheblich mehr gekostet, als wir eigentlich verantworten können. Es ist aber sinnlos, dass wir unsere [...] Tätigkeit fortsetzen im Hinblick auf die immer

31 Oberfinanzpräsident Berlin, Devisenstelle, an Berliner Handelsgesellschaft (Abschrift), 9.11.1941, SWA, Türkentransferakten. Der Bescheid bezieht sich auf eine Anweisung des RWM vom 19.8.1941 – V dev. 4/24093/41.

32 Das Schicksal der Bremerhavener Kaufhausbesitzerin Jeanette Schocken, die am 17.11.1941 mit ihrer Tochter Edith nach Minsk deportiert wurde, scheint unter den Türkentransfer-Zeichnern eine Ausnahme gewesen zu sein. Ihre beiden anderen Kinder, die Enkel und der Schwiegersohn Walter Elkeles (ebenfalls Türkentransfer-Zeichner) waren zuvor nach Palästina und in die USA geflohen. Vgl. Hartmut Bickelmann/Stadtarchiv Bremen (Hg.), Bremerhavener Persönlichkeiten aus vier Jahrhunderten. Ein biographisches Lexikon, Bremerhaven 2003, S. 327 ff.

33 Fürth an M. Warburg, 21.11.1938; Robert Solnitz an M. Warburg, 24.11.1938; SWA, Max M. Warburg, Reise New York 1938/39.

34 Hamlet an M. Warburg 8.12.1938, ebd.

größer werdenden Ansprüche. [...] Die Schwierigkeiten häufen sich jeden Tag, die Notlage der kleinen Bevölkerung vergrößert sich zusehends. Ausser Shanghai existiert augenblicklich keine Auswanderungsmöglichkeit. Die Anmeldungen für die USA sind so groß, dass man mit einer Wartezeit von mehreren Jahren rechnen muss.«³⁵

So richtig Hamlets Einsicht in die beschränkten Handlungsmöglichkeiten des Sekretariats angesichts von NS-Terror und existenzieller Not auch war, so wichtig sollte allerdings dessen nicht bloß lokale Brücken- und Ersatzfunktion als »Stützpunkt des Hilfsvereins« sein.³⁶ Dies galt umso mehr, als Ende November 1938 die jüdischen Rechtsanwälte ihre Zulassung verloren und damit eine weitere Säule der Auswandererberatung wegbrach.³⁷

Trotz der grundsätzlichen Vorbehalte der Leitung arbeitete das Sekretariat auf Hochtouren. Zwar kündigte Bürochef Fürth Mitte November »vorsorglich« acht Hamburger und Berliner Angestellten des Sekretariats zum 31.12.1938; doch hernach setzen sie ihre Arbeit fort.³⁸ Gleichzeitig wurde das Team vorübergehend durch einige der jüdischen Mitarbeiter der Warburg-Bank (30 von 200) verstärkt, die nun entlassen worden waren.³⁹ Anfang 1939 wurde überdies eine Reihe zusätzlicher Schreib- und Hilfskräfte eingestellt.⁴⁰ Wie stark der Wille zur Selbsthilfe und Solidarität bei aller Skepsis war, bewies auch Fürths Kollege Hamlet. Bevor er vor seiner Aufgabe kapitulierte und im Februar 1939 emigrierte, setzte er sich in nächtlichen Arbeitstreffen in Berlin mit dem Hilfsverein-Direktor Wilfried Israel noch ganz wesentlich für das Zustandekommen der Kindertransporte nach Großbritannien ein, zu deren maßgeblichen Organisatoren auf englischer Seite Max Warburgs Tochter Lola Hahn gehörte.⁴¹ Hingegen entwickelten sich die unter Mitwirkung des Sekretariats zeit-

35 Hamlet an M. Warburg, 22.12.1938, ebd.

36 Fürth an Max Warburg, 25.2.1939, SWA, Vorblätter zur Akte Max M. Warburg – Dr. Fritz M. Warburg–Sekretariat.

37 Vgl. Heiko Morisse, *Jüdische Rechtsanwälte in Hamburg. Ausgrenzung und Verfolgung im NS-Staat*, Hamburg 2003, S. 55-59, S. 61.

38 Kündigungsschreiben v. 15.11.1938, SWA, Max M. Warburg – Dr. Fritz M. Warburg, -Sekretariat; Fürth an M. Warburg, 21.11.1938, SWA, Reise Max M. Warburg New York 1938/39.

39 Fürth an M. Warburg, 23.11.1938, ebd. vgl. Kopper, *Marktwirtschaft* (wie Anm. 17), S. 267 f.

40 Akte Sekr. Max und Fritz Warburg, SWA, Allg. Korrespondenz, A-K.

41 Vgl. u. a. Barry Turner, *Kindertransport. Eine beispiellose Rettungsaktion*, Berlin 2001; Hamlet an M. Warburg, 29.11. und 1.12.1938; SWA, Reise Max M. Warburg New York 1938/39.

gleich ins Werk gesetzten holländischen Kindertransporte weitaus bescheidener als angenommen und wohl auch zugesagt worden war.⁴² Über die Stimmung der übrigen Sekretariatskräfte schrieb Salomon Fürth Ende Februar 1939: »Jeder von den Angestellten denkt an seine Auswanderung, die aber leider für die meisten noch in der Ferne liegt. Die Dauer unserer Tätigkeit hier ist nicht abzusehen.«⁴³ Auf Anregung seines Bruders Fritz versuchte Max Warburg im Winter 1938/39 beim Joint, der größten jüdischen Hilfsorganisation in den USA, einen Sonderfonds für Mitarbeiter insbesondere des Hilfsvereins, aber auch der RV durchzusetzen, »für diejenigen, die jetzt tapfer aushalten, [...] wenn es irgendwie möglich ist, noch zwei bis drei Jahre«: »Es soll eine sogenannte Frontprämie sein.«⁴⁴ Im Nachsatz wurde deutlich, dass sich auch bei ihm Unsicherheit breitmachte – »ich kann nicht beurteilen, ob dieses Vorgehen heute noch ausführbar und richtig ist«. Gleichwohl engagierte sich Max Warburg weiter unermüdlich für die Einrichtung einer internationalen Stiftung als »die letzte, die allerletzte Chance« einer geordneten Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich.⁴⁵ Bis zum Kriegsbeginn im September pendelte er zwischen New York, Frankreich und London, wo er über seine tagtägliche Korrespondenz mit dem Sekretariat hinaus dessen Angelegenheiten mit Rudolf Brinckmann, aber auch mit Max Plaut, dem Vorstand des Jüdischen Religionsverbands in Hamburg, regelmäßig persönlich besprach.⁴⁶

Im Übrigen schlug in Hamburg nun die Stunde Fritz Warburgs. Dieser hatte sich nach dem Novemberpogrom mehrere Wochen in Gestapohaft befunden, war aber vor Ende Januar 1939 entlassen worden.⁴⁷ Vermutlich stand Warburg zunächst noch unter Hausarrest; doch spätestens ab Mitte März kümmerte er sich intensiv darum, ein festes Band zwischen dem Sekretariat und dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu knüpfen. Der im Dezember 1938 von der Gestapo als Gemeindevorstand eingesetzte Max Plaut, der beim Bankhaus Warburg seine Lehrzeit absolviert und nach einem Jura-Studium bis 1930 dort gearbeitet hatte, genoss Fritz Warburgs volles Vertrauen. Von der Verbindung profitierten beide Seiten: Mit finanzieller Unterstützung des Sekretariats »verhandelte, er-

42 Hamlet an M. Warburg, 27.12.1938, SWA, Reise Max M. Warburg New York 1938/39.

43 Ebd.

44 M. Warburg an F. Warburg, 29.12.1938 u. 24.1.1939; SWA, Einzelblätter.

45 Kieffer, Judenverfolgung (wie Anm. 2), S. 467 f.

46 Plaut begleitete 1938/39 wiederholt Kindertransporte nach Großbritannien.

47 Der Terminus ante quem ergibt sich aus dem Schreiben Sekret. an Felix Epstein, 23.1.1939, SWA, Max M. Warburg – Dr. Fritz M. Warburg, -Sekretariat (E).

wirkte, erkaufte und erschwindelte Plaut [...] zwischen 1938 und 1941 Visa, Pässe und Passagen« für jüdische Auswanderer.⁴⁸ Andererseits sah Fritz Warburg nicht nur das Israelitische Krankenhaus, dessen Vorsitzender er blieb, unter Plaunts Ägide gut aufgehoben. So berichtete er seinem Bruder, die Behörden pflegten »jüdische Stiftungsangelegenheiten mehr oder weniger Herrn Dr. Plaut zu überlassen«.⁴⁹ Um die steuerlichen Auseinandersetzungen der Warburg-Brüder mit den Behörden und der Warburg-Bank KG, die auch von der Bank mit aller Härte geführt wurden, kümmerte sich unterdessen der Anwalt Robert Solmitz, der bis August 1939 als Hilfsarbeiter des Hamburger »Konsulenten« Dr. Zadik tätig war. Nach einer Intervention des Bankiers Cornelius Berenberg-Goßler beim Reichsführer SS Heinrich Himmler konnte Fritz Warburg unter Mitnahme von 100 jüdischen Kindern Mitte Mai 1939 nach Schweden ausreisen. Sein Plan, dort ein Internat mit Lehrfarm für jüdische Jugendliche einzurichten, scheiterte indes trotz Unterstützung der Gestapo im September 1939 »an nicht durchführbaren Forderungen des Reichswirtschaftsministeriums in letzter Minute«.⁵⁰

Im Juni 1939 ließ die Zahl der Gesuche beim Sekretariat Warburg schlagartig nach.⁵¹ Der Zeitpunkt erscheint recht früh, deckt sich aber mit dem Befund, dass die Hamburger Devisenstelle bei Sicherheitsanordnungen im selben Monat »kaum noch Neuzugänge« verzeichnete und die Mitarbeiter im Juli »unterfordert« waren.⁵² Ähnlich wie im Jahr zuvor fand auch 1939 die Emigration von bis zu 75.000 Juden aus Deutschland in nur wenigen Monaten statt. Bis zum Herbst entließ das Sekretariat die Hilfskräfte, die während des starken Andrangs der Vormonate zusätzlich eingestellt worden waren. Gemeinsam mit der Warburg-Bank KG legte man nun eine Kartothek über die seit Juni 1938 betreuten Auswanderer und deren Zieladressen an. Diese Kartothek ist ebenso wie der Großteil der Sekretariatsakten verloren, so dass konkrete Zahlenangaben heute nicht möglich sind. Auch eine aus Parallelbeständen der Stiftung Warburg Archiv angelegte Datenbank, die für die Jahre 1938/39 (teils auch 1937) über 49.000 Personeneinträge enthält, erlaubt noch keine verläss-

48 Beate Meyer, Das »Schicksalsjahr 1938« und die Folgen, in: dies. (Hg.), Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933-1945, Hamburg 2006, S. 25-32, hier S. 29.

49 An M. Warburg, 13.4.1939, SWA, Einzelblatt.

50 Undat. Notiz, SWA, Dr. Fritz M. Warburg, Allgemeines, Bd. 1.

51 Ebd., Fürth an F. Warburg, 26.5., 22.6. u. 10.7.1939.

52 Gaby Zürn, Forcierte Auswanderung und Enteignung, 1933 bis 1941. Beispiele Hamburger Juden, in: Arno Herzig (Hg), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, Hamburg 1991, S. 487-498, hier S. 494.

lichen Aussagen.⁵³ Immerhin lässt sich schon jetzt ermesen, dass – jenseits des Paltreu-Verfahrens – die Zahl der Auswanderer, die mit dem Sekretariat Warburg und seinem Netzwerk in Berührung kamen, in die Tausende geht. Zugleich erlaubt die Quellenlage, die Klientel des Sekretariats Warburg annähernd zu bestimmen: Zwar kam der Großteil der Besucher aus dem Hamburger Raum sowie aus Berlin, insgesamt aber stammten die Hilfesuchenden, und dies bis 1941, aus ganz Deutschland und in Einzelfällen auch aus Österreich. Hier gab es jedoch deutliche Unterschiede, zumal Bittsteller von außerhalb nur selten persönlich vortraten. Während die Klienten aus Hamburg vielfach von den Gemeindestellen und dem Hilfsverein an das Sekretariat weitergeschickt wurden und ein durchaus gemischtes Sozialprofil aufwiesen, hatten diejenigen von anderswo oft einen zumindest indirekten Kontakt, gleichgültig ob privat oder geschäftlich, mit einem Mitglied der erweiterten Familie Warburg oder aber der Bankbelegschaft oder deren jeweiligem Bekanntenkreis.

Die vom Sekretariat geleistete finanzielle Unterstützung lässt sich bisher nur teilweise beziffern. Sicher ist, dass von Warburgs persönlich von 1938 bis zum 30. Juni 1940 über 600.000 RM an Auswandererbeihilfen gezahlt wurden, wobei über 40 Prozent aus deutschen Forderungen der amerikanischen Warburgs, dem so genannten Karafonds, stammten.⁵⁴ Denn vom Gemeinschaftskonto von Max und Fritz Warburg waren nicht nur konfiskatorische Abgaben zu zahlen; fast 90 Prozent des Vermögens der Brüder waren für Steuersicherheiten gesperrt und somit nicht verfügbar.

Das Sekretariat griff daher, unterstützt von seinem Netzwerk, für mittellose Klienten auf zusätzliche Geldquellen zurück. Dazu gehörte etwa der so genannte Fürstenbergfonds des emigrierten ehemaligen Inhabers der Berliner Handelsgesellschaft. Aus diesem Fonds wurden z. B. im Oktober 1938 30.000 RM an Zuschüssen verteilt – je zur Hälfte in Hamburg und in Berlin. Ein weiterer Unterstützungstopf war der Fonds der oben erwähnten FWI, über dessen Verwendung aber teils in New York entschieden wurde – wengleich in Rücksprache mit dem Hamburger Sekretariat.⁵⁵ Direktzahlungen aus dem Ausland blieben hingegen aufgrund

53 Die Datenbank ist 2006/2007 als Gemeinschaftsprojekt der SWA mit dem Jüdischen Museum Berlin entstanden, muss aber noch aus anderen SWA-Beständen ergänzt und von Fehleingaben, Doppelungen usw. bereinigt werden.

54 Vermögensfeststellungen, Aufstellung vom 1.7.1940, SWA.

55 Fürth an Willy Hirsch, 31.7.1939, SWA, Max M. Warburg – Dr. Fritz M. Warburg, -Sekretariat (S).

der Politik des Joint, keine Valutaüberweisungen nach Nazi-Deutschland zuzulassen, selten. Zwar konnte Max Warburg Mitte Oktober 1938 in New York beim Joint angesichts der akuten Notlage des Hilfsvereins erreichen, »dass größere Summen wieder zur Verfügung gestellt werden und zwar via Paris in Berlin«. Doch weil sich Warburg »keinen Lokalpatriotismus« vorwerfen lassen wollte, profitierte das Sekretariat nur im Ausnahmefall.⁵⁶ Ein solcher war die Überweisung von 2000 Dollar für »Hamburger soziale Fälle«, offenbar KZ-Häftlinge, als es im Herbst 1938 kurzzeitig möglich war, von Hamburg aus gegen die Zahlung eines Vorzeigegelds von nur 50 Dollar (für Kuba waren zum selben Zeitpunkt 500 Dollar notwendig) ein Einwanderungsvisum für Paraguay nebst einem Durchreisevisum für Uruguay zu beschaffen.⁵⁷ Neben den Beihilfen für Auswanderer leistete das Sekretariat ferner, zumal seit 1940, zahllose monatliche Unterhaltszahlungen, zum Teil über ihm nahestehende Stiftungen. Hinzu kamen Sonderzahlungen: So erhielt 1939 das Israelitische Krankenhaus in Hamburg 50.000 RM, und im Februar 1940 sprang man der Zentrale der RV in Berlin angesichts eines finanziellen Engpasses mit 30.000 RM bei. Die RV, die über ihre Konten nur im Rahmen eines behördlich genehmigten monatlichen Budgetplans verfügen konnte, hatte sich zuvor hilfesuchend an Warburg & Co. in Amsterdam gewandt.⁵⁸

In welchem Umfang Auswanderer mit Restvermögen an den Transferinitiativen der Warburg-Firmen in Hamburg und Amsterdam teilhaben konnten, ist noch zu erforschen. Gleiches gilt für das Volumen der Spenden über die Intria bis 1941, die ebenso wie die Europa-Zahlungen des Joint weitgehend über Warburg & Co. liefen.⁵⁹ Fest steht aber, dass unter den Bedingungen von Segregation und Kontrolle die Spielräume des Sekretariats nicht nur den Auslandsverbindungen, sondern auch dem Rückhalt nichtjüdischer Partner geschuldet waren. Selbst als mit Kriegsbeginn das Haavara-Paltreu-Verfahren endete und die Gelder des Altreu-Sozialfonds durch die Deago eingezogen wurden, war die KG willens, aktiver Bestandteil des Warburg'schen Netzwerks zu bleiben und als solcher auch zum Kooperationspartner der RV zu werden. Insbesondere der KG-Mitarbeiter August Behrmann zog den Altreu-Geschäftsführer Heinrich Elkeles zu Transferverhandlungen hinzu und ermöglichte ihm,

56 M. Warburg an Sekr., 12.10.1938, SWA, Reise Max Warburg New York 1938/39.

57 Sekr. an M. Warburg, 27.10.1938, ebd.

58 F. Warburg an Solnitz, 19.1.1940, u. Solnitz an F. Warburg, 8.2.1940, SWA, Dr. Fritz Warburg, Allgemeines, Bd. 1.

59 Feilchenfeld u. a., Haavara (wie Anm. 21), S. 63f.

Dritten gegenüber Bedingungen zu stellen. Tatsächlich gestalteten sich Behrmanns Beziehungen zur RV, insbesondere zu Otto Hirsch, zeitweise so intensiv, dass er im Januar 1940 als Emissär der RV an entscheidenden Verhandlungen mit dem Joint in Amsterdam teilnahm. Dabei trug Behrmann, angesichts von Eichmanns Wechsel an die Spitze der Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin, einerseits »den Wunsch der Reichsvertretung« vor, »die für Deutschland bestimmten Beträge in den nächsten 2 Monaten verstärkt zur Verfügung zu stellen, um im Hinblick auf die Befürchtungen im Zusammenhang mit der Neubesetzung der Berliner Zentralstelle die Auswanderungsmöglichkeiten voll ausnutzen zu können«. ⁶⁰ Andererseits machte Behrmann etwa für das drängende Problem des Unterstützungstransfers nach Polen und Litauen auch eigene Vorschläge, die vom Joint hernach zum Teil umgesetzt werden konnten.

Im November 1939 zog das Sekretariat Warburg in die geräumige Privatvilla von Fritz Warburg am Mittelweg 17 um. Angesichts mangelnder Auswanderungsmöglichkeiten begann eine Phase innerer Einkehr, die dem Sekretariat unter dem neuen *spiritus rector* Robert Solmitz den Ruf als »Oase für die Juden« eintrug. ⁶¹ Im Erdgeschoss befand sich eine rege genutzte Bibliothek nebst großem Lesesaal, der regelmäßig auch für Konzerte, Liederabende, Lesungen und andere Gemeinschaftsaktivitäten genutzt wurde. Wichtig waren auch die Tanzstunden für jeweils 80 Jugendliche; der letzte Abschlussball fand im Mai 1941 statt. Im Garten der Villa bildete zudem nach Schließung des Hachschara-Lehrguts Wilhelminenhöhe ab Herbst 1940 Robert Solmitz' Ehefrau Hertha weiterhin notdürftig auswanderungswillige Juden zu Gärtnern aus. Auch die Sitzungen des Gemeindevorstands, in den Robert Solmitz inzwischen fest eingebunden war, fanden regelmäßig im Sekretariat Warburg statt. Im ersten Stock befand sich neben einer der wenigen in Hamburg noch existierenden jüdischen Arztpraxen die Privatwohnung des Gemeindevorstands Max Plaut. Wahrscheinlich lag es an ihm, dass das Sekretariat bis zuletzt über einen Telefonanschluss verfügte.

Die Stärkung der lokalen Funktionen des Sekretariats war freilich die Kehrseite seiner zunehmenden äußeren Isolation und schwindender Spielräume. Denn mit der deutschen Besetzung der Niederlande im Mai

60 Notiz über versch. Besprechungen in Amsterdam betr. Transfer und Auswanderer-Fragen v. 20.1.1940, SWA, Warburg & Co. Amsterdam, 5. Mappe; Chef-Besprechung, 29.3.1940, SWA, Protokolle.

61 Robert Solmitz, Das Sekretariat Warburg. Eine Oase für die Juden 1938-1941 [1975], Staatsarchiv Hamburg 622-1/173 Plaut A 5.

1940 und der Übernahme von Warburg & Co. in Amsterdam durch die Hamburger KG im März 1941 brach die zentrale Außenbastion des Warburg'schen Netzwerkes weg. Schon zuvor, seit Winter 1939, hatte das Sekretariat wegen des Ausfalls des transatlantischen Postverkehrs mit Max Warburg, inzwischen Mitglied des *Executive Committee* des Joint, nur noch gelegentlichen Kontakt. Auch die Verwicklung des Sekretariats zwischen Dezember 1939 und Januar 1940 in die NS-Pläne für einen jüdischen Reservatstaat in Polen blieb Episode.⁶² Die Hoffnung auf Max Warburgs Beistand erschöpfte sich in Hamburg bald in symbolischen Gesten wie seiner feierlichen Wahl zum Ehrenvorsitzenden des Knabenwaisenhauses, das zu seinem siebzigsten Geburtstag im Juni 1940 überdies ein »Max Warburg-Zimmer« einrichtete.⁶³

Fritz Warburg in Schweden, zu dem Solmitz wie auch Plaut mit behördlicher Genehmigung mehrfach reisen durften – zuletzt im Winter 1940/41 –, war nunmehr die letzte Außenverbindung des Sekretariats. Praktische Auswanderungshilfe war ihm kaum möglich, als Informationsquelle blieb er jedoch bedeutsam. Als etwa Solmitz Ende Dezember 1940 der Frankfurter Zeitung entnahm, die USA hätten »für 2.000 Einwanderer, die sich ›durch überlegenes Niveau in intellektueller Hinsicht auszeichnen‹, eine Vorzugsbehandlung angeordnet«, wozu die US-Konsulate in Hamburg und Berlin indes keinerlei Informationen besaßen, konnten diese in kürzester Zeit über Fritz Warburg via Max Warburg in New York telegraphisch in Washington eingeholt und an die RV weitergeleitet werden. Auch Solmitz, den »schwankende Gefühle« bis zuletzt zurückhielten, konnte auf diese Weise im Juni 1941 auswandern.⁶⁴

Die Emigration von Solmitz und weiteren Mitarbeitern sowie die anschließende Konfiskation der Warburg-Villa bedeutete das Ende des Sekretariats. Zwar gab es bis zur Deportation der in Hamburg zurückgebliebenen Angestellten noch ein »Sekretariat Warburg, Sozialabteilung«. Der klangvolle Name taugte aber nur noch zur trotzigen Reminiszenz einer längst geschwundenen relativen Autonomie; Zahlungsanweisungen beschränkten sich jetzt auf die Alimentierung einzelner Gemeindeglieder und das Waisenhaus. Zusammen mit Max Plaut, für dessen Wohnung es weiterhin aufkam, bezog dieses Restsekretariat im Juli 1941

62 Solmitz, Sekretariat, S. 7f.; Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der »Endlösung«, in: VfZ 29 (1981), S. 74-96.

63 Solmitz an M. Warburg, 23.4. u. 27.8.1940, SWA, Reise Max Warburg London und New York 1939/40.

64 F. Warburg an Solmitz, 23.12.1940, SWA, Fritz Warburg, Allgemeines, Bd. 2.

ein kleines Zimmer im ersten Stock der Böttgerstraße 5. Im Erdgeschoss wurde erneut eine stark frequentierte Bibliothek mit Leihbetrieb eingerichtet. Doch Ende Oktober, zeitgleich zum Auswanderungsverbot, wurde durch die Umfirmierung der Warburg-Bank KG in Brinckmann, Wirtz & Co. das Ende eines außengestützten, bemerkenswert flexiblen und trotz widriger Umstände zeitweise relativ souverän agierenden Netzwerks des Vertrauens auch namentlich besiegelt. Die Überbleibsel des Sekretariats wurden jetzt Teil der Vernichtung der deutschen Juden: Während die FWI unter Heinrich Elkeles neben Ressorts wie Fürsorge und Finanzen nunmehr eine der elf Hauptabteilungen in der Zentrale der RV bildete, beantragte Anfang Mai 1942 die RV beim Reichssicherheitshauptamt und beim RWM die Freigabe des Restbetrags des Auswanderer-Sozialfonds der Altreu »zur Finanzierung von Abwanderungstransporten von Juden aus dem Altreich«, sprich: von Deportationen.⁶⁵

65 RV an RSHA u. RWM, 4.5.1942, LBIJMB, M 456; Organisationsplan RV, 24.5.1942, ebd.

FRANCIS R. NICOSIA

Haavara, Hachschara und Aliyah-beth

Jüdisch-zionistische Auswanderung in den Jahren 1938-1941

Einleitung

Im Mittelpunkt dieses Bandes steht die tiefgehende Krise der Juden in Deutschland in der Zeit von 1938 bis 1941. Doch schon seit 1933 folgte die NS-Judenpolitik einer klaren Linie, insbesondere in ihrer Auswanderungspolitik. Es ist offenkundig, dass Hitlers Außenpolitik des Jahres 1938 radikale Veränderungen in der Judenpolitik seiner Regierung erforderte, und zwar schon verhältnismäßig früh in dem betreffenden Jahr, nämlich vor dem »Reichskristallnacht«-Pogrom vom 9. und 10. November.¹ Jedoch bedeuteten diese Veränderungen keine generelle Abkehr von den Zielen der bisherigen NS-Judenpolitik, sondern deren Radikalisierung. Die Richtung war sowohl vor als auch nach 1938 dieselbe: Es ging darum, die Juden in Deutschland völlig zu enteignen und ihre totale Auswanderung zu forcieren.

Unter anderem haben die Nazis mit Hilfe neuer anti-jüdischer Gesetze und Maßnahmen die »Arisierung«, also die Enteignung des deutschen Judentums, in die Tat umgesetzt, indem sie die Juden endgültig aus der deutschen Wirtschaft vertrieben. Zudem haben sie alle autonomen jüdischen Organisationen – unter anderem den Centralverein der Juden in Deutschland (bis 1935 Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) und die Zionistische Vereinigung für Deutschland – aufgelöst. Auf diese Weise wurde die Isolation der Juden in Deutschland weiter vertieft. Außerdem unternahm die SS verschiedene Schritte, um die Federführung in der Auswanderungspolitik an sich zu ziehen. Mit der in Wien unter Leitung von Adolf Eichmann im Sommer 1938 gegründeten Zentralstelle für jüdische Auswanderung sowie der in Berlin ein halbes Jahr später eröffneten Reichszentrale für jüdische Auswanderung war die

1 Vgl. Avraham Barkai, »The Fateful Year 1938. The Continuation and Acceleration of Plunder«, in: Walter Pehle (Hg.), November 1938. From »Reichskristallnacht« to Genocide, Oxford 1991, S. 95-122.

SS erstmals in der Lage, ihre Politik der forcierten jüdischen Emigration aus Deutschland durchzusetzen. Und die am 9. und 10. November 1938 vom NS-Staat koordinierte Gewalt gegen die Juden im ganzen Deutschen Reich kann auch als eine radikale Intensivierung der seit 1933 willkürlich praktizierten Einschüchterung und Gewalt gegen die Juden angesehen werden.²

Das NS-Regime hat ab 1938 weitere wichtige – wenngleich vielleicht weniger sichtbare – Maßnahmen angeordnet, um die seit 1933 wachsende Separierung bzw. Isolation der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu vollenden und damit auch die Verarmung der Juden zu erzwingen.³ Am 25. Juli bestimmte die »Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz« unter anderem, dass die Approbation jüdischer Ärzte erlöschen würde. Um die Isolation der Juden in Deutschland noch zu verstärken, verfügte das Reichsinnenministerium am 17. August, dass jüdische Männer ab 1. Januar 1939 zusätzlich den Vornamen »Israel«, jüdische Frauen den Vornamen »Sara« tragen müssten. Die jüdischen Rechtsanwälte verloren ihre Zulassung mit der »Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz« vom 27. September. Am gleichen Tag wurden ehemaligen jüdischen Reichswehrangehörigen die Versorgungsbezüge gestrichen. Am 5. Oktober erging die »Verordnung über die Reisepässe von Juden«, der zufolge die Reisepässe deutscher Juden nur nach Einstempelung eines »J« gültig waren. Jüdische Kinder durften ab 15. November deutsche Schulen nicht mehr besuchen, und am 19. November erließ der Reichsminister des Innern die »Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden«, wonach Juden in Deutschland künftig auf die jüdische Wohlfahrtspflege angewiesen waren.

Hitlers außenpolitische Pläne, Österreich und die Tschechoslowakei betreffend, haben Anfang 1938 seine Judenpolitik stark beeinflusst. Auf diese »Verknüpfung von Kriegsplanung und Rassenpolitik« hat Uwe Dietrich Adam bereits 1972 hingewiesen.⁴ In Europa drohte der Ausbruch eines neuen Krieges. Der Anschluss Österreichs und die deutsche Vereinnahmung von Böhmen und Mähren hatten zudem eine starke Zunahme der jüdischen Bevölkerung unter deutscher Herrschaft zur Folge. Vor diesem Hintergrund drängten die NS-Behörden darauf, die Juden

2 Vgl. z. B. Ian Kershaw, *Hitler, 1889-1936*, New York 1998, S. 471; Michael Wildt, »Violence Against the Jews in Germany, 1933-1939«, in: David Bankier (Hg.), *Probing the Depths of Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews, 1933-1941*, Oxford 2000, S. 181-209.

3 Wolfgang Scheffler, *Judenverfolgung im Dritten Reich*, Berlin 1964, S. 27-29.

4 Uwe-Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 159.

schnellstmöglich und unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel aus Deutschland zu vertreiben. Dies führte zu einer Verschärfung der zuvor eingeführten anti-jüdischen Maßnahmen, besonders zu einer radikalen Intensivierung der Auswanderungspolitik.

Von 1938 an wurde die Auswanderung immer mehr zur Zwangsemigration oder gar Vertreibung der Juden. Während die jüdische Auswanderung vorher – trotz aller Härte und traumatischer Begleiterscheinungen – im Prinzip noch ein freiwilliger Akt war, handelte es sich nach 1938 – beginnend in Österreich – um erzwungene und überstürzte Vertreibungen. Im Sommer 1938 wurde in Wien mit der vom SD neu eingerichteten Zentralstelle für jüdische Auswanderung erstmals ein System der forcierten Vertreibung eingesetzt, bei dem man den österreichischen Juden ihr Vermögen abnahm und sie binnen weniger Stunden mit allen zum Verlassen des Landes nötigen Auswanderungspapieren ausstattete. Was also im Altreich Monate oder noch länger dauerte, wurde in der Zentralstelle in Wien an einem Tag erledigt.⁵ Manche der zur Zwangsarbeit eingeteilten österreichischen Juden wurden in Lager eingewiesen. Wolf Gruner hat den Zusammenhang der »Kollektivausweisungen« zwischen 1938 und der »Endlösung« herausgearbeitet: Von der neuen, erst in Österreich im Jahre 1938 eingeführten »forcierten Auswanderung« der Juden über die Austreibung der hauptsächlich polnischen Juden im Oktober 1938 und die Pläne für jüdische Reservate in Lublin (1939) und Madagaskar (1940) bis schließlich zur Deportation in die Ghettos bzw. die Vernichtungslager im Osten ab Herbst 1941.⁶ Die Idee, den deutschen Machtbereich durch eine mittels starkem Druck forcierte jüdische »Auswanderung« – gleich welcher Art – »judenrein« zu machen, existierte bereits seit den Anfängen der NS-Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg und hat sich durch die anti-jüdische Gesetzgebung bzw. die Maßnahmen ab 1933 immer stärker ausgeprägt.

Die Auswanderung als Kernelement der NS-Judenpolitik bildet also – wengleich von 1938 an in veränderter Form – einen kontinuierlichen Bestandteil der Politik des Regimes. Eine besondere Rolle spielte dabei der Zionismus. Zwar wurde die Zionistische Vereinigung für Deutschland wie alle anderen noch in Deutschland verbliebenen jüdischen Organisationen nach dem Novemberpogrom aufgelöst und das Palästinaamt

⁵ Ebd., S. 185, S. 198.

⁶ Wolf Gruner, »Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938-1945). Neue Perspektiven und Dokumente«, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945, Göttingen 2004, S. 21-62, S. 22-23.

der Jewish Agency for Palestine in Berlin während der Pogromnacht völlig zerstört, doch sofort nach dem Pogrom wurden die Zionisten überall wieder in ihre Funktionen eingesetzt, und der SD hat die Bemühungen des Berliner Palästinaamts unterstützt, seine Arbeit so schnell wie möglich wieder aufzunehmen. So ordnete der SD in Berlin und Wien die Freilassung aller während des »Kristallnacht«-Pogroms verhafteten Juden an, die in irgendeiner Verbindung mit dem Palästinaamt standen oder die schon die gültigen Einwanderungs-Zertifikate für Palästina besaßen.⁷

Insofern blieben die Funktionalisierung der zionistischen Bewegung sowie die Rolle Palästinas als Zielland für die jüdische Auswanderung aus Deutschland wichtige Kernelemente der Judenpolitik des NS-Regimes, deren Bedeutung noch bis zum Ausbruch des Krieges im September 1939 wuchs, danach jedoch allmählich abnahm. Doch klare Vorstellungen von den Dimensionen des »Judenproblems« in Deutschland sowie von dessen Lösung im europäischen Kontext fehlten auch nach September 1939 noch. Christopher Browning hat darauf verwiesen, dass die Begriffe der Rassenideologie nicht eindeutig verwandt wurden – zum Beispiel, wenn es um politische Ziele wie »Lebensraum« und selbst um die »Endlösung« ging – »[they] were not rigidly programmatic, excluding all but one interpretation [...]«⁸ Daher blieben einige zionistische Initiativen, die mehr oder weniger seit Hitlers Machtergreifung im Januar 1933 vom NS-Staat genutzt wurden, auch nach 1938 noch wichtige Bestandteile der NS-Auswanderungspolitik.

Zionistische Initiative und NS-Judenpolitik

Nach 1933 war die zionistische Bewegung in der Lage, eine eigene Perspektive zur Lösung der so genannten Judenfrage in Deutschland zu entwickeln. Sie hat dadurch die NS-Judenpolitik zwischen 1933 und 1941 – also bis zur Entscheidung, die Juden in ganz Europa zu vernichten – wesentlich beeinflusst. Diese besondere Perspektive entsprach der traditionellen zionistischen Einstellung zur Judenfrage bzw. zum Antisemitismus in Deutschland und umfasste Aktivitäten, die bereits seit den

7 Akten des Eichmannprozesses, Beweisdokumente, Nr. 742, Institut für Zeitgeschichte .

8 Christopher Browning, *The Path to Genocide. Essays on Launching the Final Solution*, New York 1992, S. 7.

Anfängen der zionistischen Bewegung zu deren Instrumentarium gehörten.

Ich gehe davon aus, dass das grundlegende Ziel des modernen Antisemitismus in Deutschland vom Kaiserreich bis zur »Endlösung der Judenfrage in Europa« im Grunde genommen konstant blieb. Er forderte die völlige Entfernung jüdischen Lebens aus Deutschland. In diesem allgemeinen Zusammenhang war die Ideologie des modernen Antisemitismus durchaus klar und relativ stimmig. Aber wie sollte das Ziel eines judenfreien Deutschlands erreicht werden? Die Umsetzung der antisemitischen Idee in politische Praxis war nie klar definiert. In den Büchern, Aufsätzen und Reden der prominentesten antisemitischen Theoretiker bzw. Politiker seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurden immer mindestens drei Möglichkeiten genannt: erstens die totale Assimilation der in Deutschland ansässigen Juden, die viele Konservative, Liberale, Christen und andere insbesondere vor der Jahrhundertwende befürworteten; zweitens die Auswanderung bzw. die Vertreibung der Juden aus Deutschland, die vor allem Nationalisten und Antisemiten als das probate Mittel zur Lösung der »Judenfrage« in Deutschland galt; und drittens der Massenmord an allen Juden im deutschen Lebensbereich, also der schließlich vom NS-Staat während des Zweiten Weltkriegs eingeschlagene Weg. Raul Hilberg hat die seit Jahrhunderten üblichen Maßnahmen anti-jüdischer Behörden bzw. Regierungen den Juden gegenüber treffend charakterisiert.⁹ Diejenigen, die eine totale Assimilation der Juden verlangten, behaupteten: »You have no right to live among us as Jews.« Diejenigen, die eine totale Auswanderung oder Vertreibung der Juden aus Deutschland verlangten, behaupteten: »You have no right to live among us.« Und schließlich sagten die Nazis 1941: »You have no right to live.« Aber für alle Antisemiten – gleich welcher Art – galt, dass die Juden als eine bestehende Religions- bzw. Kultur- oder Volksgemeinschaft ein für allemal zumindest aus dem »deutschen Lebensraum« völlig beseitigt werden müssten.

Da für Antisemiten vor dem Ersten Weltkrieg die völlige Auswanderung der Juden aus Deutschland zur bevorzugten »Lösung der Judenfrage« geworden war, betrachteten sie die zionistische Bewegung als ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Ziels.¹⁰ Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatten die wichtigsten zionistischen Denker den Juden sowie den Nicht-

9 Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, 3 Bde., New Haven 2003, S. 9.

10 Francis R. Nicosia, *Zionism and Anti-Semitism in Nazi Germany*, New York 2008, S. 13-31.

Juden einen Weg angeboten, das »Problem« zu beseitigen.¹¹ Sie schrieben, Emanzipation und Assimilation der Juden seien vergebens, sie seien eine Folge der Aufklärung und somit der Anlass der Judennot – und nicht deren Überwindung.¹² Die Zionisten behaupteten, die Juden seien ein andersartiges Volk, welches seine Identität bzw. seine nationale Existenz in Palästina oder anderswo wieder herstellen müsse. Die Zionisten boten sich den Antisemiten als eine Bewegung an, die dazu beitragen könne, die jüdische Assimilation in Deutschland rückgängig zu machen, sowie als eine internationale Organisation, die über die geeigneten Institutionen und die notwendige Infrastruktur verfügte, um die jüdische Auswanderung in die Wege zu leiten. Außerdem waren die Zionisten bereit, das antisemitische Ziel eines judenfreien Deutschlands zu realisieren.

Schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg sahen die Nazis den Zionismus als nützlich an, um die deutschen Juden loszuwerden – solange dadurch kein unabhängiger jüdischer Staat entstehen würde. Und diese politische Linie wurde zu einem wichtigen Bestandteil der NS-Judenpolitik während der 1930er Jahre. Dabei ist jedoch zu betonen, dass die Nazis die Zionisten nie als »gute Juden« betrachteten. Für die Nazis existierten keine »guten Juden«; »nützliche Juden« jedoch hatte es für sie immer gegeben. Und so betrachtete denn auch der NS-Staat den Zionismus als brauchbar zur Lösung der »Judenfrage« – bis zum Verbot der jüdischen Auswanderung aus dem Deutschen Reich im Jahr 1941 und zur Entscheidung, alle Juden in Europa zu töten.

In diesem Kontext gab es in der NS-Auswanderungspolitik drei wichtige Elemente, die ihren Ursprung in zionistischen – also jüdischen – Initiativen hatten. Einige der normalen Aktivitäten der zionistischen Bewegung aus der Zeit vor Hitlers Machtergreifung wurden zwischen 1933 und 1941 zu Eckpfeilern der NS-Judenpolitik. Erstens das Haavara-Abkommen vom 25. August 1933, das bis Dezember 1939 in Kraft war; zweitens die jüdischen Umschulungsprogramme (Hachschara), die bis 1943 funktionierten; und drittens die illegale jüdische Einwanderung nach Palästina (Aliyah-beth), die zwischen 1938 und 1941 stattfand und im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Judenpolitik vor der »Endlösung« stand. Diese drei Bestandteile der NS-Auswanderungspolitik machten jedoch einige der Widersprüche zwischen der Ideologie des Re-

11 Ebd., S. 31-44.

12 Shulamit Volkov, *Germans, Jews and Antisemites. Trials in Emancipation*, New York 2006, S. 14-15; Reinhard Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975, S. 74 f.

gimes auf der einen Seite und der Umsetzung der Ideologie in Politik auf der anderen deutlich.

Das Haavara-Abkommen vom 25. August 1933

Seit Beginn ihrer Bewegung am Ende des 19. Jahrhunderts waren zionistische Funktionäre immer davon ausgegangen, dass Juden, die nach Palästina einzuwandern beabsichtigten, mindestens einen Teil ihres Vermögens mitnehmen müssten, damit sie ein neues Leben in einer jüdischen nationalen Heimstätte oder in einem unabhängigen Judenstaat beginnen könnten.¹³ Die Wirtschaftskrise der 1930er Jahren machte diese Hoffnungen jedoch meistenteils zunichte, weil viele europäische Regierungen, einschließlich derjenigen der Weimarer Republik, im Jahre 1931 massive Beschränkungen für den Kapitalabfluss sowie eine Reichsfluchtsteuer einführten. Diese Maßnahmen hat die Regierung Hitlers nach ihrer Machtergreifung am 30. Januar 1933 beibehalten.¹⁴ Deswegen gab es ein zionistisches Interesse an einem Abkommen, das es den Juden erlauben würde, zumindest mit einem Teil ihres Besitzes aus Deutschland nach Palästina auszuwandern. Die Idee ist also keineswegs erst nach Hitlers Machtergreifung entstanden.

Bereits im Jahre 1932 hatte der in Tel Aviv ansässige Chef der jüdischen Zitrus-Firma Hanotaiah Ltd., Sam Cohen, Verhandlungen mit der deutschen Regierung aufgenommen mit dem Ziel, die von der Regierung Heinrich Brüning im Jahre 1931 angeordneten Beschränkungen des Kapitalabflusses dadurch auszugleichen, dass deutsche Juden, die nach Palästina auswandern wollten, einen Teil ihres Vermögens in Form deutscher Waren mitnehmen konnten.¹⁵ Dies betraf zunächst in Deutschland hergestellte Maschinen, die für die palästinensische Zitrus-Industrie von Bedeutung waren. Die Firma Hanotaiah importierte damals solche Maschinen in der Regel aus der Tschechoslowakei, da sie billiger als vergleichbare deutsche Geräte waren. Immerhin hat Cohen angeboten, die nötigen Maschinen aus Deutschland einzuführen, obwohl sie teurer waren. Dem Plan zufolge sollte das auf Sperrkonten in Deutschland noch

13 Theodor Herzl, *Der Judenstaat*, Berlin 1934, S. 36.

14 Karl Schleunes, *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy Toward German Jews 1933-1939*, Urbana 1970, S. 195-196.

15 R 117390, Sonderreferat Wirtschaft, Finanzwesen 16, Bd. 2, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), *Jewish Telegraphic Agency Bulletin*, 27. September 1933.

festgelegte jüdische Vermögen zur Bezahlung der Exportwaren aus Deutschland verwendet werden. Cohen wies darauf hin, dass Hanotaiah auch bereit sei, noch andere deutsche Erzeugnisse zu gleichen Konditionen einzuführen. Schon im März 1933 erteilte das Reichswirtschaftsministerium (RWM) der Hanotaiah Ltd. eine Genehmigung zur einmaligen Ausfuhr von Waren im Wert von einer Million RM.

Im Mai 1933 wurde Sam Cohen eingeladen, nach Berlin zu kommen, um dort Verhandlungen mit Beamten im Reichswirtschaftsministerium bzw. im Auswärtigen Amt zu führen. Beide Ministerien unterstützten seinen Plan: Das auf Sperrkonten in Deutschland blockierte jüdische Vermögen sollte verwendet werden, um die Ausfuhr deutscher Waren nach Palästina zu ermöglichen. Damit konnten die nach Palästina einwandernden deutschen Juden einen Teil ihres in Deutschland blockierten Vermögens bei Ankunft in der jüdischen nationalen Heimstätte ausgezahlt bekommen. Im Juli 1933 haben das RWM und Hanotaiah Ltd. eine Übereinkunft geschlossen, der zufolge deutsche Waren im Wert von drei Millionen Reichsmark nach Palästina eingeführt werden sollten.

Die zunächst noch begrenzte Vereinbarung vom Juli entwickelte sich schließlich zum Haavara-Abkommen vom 25. August 1933.¹⁶ Das blockierte Vermögen von Juden, die nach Palästina auswandern wollten, wurde auf ein Sonderkonto bei der Reichsbank eingezahlt; palästinensische Importeure, die deutsche Waren einführen wollten, mussten den Preis dafür in palästinensischer Währung bei der Anglo-Palestine Bank einzahlen. Ungefähr 50 Prozent dieser Summe wurde dann an die Reichsbank in Berlin überwiesen. Die nach Palästina ausgeführten Waren wurden mit den auf den Sperrkonten der jüdischen Auswanderer noch verbleibenden Reichsmark bezahlt. Und bei Ankunft in Palästina erhielten die Einwanderer aus Deutschland einen kleinen Teil ihres in Deutschland zurückgelassenen Vermögens erstattet aus den restlichen Geldern, die die palästinensischen Importeure bei der Anglo-Palestine Bank eingezahlt hatten.

16 Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis/Ludwig Pinner, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972, S. 25-27; vgl. auch Nicosia, *Zionism and Anti-Semitism* (wie Anm. 10), S. 78-90.

Berufliche Umschulung (Hachschara)

Seit den Anfängen der zionistischen Bewegung war die berufliche Umschulung junger Juden ein wichtiges Element der zionistischen Arbeit. Die NS-Regierung erkannte ab 1934, dass die Umschulung deutscher Juden entscheidend zur Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland beitragen konnte.¹⁷ Beruflich waren jüdische Auswanderer aus Deutschland nicht besonders gut auf ein neues Leben in Palästina vorbereitet. Da die palästinensische Wirtschaft hauptsächlich landwirtschaftliche Arbeiter und Handwerker brauchte, wiesen zionistische Funktionäre in Palästina ihre Kollegen in Deutschland immer wieder darauf hin, dass jüdische Einwanderer zuerst umgeschult werden müssten, bevor sie nach Palästina kamen.¹⁸ Auch von der Ideologie her betrachteten die Zionisten die Tätigkeit in Landwirtschaft und Handwerk als Zeichen der »Normalisierung der Berufsstruktur des jüdischen Volkes«, so eine in der damaligen zionistischen Literatur gebräuchliche Wendung. Das Konzept der »Normalisierung der Juden als Volk« war für Theodor Herzl und andere zionistische Denker und Funktionäre wichtig, um dem antisemitischen Vorwurf entgegenzutreten, die Juden hätten »ehrliche Arbeit« immer vermieden.

Die zionistische Bewegung errichtete schon vor der NS-Machtergreifung innerhalb sowie außerhalb Deutschlands ein System von Umschulungslagern als integralen Bestandteil der Vorbereitung junger Juden auf ein neues Leben in der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina. Anfang 1934 waren mehr als 6.000 meist junge Juden in den verschiedenen Programmen bzw. Umschulungslagern – Hachschara-*Lager* genannt – eingeschrieben, und es wurde erwartet, dass die Zahl bis zum Sommer auf 9.000 steigen sollte.¹⁹ Sogar die größeren nichtzionistischen Organisationen wie der Centralverein und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten mussten im Jahr 1936 eingestehen, dass es für junge Juden keine Alternative zur Auswanderung gab. Widerstrebend errichteten sie im selben Jahr ein nichtzionistisches Umschulungslager in Groß-Breesen, um

17 Michael Wildt (Hg.), *Die Judepolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation*, München 1995, S. 68-69; Francis R. Nicosia, *Jewish Farmers in Hitler's Germany. Zionist Occupational Retraining and Nazi »Jewish Policy«*, *Holocaust and Genocide Studies* 19 (2005), S. 365-389.

18 Vgl. Arthur Ruppin, *Tagebücher, Briefe, Erinnerungen*, Königstein im Taunus 1985, S. 444; Kurt Blumenfeld, *Im Kampf um den Zionismus. Briefe aus fünf Jahrzehnten*, Stuttgart 1976, S. 142-143.

19 Abschrift aus der jüdischen Telegraphen-Agentur Nr. 70, v. 24. März 1934. United States Holocaust Memorial Museum, II.001M.01, 2-173.

Jugendliche auf die Auswanderung in andere Länder als Palästina vorzubereiten.²⁰ Außer Handwerk und Landwirtschaft lernten junge Zionisten in den Hachschara-Lagern Hebräisch, jüdische Geschichte, Palästina-kunde sowie Gesundheitsversorgung und -pflege und körperliche Er-tüchtigung. Und sie lernten, stolz auf ihr Judentum zu sein. Anfang 1937 gab es in Deutschland etwa 45 Umschulungszentren, die entweder von der links stehenden sozialistischen Jugend, der rechtsstehenden revisio-nistischen Jugend oder den Orthodoxen organisiert wurden und einige sogar von Nichtzionisten. In den Lagern waren normalerweise 20 bis 30 Auszubildende untergebracht, in einigen waren es jedoch bis zu 100 oder auch nur sieben oder acht. Die Jugendlichen waren überwiegend zwis-chen 18 und 25 Jahre alt, ein Drittel war entweder aus Polen oder staa-tenlos. Während der 1930er Jahre wurden junge deutsche Juden auch in Umschulungsprogrammen außerhalb Deutschlands ausgebildet, im Jahr 1935 etwa 1.800 junge Juden in 13 europäischen Ländern. Insgesamt wan-derten vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fast 20.000 jüdische Lehr-linge aus Deutschland nach Palästina aus.²¹

Ende 1938 bemerkte der SD, es gebe einen ungeheuren Mangel an handwerklichen Fachkräften in der deutschen Wirtschaft. Er behauptete, »bei fast allen Handwerkszweigen sei ein außerordentlich geringer Nach-wuchszugang zu verzeichnen [...] das Absinken der Lehrlingszahl [beträ-fe] vor allem die Nahrungsmittelhandwerke, die Friseure und einige Nichtmetallberufe«.²² Dies verstärkte die von den NS-Behörden oft ge-äußerte Furcht, die gerade erst umgeschulten jüdischen landwirtschaft-lichen Arbeiter und Handwerker könnten sich möglicherweise entschei-den, in Deutschland zu bleiben, da dort Ende der 1930er Jahre Arbeitskräftemangel herrschte. Es war am Ende tragische Ironie, dass die-se Befürchtung zur Realität wurde, als die NS-Regierung ab 1939 immer

20 Werner Angress, *Between Fear and Hope. Jewish Youth in the Third Reich*, New York 1988, S. 44-45. Für die von der Gesellschaft für handwerkliche Arbeit (ORT) errichteten Umschulungslager in Berlin vgl. Leon Shapiro, *The History of ORT. A Jewish Movement for Social Change*, New York 1980; vgl. auch Wolfgang Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1989, S. 462.

21 Salomon Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939*, Tü-bingen 1974, S. 97-102, S. 216-219.

22 Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich, 1938-1945. Die geheimen La-geberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Bd. 2, Herrsching 1984, S. 173-176.

mehr jüdische Lehrlinge sowie ihre Hachschara-Lager in das NS-Zwangsarbeitssystem einschloss.²³

Illegale Einwanderung in Palästina (Aliyah-beth)

In der Zeit des Osmanischen Reiches ließen sich überwiegend verfolgte Juden aus Osteuropa legal oder illegal in Palästina nieder. Nach dem Ersten Weltkrieg sorgte die jüdische Einwanderung in Palästina zudem für ständigen Konfliktstoff in den Beziehungen zwischen der britischen Mandatsmacht und der Zionistischen Weltorganisation. Nach Gründung der jüdischen Heimstätte am Ende des Ersten Weltkrieges bestanden die Zionisten auf einer unbegrenzten jüdischen Einwanderung nach Palästina. Die Araber, die 1919 fast 90 Prozent der Bevölkerung Palästinas ausmachten, waren gegen jegliche jüdische Einwanderung. Die Einwanderungspolitik der britischen Mandatsbehörden legte eine jährliche jüdische Einwanderungsquote fest, mit der Folge, dass Juden sowie Araber damit unzufrieden blieben. Während des arabischen Aufstands in Palästina zwischen 1936 und 1939 führten die Engländer weitere Einwanderungsbeschränkungen ein, also genau zur Zeit der ständig wachsenden jüdischen Flüchtlingskrise in Europa Ende der 1930er Jahre. Die NS-Polizeibehörden haben diese Beschränkungen stark kritisiert, da sie darin ein Hindernis für die jüdische Auswanderung aus Deutschland sahen.²⁴

Als Antwort auf diese beiden Probleme – d.h. die von den Engländern verordneten Einwanderungsbeschränkungen in Palästina und die wachsende jüdische Flüchtlingskrise in Mittel- und Osteuropa – hat eine Gruppe von zionistischen bzw. Haganah-Funktionären in Palästina in den Jahren 1937 und 1938 die »Mossad le Aliyah-beth« (Komitee für die illegale Einwanderung) mit einem Büro in Paris gegründet. Von den Abteilungen in Berlin, Wien und später Prag aus organisierten die Mossad-Agenten mit Billigung der NS-Polizeibehörden die illegale Einwanderung jüdischer Flüchtlinge aus Mitteleuropa nach Palästina, von der Umgehung der britischen Blockade bis zur Niederlassung im Land.

Im Deutschen Reich blieb dem Mossad ab 1938 keine andere Wahl, als mit den NS-Behörden zusammenzuarbeiten. Mit Wissen und Genehmi-

23 Konrad Kwiet, *Forced Labour of German Jews in Nazi Germany*, Leo Baeck Institute Yearbook 36 (1991), S. 389-410. Nach Konrad Kwiet gab es Anfang 1943 noch 21.659 jüdische Zwangsarbeiter in Deutschland. Einige davon waren Lehrlinge der verschiedenen jüdischen Umschulungsprogramme.

24 Nicosia, *Zionism and Anti-Semitism* (wie Anm. 10), S. 272.

gung der Gestapo in Berlin und Wien übernahm der Mossad die Vorbereitung der illegalen Palästina-Emigration im ganzen Deutschen Reich.²⁵ Er musste Durchgangsvisa für Juden beschaffen, damit sie von italienischen oder jugoslawischen Häfen nach Palästina abreisen konnten. Außerdem wurden jüdische Flüchtlinge auch auf Schiffen donauabwärts geschmuggelt und dann von rumänischen und bulgarischen Schwarzmeerhäfen aus oder über Griechenland nach Palästina gebracht.²⁶ Während der 1980er Jahre behauptete in Tel Aviv Pino Ginzburg, der seinerzeit als Mossad-Agent in Deutschland tätig gewesen war, die Verbindung mit der Gestapo sei »zuverlässig, förmlich und offiziell« gewesen. Er sagte: »ohne diese Verbindungen hätten wir es nicht geschafft, Juden zu retten.«²⁷ Er betonte, solche Zusammenarbeit sei unvermeidlich, und die Nazis seien engagierte Partner der *Aliyah-beth* gewesen. Im Jahre 1975 hatte Ginzburgs Haganah-Kollege Ehud Avriel, der in jenen Jahren in Wien tätig war, Folgendes geschrieben: »Vor dem Zweiten Weltkrieg waren unsere Operationen in Deutschland weder illegal noch geheim. Das Büro der Gestapo war gerade auf der anderen Straßenseite, gegenüber von unserem, und sie wussten ganz genau, wer wir waren und was wir taten. Die Illegalität fing erst vor der Küste Palästinas an, wo die britische Blockade war.«²⁸ Nach dem Pogrom vom November 1938 haben Reinhard Heydrich und Adolf Eichmann die Mossad-Agenten gedrängt, die Auswanderung der Juden noch stärker zu forcieren.²⁹ Im Sommer 1939 schloss Pino Ginzburg eine Vereinbarung mit der Gestapo, wonach 10.000 Juden per Schiff aus den Hafenzentren Hamburg und Emden illegal nach Palästina gebracht werden sollten. Wegen des Kriegsausbruchs wurde das Vorhaben jedoch abgesagt. Insgesamt haben zwischen 1938 und 1941 ca. 17.000 mitteleuropäische Juden mit Hilfe der *Aliyah-beth* Palästina erreichen können.³⁰

25 Kurt Jacob Ball-Kaduri, Die illegale Einwanderung der deutschen Juden in Palästina 1939-1940, Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 4 (1975), S. 388-389.

26 Leni Yahil (Hg.), Selected British Documents on the Illegal Immigration to Palestine, 1939-1940, Yad Vashem Studies 10 (1974), S. 241-276.

27 Interviews mit Pino Ginzburg, 1985. Haganah Archives (HA), Tel Aviv, 1/23/kibu/124, Ha'apala Project, Tel Aviv University.

28 Ehud Avriel, Open the Gates, New York 1975, S. 28.

29 Ebd., S. 71-72, S. 89, S. 91; vgl. auch Saul Friedländer, The Years of Extermination. Nazi Germany and the Jews 1939-1945, New York 2007, S. 87-88; Nicosia, Zionism and Anti-Semitism (wie Anm. 10), S. 274-275.

30 Dalia Ofer, Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939-1944, New York 1990, S. 14.

Trotz der Einwände der britischen Regierung sowie des Protests der arabischen Öffentlichkeit haben die Nazis die legale sowie die illegale Einwanderung deutscher Juden in Palästina zwischen 1938 und 1941 genauso entschieden unterstützt wie in der Zeit zwischen 1933 und 1938. Im Kontext der ab 1938 forcierten Auswanderungsmaßnahmen des NS-Regimes war die Nutzung der zionistischen Initiative zur illegalen jüdischen Einwanderung in Palästina in den Jahren 1938 bis 1941 selbstverständlich. Weder die britischen Interessen in Palästina bzw. im Nahen Osten noch die ständig wachsende arabische Feindseligkeit gegenüber der jüdischen Einwanderung in Palästina spielte im außenpolitischen Kalkül des Hitler-Regimes zwischen 1938 und 1941 eine bedeutende Rolle. Die Beseitigung des jüdischen Lebens im Deutschen Reich durch die »forcierte Auswanderung« – oder vielleicht besser gesagt durch die Vertreibung – der Juden aus dem deutschen Lebensraum scheint bis zur im Herbst 1941 getroffenen Entscheidung zur »Endlösung der Judenfrage in Europa« das einzig wesentliche Motiv hinter der NS-Judenpolitik gewesen zu sein. Adolf Eichmann erklärte 1961 in seinem Prozess in Jerusalem: »Until the receipt of orders stopping [Jewish] emigration, I did not have any instructions to stop emigration to Palestine, even during the first years of the war.«³¹

Schlussbemerkungen

In der NS-Judenpolitik dominierten häufig Nützlichkeitsabwägungen gegenüber der Ideologie. In diesem Zusammenhang haben sich die Nazis drei von Juden angeregte Initiativen als Bestandteile ihrer Auswanderungspolitik vor 1941 zu eigen gemacht. SS und Gestapo waren dabei besonders stark engagiert. Dies zeigte sich vor 1941 in den oft erbitterten Streitigkeiten über Ideologie und Politik zwischen Staats- und Parteidienststellen, wobei die Widersprüche zwischen Ideologie und Politik beim Festhalten an Haavara, Hachschara, und Aliyah-beth vor 1941 offenkundig waren. Nach der Ideologie des modernen Antisemitismus war zum Beispiel das jüdische Vermögen dem deutschen Volk gestohlen worden; dennoch ermöglichte das Haavara-Abkommen den teilweisen Transfer jüdischen Vermögens nach Palästina. Nach traditionellen antisemitischen Überzeugungen waren Juden nicht in der Lage, »anständiger Arbeit« nachzugehen; und doch wurden die Hachschara-Programme schließlich von manchen Nazis als Mittel zur Vorbereitung junger Juden

31 Zit. nach Nicosia, *Zionism and Anti-Semitism* (wie Anm. 10), S. 140.

auf »anständige Arbeit« (zum Beispiel Landwirtschaft und Handwerk) in Palästina und anderswo anerkannt. Und wenn die Ideologie des Nationalsozialismus die völlige Trennung der Juden von »Ariern« verlangte, so erforderte die Hachschara-Arbeit zur Umschulung junger Juden doch den Kontakt zwischen Juden und »Ariern«, da die Juden sehr oft bei »arischen« Landwirten und Handwerkern lernen mussten. Obwohl die schon ausgewanderten deutschen Juden nicht nach Deutschland zurückkehren durften, machte die Hachschara-Arbeit die dauernde Rückkehr von deutschen und nicht-deutschen Juden als zionistische Leiter und Lehrkräfte nach Deutschland nötig, wo sie zum Beispiel an der Umschulung mitarbeiteten. Und schließlich stand die ideologische Ablehnung eines unabhängigen jüdischen Staates im deutlichen Widerspruch zur praktischen NS-Judenpolitik, in der die jüdische Auswanderung nach Palästina eine so große Rolle spielte.

Zionisten – gleich welcher Couleur – vertraten seit Anfang ihrer Bewegung im 19. Jahrhundert immer eine bestimmte Haltung zur modernen »Judenfrage«. Sie lehnten die seit der Aufklärung von der großen Mehrheit der Juden in Mittel- und Westeuropa vertretene Auffassung grundsätzlich ab, wonach die Emanzipation bzw. die Assimilation der Juden die einzig mögliche Lösung der »Judenfrage« in Europa sei. Vor 1933 ergab sich daraus die formelle, wenn auch nicht freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem deutschen Antisemitismus zur Lösung eines gemeinsamen »Problems« – auch wenn dies natürlich aus unterschiedlichen Perspektiven angegangen wurde. Während die Zionisten früher hofften, dass ein beiderseitiges Entgegenkommen für sie vorteilhaft sei, war den Nazis nicht an einer Förderung des Zionismus, sondern nur an einer raschen Vertreibung der Juden gelegen. Jedenfalls griff Hitlers Regierung einige Ideen des Zionismus in ihrer Judenpolitik auf, mit der Folge, dass die Zionisten in Deutschland in der Lage waren, die NS-Judenpolitik vor der »Endlösung« zum Teil positiv zu beeinflussen und etwa 80.000 Juden aus »Großdeutschland« (einschließlich Böhmen und Mähren) zu retten.³² Dieser pragmatische Umgang der Nationalsozialisten widersprach in gewisser Weise dem Primat der Ideologie, das ansonsten ihre rassistische Politik beherrschte. Dies war nur möglich, weil die Zionisten einige im Ausland bestehende Hindernisse für die jüdische Auswanderung aus Deutschland angingen, und zwar: die Mittellosigkeit jüdischer Einwanderer; die relativ ungünstige Berufsstruktur der Juden

32 Organisation Auswanderung 1933 bis 1941, Bundesarchiv (BArch), R 8150/31, Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 8. November 1941; vgl. auch Feilchenfeld et. al., Haavara-Transfer nach Palästina (wie Anm. 16), S. 89 f.

in Deutschland und die Einwanderungsbeschränkungen in den meisten Zielländern, einschließlich Palästina.

Aufgrund des zunehmenden Einflusses der SS auf die NS-Judenpolitik im Jahre 1938 kamen die erwähnten zionistischen Initiativen teilweise nach Kriegsausbruch noch stärker zum Tragen. Zwischen 1938 und 1941 galt die »forcierte« Auswanderung deutscher Juden in alle möglichen Zielländer, einschließlich Palästina, weiterhin als die »Lösung der Judenfrage« im Großdeutschen Reich, wenngleich diese »Lösung« vom Standpunkt des NS-Regimes ab September 1939 zunehmend als unzureichend angesehen wurde. In diesem Zusammenhang hatte der Zionismus eine wichtige, allerdings nach Ausbruch des Krieges nachlassende Bedeutung. Die Zionisten haben sich bis 1941 um eine pragmatische Politik gegenüber dem NS-Staat bemüht. Dies setzte die Bereitschaft der zionistischen Bewegung voraus, den Nationalsozialisten bestimmte Ideen und Instrumentarien zur Realisierung eines »judenfreien« Deutschlands anzubieten. Diese Linie wurde auch in der Zeit zwischen 1938 und 1941 beibehalten, obwohl der Kriegsausbruch das Ende des Haavara-Abkommens im Dezember 1939 sowie die teilweise Umwandlung der Hachschara-Lager in Zwangsarbeitslager zur Folge hatte. Die Aliyah-beth funktionierte während des ganzen Krieges sowie in der Nachkriegszeit bis zur Gründung eines unabhängigen Staats Israel im Jahre 1948, d.h. auch noch, als sie für die nationalsozialistische »Endlösung« keine Relevanz mehr hatte. Gewiss haben die Zionisten zwischen 1933 und 1941 Erfolge gehabt, als die Nazis die drei genannten zionistischen Initiativen zum Bestandteil ihrer Judenpolitik gemacht hatten. Aber die von Theodor Herzl angestrebte praktische und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Antisemitismus³³ konnten die Zionisten in Deutschland nicht erreichen. Dies allerdings hat sich erst in den Jahren zwischen 1933 und 1941 herausgestellt.

33 Herzl, Judenstaat (wie Anm. 13), S. 20.

SUSANNE HEIM

Politik oder Philanthropie?

*Die internationalen Hilfsorganisationen und die Diskussion
um die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich 1939-1941*

Bei ihrer Sitzung in Paris Mitte Januar 1939 blickten die Vertreter des Jüdischen Weltkongresses auf die Situation der europäischen Juden im Jahr 1938 zurück. Die Bilanz hätte kaum verheerender ausfallen können. »Das Weltjudentum hat in der deutschen Judenfrage versagt«, so formulierte es der polnische Delegierte und Migrationsexperte Arieh Tartakower, »weil man nicht verstand, aus der Tragödie der deutschen Juden eine Kampfparole zu machen.« Die ganze demokratische Welt habe versagt, weil sie, um einen Krieg zu verhindern, den Diktaturen gegenüber in allen entscheidenden Fragen nachgegeben habe.¹ Im Prinzip gehe es nun, Anfang 1939, um eine grundsätzliche Neubestimmung jüdischer Politik vor dem Hintergrund der Konfrontation zwischen Diktaturen und Demokratien in Europa und angesichts eines drohenden Krieges.

Nach dem Vorbild der deutschen hatten auch andere autoritäre Regierungen in Europa die jüdische Minderheit zunehmend entrechtet. Italien hatte 1938 Judengesetze eingeführt und die Ausweisung ausländischer Juden im März 1939 angekündigt; in Rumänien drohte 150.000 Juden die Ausbürgerung. In Bulgarien waren die ausländischen Juden zum Verlassen des Landes aufgefordert worden.² In Ungarn und Rumänien wurden die jüdischen Minderheiten in ihren ökonomischen Rechten und ihrer Berufswahl beschnitten, Tausende waren bereits ihrer Lebensgrundlage beraubt. In Polen hatte der Außenminister aus Angst vor diplomatischen Verwicklungen die Verabschiedung neuer antijüdischer Gesetze zwar im letzten Moment verhindert; aber gleichzeitig hatte er die jüdischen Repräsentanten des Landes aufgefordert, in Großbritannien, Frankreich

- 1 Protokoll der Sitzung der Administrative des Jüdischen Weltkongresses vom 14.-16.1.1939, 2. Sitzung, 15.1.1939 vormittags; American Jewish Archives (AJA), WJC Collection, Series A, Subseries 1, Box A6, file 6.
- 2 AJDC, European Executive Council, February Report, 1939; Archive Joint Distribution Committee (JDC), AR 33/44, 189.

und den USA die Notwendigkeit einer Massenemigration polnischer Juden zu unterstreichen – und außerdem für polnische Exporte zu werben. Selbst in der bis Mitte 1938 äußerst liberalen Tschechoslowakei entlud sich die Enttäuschung über das Münchner Abkommen in wachsendem Antisemitismus und der Ausweisung von Flüchtlingen. Juden verloren ihre Arbeitsplätze, viele waren gezwungen, aus ökonomischen Gründen zu emigrieren.³ Inzwischen standen nach Einschätzung von Nahum Goldmann, dem Mitbegründer und späteren Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, nicht mehr nur die deutschen und österreichischen, sondern dreieinhalb Millionen polnischer und fast eine Million ungarischer, rumänischer und tschechoslowakischer Juden vor der Frage der Emigration. Mehr noch: Er sei überzeugt, so Goldmann wörtlich, dass »wir europäische Juden die Maginot-Linie für die amerikanischen Juden darstellen. Wenn diese fällt, ist auch Amerika bedroht.«⁴

Das jüdische Volk, erläuterte Goldmann weiter, habe auf die deutsche Judenfrage nur philanthropisch, nicht aber politisch reagiert und somit eine der dümmsten und gefährlichsten politischen Haltungen eingenommen. »Wenn wir so fortfahren, wenn wir auf die Entrechtung der Juden [...] immer wieder nur philanthropisch reagieren, dann wird in ein oder zwei Jahren, *wenn inzwischen kein Krieg ausbricht*,⁵ in anderen Ländern das deutsche Beispiel nachgemacht werden, d.h. Millionen von Juden ihrer Bürgerrechte beraubt und gezwungen werden, aus diesen Ländern herauszugehen, und keine Macht der Welt wird diese Juden retten können, und es wird kein Geld für diese Juden vorhanden sein und kein Platz.«⁶

Internationale Organisationen wie der Jüdische Weltkongress oder auch der Joint analysierten die Situation am Vorabend des Zweiten Weltkriegs oft klarer als nationale Hilfsorganisationen oder Regierungen. Sie mussten sich von keinem Eichmann Vorschriften machen lassen, wie die jüdischen Repräsentanten in Deutschland und Österreich und später in den besetzten Ländern, und sie waren nicht der Appeasement-Politik der demokratischen Staaten der Vorkriegszeit verpflichtet. Für international arbeitende Organisationen war meist schneller offenkundig, wie sich die

3 Memorandum »The Political Scene«, 2.2.1939; JDC, AR 33/44, 189.

4 Protokoll der Sitzung der Administrative des Jüdischen Weltkongresses vom 14.-16. Januar 1939 in Paris, Eröffnungssitzung, Sonnabend, den 14. Abends 8 Uhr 30, S. 3; AJA, WJC collection, Series A, Subseries 1, box A6, file 6.

5 Hervorhebung von mir; S.H.

6 Wie Anm. 4.

antijüdische Politik Deutschlands immer mehr ausbreitete und so, wie Hannah Arendt es formulierte, »auf die friedlichste Weise der Welt die freien Länder den totalitär regierten Staaten anglich«. ⁷

Die Tatsache, dass von den ca. 500.000 Juden, die 1933 in Deutschland lebten, drei Fünftel emigrieren konnten, von denen allerdings viele später in den europäischen Staaten von ihren Verfolgern wieder eingeholt wurden, ist wesentlich Hilfsorganisationen wie dem American Jewish Joint Distribution Committee, kurz: Joint, dem HICEM, ⁸ dem Central British Fund for German Jewry oder der Jewish Agency for Palestine zu verdanken, die sich mit enormen Finanzmitteln und persönlichem Engagement für die Emigration der Juden einsetzten. Von 1939 an, als sich die Situation der Juden im deutschen Einflussbereich dramatisch verschlechterte, engagierte sich auch der Jüdische Weltkongress in der Flüchtlingspolitik. Neben diesen international tätigen Organisationen existierten in fast allen Aufnahmeländern Hilfsorganisationen, deren Rolle bislang nicht hinreichend untersucht ist, viele sind noch nicht einmal namentlich erfasst.

Im Folgenden werde ich die Entwicklungen nachzeichnen, die die Situation der jüdischen Flüchtlinge in der Zeit der forcierten Austreibung bis zum Beginn der Deportationen im Herbst 1941 prägten, und nach Lösungsmöglichkeiten fragen, die die internationale Staatengemeinschaft und/oder die jüdischen Organisationen für das Flüchtlingsproblem gesehen haben. Wie reagierten sie, vor die Alternative »Politik oder Philanthropie« gestellt? Welche Pläne entwickelten sie zu geregelter Auswanderung und zum Vermögenstransfer? Woran scheiterten Gruppenansiedlungsprojekte auf verschiedenen Kontinenten? Und was erwartete die Flüchtlinge in den Lagern im »Niemandland der Juden«.

7 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 450f.

8 HICEM wurde 1927 gegründet und koordinierte die Arbeit der HIAS (US Hebrew Sheltering & Immigrant Aid Society) in New York, der ICA (Jewish Colonization Association) in Paris und der Emigdirect in Berlin, um die jüdische Auswanderung planmäßig zu organisieren. Die Bezeichnung HICEM setzt sich aus den Abkürzungen der drei Organisationen zusammen.

Zum Scheitern verurteilt: Vorkriegspläne für Gruppenauswanderungen

Doch zunächst zurück zur Diskussion des Jüdischen Weltkongresses in Paris Anfang 1939:

Die Delegierten teilten die Einschätzung, dass schon auf der internationalen Flüchtlingskonferenz in Evian im Juli 1938 die Niederlage der Juden offenkundig geworden sei. Dort waren die jüdischen Repräsentanten, zersplittert in 30 verschiedene Delegationen, aufgetreten und nur von Subkomitees angehört worden, anstatt dass sie als reguläre Konferenzteilnehmer zugelassen worden wären. Die Folge war nach Ansicht Goldmanns, dass nun, im Januar 1939, George Rublee mit der deutschen Regierung über die Köpfe der Juden hinweg verhandle, ohne dass diese überhaupt gefragt würden. Rublee war der Direktor des in Evian gegründeten Intergovernmental Committee (IGC), der die Aufgabe hatte, zum einen neue Emigrationsmöglichkeiten aufzutun, zum anderen, die deutsche Regierung zur Freigabe des Vermögens der jüdischen Emigranten zu bewegen. Doch monatelang weigerte sich die Regierung in Berlin, Rublee überhaupt zu empfangen und betrachtete sein Ansinnen als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Erst nach dem Novemberpogrom ließ sie sich zu Verhandlungen mit dem Intergovernmental Committee herab. Der Grund dafür lag höchstwahrscheinlich in dem Devisendefizit des Reichs, das im Verlauf des Jahres 1938 stark angewachsen war.

Der Plan, der im Zentrum der Gespräche zwischen Rublee und seinem deutschen Verhandlungspartner, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, stand, sah vor, dass der deutsche Fiskus 75 Prozent des Vermögens der jüdischen Emigranten einbehalten würde. Die restlichen 25 Prozent sollten im Verlauf von Jahrzehnten allmählich gegen zusätzliche Exporte aus Deutschland freigegeben werden. Parallel dazu sollte im Ausland ein Anleihefonds mit dem Geld ausländischer Juden gegründet werden, um Auswanderungsmöglichkeiten zu erschließen und die Ansiedlung jüdischer Emigranten vorzufinanzieren. Eine formelle Übereinkunft zwischen dem Intergovernmental Committee und der deutschen Regierung kam nicht zustande, lediglich ein vertrauliches Memorandum. Im Folgenden einigten sich die Verhandlungspartner darauf, dass beide Seiten unabhängig voneinander an der Umsetzung der inoffiziellen Vereinbarung arbeiten sollten: Die Deutschen würden demnach einen Plan für die jüdische Auswanderung aufstellen und den zum Transfer vorgesehenen Teil des jüdischen Vermögens in einen Treuhandfonds einzahlen. Das Intergovernmental Committee sollte für die Gründung des Anleihe-

fonds sowie für die Erschließung von Siedlungsmöglichkeiten Sorge tragen.⁹

Goldmann kritisierte in Paris den Schacht-Rublee-Plan, weil dieser darauf hinausliefe, dass die deutsche Aufrüstung durch die Enteignung des jüdischen Vermögens finanziert würde; dies käme einer »Prämie für die Enteignung und Austreibung der deutschen Juden« gleich. Ähnlich, wenngleich aus entgegengesetzter Perspektive, betrachtete auch Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan, die Kombination von jüdischer Auswanderung und Förderung deutscher Exporte. In einer Rede vor den Gauleitern, Reichsstatthaltern und Oberpräsidenten am 6. Dezember 1938 begrüßte er, dass dadurch die deutschen Export- und Devisenschwierigkeiten »mit einem Schlag sehr erheblich erleichtert werden. Dieser Plan hat dem Führer außerordentlich zugesagt.«¹⁰

Unter den jüdischen Persönlichkeiten in den USA und Großbritannien, von denen Rublee gehofft hatte, sie würden die Auswanderung vorfinanzieren,¹¹ stieß der Plan auf vehemente Kritik, weil dadurch der anti-deutsche Wirtschaftsboykott unterlaufen und außerdem das antisemitische Klischee vom reichen, kollektiv agierenden Weltjudentum bedient werde. Strittig war insbesondere die vorgesehene Gründung des Anleihefonds. Die Zionisten lehnten den Plan zudem ab, weil sie fürchteten, dass die Finanzierung anderer Siedlungsprojekte mit Hilfe jüdischer Spendengelder den Aufbau Palästinas zur Heimstatt der Juden gefährden würde. Paul Baerwald, Vorsitzender der jüdischen Hilfsorganisation American Jewish Joint Distribution Committee (Joint) sowie

- 9 Fritz Kieffer, *Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939*, Stuttgart 2002, S. 425 f. Zur Debatte um den Schacht-Rublee-Plan und den Anleihefonds: Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929-1939*, Philadelphia 1974, S. 273-285. Der Text des Memorandums ist abgedruckt in: *Foreign Relations of the United States (FRUS), Diplomatic Papers 1939*, vol. II, Washington 1956, S. 77-81.
- 10 Susanne Heim/Götz Aly, *Staatliche Ordnung und »organische Lösung«*. Die Rede Hermann Görings »Über die Judenfrage« vom 6. Dezember 1938, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* Bd. 2, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 378-404.
- 11 Die Diskussion um die Finanzierung der Flüchtlingsansiedlung entwickelte sich zunehmend zu einem Tauziehen zwischen jüdischen Organisationen und den im IGC vertretenen Regierungen, wer für die Kosten aufkommen solle; siehe *Refugees and Rescue. The Diaries and Papers of James G. McDonald 1935-1945*, hg. von Richard Breitman, Barbara McDonald Stewart, Severin Hochberg, Washington 2009, S. 170-175; siehe auch Henry Feingold, *The Politics of Rescue*, New York 1970, S. 69-89.

Mitglied des President's Advisory Committee on Political Refugees, das Roosevelt in Sachen Flüchtlingspolitik beriet, äußerte eine ähnliche Kritik wie Goldman: Das Intergovernmental Committee versuche, die jüdischen Organisationen auf den Schacht-Rublee-Plan zu verpflichten, auf dessen Ausarbeitung sie keinen Einfluss gehabt hätten. Gleichwohl war Baerwald nach einigem Hin und Her bereit, eine Million US-Dollar aus den Mitteln des Joint für die Gründung des Anleihefonds zur Verfügung zu stellen. Insgesamt jedoch könnten die jüdischen Hilfsorganisationen, deren Mittel schon durch die Unterstützung der Flüchtlinge stark beansprucht würden, nicht auch noch die Finanzierung der Ansiedlungsprojekte übernehmen.¹²

Der Schacht-Rublee-Plan war in gewisser Weise schon zum Zeitpunkt seiner Entstehung obsolet. Er war der letzte einer Reihe von Versuchen, die seit 1933 sowohl der Hochkommissar für die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland als auch Max Warburg und nicht zuletzt der Jüdische Weltkongress im Jahr 1935 unternommen hatten, um die Emigration kollektiv zu regeln und sie mit dem Vermögen der emigrierenden Juden zu finanzieren.¹³

Der Transfer des jüdischen Vermögens war unter anderem auch deswegen von entscheidender Bedeutung, weil er dazu beitragen sollte, eine andere, verhältnismäßig kostspielige Lösungsmöglichkeit für das Flüchtlingsproblem zu erschließen, die in Kreisen jüdischer Hilfsorganisationen lange Zeit gehegte Idee der Gruppenauswanderung.

Vier Projekte für jüdische Kollektivsiedlungen standen zur Debatte in den Verhandlungen zwischen Rublee und Schacht (bzw. deren Nachfolgern, die ab Anfang 1939 die Verhandlungen noch bis Kriegsbeginn weiterführten): British Guyana, Nord-Rhodesien, die Philippinen-Insel Mindanao und die Dominikanische Republik.¹⁴

Alle Vorhaben waren Anfang 1939 kaum über das Stadium einer vagen Absichtserklärung hinausgelangt. Die britische Regierung, die die Einwanderung nach Palästina mit Rücksicht auf die Unruhen der dortigen arabischen Bevölkerung begrenzen wollte, hatte im Vorfeld der Evian-Konferenz diverse Kommissionen entsandt, die geeignete Siedlungsmög-

12 Feingold, *Politics of Rescue* (wie Anm. 11), S. 70, 73.

13 International bank plan for Reich fund withdrawal, 1935; AJA, WJC Collection Series A, Subseries 1, Box A3, File 4.

14 Zum Siedlungsprojekt in der Dominikanischen Republik siehe den Beitrag von Marion Kaplan in diesem Band sowie Hans Ulrich Dillmann/Susanne Heim, *Fluchtpunkt Karibik. Jüdische Emigranten in der Dominikanischen Republik*, Berlin 2009; Marion Kaplan, *Zuflucht in Santo Domingo*, Göttingen 2010.

lichkeiten in den Kolonien und damit quasi ein Ersatzangebot für die Palästinaeinwanderung eruieren sollten. In der Regel hatten sich Repräsentanten jüdischer Organisationen an diesen Kommissionen beteiligt oder sie gar initiiert. So schickten britische Juden eine (von mehreren) Kommissionen nach Nord-Rhodesien, die zu dem Ergebnis kam, dass 400 bis 500 Familien dort Aufnahme finden könnten. (Die Ansichten der Siedlungsexperten differierten zwischen 150 und 50.000 möglichen Einwanderern.) Die ungarische Regierung bot dem Chief Immigration Officer von Nord-Rhodesien im April 1939 großzügig an, 5.000 ungarisch-jüdische Familien dorthin zu »exportieren«. Sie sollten, so der Plan, ihren Besitz zurücklassen und ohne Startkapital nach Afrika übersiedeln.¹⁵ Doch gab es vor Ort heftige Widerstände gegen die Ansiedlung von Juden, vor allem unter den ca. 10.000 europäischen Siedlern sowie von Seiten der Gewerkschaft der Kupferminenarbeiter. Antisemitische Ressentiments mischten sich dabei mit ökonomisch motivierten Konkurrenzängsten und einer gegen die britische Kolonialmacht gerichteten Renitenz. Zudem mussten die Einwanderer eine Summe von mehreren hundert Pfund hinterlegen, bevor sie sich überhaupt der Einwanderungsbehörde vorstellen durften. Diese entschied dann aufgrund des persönlichen Eindrucks über die Aufnahme – und lehnte sie möglicherweise auch ab.¹⁶

Auch in British Guyana, das Joseph Rosen, ein Vertreter des Joint, bereist hatte, widersetzten sich weiße Rancher der Ansiedlung von Juden. Die schwarze Bevölkerung hingegen knüpfte daran die Hoffnung auf eine günstige Wirtschaftsentwicklung. Allerdings war für die Probephase ohnehin nur an die Ansiedlung von 3.000 bis 5.000 Juden gedacht und dafür ein Kapitalbedarf von drei Millionen Dollar veranschlagt worden.¹⁷

Auf Mindanao sollten nach dem Willen der philippinischen Regierung jährlich 1000 Personen und insgesamt immerhin 10.000 Menschen

15 Frank Shapiro, *Haven in Africa*, Jerusalem 2002, S. 105; siehe auch: Bericht über eine Informationsreise nach der Südafrikanischen Union, den beiden Rhodesien und Kenya (Britisch-Ostafrika) von Mark Wischnitzer, Leo Baeck Institute, New York, AR 3134.

16 Hanseatisches Reisebüro Heinrich Schlie, Bericht über die verschiedenen Einwanderungsmöglichkeiten, 25.10.1938; RGVA [Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (früher: Sonderarchiv), Moskau], 500/1/669, Bl. 78-89, hier Bl. 81.

17 Ari Joshua Sherman, *Island Refuge. Britain and Refugees from the Third Reich 1933-1939*, Ilford 1994, S. 231.

angesiedelt werden.¹⁸ Von gut ausgebildeten jüdischen Emigranten aus Deutschland erhoffte sich die Regierung positive Impulse für die Entwicklung des Landes. Die Siedler sollten sich denn auch verpflichten, entweder Subsistenzwirtschaft zu betreiben oder nur solche Tätigkeiten auszuüben, die den philippinischen Interessen dienten. Zudem wollte die Regierung sie darauf verpflichten, bald möglichst die philippinische Staatsangehörigkeit zu beantragen und sich bis zu ihrer Einbürgerung nur auf dem ihnen zugewiesenen Land anzusiedeln.¹⁹

In den Monaten vor Beginn des Zweiten Weltkriegs spielten die Siedlungsprojekte in British Guyana und auf den Philippinen eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen über die Umsetzung des Schacht-Ruble-Plans. Die US-Regierung sah sich zunehmend unter Druck, weil ihre Initiative zugunsten der jüdischen Flüchtlinge zu scheitern drohte. Bereits in der Einladung zur Evian-Konferenz hatte sie den teilnehmenden Regierungen zugesichert, dass von ihnen weder eine Änderung ihrer Einwanderungsbestimmungen noch die Übernahme der Kosten für die Flüchtlingsansiedlung erwartet würden. Doch die jüdischen Organisationen, die die Finanzlast tragen sollten, zeigten dazu aus besagten Gründen wenig Neigung.

Zusätzlich wuchs der Druck, weil im Frühjahr 1939 der deutsche Verhandlungspartner des Intergovernmental Committee auf die Einhaltung der inoffiziellen Verpflichtungen drängte, die sich aus dem Schacht-Ruble-Plan ergaben. Nachdem Hjalmar Schacht im Januar 1939 von seinem Posten als Reichbankpräsident abberufen worden war, führte auf deutscher Seite Helmut Wohlthat die Verhandlungen weiter, der Devisen- und »Arisierungs«-Experte in Görings Vierjahresplanbehörde. Als sich wenig später George Rublee aus dem Intergovernmental Committee zurückzog, übernahm der US-Diplomat Robert T. Pell die Verhandlungsführung. Bei einem Treffen in London am 10. Mai 1939 ließ Wohlthat verlauten, dass 230 Millionen Dollar zur Realisierung des Anleihefonds erforderlich seien.²⁰ In Anbetracht der heftigen Diskussionen, die es zwischen dem Intergovernmental Committee und den jüdischen Repräsentanten aus den USA und Großbritannien bereits um einen Bruchteil dieser Summe gegeben hatte, musste diese Forderung als geradezu uner-

18 Zum Siedlungsprojekt auf den Philippinen siehe den Beitrag von Bonnie Harris in diesem Band sowie Frank Ephraim, *Escape to Manila. From Nazi Tyranny to Japanese Terror*, University of Illinois Press 2003, S. 43-61.

19 Administration Reports IGCR, Refugees 1938-1940, Bl. 122, JDC, DORSA, No. 45.

20 Feingold, *Politics of Rescue* (wie Anm. 11), S. 71.

reichbar gelten. Außerdem drängte Wohlthat sein Gegenüber Pell, ein Memorandum zu den in Aussicht genommenen Ansiedlungsgebieten vorzulegen. Er forderte konkrete Zusagen, wie viele Juden wann wohin auswandern könnten und genaue Informationen über den Stand der verschiedenen Siedlungsprojekte sowie über die Gründung des Anleihefonds zur Finanzierung der Auswanderung.²¹ Schließlich schickte auch noch die Gestapo eine Delegation deutscher Juden Mitte Mai nach London zu Gesprächen mit Vertretern des britischen Judentums sowie mit Sir Herbert Emerson, dem Hochkommissar des Völkerbunds für die Flüchtlinge aus Deutschland. Dieser hatte seit Rublees Rücktritt formell den Vorsitz des Intergovernmental Committee inne.²² Wenn es nicht bald eine konkrete Verpflichtung seitens der Mitgliedsstaaten des Intergovernmental Committee gebe, Juden in größerer Zahl aufzunehmen, so legte die Delegation aus Berlin dar, würden die deutschen Behörden zu ihrer bereits erprobten »Schocktaktik« zurückkehren, um die Juden außer Landes zu treiben. Die Delegation legte ein ausgearbeitetes Papier vor mit Zahlenangaben zur Aufnahme von Juden in den einzelnen Staaten innerhalb der nächsten drei Jahre und bat Emerson darum, es zu unterzeichnen oder zumindest eine vergleichbare Verpflichtungserklärung abzugeben. Emerson äußerte zwar Verständnis für die Situation der deutschen Juden, lehnte jedoch die übermittelten Forderungen als erpresserisch ab.²³

Abgesehen vom Druck aus dem Deutschen Reich gerieten die US-Regierung und ihr Diplomat Pell auch von britischer Seite in Bedrängnis. Die Regierung in London hatte sich im Mai 1939 bereit erklärt, Land

21 Memorandum Pells über sein dreistündiges Gespräch mit Wohlthat in der amerikanischen Botschaft in Berlin, 3. März 1939, NA, RG 59 Lot File No. 52 D 408, IGC, Alphabetical Subject File 1938-1941, Box 7 Folder Wohlthat – Berlin; Memorandum Pells über sein Treffen mit Wohlthat in Berlin, 28.4.1939, vom US-Botschafter in London an den US-Außenminister übermittelt; FRUS, 1939 vol. II, S. 103-105.

22 Ebd., siehe auch FRUS, 1939 vol. II, S. 95-97. Obwohl Emerson offiziell die Nachfolge Rublees nach dessen Rückzug antrat, führte Robert Pell die Verhandlungen mit Wohlthat; Pell war auch schon zu Rublees Zeiten an den Gesprächen beteiligt gewesen, zudem hatte Wohlthat deutlich gemacht, dass Emerson auf deutscher Seite als Verhandlungspartner nicht willkommen sei, zumal die Regierung in Berlin seit jeher das Hochkommissariat abgelehnt hatte.

23 Pell am 18. und 19.5.39 über Kennedy (US-Botschaft London) an den Secretary of State; FRUS 1939 II S. 110 ff; Ralph Weingarten, Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das Intergouvernemental Committee on Political Refugees (IGC) 1939-1939, Bern 1981, S. 157.

für die Ansiedlung von Juden in British Guyana zur Verfügung zu stellen. Allerdings war dabei allzu offenkundig, dass es ihr primär um die Ausbesserung eines Prestigeschadens ging. Schon im Vorfeld der Evian-Konferenz war sie für ihre Weigerung kritisiert worden, mehr Juden nach Palästina einwandern zu lassen. Die Teilnahme an der Konferenz hatte sie an die Bedingung geknüpft, dass über Palästina nicht gesprochen werde. Im Mai nun publizierte die Regierung in London ihr Weißbuch, das die Ansiedlung von Juden im Heiligen Land strikt begrenzte – und unterbreitete zeitgleich ihre Guyana-Offerte. Diese bezog sich allerdings ausschließlich auf die Bereitstellung von Siedlungsland, nicht auf die Übernahme der Kosten. Vielmehr solle das Projekt »in den USA finanziert werden«, so der britische Vizevorsitzende des Intergovernmental Committee, Lord Winterton.²⁴ Robert Pell argwöhnte daraufhin, London wolle sich mit dem Angebot aus der Affäre ziehen und den USA die Verantwortung für das absehbare Scheitern des Schacht-Rublee-Plans zuschieben. Denn auch den Briten müsse klar gewesen sein, dass der US-Kongress keine Gelder für das Guyana-Projekt bewilligen würde.

Folglich sah sich die Regierung Roosevelt genötigt, selbst ein dem britischen vergleichbares Angebot zu unterbreiten. Da jedoch die bisher verfolgten Pläne zur Ansiedlung von Juden auf US-Territorium – in Alaska oder auf den karibischen Jungferninseln – auf Widerstand gestoßen waren, bot sich die philippinische Insel Mindanao an, um dem britischen Vorschlag etwas entgegenzusetzen zu können.²⁵ Die Philippinen waren seit Beginn des 20. Jahrhunderts von US-Truppen besetzt, doch die Regierung in Washington hatte dem Inselreich 1935 eine Teilautonomie eingeräumt mit der Perspektive auf vollständige Unabhängigkeit im Jahr 1945. Die philippinische Regierung war Siedlungsinitiativen auf Mindanao gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt, anders jedoch der prominente Führer der Unabhängigkeitsbewegung General Emilio Aguinaldo. Er meldete sich im April 1939 mit antisemitischen Statements öffentlich zu Wort und plädierte dafür, Philippinos anstelle europäischer Juden auf Mindanao anzusiedeln. Im April reiste eine Erkundungskommission nach Mindanao, die Roosevelts Berater in Siedlungsfragen, der Geograph und Präsident der Johns Hopkins University, Isaiah Bowman, zusammengestellt hatte.²⁶ Wie die meisten derartigen Projekte, gelangte auch das Mindanao-Vorhaben nicht über die Planungsphase hinaus. Die

24 Der US-Botschafter in London (Kennedy) an den US-Außenminister, 10.5.1939; abgedruckt in: FRUS, 1939 vol. II, S. 107.

25 Feingold, *Politics of Rescue* (wie Anm. 11), S. 75 f.

26 Ephraim, *Escape to Manila* (wie Anm. 18), S. 44 f.

Gründe dafür sind vielfältig. Für die Diskussionen um die Auswanderung der deutschen Juden im Frühjahr 1939 waren vor allem die Vorbehalte, die innerhalb der USA gegen das Projekt bestanden, von Bedeutung: Zum einen gab es im State Department Bedenken, dass die USA zur Aufnahme der jüdischen Flüchtlinge gezwungen sein würden, falls deren Ansiedlung auf den Philippinen scheitern würde. Zum anderen galten sowohl das Mindanao- als auch das British-Guyana-Projekt als zu begrenzt, um das Problem der Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland zu lösen. US-Präsident Roosevelt war seit langem ein überzeugter Verfechter von Migrationsregulierung im großen Stil. Seiner Vorstellung nach ließen sich Frieden und Wohlstand langfristig nur sichern, wenn es gelinge, Arbeitskräfte und Rohstoffvorkommen miteinander in Einklang zu bringen und unerwünschte Minderheiten aus den Regionen auszusiedeln, in denen ihre Anwesenheit Konflikte auslöste. Im Frühsommer 1939 hatte Roosevelt zudem noch ein konkretes Motiv, persönlich in die Flüchtlingsdebatte einzugreifen: Er fürchtete das Scheitern des Intergovernmental Committee und im Zusammenhang damit wachsenden Druck zur Liberalisierung der US-amerikanischen Einwanderungsbestimmungen, die die Evian-Initiative gerade hatte abwenden sollen.²⁷ Zudem erlaube die Stagnation der Ansiedlungsbemühungen es der deutschen Regierung, mit Genugtuung darauf zu verweisen, dass die größten Kritiker ihrer Rassenpolitik selbst keine praktischen Anstrengungen zur Aufnahme der Juden unternehmen würden.²⁸ Am 4. Mai 1939 versammelte Roosevelt führende Persönlichkeiten des amerikanischen Judentums, die bislang das Zustandekommen des oben erwähnten Anleihefonds verhindert hatten, und verpflichtete sie zur Kooperation – allerdings mit begrenztem Erfolg. Zwar wurde der Fonds am 20. Juli schließlich mit Geldern des Joint gegründet, doch die Frage der Siedlungsfinanzierung war mit der Begründung vertagt worden, dass man zunächst den Bericht der Siedlungsexperten über British Guyana abwarten wolle.²⁹

Hier scheinen die Grenzen der Autonomie der internationalen Organisationen auf. Sie versuchten ihren Einfluss durch klassische Lobbyarbeit geltend zu machen und waren daher auf gute Beziehungen zu den

27 Feingold, *Politics of Rescue* (wie Anm. 11), S. 74 f.; Dillmann/Heim, *Fluchtpunkt Karibik* (wie Anm. 14), S. 69 f.

28 F.D. Roosevelt am 21.6.1939 gegenüber Sumner Welles; Sumner Welles an Myron Taylor, 22.6.39, Franklin D. Roosevelt Library; M. Taylor Collection, Box 5.

29 Feingold, *Politics of Rescue* (wie Anm. 11), S. 78.

Regierungen der Länder angewiesen, in denen sie ihren Sitz hatten. Der Joint z. B. konnte in seinen Bemühungen um die Flüchtlinge aus Europa relativ viel über seine guten Beziehungen zum State Department erreichen. Aber er fühlte sich auch, um diese Beziehungen nicht zu trüben, dazu verpflichtet, sich den Direktiven des US-Außenministeriums zu beugen. Für den Jüdischen Weltkongress galt ähnliches in Bezug auf die Beziehungen führender Persönlichkeiten wie etwa Rabbi Stephen Wise, dem Präsidenten des Kongresses, zu Roosevelt.

Neben den hier genannten gab es noch eine ganze Reihe weiterer Siedlungsprojekte, u. a. in Australien, Angola, Kanada, Argentinien, Ecuador und Alaska, zudem die Jüdische Autonome Sowjetrepublik Birobidjan.

Zur Realisierung all dieser Projekte waren jedoch mehr oder weniger die gleichen Schwierigkeiten zu überwinden:

1) In den meisten Fällen war strittig, ob das Klima überhaupt für Europäer geeignet war.

2) Die ausgewählten Gegenden waren wirtschaftlich so gut wie unerschlossen. Der Aufbau von Ökonomie und Infrastruktur aber setzte zunächst einmal Investitionen in beträchtlicher Höhe voraus. Die Erwartung, dass die jüdischen Siedler Kapital ins Land brachten, war in der Regel das Hauptmotiv, weshalb die Regierungen in den Aufnahmegebieten mit derartigen Plänen liebäugelten.

3) Die eher städtisch geprägten deutschen Juden passten meist nicht in das Profil des landwirtschaftlich geschulten Siedlers, das den Experten in den Kommissionen ebenso vorschwebte wie den Regierungen in den Ansiedlungsstaaten. Und

4) setzte der Aufbau derartiger Projekte vor allem Zeit voraus. Die Siedler sollten immer nur in kleinen Gruppen einreisen, um ihre Integration nicht zu erschweren. Bis sie eine Existenz aufgebaut hatten, würden Jahre vergehen. Die Siedlungsprojekte hätten also bestenfalls eine langfristige Lösung für ein sehr akutes, kurzfristig zu lösendes Problem sein können.

Schließlich standen, wie erwähnt, in einigen der zur Siedlung vorgesehenen Gebieten antijüdische Ressentiments der einheimischen Bevölkerung den Projekten entgegen – eine Entwicklung, die im Übrigen das deutsche Auswärtige Amt im Verein mit dem Propagandaministerium nach Kräften förderte.

Schon nach der Evian-Konferenz setzte sich in Kreisen jüdischer Hilfsorganisationen allmählich die Überzeugung durch, dass der Gruppenansiedlung noch mehr Hindernisse im Weg standen als der Einzeleinwanderung.

Schlechte Notlösungen: Flüchtlingslager im Niemandsland

Dem wachsenden Antisemitismus versuchten vor allem die jüdischen Gemeinden in den Aufnahmeländern entgegenzuwirken, weil sie dadurch ihre eigene Position gefährdet sahen. Daher engagierten sich häufig jüdische Hilfsorganisationen für die Errichtung von Flüchtlingslagern in der Annahme, dass die Flüchtlinge, separiert von der einheimischen Bevölkerung, weniger Anstoß erregen würden. So richtete die Israelitische Flüchtlingshilfe der Schweiz in der Nähe von St. Gallen und in Basel Flüchtlingslager ein. In Großbritannien hatte sich das Jewish Refugee Committee gegenüber der Regierung verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die deutsch-jüdischen Flüchtlinge nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fielen; nach dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen musste das Committee dieses Versprechen jedoch partiell zurücknehmen.³⁰ In den Niederlanden hinterlegten die dortigen Juden bei der Regierung eine Garantiesumme für den Unterhalt der Flüchtlinge, und das Komitee für jüdische Flüchtlinge übernahm die Kosten für die Unterbringung der neu angekommenen Flüchtlinge in Lagern.³¹ In Belgien stellte der Staat die Räumlichkeiten für die Unterbringung, die laufenden Kosten übernahmen die jüdischen Hilfsorganisationen.³² Bei allen Unterschieden, die zwischen den einzelnen Lagern bestanden, brachten sie doch für deren Bewohnerinnen und Bewohner in der Regel eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit und eine im Laufe der Jahre strikter werdende Kontrolle mit sich. In Frankreich unterstand das System der Flüchtlingslager bis zum November 1940 der Armee,³³ meist aber war das Innenministerium für die Lager zuständig. In Belgien wurde das bekannteste Lager innerhalb einer Strafvollzugsanstalt, dem so genannten Vagabundenlager, eingerichtet, in dem 2000 bis 3000 Gefangene inhaftiert waren; im Lagerkomplex waren zwei Gebäude separiert, in denen im März 1939 650 Emigranten lebten. Sie sollten mit den Strafgefangenen nicht in Berührung kommen und durften sich daher nur in unmittelbarer Umgebung

30 Sherman, *Island Refuge* (wie Anm. 17), S. 47, S. 158.

31 Bob Moore, *Refugees from Nazi Germany in the Netherlands 1933-1940*, Dordrecht-Boston-Lancaster 1986, S. 34, S. 51; Flüchtlingsfrage und Flüchtlingslager in Holland (Ende Mai 1939), AJA, WJC Collection, Box A 22, File 13, S. 76-78.

32 Zur belgischen Flüchtlingspolitik siehe den Beitrag von Frank Caestecker in diesem Band.

33 Christian Eggers, *Unerwünschte Ausländer. Juden aus Deutschland und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940-1942*, Berlin 2002, S. 39.

»ihrer« Häuser aufhalten. In dem Lager war der Tagesablauf strikt geregelt. Mit Hilfe von Umschulungskursen und Sprachunterricht konnten sich die Flüchtlinge auf die Emigration bzw. Weiterwanderung vorbereiten.³⁴

Eher chaotisch ging es demgegenüber in den Lagern zu, die vielerorts im Niemandsland errichtet worden waren, als Auffanginstitutionen für Menschen, die aus einem Land abgeschoben, im nächsten aber nicht aufgenommen worden waren. Im Januar 1939 berichtete der *Jewish Chronicle*:

»Entlang der deutschen, slowakischen, ungarischen, polnischen sowie noch anderer Grenzen befinden sich mindestens zwölf »Niemandsland«-Lager, und [weitere] Tausende von Flüchtlingen sind in die Baracken der fünfzehn Isolierungslager in der Schweiz, Belgien und Holland gesperrt. [...] Einige der Lager sind infolge der Gnadenlosigkeit entstanden, mit der Deutschland seine Juden ausweist, doch die meisten sind das direkte Resultat des Münchner Abkommens und der Abtretung der [tschechischen] Gebiete an Deutschland, Ungarn und Polen.«³⁵ Als nach dem Münchner Abkommen Teile der Slowakei an Ungarn abgetreten werden mussten, deportierte die slowakische Hlinka-Garde Juden, die im Abtretungsgebiet geboren waren, dorthin, um sie so Ungarn zuzuschieben. Daraufhin transportierte die ungarische Gendarmerie auch diese Unerwünschten ins Niemandsland an der neu gezogenen ungarisch-slowakischen Grenze.³⁶ »Das Jahr 1938«, so schrieb ein Berichterstatter *Joint*, »hat einen neuen Begriff in die europäische Geographie eingeführt: Niemandsland der Juden.«³⁷

34 Schreiben des Lehrers Simon Meisner, Brüssel, vom 25.3.1939; LBI JMB, MF 572, reel 2, box 3, folder 4, abgedruckt in: Götz Aly u. a. (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945* (VEJ), Band 2: *Deutsches Reich 1938 – August 1939*, bearb. von Susanne Heim, München 2009, S. 724-726

35 »Niemandsland«-Lager und Baracken für Juden. Überwiegend Folge des Münchner Abkommens, in: *Jewish Chronicle* vom 6.1.1939, JDC AR 33/44, 541; abgedruckt in: ebd., S. 643 f.

36 Report by Mrs. Marie Schmolka, Manageress of »HICEM« Prague, on her visit to the camp Mischdorf near Bratislava on November 27th, 1938, and other reports from No-Man's Land, abgedruckt in: Peter Heumos, *Flüchtlingslager, Hilfsorganisationen, Juden im Niemandsland. Zur Flüchtlingsproblematik in der Tschechoslowakei im Herbst 1938*, in: *Bohemia* 25 (1984), S. 245-275, hier S. 272-275.

37 *No Man's Land of the Jews*, 20.1.1939; JDC, AR 1933/44, 541.

An den Westgrenzen des Reichs schoben sich die Grenzbehörden der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs nach dem Anschluss Österreichs gegenseitig die illegal eingereisten Flüchtlinge zu.

Bei Kriegsbeginn wurden die deutsch-jüdischen Flüchtlinge in den wichtigsten europäischen Zufluchtsstaaten zu »feindlichen Ausländern« erklärt. Und in der Folgezeit verwandelten sich manche in humanitärer Absicht errichteten Flüchtlingsunterkünfte in Internierungslager, in denen die Insassen dem polizeilichen Zugriff ausgeliefert waren und zudem unter miserablen Bedingungen zu leiden hatten.

In Frankreich waren im November 1939 15.000 deutsche und österreichische Juden in Lagern interniert. Anders als in Großbritannien wurden in Frankreich grundsätzlich alle männlichen deutschen Staatsangehörigen bis zum 65. Lebensjahr interniert – und dies waren nach Einschätzung Nahum Goldmanns zu 90 Prozent jüdische Flüchtlinge, deren Inhaftierung vor allem auf die Spionageangst der französischen Behörden zurückzuführen sei.³⁸

In einem Memorandum des Jüdischen Weltkongresses vom November 1941 wird von den Internierungslagern in Frankreich, Spanien, Portugal, Shanghai und der Schweiz sogar behauptet, sie seien »wenig besser als die Konzentrationslager in Deutschland«: Ausgeführt wird dies mit dem Hinweis auf Nahrungs- und Kleidungsmangel, unhygienische Zustände und die oft inhumane Behandlung. All dies führe unvermeidlich zur physischen und moralischen Zerrüttung der Insassen.³⁹ Auch wenn man den Vergleich mit den deutschen Konzentrationslagern als fragwürdig ansehen mag – die demoralisierende Wirkung eines längeren Aufenthalts in einem Lager ist vielfach bezeugt.

Resümee

Die nationalen jüdischen Organisationen waren eher als die internationalen gefragt und bereit, bei der »Lösung« des Flüchtlingsproblems mit den Behörden zu kooperieren. Erstere fürchteten, dass sich der Zustrom verarmter Juden aus Deutschland und den besetzten Ländern negativ auf die Situation der einheimischen Juden auswirken könne. So übernahmen

38 N. Goldmann an Stephen Wise, 17.11.1939, in: Archives of the Holocaust, vol. 8, American Jewish Archives, Cincinnati. The Papers of the World Jewish Congress 1939-1945, ed. by Abraham J. Peck, New York 1990, S. 88 f.

39 Inter-American Jewish Conference, Jews in Nazi Europe, Feb. 1933 to Nov. 1941, Report 1941; AJA, WJC Collection, Box A 66, File 4, REF 3.

die nationalen Organisationen etwa in Großbritannien und den Niederlanden die Aufgabe, zu überprüfen, ob ein Neuankömmling sich zu Recht als Flüchtling ausgab und Anspruch auf Unterstützung geltend machte. In den Niederlanden, wo die Flüchtlingshilfe schon vor Kriegsbeginn dem Zusammenbruch nahe war, versuchten die betreffenden Organisationen auch, geflohene Juden zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, weil sie in den Niederlanden nicht versorgt werden könnten.⁴⁰

Internationale Hilfsorganisationen hatten da weniger zu befürchten und daher oft einen klareren Blick. In Vichy-Frankreich hingegen wurde im September 1941 der Nachfolger von Varian Fry, Daniel Bénédictes, nicht in die Dachorganisation der Hilfswerke aufgenommen, weil er auf einer Sitzung die Zusammenarbeit mit den Behörden kritisiert und gefordert hatte, mit einer Pressekampagne in den USA auf die skandalösen Bedingungen in den französischen Lagern aufmerksam zu machen, damit die Verantwortlichen endlich zu handeln gezwungen würden. Er stieß auf einhellige Ablehnung der französischen Organisationsvertreter und wurde mit der Bemerkung abgefertigt: »Monsieur, wir machen hier keine Politik.«⁴¹

Kooperationsbereitschaft hin oder her, letztlich entscheidend war der Handlungsspielraum.

Auf der eingangs erwähnten Sitzung des Jüdischen Weltkongresses in Paris im Januar 1939 hatte Goldmann noch erklärt, das Emigrationsproblem könne nur auf der Basis der Gleichberechtigung der Juden gelöst werden. Auf Zwangsemigration würde man sich niemals und nirgends einlassen und jede Mitwirkung daran verweigern.⁴² Knapp drei Jahre später, im November 1941, sah der Weltkongress sich selbst und andere jüdische Organisationen nur noch in der einst so geschmähten philanthropischen Rolle.

Die Kapazitäten der nationalen jüdischen Organisationen zur Versorgung der Flüchtlinge waren schon bald erschöpft. Die Verarmung der jüdischen Gemeinden hatte zur Folge, dass sich zunehmend internationale Organisationen wie der Joint und auch der Jüdische Weltkongress um die Flüchtlinge innerhalb und außerhalb der Lager kümmerten, sie mit Spenden unterstützten; der Jüdische Weltkongress war außer in Palästina in Polen, Frankreich, Portugal, Rumänien und Marokko tätig. Sein Genfer Büro organisierte den Versand von Lebensmittel- und Erste-

40 Moore, *Refugees from Nazi Germany* (wie Anm. 31), S. 51.

41 Eggers, *Unerwünschte Ausländer* (wie Anm. 33), S. 409.

42 Goldmann auf der Eröffnungssitzung am 14.6.1939 (wie Anm. 4).

Hilfe-Paketen und gelegentlich auch von Geldüberweisungen und bemühte sich zudem um die Rettung »verdienstvoller« mehr oder minder prominenter Juden. Und schließlich war der Weltkongress auch diplomatisch tätig: Seine Repräsentanten sprachen bei den US-Vertretungen der Länder vor, in denen er Hilfsaktionen organisierte, und baten um Unterstützung oder warben bei lateinamerikanischen Botschaften für die jüdische Einwanderung – mit dem Ergebnis, dass die Diplomaten ähnlich wie in Evian ihre Sympathie für die bedrohten europäischen Juden bekundeten, aber weiter nichts passierte. Und schließlich heißt es im Tätigkeitsbericht des Jüdischen Weltkongresses von 1941, man habe politische Verhandlungen zur Vorbereitung einer demokratischen Nachkriegsordnung geführt, um eine angemessene Beteiligung der Vertreter des jüdischen Volkes an den Friedensverhandlungen zu gewährleisten, und habe sich der Unterstützung der demokratischen Staaten versichert.⁴³

Die internationalen Organisationen waren unabhängig und haben die Gefahr, in die NS-Politik eingespannt zu werden, früh erkannt und unumwunden artikuliert. Sie hatten keine Illusionen, das Schicksal der Juden durch Mitwirkung an scheinbar unvermeidlichen antijüdischen Maßnahmen mildern oder Schlimmeres verhüten zu können. Illusionen hinsichtlich ihrer politischen Möglichkeiten hegten allerdings auch die Internationalen – so lässt sich zumindest ex post konstatieren. Insofern ist ihre Rolle weniger problematisch als diejenige der nationalen Hilfsorganisationen. Die internationalen Organisationen hatten jedoch – bei aller Klarheit der Analyse – oft keine Alternative, als dort helfend einzuspringen, wo die nationalen Organisationen nichts mehr ausrichten konnten.

Sie hatten auch ohne Gestapozwänge und Illusionen nur wenig Möglichkeiten, die europäischen Juden zu retten. Je mehr sich der Krieg ausweitete, desto mehr mussten auch sie sich der Logik der internationalen Politik beugen, und desto mehr wurde Philanthropie zum Politikersatz – auch für sie.

Für die jüdischen Flüchtlinge bedeutete dies, dass sie gut beraten waren, nicht allzu sehr auf die organisierte Hilfe zu bauen und die Fluchtmöglichkeiten zu ergreifen, die sich gerade boten.

43 World Jewish Congress Central Office New York, Report on current activities of the World Jewish Congress, March 1941; AJA, WJC Collection, Series A, Subseries 1, Box A5, File 3.

FRANK CAESTECKER

Jewish Refugee Aid Organizations in Belgium
and the Netherlands and the Flight from Nazi Germany,
1938-1940

This essay considers the attitudes of the Jewish communities in Belgium and the Netherlands towards refugees from Nazi Germany who fled to these neighboring countries. A number of refugees arrived in Belgium and the Netherlands with the consent of the authorities and in agreement with the local Jewish communities. Those can be considered as invited by the Jewish communities. Most refugees, however, turned up uninvited at the Jewish refugee aid organizations. The green border between Nazi Germany on the one hand, and Belgium and the Netherlands on the other, was difficult to control, and those determined to leave Germany could always find a way to cross it. Both Belgium and the Netherlands invested considerably in strengthening their border control in the period under review. Border policy was considered part of national sovereignty, and the Jewish community did not question that policy. However, once refugees found themselves on Belgian or Dutch territory, and once they contacted the refugee aid committees, those committees considered themselves responsible for those they considered to be refugees. This essay will consider the extent to which the Jewish organizations could defend the interests of the Jews¹ from Germany (and Austria) in need of protection, and in particular those who had entered Dutch or Belgian territory unauthorized.

The Jews were small minorities within the Netherlands and Belgium: 1.5 percent of the Dutch population and 1 percent of the Belgian population respectively. The Jewish minority in the Netherlands was an older community, while the Belgian Jewish community was much more recent

1 We are aware that National Socialist racial categorizations, such as Jew and Aryan, were not at all transparent and self-evident categories. Thus, those terms are placed in quotation marks. On the construction of these categories, see Cornelia Essner, *Die »Nürnberger Gesetze« oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945*, Paderborn 2002; David Fraser, »Aryan and Jew in the Nazi Rechtsstaat«, in: *Thinking Through the Body of the Law*, Pheng Cheah/David Fraser/Judith Grbich (ed.), Sydney-New York 1996, S. 63-79.

and composed of mostly first and second generation immigrants from Eastern Europe. While in the Netherlands nearly all of the Jews had Dutch citizenship, in Belgium only a small percentage of the Jews were Belgian citizens. When Belgium was founded in 1830, the Jewish community was very small and grew mainly through immigration from the neighboring countries. At the end of the 19th century, Jews from Austria-Hungary and the Russian Empire added to this minority. When the USA closed its borders after the First World War, several thousand Eastern European Jews immigrated to Belgium. Among the nearly 70,000 »Jews« in Belgium registered by the German authorities during the occupation, only five thousand were Belgians.

The Jews in the Netherlands and Belgium were overwhelmingly urban, heavily concentrated in the cities of Amsterdam, Antwerp and Brussels. While the Dutch Jews were overwhelmingly orthodox in their religious observances, the Belgian Jews in Brussels were rather liberal. Among the first and second generation immigrants in Belgium, in particular in Antwerp, traditional and orthodox views predominated.

The Prelude: Refugee Aid, 1933-1937

When the flight of Jews from Germany started after Hitler's takeover in 1933, the Jewish community in both the Netherlands and Belgium responded promptly and reached out to these refugees. The main Jewish refugee relief organization in Belgium was the Comité d'aide et d'assistance aux victimes de l'Antisémitisme en Allemagne (CAAVAA) in Brussels. This organization was a creation of the Jewish community establishment. Moreover, a new political elite emanating from the immigrant community was co-opted into this organization; indeed, the Zionists, a political group which had a large following among the immigrants, were also member of this committee. In Antwerp, the Comité ter verdediging der Rechten der Joden was founded at the initiative of Zionist activists who were the strongest political force in the Antwerp Jewish community. The material aid to the Jewish refugees in Antwerp was provided by the United Board of Jewish Charities (de Centrale). The strength of these Belgian aid organisations was that they were not only representative of the local Jewish community; they were also well integrated into international Jewish organizations and into local Belgian political networks.² In the

2 CAAVAA was headed by the jurist Max Gottschalk, vice-president of the Administrative Council of the Brussels Jewish community and a high ranking civil serv-

Netherlands, the main Jewish refugee relief organisation was the Comité voor Joodsche Vluchtelingen led by Professor David Cohen of Amsterdam University. It was an organisation representing the Israëlite establishment in which the leftist parties that had a large following within Jewish labor in Amsterdam were not represented. This aid committee also had members with political clout.³ Most fund-raising for the refugee cause in both countries was done within the local Jewish community.⁴ This was a substantial effort, certainly when one takes into account the limited funds that Jewish welfare organizations were able to raise in normal times.

By March 1938, these organizations had established an administrative routine for handling refugee cases. The Jewish elites considered granting asylum in keeping with the liberal traditions of their country, and also as part of the duty of all Jews; but such solidarity with the refugees should not damage the interests of the local Jewish communities. Jews fleeing Germany, immigrating legally or illegally, and who were considered eligible for protection by the refugee committees were to be temporarily protected until they were able to find permanent asylum elsewhere. This implied that they would have to leave for overseas. The authorities did not want the Jewish refugees in transit to be a burden on the local econ-

ant. Gottschalk also played an important role in international Jewish organisations; he became vice-president of ICA in 1929 and president of HICEM in 1939. The vice-president was Herbert Speyer, a professor of political science and law at the University of Brussels who had been a Liberal MP between 1912 and 1925. The Zionist-Socialist attorney Léon Kubowitzki, who also played a central role in the international Zionist movement, headed the Antwerp Committee. Kubowitzki, the Belgian president of Poalei-Zion was a socialist city councillor in Antwerp and close to the socialist Mayor of Antwerp, Camille Huysmans. Jean-Philippe Schreiber, *L'accueil des réfugiés juifs du Reich en Belgique*, in: *Bijdragen tot de eigentijdse herinnering* 3 (2001), S. 26, S. 61; Jean-Philippe Schreiber, *Dictionnaire Biographique des Juifs de Belgique. Figures du judaïsme belges XIX-XXe siècles*, Bruxelles 2002, S. 204 f.

- 3 The Dutch Committee for Jewish refugees was supported by the two official religious organization in the Netherlands (Ashkenazim and Sephardim), but followed largely its own course of action. Samuel van den Bergh, who was a member of the Dutch Parliament for a liberal party, and Lodewijk Ernst Visser, vice president of the Dutch Supreme Court, were on the board. See Dan Michman, *The Committee for Jewish Refugees in Holland 1933-1940*, in *Yad Vashem Studies* 14 (1981), S. 106, S. 215.
- 4 *Nederlands Instituut Oorlogsdokumentatie* (hereafter NIOD), *Jaarverslag Joods comité*, 1938, S. 8; Frank Caestecker, *Ongewenste gasten, joodse vluchtelingen en migranten in de dertiger jaren*, Brussels 1993, S. 102.

omy and detrimental to the economic prospects of the local population. Only in those rare cases that the economic impact of Jewish refugees was considered unambiguously beneficial for the host country were they allowed to be economically active.⁵

The prohibition against being economically active implied that most refugees needed financial support during their stay in transit in Belgium and the Netherlands. The Jewish community guaranteed the authorities that these refugees in transit would not become a public burden, and promised to provide them with financial assistance. In order to limit the costs, the Jewish aid organisations put considerable pressure on the refugees to leave quickly for a final destination. The Jewish communities worked in tandem with the authorities who tolerated the refugees on a temporary basis, as Jewish organizations undertook the management of the refugee influx and underwrote the financial risks of admitting these people.

The Jewish relief organizations held the key to protecting the refugees, providing financial support that allowed the refugees to qualify for temporary protection. Aid committees had limited funds and continuously made choices about whom they could help. Support from the Jewish aid committees and the protection of the authorities were conditional on organizing the final emigration, on refugees refraining from economic activity, and on good behavior.⁶ Persons of Jewish origin who were Christian converts or agnostics were, notwithstanding their beliefs, categorized as Jews by the Nazis, and thus persecuted as well. The Jewish aid committee in the Netherlands refused to assist them, while the Brussels based Committee for Help and Assistance to the Victims of Antisemitism in Germany granted aid to »Jews« on a non-sectarian basis. These different strategies were conditioned by the different religious views within the Jewish communities, namely the much more liberal Jewish community in Brussels, and the more orthodox one in the Netherlands.⁷

5 Rapport CAAVAA 9.4.1935-9.4.1936, S. 4; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 26. For the Netherlands, see Bob Moore, *Refugees from Nazi Germany in the Netherlands, 1933-1940*, Dordrecht-Boston-Lancaster 1986, S. 28; Michman, *The Committee* (see note 3), S. 205-232.

6 In the Netherlands, the Jewish committee rejected on principle any Germans convicted of (non political) crimes, and communists. See John Simpson, *The Refugee Problem, Report of a Survey*, London-New York-Toronto 1939, S. 350; Michman, *The Committee* (see note 3), S. 227.

7 Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 231; Michman, *The Committee* (see note 3), S. 225.

Refugee Policy between the »Anschluss«
and the »Reichskristallnacht«

1938 was a watershed in the persecution of the Jews in Germany; it was also the year when geopolitical changes brought more Jews under German rule, and when antisemitic policies were substantially radicalized. This radicalization in the policy to make Germany *judenrein* was first implemented in Austria. A high level of terror, together with bureaucratic collusion, forced nearly 50,000 Jews to leave Austria in the first six months after the *Anschluss* of 11 March 1938.⁸

Travel between the Netherlands, Germany, and Austria was not dependent on any previous authorization. However, Germans (and Austrians) needed a visa to enter Belgium, the country they had invaded in 1914 and had occupied for four years. Fears of a new wave of refugees meant that Belgium and the Netherlands adjusted their policies almost immediately after the *Anschluss* by introducing measures to ensure that only a selected number of refugees could (legally) enter their territory. From March 1938 onwards, Belgium granted very few visas only. Those Austrian Jews who probably came to stay were not to be granted visas.⁹ The Dutch authorities took a more drastic stand. Immediately after the *Anschluss*, the Dutch decided on 22 March that Austrian passports were no longer valid travel documents. Austrian citizens were now Germans and could only enter Dutch territory with German papers. This full acceptance of the *Anschluss* implied that holders of Austrian passports arriving at the Dutch border were collectively refused access to Dutch territory. Even the possession of sufficient means of support was not accepted as a justification for admission.¹⁰ By the late spring, pressure on the Dutch and Belgian

8 Jonny Moser, Österreich, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 68. See also Zentralstelle für jüdische Auswanderung to SD-Hauptamt, 21.10.1938, Bundesarchiv Berlin, R 58 (Reichssicherheitshauptamt), 486.

9 Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 180; for refusal of visas between May and September, see for example Belgian State Archives, Archive Aliens Department (henceforth AAD), individual aliens' files, A300.981, A300.984, A314.923, A314.926, A314.933, A314.938, A314.941, A314.942, A314.954.

10 The German authorities only started to replace Austrian passports with German documents from 15 August 1938 onwards, and the Austrian passports were only deemed invalid by the German authorities from 1 January 1939 onwards. Frank Caestecker/Bob Moore, *A Comparative Analysis of Immigration Policies of Liberal States in Western Europe and the Flight from Nazi Germany*, in: Frank Caestecker/Bob Moore (Ed.), *The Refugee Policy Towards Refugees from Nazi*

borders increased. More and more refugees arrived from Germany and in particular from Austria. They succeeded, with the cooperation of the German police and border authorities, to enter Belgian and Dutch territory uncontrolled, and appealed to the Jewish committees for help.¹¹

The Dutch Authorities End Collaboration with the Jewish Committee

The Netherlands quickly abandoned tolerance for Jewish refugees on Dutch territory that the Jewish aid committee had recommended. Carel Goseling, the Catholic Minister of Justice since June 1937, was a decisive Minister. He insisted on dealing firmly with this unwanted immigration. The decree of 7 May 1938 stipulated that: »a refugee will in the future be considered *persona non grata* in Dutch society, an undesirable foreigner who must be turned back at the border and, if found within the country, expelled.« Only those in mortal danger were to be accepted. Refugees »who had left their country under pressure of circumstances,« without being really in mortal danger, were no longer tolerated.¹²

The harsh policy toward refugees provoked some public reaction, but the political opposition to this anti-refugee policy was limited.¹³ Even within Jewish circles, there was support for this restrictive immigration policy. L.D. Staal, the editor of the *Nieuw Israelitisch Weekblad*, the main Jewish daily, wrote on 13 May 1938 that increasing immigration of Jewish

Germany and the Liberal States of Europe, 1933-1939, Oxford-New York 2009, S. 248.

11 Gerd Blumberg, *Flucht über die Grenze. Die Hollandflucht im Dritten Reich über die niederländisch-westfälische Grenze und Kontrollmaßnahmen der Steuer- und Zollbehörden*, in: *Unser Bocholt. Monatsschrift für Kultur und Heimatpflege* 46 (1995), S. 11; Corrie Berghuis, *Joodse vluchtelingen in Nederland 1938-1940*, Kampen 1990, S. 58; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 181; Moore, *Refugees* (see note 5), S. 82, S. 96; Caestecker/Moore, *A Comparative Analysis* (see note 10); for Jewish refugees returned at the border, see for example AAD, individual refugees' files, A301.036-301.042; A301.023-301.028.

12 Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 223-224.

13 The parties of the governing coalition did not raise their voices, but only the opposition, particularly the communists, opposed this decree. Corrie Van Eijl, *Al te goed is buurmans gek. Het Nederlandse vreemdelingenbeleid 1840-1940*, Amsterdam 2005, S. 189 f.; Michman, *The Committee* (see note 3), S. 103.

refugees was a threat to the national character in economic as well as in cultural terms.¹⁴

The Jewish committee was taken aback by this radical change in policy, and internally they accused the government of »hypocrisy«. ¹⁵ The Colijn government, formed in July 1937, was composed of Christian parties on the right. The liberals had been ousted from the government on the insistence of Goseling. The liberals, together with the parties of the left, were the political currents over which Jews had some influence. The new coalition of Christian parties insured that the Jewish committee would have hardly any access to the decision-makers.

For Goseling, the Jewish committee had no official standing at all. Issuing this decree without giving any hint in advance of this volte-face was a clear statement that the Jewish Committee was no longer a partner of the policy-makers. The committee tried immediately to recover its lost influence and made a formal proposal for defining those who were in mortal danger. The proposal included those who had been in a concentration camp, those who had been summoned by the Gestapo, and those who had received a warning about a possible arrest from friendly sources as genuine refugees who should be protected. Goseling retorted that the state had to decide for itself. The only concession to the Jewish committee was that they were still permitted to recommend certain cases, but of course their advice would not be binding.¹⁶ The Dutch authorities also made it clear that the proposal of the Jewish committee was overly generous. Even those imprisoned in a concentration camp were not to qualify *prima facie* as refugees. The Procurator-General in Amsterdam even couched this point of view in anti-Nazi terms by stating to the refugee committee that: »the Netherlands will not submit to these questionable German practices.«¹⁷ Still, there was a certain reluctance to deny Jews from Germany any protection at all. The Dutch central authorities brushed away the recommendations of the Jewish refugee committee,

14 Michman, *The Committee* (see note 3), S. 105; Hartog Beem/Jozeph Michman/Dan Michman, *Pinkas, geschiedenis van de joodse gemeenschap in Nederland*, Amsterdam 1999, S. 152, S. 162.

15 Letter of R.H. Eitje, central paid staff member of the committee, who was in charge of maintaining personally contacts with the authorities to G. van den Bergh, 4.1938, quoted in Michman, *The Committee* (see note 3), S. 211.

16 Decision of Minister of Justice, 16.7.1938. Conference with Pannenburg of Ministry of Justice in relation to the instructions of May 1938. City archive of Amsterdam, archive of the police, arch. 5225/4 and 5.

17 Procurator-General Amsterdam to Jewish refugee committee, 6.1938, City archive of Amsterdam, archive of the police, arch. 5225/16.

but when individuals protested fiercely against their expulsion, they advised local authorities to reconsider the negative closure of the asylum request. As the local authorities had considerable autonomy in deciding about the forced repatriation of alleged victims of persecution, refugee committees could, depending on local circumstances, still exert some influence.¹⁸

Belgium: A Public Controversy over the Deportation of Jewish Refugees

The German dumping policy also placed great strain on Belgian humanitarian policy. The official policy adopted on 23 May 1938 by the Catholic Minister of Justice, Joseph Pholien, a member of the government led by the Socialist Paul-Henri Spaak, was not to expel political refugees, but to refuse any protection to Jews who were »victims of harassment by the new masters.« To minimize the persecution of Jews was part of an electoral strategy of Pholien to regain the Catholic conservative votes. The conservative wing of the Catholic party was in severe disarray due to scandals and the desertion of conservative Catholic voters to the extremist Rex party of Leon Degrelle. The electoral dissidence was part of a radicalization of the middle classes and their organizations. This radicalization expressed itself in a ruder public discourse on immigration. During the depression of the first half of the 1930s, the political elite had replied to the pleas for protectionism by giving the state the power to protect national labor. In the second half of the 1930s, the middle class and its organizations demanded similar protection against foreign competition, most of all against commercial and industrial activities of Jewish immigrants in Belgium. This resistance against the economic activities of (Jewish) foreigners was couched in a strongly antisemitic language.

Within this political climate, the Brussels lawyer Joseph Pholien made his debut in 1936 in national politics as the new face of the discredited conservative wing of the Catholic party. Pholien hoped that by playing the antisemitic or xenophobic card, just as the rival Rex had successfully done, his party would be able to regain support from among its tradi-

18 City archive of Amsterdam, archive of the police, arch. 5225/4 and 5. A few of the smaller Jewish committees were more adamant about protecting the Jewish refugees than the Amsterdam committee, and could have exerted between 1938 and 1940 influence on local authorities and the procurators. But we not aware of any research on this local dynamic. Michman, *The Committee* (see note 3), S. 215.

tional following. Measures pandering to the populist groundswell against Jewish immigration, including refugees, were therefore considered an electoral advantage. Pholien hesitantly embarked on his mission. The Jewish committee pledged, as in the past, to maintain the Jewish victims of persecution and to help with their final emigration. By July 1938, already 800 Jewish refugees from Austria who had immigrated without the necessary visa were allowed to stay as the Jewish refugee aid organisations insisted on temporary protection for all those forced out of Germany.¹⁹ Antisemitic agitation mounted a campaign around the loss of control over the border. Max Gottschalk, who at that time held important official positions, including president of the public labor exchange-offices, was attacked in April 1938 by the *Pays Réel*, the newspaper of the fascist Rex party of Léon Degrelle, as: »although being paid by the Belgian state for looking for jobs for the Belgians, he is in the service of Jews coming from abroad.«²⁰

The Jewish community insisted that the refugees should act discretely, and not give the antisemites any pretext for action. The Consistoire, the official religious agency of the Jewish establishment, called upon the refugees to show gratitude for Belgian hospitality, and to refrain from any political activity.²¹ The visibility of the Jewish refugees had to be limited. An organization of German refugees, in concert with the Belgian-Jewish community, called upon its members to keep a low profile in public and not to speak German in public.²²

At the end of September 1938, Pholien, in agreement with his colleagues in the government, decided to abolish the temporary protection for Jewish refugees, just as the Netherlands had done in the spring. On 30 September 1938, he gave secret instructions to the municipal police in Brussels to arrest any Austrian Jews living illegally in the city. Roundups took place in hotels and refugees were arrested when they reported to police stations on the recommendation of the Jewish refugee committee. This netted at least 250 Austrian Jews. About 150 of them were immediately repatriated to Germany.²³

19 Instruction, 23.5.1938 and Meeting Foreign Affairs and Sûreté Publique, 12.5.1938. AAD, 289; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 183.

20 Schreiber, *L'accueil des réfugiés* (see note 2), S. 48.

21 Call of the Consisterie, 31.5.1938, quoted in Jean-Philippe Schreiber, *Les juifs de Belgique face à la montée de l'antisémitisme nazi, 1933-1939*, unpublished masters paper, Brussels 1984, S. 174. See also *Notre opinion*, Brussels, 13, 31.3.1939, S. 3.

22 *Yiddisher Visnshaftelekher Institut (Yivo)*-New York, collection David Trozky, 58.

23 Frank Caestecker, *Onverbiddeijk, maar ook clement. Het Belgische immigratie-beleid en de joodse vlucht uit nazi-Duitsland, maart 1938-augustus 1939*, in: *Bijdragen tot de eigentijdse geschiedenis* 13/14, 2004, S. 113.

The expulsion of these Jewish refugees immediately became known to Emile Vandervelde, the president of the Socialist Party, through an informer in the prison where the Jews were being held prior to repatriation. Vandervelde was an idealist, a man of principle who clashed numerous times with the very pragmatic socialist, Paul-Henri Spaak, the then Prime Minister. Vandervelde chose to champion the cause of the Jewish refugees, and lobbied within his party to grant asylum to the Jewish refugees in Belgium. The opinion of Vandervelde, the doyen of Belgian socialism, could not easily be disregarded. The Jewish refugee aid committee in Brussels also lobbied to restore the temporary protection of their clientele; but a mere return to the old policy seemed unrealistic, and they tried to kill two birds with one stone by proposing the creation of a refugee camp as the solution. For public consumption, they argued that such a camp would act as deterrent to immigration for all but the most desperate (and most deserving) of cases. In fact, setting up a camp brought other advantages: it would reduce the costs for the upkeep of refugees and enable the refugee aid organization to provide professional training which would improve the refugees' chances of emigrating overseas. Most importantly, it would make Jewish refugees much less visible. For the Jewish refugee organization, the camp was a means of reducing the public perception of immigration rather than a means of deterring future arrivals.²⁴

Prime Minister Paul-Henri Spaak, under strong pressure from within his own party, conceded. Pholien had to stop the expulsions on 15 October, and a refugee camp was set up. The halt to the expulsions was not made public. The next day, Emile Vandervelde, still unaware of the decision taken at the top levels of government, published a fierce protest in the Socialist daily *Le Peuple* against the expulsion of Jewish refugees. Vandervelde, having seen no result from his lobbying the previous week, took his demand for a humanitarian immigration policy to the street. Refugee policy – which until then had been an uncontested prerogative of the executive power – became a matter of public debate. Vandervelde's open advocacy on behalf of the refugees was not greeted with great enthusiasm among the socialist political elite. Their support for the Jewish refugees remained mostly discrete, as the socialists feared the antisemitic

24 Hugo Marx to Emile Vandervelde, 16.10.1938. Institute Emile Vandervelde (henceforth IEV), Papers E. Vandervelde, Correspondence. Gottschalk in *Le Soir*, 23.10.1938/2. See also *Fraternité*, Brussels, 11 (1938), S. 3; Schreiber, *L'accueil des réfugiés juifs* (see note 2), S. 59.

or xenophobic popular mood, even within their own ranks.²⁵ Max Gottschalk joined Emile Vandervelde in the public discussion by calling for protection for all German Jews who had managed to enter Belgium.²⁶

Although Pholien had ordered a halt to the expulsion of Jewish refugees, he continued to defend his deportation policy. He devalued their asylum claims by calling them economic immigrants. As a result not only well-known members of the Jewish community, but also various politicians came out as advocates for the Jewish refugees and criticized Joseph Pholien's expulsion policy openly. In view of the strong xenophobic and even antisemitic agitation in Belgium, advocating in public for the cause of the Jewish refugees was politically risky and only to be understood within the polarized climate provoked by Pholien. Even the Roman Catholic hierarchy intervened discretely with Pholien in favor of a humanitarian policy for the Jewish refugees.²⁷ Thus whole political fight did not target border policy, but the deportation of refugees already on Belgian territory. The humanitarian policy of tolerating all recommended refugees had in any case already been restored on 15 October.

The Violence of the Reichskristallnacht and the Need for Protection

By November 1938, very few Jews in Austria and Germany could legally enter Belgium and the Netherlands. Trying to cross into Belgian and Dutch territory became very risky; but as border control became strict, refugees who were highly motivated and ready to make almost any sacrifice to leave Germany were still able to slip through. Human traffickers, motivated by high profits and knowledgeable about local conditions and border policy, increasingly assisted refugees. Only in Belgium did the refugees who had immigrated illegally receive effective protection from the Jewish aid committee. The recommendations of the Jewish committee were ignored by the authorities for two weeks in October, and during that time Jewish refugees were treated as illegal aliens; but by 15 October, the illegal immigrants who were recommended were once again tolerated. The support of the Dutch Jewish committee was much less effective,

25 Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 202-203.

26 Max Gottschalk in *Le Soir*, 23.10.1938.

27 Caestecker, *Onverbiddelijk* (see note 23), S. 108 ff.; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 188 ff.

and the illegal immigrants in the Netherlands ran a high risk of being forcibly repatriated.

The *Reichskristallnacht* on 9 November 1938 changed the whole picture. A wave of solidarity shown to the victims caused policy changes in both countries. This was most clearly demonstrated in the so-called *Kindertransporte*. This Jewish-financed scheme was designed to bring Jewish children trapped in Germany to safety. Following the *Reichskristallnacht*, Belgian authorities agreed to provide asylum for a thousand children, while the Netherlands accepted two thousand children.²⁸

The change of course was most radical in the Netherlands as its closed border was re-opened to admit, albeit selectively, Jewish refugees. A solidarity campaign was launched in the Netherlands which was even led by the government, as the campaign started with a broadcast by Prime Minister Colijn. This national appeal for sponsoring refugee aid raised 473,000 Fl.²⁹ The Jewish committee did not get its fair share of the proceeds from the national fundraising campaign. Although the very large majority of refugees was supported by the Jewish committee, this committee was only allocated 40 percent of all monies.³⁰

The Jewish community and its refugee committee remained marginalized in the decision-making process. Still, the selective admission policy was dependent on the Jewish aid committee guaranteeing the whole scheme financially. The authorities demanded a pledge of one million Fl, to be delivered within three days. Notwithstanding that it backed the scheme financially, the committee was also not involved in the discussion on the number of refugees to be allowed to enter the country.³¹ The Dutch government was prepared to allow the legal admission of up to 2,000 Jewish refugees, a figure increased to 7,000 by public pressure, rather than any effort by the Committee.³² Selection remained in government hands with the Jewish refugee aid committee being allowed to rec-

28 Claudia Curio, Were unaccompanied child refugees a privileged class of refugees in the liberal states of Europe? In: Caestecker/Moore, *The Refugee Policy* (see note 10), S. 170-189.

29 Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 35 f.; Beem/Michman, *Pinkas* (see note 14), S. 149 f.

30 Beem/Michman, *Pinkas* (see note 14), S. 150.

31 David Cohen, *Zwervend en Dolend, Haarlem 1955*, S. 105. In total, the Dutch Jewish refugee committee obtained 2 million Fl in 1938 which enabled the committee to subsidize refugee work. See NIOD, *Comité voor Bijzondere Joodse belangen* (181b), 366 (*Verslag omtrent de werkzaamheden van het Joodsch vluchtelingencomité [...] over het jaar 1938*, S. 8).

32 See Michman, *The Committee* (see note 3), S. 220.

ommand only 1,800 permits. The government also decided that the committee had to give priority to relatives of Dutch Jews and to refugees who were certain to be able to leave soon for a final destination.³³

The generosity towards a selected group of refugees in the Netherlands did not mean that uninvited refugees could count on much understanding. Although the expulsion of Jewish refugees was suspended on 14 November, a few days later Goseling announced an even more restrictive definition of a deserving refugee than that of the decree of 7 May 1938. Only those fleeing Germany, who could prove imminent mortal danger, were henceforth to be admitted, and only if they lived close to the Dutch border. All the others had to be repatriated. Still, during November and December 1938, 1,500 illegal immigrants were grudgingly granted temporary protection. This tolerance was mainly due to the local authorities in Amsterdam who had found again a *modus vivendi* with the Jewish committee whereby all illegal refugees whom the committee recommended for registration with the police would be temporarily protected. This was not according to the wish of the central authorities who did not want to exceed the quota of 7,000.³⁴

The Dutch authorities remained suspicious towards Jewish refugees. Regardless of whether they had immigrated legally or illegally, all Jewish refugees had to be interned. Their temporary stay in transit in the Netherlands would be confined to camps as they prepared for their final emigration. Any interaction with Dutch society had to be prevented. However the internment capacity was too limited, so that not all Jewish refugees could be placed under close administrative supervision.

In Belgium, the horror of the *Reichskristallnacht* caused public pressure on Josphe Pholien to mount. Although Pholien had suspended the deportations already on 15 October, he continued to defend his expulsion policy. The political pressure on him exploded in Parliament on 22 November 1938. Several MPs attacked Pholien, and he finally stated publicly that no more Jewish refugees would be expelled.³⁵ The Jewish committee in Brussels wanted to translate this solidarity with the victims into a more humanitarian immigration policy. They proposed granting visas

33 Moore, *Refugees* (see note 5), S. 87f.; Michman, *The Committee* (see note 3), S. 214; Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 27, 37, 80 and 182; NIOD, *Comité voor Bijzondere Joodse belangen* (181b) (see note 31), S. 12-14).

34 City archive of Amsterdam, archive of the police, arch. 5225/30; Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 24, 45-46; Guus Meershoek, *Dienaren van het gezag. De Amsterdamse politie tijdens de bezetting*, Amsterdam 1999, S. 98.

35 Caestecker, *Onverbiddelijk* (see note 23), S. 116f.; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 190.

to German Jews who would not pose any disadvantage for the Belgian economy: those above fifty who had enough means, those above fifty who had ties with inhabitants in Belgium who would support them fully, and those who would with absolute certainty emigrate within one year.³⁶ These suggestions of a more generous but still selective admission policy did not mean that the Jewish committee in Brussels agreed to the expulsion of Jewish refugees who arrived uninvited in Belgium. The Jewish committee did not question the border control as such, but once a refugee was on Belgian soil, even illegally, he or she received the full support of the Belgian refugee committee.³⁷ The proposal for a more generous admission policy, besides the quota of a thousand children, was probably not admitted, but protecting those who had circumvented the Belgian border control became the central political issue in Belgium for the year to come.³⁸

Belgium and the Netherlands Part Ways Again in 1939

Both countries had developed very strict immigration policies; only rarely would Jewish refugees be granted visas to enter Belgium or the Netherlands, while all Jewish refugees who arrived at the border without the proper authorization to enter were mercilessly turned back.³⁹ Still, as the graph below illustrates, Jewish refugees continued to arrive in both countries. The flow of refugees with support from the Jewish committees into Belgium and the Netherlands in 1939 had a very different dynamic in each country. While in the Netherlands only a few hundred immigrants were registered each month, in Belgium the refugee committees registered each month the arrival of an average of two thousand Jewish refu-

36 Wolf and Gottschalk, Note concernant trois catégories d'israélites allemands pour lesquels des facilités de séjour en Belgique pourraient être envisagée sans inconvénients pour l'économie du pays. AAD, 37 C1.

37 This strategy is outlined in a discussion between Herbert Speyer and the secretary of the Belgian League for the Rights of Men Jean-Emile Vandervelde, wife of Emile Vandervelde. Note J. E. Vandervelde, no date (11.1938?). IEV, Papers J. E. Vandervelde, box 3.

38 Belgian visas were only granted to those Austrian and German Jews who could prove their quick departure for a final destination. For example AAD, individual files, A 314.894 and A. 314.896.

39 For example AAD, individual files, A 301.023-028, 301.036-042, 314.885-889.

gees who asked for their support.⁴⁰ This inflow of refugees did not pass through as easily as in the first years of the Nazi take-over. The refugees were classified as in transit, so they had to be en route to final destinations elsewhere. However, they encountered great difficulty in finding a final destination, and the period of transit was prolonged indefinitely. In Belgium and the Netherlands, the authorities and the Jewish refugee committees felt that they had been abandoned by the rest of the world. The number of refugees on relief increased considerably at the end of the 1930s, and the number of refugees on the welfare lists of Belgian refugee committees was much higher than those on the Dutch lists, slightly more than 2000 versus 7000 by December 1938.⁴¹

The End of Dutch Solidarity with the Jewish Refugees

After just one month of a liberal admission policy, the Dutch government returned to the old restrictive policy. On 17 December 1938, Carl Goseling, the Minister of Justice, ordered the border to be closed.⁴² He concluded that the numbers arriving at the Dutch border, legal and illegal, could no longer be sustained. This was not a concession to public opinion, as there was hardly any public protest against the admission of Jewish refugees. Dutch antisemitism was not virulent, and remained mostly traditional and religiously-inspired. The Dutch fascist party, the NSB, which was represented in Dutch parliament, became, under German pressure, a racial antisemitic party and fulminated against Jewish immigration. But this protest was isolated. Refusing protection to Jewish refugees was an independent decision of the Dutch authorities.

40 For Belgium, information on the Jewish refugee aid committees to the authorities (AAD, 37C6). For the Netherlands, NIOD, 181b, Comité voor Bijzondere Joodse belangen (see note 31), s.8, and 181k Map 1b maandenrapporten 1939.

41 Caestecker/Moore, A comparative analysis (see note 10), S. 289; NIOD, 181b, Comité voor Bijzondere Joodse belangen (see note 31), S. 8 and 18; JDC 189.

42 Moore, Refugees (see note 5), S. 84 ff. This retreat of the Dutch authorities was also to be noticed in the Kindertransports: »Der holländische Kindertransport lässt sehr zu wünschen übrig. Anscheinend ist die Bereitwilligkeit der holländischen Behörden in der Praxis wesentlich reservierter als vorher angenommen werden konnte bzw. zugesagt worden war.« Stiftung Warburg Archiv, Akte Max M. Warburg, Reise New York 1938/39. Max Hamlet, at the time head of emigration affairs at the Sekretariat Warburg (Hamburg) to Max Warburg in New York, 27. December 1938 (with thanks to Dorothea Hauser).

Notwithstanding limited xenophobia and antisemitism in the Netherlands, Dutch solidarity with the victims had seemingly waned as the closing of the border for refugees provoked little interest.⁴³ In any case, the Jewish committee did not take the lead in opposing this policy change. In a confidential circular letter to its local committees on 21 December 1938, it informed them that the government had concluded that the large influx of illegal refugees had to be stopped or else it would be impossible to solve the Dutch refugee problem. It told them too »to advise illegally immigrated refugees to return to Germany, because otherwise the police would repatriate them. Of course, there was no opposition to giving them some travel money.«⁴⁴

The Netherlands re-introduced a visa-like system for Jewish refugees from Germany; only illegal refugees who could demonstrate imminent mortal danger were to be exempted from repatriation.⁴⁵ Pending their asylum request, these illegal Jewish refugees were imprisoned, and if the Dutch authorities considered their life in danger, they were transferred to a closed camp. All others were repatriated.⁴⁶

This strategy was effective and the number of arrivals was drastically reduced.⁴⁷ The guidelines of the central authorities were very strict, but local authorities had considerable discretion in the eligibility procedure. Dutch local authorities had to investigate the danger to which a deportee would be exposed. Only in cases of refugees fleeing charges of currency smuggling was deportation the rule. The dangers to an illegal immigrant

43 Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 45.

44 On the compliance of the Dutch committee, see also Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 54-55, S. 132. The Jewish aid committee in Enschede did oppose this policy as they continued to assist illegally immigrated refugees. Beem/ Michman, Pinkas (see note 14), S. 348.

45 Until March 1939, unaccompanied women and children were still exempted from deportation. Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 87, 113, 155, 159-160; Moore, *Refugees* (see note 5), S. 87 f; Mrs. Van Tijn in Minutes of conference of various committees held on Thursday, March 23, 1939 in Paris. Archives of the Joint Distribution Committee New York (henceforth JDC), 405; Meershoek, *Dienaren* (see note 34), S. 97-99; Alien office, report of meeting 4.5.1939. Gemeentearchief Amsterdam, gemeentepolitie, arch.5225, 1938/2. See also the files of expelled refugees in Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 58, 3960 and 3210.

46 Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 108.

47 Between 1 and 20 March 1939, the local Jewish refugee aid committee registered 35 people who came to Amsterdam illegally. Mrs. Van Tijn in Minutes of conference of various committees held on Thursday, March 23, 1939 in Paris. JDC, 405.

as a result of charges of *Rassenschande*, and the dangers of a stay in a concentration camp, were investigated on a case-by-case basis.⁴⁸

The Dutch Jewish committee went to great lengths to retain some influence over the policy towards the illegal immigrants. At the beginning of 1939, the Jewish committee agreed to maintain even illegal immigrants interned in camps. This financial support surprised those within the government who believed that when financing this repressive immigration policy it was inappropriate to call upon the Jewish committee.⁴⁹ The Jewish committee maintained all Jewish refugees, but the Dutch central authorities refused to share any decision-making power with it. Later, when the Jewish committee demanded that the authorities share the costs, the Dutch government refused, as the upkeep of refugees was considered »an internal (Jewish) financial matter«. ⁵⁰ Only at the local level did the Jewish refugee aid committees retain some influence. Most importantly, in May 1939, the Amsterdam police reached an agreement with the refugee committee that encouraged illegal refugees to register with the police in exchange for an undertaking that they would not be pursued and become liable for deportation. This, it was thought, would give the police more information and a better understanding of the refugee population.⁵¹

Belgium: A Virtual Open Border

In Belgium, the illegal immigration of Jewish refugees, which the Jewish refugee aid committee recommended to the authorities, was still condoned. As the graph below illustrates, the number of Jewish refugees,

48 Moore, *Refugees* (see note 5), S. 82; Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S.74, S. 107, S. 113; Berghuis mentions the opinion of two (of the eleven) procurators: Brants of 's Gravenhage and van Harinxma thoe Slooten of Amsterdam who considered a stay in a KZ not enough to be granted asylum. The power play between the procurators, heads of police, mayors, the central authorities, the Jewish refugee committees and other advocates of the refugees has still to be disentangled. On the generous attitude of local authorities, in defiance of central policy guidelines and the limits of such an attitude, see Marij Leenders, *Joodse vluchtelingen aan de grens*, in Dolly Verhoeven (Ed.), *Gelderland, 1900-2000*, Zwolle 2006, S. 41-45.

49 Michman, *The Committee* (see note 3), S. 217; Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 46, S. 65.

50 Statement, 14.8.1939 in Michman, *The Committee* (see note 3), S. 97; Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 46, S. 65, S. 107.

51 Meershoek, *Dienaren* (see note 34), S. 98 f; Alien office, report of meeting 4.5.1939. City archive of Amsterdam, archive of the police, arch. 5225/2.

mostly arriving illegally, increased dramatically. Sustaining this large number of needy refugees demanded large sums of money. In the fall of 1938, advocates for the refugees had hoped for a broadly supported and non-sectarian appeal to the Belgian population, similar to the Dutch campaign. However, Prime Minister Spaak was not eager to lead such a campaign, nor would the Red Cross and the Catholic Archbishop coordinate it. Nolf, the president of the Belgian Red Cross, considered it »dangerous to do so [...] he also thought that to set up a general refugee aid committee would constitute a kind of indirect appeal to new refugees.«⁵² The fundraising campaign turned out to be disappointing, hardly reaching beyond the Jewish community. In early 1939, the wealthy American Jew Danny Heinemann, a resident of Brussels, saved the committee from bankruptcy.⁵³ However, this one donation was not enough. Herbert Speyer and Max Gottschalk used all their persuasive power to convince British and American aid organizations to increase their contributions to the Belgian relief effort. If they would not do so, »the Belgian Government would merciless drive back a great number of the refugees [...] Trouble might be made by the liberal elements in the parliament, and these would have to be told that the procedure being followed was at the request of the Jewish organizations. This is unthinkable, and yet we were being forced nearer and nearer to this impasse.«⁵⁴ Their lobbying

52 Archives Belgian Red Cross, Comité Executif, 27.10.1938; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 231.

53 Danny Heineman was an electrical engineer born in North Carolina. He was employed by AEG to build electrical production facilities in Belgium, Germany and Italy. He became chief of the SOFINA conglomerate (*société financière des transports et d'entreprise industrielles*) in Belgium. Heineman had already agreed to spend 120,000 BF for 1939, but Lord Bearsted (manager of Shell) probably could convince Heineman to double his contribution. Council for German Jewry, 6.2.1939. Refugee position in Belgium, 31.1.1939. JDC, 583. EUROEX, February report 1939. JDC, 189. Belgian Committee to Joint, 10.2.1940. JDC, 450. R. Breitman et al. (ed.), *Advocate for the Damned. The Diaries and Papers of James G. McDonald, 1932-1935*, Bloomington 2007, S. 272.

54 Herbert Speyer to Lord Samuel, chairman of the Council of German Jewry, 15.1.1939; Gottschalk to Troper, 1.1939; Troper to Hyman, 27.1.1939, JDC, 450. Morris Troper was from April 1938 onwards the head of the European Council of the JDC, and as Bauer indicates, the key figure from the end of 1938 onwards. Decision-making within the Joint was no longer centralized, but concentrated in smaller councils as, for example, the European Council. The budget of the Joint was doubled in 1939 as the unified drive of the Joint, Council of Jewish Federations and Welfare Funds, and the (Zionist) United Palestine Appeal yielded \$ 8,138,755. The Joint not only disposed of increased income; it also allocated in

work was successful. From February 1939 onwards, international Jewish charities provided monthly 1,600,000 BF (two-thirds by the Joint and one-third by the Council for German Jewry), a five-fold increase in comparison with December 1938, and from July 1939 onwards, two million BF was granted monthly.⁵⁵ This substantial increase in contributions was officially justified by the international charities as their support for a liberal Belgian refugee policy. Moreover, the low cost of living in Belgium and the poor Jewish community were put forward to explain the exceptional support for Belgium. Notwithstanding generous international aid, the refugee aid committees in Belgium still had difficulties making ends meet. In 1938, the Comité d'aide et d'assistance aux victimes de l'Antisémitisme en Allemagne renamed itself the Comité d'Aide aux réfugiés juifs (CARJ), as the committee wanted to limit its beneficiaries to those who were Jewish; in May 1939, this aid organisation erased all Catholic and Protestant refugees from their welfare lists.⁵⁶

The local Belgian community had »only« to provide one-third of the relief effort. But given the increasing costs by April 1939, the local community was unable to do so, and reluctantly asked the Belgian government to step in.⁵⁷ In spite of intensifying xenophobia, there was a consensus among all the traditional political parties that repatriating Jewish

1939 much more to refugee countries as the share of refugee countries in JDC expenditures increased from 23 percent in 1938 to 38 percent in 1939. Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee, 1929-1939*, Philadelphia 1974, S. 251 ff., S. 273, S. 306. The Council for German Jewry, a mainly British organization, disposed of considerably more resources because the British public was more inclined to give after the November pogrom. But most of it was spent in Britain itself. That the Belgian refugee aid organizations were granted a subsidy was thus quite exceptional. Bauer, *My Brother's Keeper*, S. 147 ff., 155, 271.

55 In 1938, the Dutch Jewish committee received slightly more financial support from the JDC as subsidies for their aid work than the Belgian committees, \$ 128,248. Belgian Red Cross, Comité Executif, 27.10.1938; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 231.

56 Schreiber, *L'accueil des réfugiés juifs* (see note 2), P V de la Commission d'assistance aux réfugiés juifs. AAD, 253; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 231; Moore, *Refugees* (see note 5), S. 35; Michman, *The Committee* (see note 3), S. 228. We have no information on the selection criteria of the Antwerp Jewish committee.

57 In 1939 the Antwerp committee raised 4 million BF, this exceeds the total of the budgets of all the Jewish institutions in Antwerp, including 13 philanthropic societies affiliated to the United Board of Charities (»Centrale«), the two communities, two large daily schools, the Keren Hayesod, the National fund and various

refugees was impossible, even if this meant that their upkeep had to be partly subsidised by the Belgian treasury. The government agreed to grant a monthly credit of 450,000 BF. At the same time, the decision was taken to increase the capacity of refugee camps from 500 to 1200, which enabled a more cost-effective assistance. The camps were all run by the Jewish refugee committees in collaboration with the Belgian authorities.⁵⁸

No German Jews were recorded as being repatriated from Belgium between November 1938 and August 1939.⁵⁹ The Ministers in charge implemented plans for ending the tolerance of newly arriving Jewish refugees. Cut off dates were 30 April and 15 July, but both times the Minister in charge finally balked at a forcible repatriation. That the Belgian political elite was also genuinely worried about the refugees' plight became clear when the ship *Saint Louis* was sailing back to Germany. The JDC had encountered refusals to accept refugee passengers from the *Saint Louis* not only from all countries in the western hemisphere, but Britain and France had also declined. In desperation, albeit with little hope, the JDC contacted Max Gottschalk, the president of the Jewish refugee committee in Brussels to see if Belgium would be ready to accept some passengers. On 10 June, Gottschalk obtained from the Belgian authorities an agreement to take in 250 refugees still on board of the *Saint Louis*. This decision remained confidential, and the JDC then used it to lobby Belgium's neighbors. A few days later, the Dutch, British and French governments also agreed to take in some Jews from the *Saint Louis*.⁶⁰

other institutions. Secretary General of Antwerp committee to Troper, 2.2.1940. JDC, 450.

58 Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 245-250.

59 Antwerp Committee for Jewish refugees, Report on the Belgian situation, Université Catholique Louvain Archives, Papers Paul van Zeeland, 906; German-Jewish refugees, with criminal records were expelled. AAD, 263; Rudi van Doorslaer (Ed.), *Gewillig België. Overheid en Jodenvervolgning tijdens de Tweede Wereldoorlog*, Antwerpen 2007, S. 142.

60 In the morning of 10 June, the Belgian Minister of Justice, Paul-Emile Janson, and the Prime Minister, Hubert Pierlot, agreed to take 200 passengers of which 150 had an affidavit for the US and 50 had enough guarantees to leave within one year. In the afternoon, the number of passengers was increased to 250, but all of them would have to have an affidavit for the US. AAD, 37C6; JDC, 378, 386, 450.

Jewish Refugees after the Outbreak of the Second World War
(September 1939-May 1940)

The war brought a further tightening of immigration policy. Although hardly any new admissions were authorized, Jews fleeing Nazi-Germany continued to enter Belgium and, to a lesser extent, the Netherlands unauthorized.⁶¹ Belgian authorities continued to be flexible in their policy towards Jewish refugees recommended by the Jewish committee, including those who had circumvented the border control, and all those refugees were protected until the end of the war. However, from 9 December 1939 onwards, refugees who illegally immigrated were interned. The Jewish committees assisted the inmates, but voiced their opposition to the internment of Jewish refugees. Their plea for humane treatment of refugees was compromised by calls of the Minister of National Defence, buttressed by the Sûreté, for tough measures.⁶²

Robert de Foy, director of the Sûreté who had campaigned for years for a strict immigration policy, was determined not to lose this opportunity to clamp down on those who crossed the Belgian border without permission, including Jewish refugees. He strongly attacked the Belgian-Jewish lobby that had always worked against the sanctions against unauthorized Jewish immigration.⁶³ The military authorities, preoccupied with the danger of spies, became his allies. For them, any alien – Jew or non-Jew – who succeeded in entering Belgian territory illegally was considered highly suspect, and thus to be expelled.⁶⁴

The Jewish community tried to counter the xenophobic, if not antisemitic, policy proposals. They called upon foreign Jews to volunteer for

61 Bekaert to de Foy, 9.1939. The Brussels committee for Jewish refugees had registered between 14 October 1939 and 31 January 1940 377 illegally immigrated refugees. Minister of Justice to Procureur Général près de la Cour d'Appel, 7.2.1940. AAD, 37C6. Most refugees came from Germany, a few from Czechoslovakia, and none from Poland. Report 1.3.1940. JDC, 450; NIOD, 181k Map 1b maandrapporten 1939; Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 134-135; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 263 f. See the published personal testimony Karl Elsberg, *Come sfuggimmo all Gestapo e alle SS, Aosta 1999*, on the flight after the outbreak of the war.

62 PV de la séance de la commission d'Assistance aux réfugiés juifs, 16.2.1940. AAD, 253.2 (réfugiés israélites internés).

63 Report de Foy, 16.10.1939. AAD, not numbered file. De Foy to Pierlot, 29.11.1939. AAD, 265.

64 Chef d'Etat-Major Général Van den Bergen to Minister of Justice Soudan. AAD, 37C6.

military service in the Belgian army. 8321 foreign Jews volunteered, about half of whom had fled Germany.⁶⁵ This approach was of little avail, as the military authorities considered any German, refugee or otherwise, to be a possible spy and certainly not eligible for the Belgian army. In order to prevent the authorities from interning all refugees, following the French and Dutch examples, and in an effort to cut costs, the Belgian refugee aid committees increased their camp capacity so that by early 1940 2000 places were available. While the daily running of these camps was done by the refugee aid committee, Belgian authorities put the infrastructure at its disposal. In this manner, the Ministry of Justice also increased its yearly financial contribution to refugee assistance; besides the six million BF for the Jewish committees, 1.6 million BF was allocated to the camps. All the inhabitants of these camps entered the camps on a voluntary basis, and the regime was lax. These initiatives could not stop the repressive policy change in December 1939.

In the Netherlands illegal refugees, except in cases where their life was in danger, were deported, as had been decided in December 1938. In May 1939, an informal agreement was concluded between the Amsterdam police and the local refugee committee whereby newly-arrived refugees would be tolerated if they registered. The rules could be circumvented if the refugees declared an earlier arrival in the country. When a new procurator took office in January 1940, he found out about the arrangement, considered it a fraud, and insisted on deporting all new arrivals.⁶⁶

By March 1940 the Belgian and Dutch Jewish aid committees were supporting about 15,000 and 4,500 Jewish refugees respectively.⁶⁷ The restraint among Belgian policy-makers towards illegal immigration from Germany disappeared when in March the JDC decided, due to the needs in occupied Poland, to diminish its subsidies in Belgium by a third (from \$60,000 to \$40,000).⁶⁸ The preoccupation of the Ministry of Defence with spies, the pressure to clamp down on illegal immigration, and the

65 2,378 of German citizenship, 937 Austrian, 1,053 stateless and 1,172 did not mention their citizenship. *Le Foyer israélite to Soudan*, 25.9.1939. AAD, 37C1.

66 Meershoek, Dienaren (see note 34), S. 98.

67 For the Netherlands NIOD, 181b, Comité voor Bijzondere Joodse belangen, 366 (Verslag omtrent de werkzaamheden van het Joodsch vluchtelingencomité [...] over het jaar 1938), S. 8, 18; Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 163; Caestecker, *Ongewenste gasten* (see note 4), S. 271.

68 Notes Ministry of Justice, 14.11.1939. AAD, 1B6/6-1939. Robert de Foy to Gottschalk and Tolkowsky (president of the Jewish refugee committee in Antwerp), 17.11.1939. AAD, 1B6(I). Note, 6.12.1939. Université Libre de Bruxelles, l'Institut d'Etudes du Judaïsme, Papers Gottschalk, box 2.

failure of the Jewish committees to honor their commitments, finally led to a reversal of policy. P.E. Janson, the liberal Belgian Minister of Justice who had always insisted on provisions for refugees, decided to eliminate any humanitarian consideration in immigration policy. From 26 March 1940 onwards, all Jewish refugees who had crossed the German-Belgian border illegally had to be repatriated to Germany.⁶⁹

Belgian immigration policy copied the very restrictive immigration policy of the Dutch, and the Amsterdam local police had been brought into line. Only very few new arrivals were still granted protection. The decision of the JDC to cut its subsidies by half in the Netherlands in March 1940 also forced the Dutch Jewish aid committees to request subsidies from the authorities for the upkeep of the destitute Jewish refugees. The Dutch government decided in April 1940 to share the costs with the Jewish Committee for those refugees in camps they had consented to protect. The German invasion of 10 May 1940 prevented the Dutch authorities from fulfilling their promise. At the same time, the German invasion meant that only very few illegal refugees were in the end repatriated to Germany by the Belgian (and Amsterdam) police.⁷⁰

Conclusion

In 1933, the Jewish refugee aid committees in Belgium and the Netherlands had promised their governments that they would undertake full financial responsibility for the refugees. »Their« refugees would not become public charges. In return, the authorities granted temporary protection to the refugees in order to enable them to prepare for their final destinations. The magnitude of the flight that took place after the *Anschluss* and the *Kristallnacht* took the Jewish committees by surprise. This arrival en masse of destitute Jews put to the test the solidarity of the Jewish communities in Belgium and the Netherlands with the refugee Jews from Nazi Germany. This solidarity was dependent on the financial and political means of the Jewish communities in both countries, and their

69 Ordre de Service, 21.3.1940. Note pour Monsieur le Ministre, 12.3.1940 and 16.3.1940. AAD, 37C1-I. »Parmi les réfugiés émigrants se glissent fréquemment des agents de l'Étranger, qui dissimulent ainsi leur personnalité« Minister of Justice to Minister of Labor, 1.5.1940. AAD, 37C6. Antwerp committee for Jewish refugees, 28.4.1940 and 1.5.1940. AAD, 143C2.

70 Michman, *The Committee* (see note 3), S. 218; Berghuis, *Joodse vluchtelingen* (see note 11), S. 163.

readiness to support those fleeing Germany was important in understanding the relief effort and its effectiveness in influencing state policy. The effectiveness of the Jewish communities and their refugee aid organizations to provide protection was not only constrained by their own decisions and capacities, but also by the political process in which the Jewish committees had to operate.

In the Netherlands, in May and in December 1938, the Minister of Justice Goseling made clear that only the authorities could decide refugee policy. The Jewish establishment in the Netherlands did not abandon the refugees; rather on Goseling's demand they provided the financial means for the more liberal Dutch refugee policy immediately following the *Reichskristallnacht*. However, they hardly pressed the Dutch government to commit itself to a lasting liberal refugee policy. Why did the Jewish communities not oppose the restrictive turns in government policy in March and December 1938? Dan Michman argues it was the national loyalty of the Jewish refugee committee, and in particular of its president, David Cohen.⁷¹ According to Michman, Cohen's loyalty to the Dutch government was stronger than his loyalty to the Jewish cause, and tended to gloss over the restrictiveness and inhumanity of Dutch refugee policy.

The very cautious, rather submissive strategy of David Cohen from May 1938 onwards stood in contrast to the confrontational style of Max Gottschalk in October 1938. In this light, we can call the struggle of the Belgian Jews heroic. However, such a black and white picture ignores the very different political scenes in the two countries. The Dutch Minister of Justice Goseling, who had led his Catholic party to a political triumph, had built up a very strong position by 1938, while the position of Pholien was much weaker. Pholien came out of the blue to save the conservative wing of the Belgian Catholic Party, but he would quickly disappear. Pholien's deportation policy was first attacked by the Socialist president, Emile Vandervelde, making the room to manoeuvre for Gottschalk much greater. Pholien, a newcomer to politics, was inflexible and had bad luck with the timing of his refugee deportation policy. When the deportations became public, he legitimized his action with demeaning comments on the reasons for the refugees' flight. Later, the *Reichskristallnacht* gave his remarks a bitter taste. The public debate on the deportation of Jewish refugees, initiated by Vandervelde and Gottschalk, was intense in Belgium. Numerous MPs, including some in the governing coalition, reluctantly expressed in public their support for restoring temporary protection for Jewish refugees. Expelling Jewish refugees remained a policy

71 Michman, *The Committee* (see note 3), S. 210.

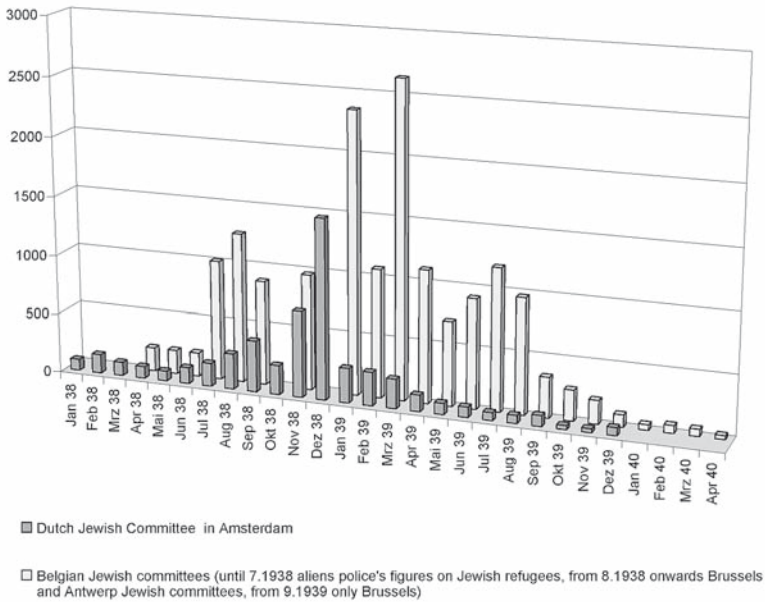
associated with the maladroit and callous Pholien, and in a few weeks time this option had been written off. It remained a taboo for a long time to come. Also for Max Gottschalk there was hardly a way back. Between the *Anschluss* and April 1940, about 30,000 Jewish refugees found temporary protection in Belgium. Didn't this Belgian humanitarian policy face considerable obstacles? Belgium was an immigration country, and the native population fended for itself against the immigrants during the depression of the 1930s.

In the late 1930s, xenophobic and even antisemitic feelings were on the rise among the general public. The East European Jews – those who had made the Jewish communities in Belgium grow dramatically in the 1920s – were considered the unwanted immigrants par excellence. That the refugees were from Germany was also not an asset in a country that had been occupied by Germany between 1914 and 1918. In the Netherlands, the Jewish communities were richer, better integrated, and without a profound aversion for Germany. The Netherlands, more of an emigration country, was also much less xenophobic in those years, and still Belgium had the most liberal refugee policy.

This solidarity with the Jewish refugees in Belgium seems to have been largely limited to the liberal political elite. The fund raising campaigns proved that the general public in Belgium was less supportive than in the Netherlands, but the Jewish aid committees, buttressed by a liberal political elite and the American Joint Distribution Committee (JDC), stubbornly refused to abandon the refugees. This far reaching solidarity with those fleeing the human tragedy in Germany heightened fears that the influx of Jewish refugees would add to the already strong xenophobic and antisemitic feelings among the population in Belgium. The fear of an antisemitic backlash encouraged policies aimed at diminishing the visibility of the refugees and seeking contact with other liberal advocates of a refugee policy. With this latter strategy, Max Gottschalk and the Jewish committees could argue and probably also felt that they served a genuine national interest. The resistance to Pholien's deportation policy in October 1938 and the efforts until 1940 to consider Jews as refugees was rooted in a liberal commitment to human rights. This liberal commitment in democratic nation-states such as Belgium and the Netherlands could at that time only be preserved with the organizational and financial backing of the Jewish communities in Belgium, the Netherlands, and beyond. A Jewish assertiveness could only yield favorable results if it could ally itself with powerful forces. The lack of a potent Jewish political force in Belgium as well as in the Netherlands due to the lack of a »critical mass« in a society dominated by mass organizations meant that only by a broad

appeal to human or liberal values could a lasting protection for Jewish refugees be secured.

Graph: Newly Registered (Jewish) refugees by Jewish refugee organisations 1938-5.1940 (by month)



CLEMENS MAIER-WOLTHAUSEN

Im Spannungsfeld zwischen jüdischer Solidarität und nationalen Interessen

*Die schwedisch-jüdische Gemeinde in Stockholm
und die Auswanderungsbemühungen deutscher Juden*

In den letzten Jahren ist die bittere Vorgeschichte zum Holocaust an den europäischen Juden, die zögernde, ablehnende Haltung potentieller Aufnahmeländer gegenüber jüdischer Emigration zunehmend Gegenstand der Forschung geworden. Dieser Beitrag zeigt die Möglichkeiten und Grenzen, mit denen sich deutsche (sowie österreichische) Juden konfrontiert sahen, versuchten sie, zwischen 1933 und 1941 in das neutrale, demokratische Schweden zu emigrieren. Mit dem Fluchtland Schweden wird nicht nur eine Region in den Blick genommen, die lange unbeachtet geblieben ist, sondern auch eine besondere Verwaltungspraxis untersucht, die der einheimischen jüdischen Gemeinde eine große Bürde aufgab. Die Jüdische Gemeinde Stockholms musste an der Entscheidung über die Aufnahme der Flüchtlinge mitwirken. Ihre Handlungsspielräume, Entscheidungsvorgaben und -praxis sind bislang kaum untersucht worden. Dieser Beitrag versucht sie zu beleuchten.

Restriktive Flüchtlingspolitik und wachsender Antisemitismus

Wie in anderen europäischen Ländern, war auch in Schweden zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein wachsender Antisemitismus zu beobachten. Parallel zu der steigenden Integration der jüdischen Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft entstanden antisemitische Parteien und wuchs die Menge judenfeindlicher Schriften.¹ Der antisemitische Diskurs konzentrierte sich hauptsächlich auf die Einwanderung osteuropäischer Juden,

1 Lars M. Andersson, *En jude är en jude är en jude. Repräsentationer av »juden« i svenskskämtpress omkring 1900-1930*, Lund 2000, S. 473.

deren Fremdheit besonderes Missfallen erregte.² In den traditionsreichen Universitätsstädten Lund und Uppsala entstanden Anfang der 1920er Jahre Forschungseinrichtungen, die sich der Eugenik und so genannter Rassenforschung widmeten.³ Auch wenn antisemitische Parteien keine große Zahl von Anhängern gewinnen konnten, so war ein rassistischer Antisemitismus in bestimmten Kreisen durchaus gesellschaftsfähig.⁴ Dieser wurde unter anderem auch dadurch sichtbar, dass die beteiligten Behörden und ihre Mitarbeiter später die rassistischen Kategorien der Nationalsozialisten übernahmen und in internen Handreichungen und den offiziellen Statistiken von »Nicht-Ariern« sprachen.⁵ Als Folge dieser Entwicklung existierte seit 1927 ein sehr restriktives Ausländergesetz mit hohen Schranken für Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen. Darunter hatten insbesondere jüdische Flüchtlinge aus Osteuropa zu leiden. Bis zur Einführung der Visumpflicht 1939 war aber zumindest die Einreise mittels eines Touristenvisums möglich. Eine Aufenthaltsgenehmigung wurde allerdings nur in seltenen Fällen erteilt und wenn, dann bevorzugt an politische Flüchtlinge und Emigranten, die eine gesicherte Versorgung nachweisen konnten. Auch nach der Erneuerung des Gesetzes 1937 blieb die Klausel zu den politischen Flüchtlingen erhalten. Insgesamt zielte die schwedische Flüchtlingspolitik jedoch darauf ab, eine größere Einwanderung jüdischer Flüchtlinge zu verhindern. Diese und andere rassistisch Verfolgte wurden in der Verwaltungspraxis zumeist nur als Wirtschaftsflüchtlinge angesehen, was ihre Einreise gegenüber den politisch Verfolgten erschwerte.⁶ Waren im Herbst 1933 ungefähr 300 bis

2 Hierzu ausführlich Carl Henrik Carlsson, *Medborgarskap och diskriminering, Östjudar och andra invandrare 1860-1920*, Uppsala 2004.

3 Gunnar Broberg, *Statlig rasforskning. En historik över rasbiologiska institutet*, Lund 1995, Ugglan, *Lund Studies in the History of Science and Ideas*, 4, S. 7 und 11.

4 Ola Larsmo liefert in »Bollhusmötet« 1939. Konstruktionen av en rasistisk opinion, in: Lars M. Andersson/Mattias Tydén (Hg.), *Sverige och Nazityskland. Skuldfrågor och moraldebatt*, Stockholm 2007, S. 193-228, ein gutes Beispiel für den Antisemitismus akademischer Zirkel.

5 Sociala Meddelanden, 11 (1938), in Riksarkivet (RA), *Judiska församlingens arkiv (JFA)*, 03/05, F 4 a:1. Dabei handelt es sich um das offizielle Mitteilungsorgan der Sozialbehörden.

6 Sven Nordlund, »The War is Over – Now you Can Go Home!« Jewish refugees and the Swedish Labour Market in the Shadow of the Holocaust, in: Paul A. Levine/David Cesarani (Hg.), »Bystanders« to the Holocaust. A Re-Evaluation, London-Portland (Or.) 2002, S. 171-198, hier S. 179; Lena Andersson, *En innerlig bön att min ansökan måtte bifallas så snart det sig göra låter. En undersökning av utlänningsbyråns attityder och agerande gentemot judiska flyktingar, 1938-1939*,

400 deutsch-jüdische Flüchtlinge in Schweden, so wuchs die Zahl bis 1939 auf ungefähr 2.000 an – zu einer Zeit, als sich insgesamt 20.000 Ausländer in Schweden aufhielten.⁷ Zudem existierte keine Politik, die zum Ziel hatte, Flüchtlinge zu unterstützen, sondern ausschließlich Regelungen, wie die Einwanderung verhindert werden konnte und wer für die Flüchtlinge im Land aufzukommen habe. Eine Unterstützung vom Staat kam erst ab 1939 schrittweise zustande. Diejenigen, die es ins Land geschafft hatten, waren auf private Zuwendungen oder auf die Zuwendungen von Hilfsorganisationen angewiesen.

Jüdische Flüchtlingshilfe: Gutachten und Quoten

Die jüdische Gemeinschaft, und hier insbesondere die Stockholmer Gemeinde, wurde in die Verwaltungspraxis des schwedischen Staates den jüdischen Flüchtlingen gegenüber eingebunden. Unter Verwendung des so genannten Kooptationsprinzips wurde sie sogar zu einem quasi ausführenden Organ gemacht.⁸ In dieser Verwaltungsform werden freie Organisationen oder Subkulturen durch Partizipation an bestimmten Verwaltungsgängen in den organisatorischen Rahmen des Staates integriert. Das Ziel ist die Kontrolle, vor allem aber auch die Pazifizierung jener Organisationen. Durch das Kooptationsprinzip wurde Stockholms jüdische Gemeinde zur so genannten *remissinstans* oder *yttrandeinstans*, zur Berufungs- und Gutachterinstanz. Sowohl das Außenministerium als auch die Sozialbehörde wandten sich in Fragen der Anerkennung jüdischer Flüchtlinge an die Stockholmer Gemeinde, die als Gutachterin damit faktisch in die Entscheidung über das Schicksal der Anträge um Einwanderung oder Transmigration einbezogen wurde.

Für solche Gutachten wurde das *Hjälpkommittén för Tysklands judar* (Hilfskomitee für Deutschlands Juden) herangezogen, welches 1933 in der Stockholmer jüdischen Gemeinde zur Unterstützung der deutschen Juden gegründet worden war. Obwohl der größte Teil der Akten der Ge-

in: Lars M. Andersson/Karin Kvist Geverts (Hg.), *En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950*, Uppsala 2008, *Opuscula Historica Upsaliensia*, 36, S. 95-117, hier S. 99.

⁷ Nordlund, 'The War is Over – Now you Can Go Home!' (wie Anm. 6), S. 175.

⁸ Kooptation ist zuerst für die Einbeziehung religiöser Vereinigungen in die Verwaltung in Russland und Deutschland beschrieben worden. Vgl. z.B. Robert Crew, *Empire and the Confessional State. Islam and Religious Politics in Nineteenth-Century Russia*, in: *The American Historical Review*, 108/1 (2003), S. 98-140.

meinde in Schwedisch verfasst ist, sind die Protokolle dieses Komitees fast vollständig auf Deutsch. Auch die Namen der Anwesenden lassen darauf schließen, dass hier ehemalige Deutsche die Anträge deutscher Flüchtlinge begutachteten. Ihre Arbeit bestand in der Beurteilung der Chancen der Antragsteller auf eine Genehmigung durch die Sozialbehörde und das Außenministerium. Sie mussten die Papiere und Zeugnisse der Flüchtenden auf Plausibilität und Leumund prüfen. Da die schwedische Regierung die dauerhafte Niederlassung im Land im Allgemeinen ablehnte, mussten die Gutachter die Erfolgsaussichten der meisten Antragsteller auf eine Weiterreise in Drittländer einschätzen und auch Entscheidungen bezüglich möglicher Beihilfen zum Aufenthalt und den Reisekosten treffen. Garantiesummen mussten aufgebracht oder deren Bereitstellung durch Dritte geprüft werden. Spätestens seit der Einführung von Quoten – insbesondere der Transmigranten-Quote – wurden solche Gutachten faktisch zu Entscheidungen über Einreise oder Abweisung, Rettung oder Verderben. Zwar entschied letztlich die Sozialbehörde, aber das Gutachten der Gemeindeausschüsse hatte großes Gewicht.

Das Hilfskomitee orientierte sich an der Entscheidungspraxis der Sozialbehörden und des Außenministeriums. Diese beiden hielten sich bei ihren Entscheidungen vor allem an die Maxime, dass Aufenthaltsgenehmigungen nur erteilt werden sollten, wenn Familienangehörige in Schweden oder Vereine und Organisationen für die eventuell entstehenden Kosten bürgten oder eine Weiterreise innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes garantiert werden konnte. So forderten die schwedischen Behörden die Vorlage von Visa für Drittländer oder schriftliche Garantien von Angehörigen in diesen Ländern, die zur Erlangung eines Visums führen würden, sowie die Hinterlegung von Garantiesummen für Reisekosten und den Aufenthalt bis zur Weiterreise.⁹ Da ein großer Teil derjenigen, die zunächst in Schweden einreisen wollten, eine Weiterreise in die USA plante, wurde also auch für Schweden das Vorweisen von Affidavits und Zertifikaten unabdingbar. Die Kürze der möglichen Aufenthaltsdauer in Schweden musste z. B. durch niedrige Wartenummern für die Einreise in die USA nachgewiesen werden. Die Gemeinde in Stockholm prüfte die Anträge nach diesen Voraussetzungen und auf das Vorliegen ausreichender Garantiesummen. Aus den Protokollen des Einreisekomitees der Gemeinde, einer Unterabteilung des Hilfskomitees, geht das deutlich hervor. Mehrfach wurden im Zeitraum 1938 bis 1940

9 Andersson, En innerlig bön (wie Anm. 6), S. 104.

Empfehlungen an die Behörden nur dann gegeben, wenn alle oben genannten Voraussetzungen erfüllt waren.¹⁰

Der gesamte Verkehr mit den schwedischen Behörden wurde auf Wunsch der Verwaltung bei der Stockholmer Gemeinde gebündelt. Nur sie sollte zur Antragstellung an das für Einreisevisa zuständige Außenministerium und die Sozialbehörde, die die Aufenthaltsgenehmigungen erteilte, berechtigt sein. »Alle Anträge an Socialstyrelsen sollen durch Stockholm eingereicht werden, da Socialstyrelsen eine Zentralisierung dieser Angelegenheit wünscht«, so steht es in einem Protokoll des Hjälpkommitté vom 15. Dezember 1938.¹¹ Die Monopolisierung des Kontaktes mit den Behörden erstreckte sich auf alle mit der Hilfsarbeit zusammenhängenden Aufgaben. Der Regierung und den Zentralbehörden war ein solches Vorgehen wichtig, da dieses für sie kurze Wege und nur einen Ansprechpartner bedeutete.¹² So konnte kontrolliert werden, dass die strengen Regierungsvorgaben eingehalten wurden. Aber auch für die Stockholmer Gemeinde bedeutete ihre Rolle in der Flüchtlingsfrage einen Vorteil. Nicht nur konnte sie so ihre Position als Vertreterin der schwedischen Juden verteidigen, sondern dieses Vorgehen bedeutete vor allem, dass sie einen Überblick über die knappen Quoten behielt, was für einen reibungslosen Verwaltungsablauf wichtig war.¹³

Während, wie erwähnt, politische Flüchtlinge ohne eine besondere Quote einreisen und eine Aufenthaltsberechtigung beantragen konnten, mussten jüdische Flüchtlinge nach einem eng begrenzten Quotensystem Anträge auf Einreise und Aufenthaltsgenehmigung stellen. Dass in der Verwaltungspraxis der Behörden oft auch antisemitische Einstellungen offenbar wurden, ist in mehreren Untersuchungen der letzten Jahre deutlich geworden.¹⁴ Karin Kvist Geverts und Mikael Byström benutzen den

10 Beispiele hierfür finden sich in fast allen Protokollen dieses Zeitraums. Besonders deutlich aber in den Protokollen vom 23.12.1938, 12.1.1939, 19.1.1939, 23.1.1939, 6.2.1939, 17.3.1940. Alle in Riksarkivet (RA), Judiska församlingens arkiv (JFA), Hjälpkommittén 03/04, Övriga protokoll A 2:1.

11 Ebd., 03/05, A 1:1.

12 Pontus Rudberg, Restriktivitet eller generositet? Flyktingverksamheten inom Stockholms mosaiska församling och hjälpkommittén för Tysklands judar 1938-1940, in: Andersson/Geverts, En problematisk relation? (wie Anm. 6), S. 209-226, hier S. 212 f.

13 Malin Thor, »Svallvågorna av katastrofen kom också till vår stad«. Hjälpverksamhet inom Norrköpings mosaiska församling i skuggan av Förintelsen, in: Andersson/Geverts, En problematisk relation? (wie Anm. 6), S. 179-207, hier S. 189.

14 Karin Kvist Geverts, A study of antisemitic attitudes within Sweden's war-time Utlänningsbyrån, in: Levine/Cesarani, »Bystanders« to the Holocaust (wie

Begriff »antisemitisches Hintergrundrauschen« für diese judenfeindlichen Einstellungen in der Verwaltung.¹⁵

Die Einreise für jüdische Flüchtlinge erfolgte in der Regel innerhalb einer der folgenden Quoten. Es gab die *Chaluzkvote* für Jugendliche, die zum Zweck einer landwirtschaftlichen Ausbildung und anschließenden Weiterreise ins britische Mandatsgebiet Aufnahme fanden. Die relativ hohe Quote von 500 Personen erklärt sich daraus, dass die Sozialbehörde Flüchtlinge, bei denen eine Weiterwanderung wahrscheinlich erschien, bevorzugte. Die *Kristinehovkvote* von 1934 betraf eine Gruppe von 60 Kindern und Jugendlichen, die in ein Landschulheim in Skåne aufgenommen wurden. Die Kinderquote *Barnkvote* kam unter dem Eindruck des Novemberpogroms zustande und erlaubte die Einreise von 500 Kindern, die sowohl in jüdischen als auch in nichtjüdischen Familien aufgenommen und in einer Internatsschule bei Stockholm untergebracht wurden. Der Aufwand für die Kinder, die ganz vom Hjälpkommitté versorgt wurden, machte einen wesentlichen Teil von dessen Arbeit aus. Unter dem Eindruck steigender Flüchtlingszahlen nach dem »Anschluss« Österreichs und der Pogromnacht setzte sich die Gemeinde für die Schaffung einer ständig aktualisierten *Transmigrantkvote* ein. 150 Personen sollten, wenn sie ein Visum für ein Drittland hatten, eine Transiterlaubnis erhalten. Die Kosten für den vorübergehenden Aufenthalt in Schweden wurden von der Gemeinde garantiert, die auch im Weiteren für die Ausreise haftete.¹⁶ Letztere Quote war die hauptsächliche Chance für die deutschen jüdischen Flüchtlinge. Jüdische Flüchtlinge, die mittels anderer schwedischer Staatsbürger und Hilfsorganisationen ins Land kamen, sind von diesen Quoten nicht erfasst. So gab es eine geringe Zahl von deutsch-jüdischen Flüchtlingen, die nahe Verwandte oder sehr gute Bekannte hatten, welche als schwedische Staatsbürger bereit waren, eine persönliche Bürgschaft aufzubringen. Einige wenige jüdische Sozialdemokraten und Kommunisten sind von den Hilfsorganisationen der Ar-

Anm. 6), S. 199-211, hier S. 204-205; Steven Koblik, »Om vi teg, skulle stenarna ropa«. Sverige och judeproblemet 1933-1945, Stockholm 1987; Paul A. Levine, From Indifference to Activism. Swedish Diplomacy and the Holocaust, 1938-1944, Studia historica Upsaliensia 178, Uppsala 1996. Etwas älter und weniger kritisch Hans Lindberg, Svensk flyktingpolitik under internationellt tryck 1936-1941, Stockholm 1973.

15 Mikael Byström/Karin Kvist Geverts, Från en aktivism til en annan. Hur ska Sveriges agerande i flyktingfrågan under andra världskriget forklaras? in: Andersson/Tydén (wie Anm. 4), Sverige och Nazityskland, S. 148-167.

16 Zu allen Quoten Wilhelm Michaeli, Mosaïska Församlingens i Stockholm hjälperksamhet, RA, JFA, 03/05, F 4 a:1.

beiterbewegung unterstützt worden. Auch sind die norwegischen und dänischen Juden ausgenommen, um die sich der schwedische Staat und die respektiven Botschaften kümmerten.

Genauere Angaben über die Gesamtzahl der jüdischen Flüchtlinge, die es während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft über die genannten Quoten oder andere Wege nach Schweden geschafft haben, sind also nicht eindeutig zu ermitteln. Es ist offensichtlich, dass nur sehr wenige Flüchtlinge überhaupt über die Quoten ins Land kommen konnten. Wie viele jüdische Flüchtlinge sich insgesamt zu einem bestimmten Zeitpunkt in Schweden aufhielten, ist auch nur schwer zu bestimmen. Ingvar Svanberg und Mattias Tydén schreiben, dass allein nach der »Kristallnacht« 1.748 Einreisegesuche gestellt worden sind, von denen in einer kurzen Periode der Generosität 909 akzeptiert wurden. Die beiden Autoren kommen unter Verweis auf die Sozialbehörde für den Herbst 1939 auf eine Zahl von 2.029 jüdischen Flüchtlingen in Schweden.¹⁷ Aufgrund der danach rapide schwindenden Ausreisemöglichkeiten könnte diese Zahl den Höchststand darstellen.

Dilemmata

Die Jüdische Gemeinde in Stockholm befand sich sprichwörtlich »zwischen Baum und Borke«. In vielen Schreiben der Stockholmer Gemeinde an deutsch-jüdische Organisationen wird dieses deutlich. Zum einen empfand man die eigenen Mittel und den Einfluss auf die Behörden als beschränkt, zum anderen hatte man es mit der Verzweiflung und Not der Flüchtlinge zu tun. Unterschwellig wird oft auch die Befürchtung deutlich, dass ein Anstieg der Zahlen jüdischer Flüchtlinge bei den nichtjüdischen Schweden Ängste um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt und ein Ansteigen antijüdischer Vorurteile bewirken könnte. Die Stockholmer Jüdische Gemeinde war gezwungen, Parameter für die Hilfeleistung festzulegen. Diese Parameter wurden in mehreren Schreiben im Herbst 1939 an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland kommuniziert. Am 27. September schrieb die Gemeinde:

»Im Hinblick darauf, dass uns zahlreiche Anträge in letzter Zeit zugegangen sind, die uns inhaltlich derart unzureichend erscheinen, dass wir deren Zurückweisung von den hiesigen Behörden befürchten, bit-

17 Ingvar Svanberg/Mattias Tydén, Sverige och Förintelsen. Debatt och dokument om Europas judar 1933-1945, Stockholm 1997, S. 159 f.

ten wir Sie, grundsätzlich auf Folgendes aufmerksam machen zu dürfen: Wir haben eine kleine Quote, bei der durch Abgang von Zeit zu Zeit Lücken entstehen, die durch neue Anträge ergänzt werden können. Bei der Beschränktheit der in Frage kommenden Fälle, die wir von uns aus einreichen können, geht unser Bestreben dahin, solche Personen zu berücksichtigen, die besondere Verdienste haben oder deren Verhältnisse eine besonders schnelle Hilfe erfordern.«¹⁸

Anschließend wurden die Bedingungen genannt: So mussten eine Weiterwanderungsmöglichkeit durch eine Wartenummer innerhalb von zehn Monaten, ein Affidavit und eine Empfehlung von jüdischer Seite nachgewiesen werden. Unter Verweis auf »Arbeitsüberlastung« bat die Stockholmer Gemeinde dringend, dass nach einer Vorprüfung »auf das Sorgfältigste« nur solche Fälle vorgelegt würden, bei denen die Einreisemöglichkeit in andere Länder bewiesen und die Kosten gesichert seien.¹⁹ Die Gemeinde übernahm damit vollständig die Kriterien der Behörden für die eigene Gutachtertätigkeit.

Zum Jahreswechsel 1939/1940 scheint es dann sogar für kurze Zeit einen generellen Stopp der Einreise nach Schweden gegeben zu haben, der wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Kriegsbeginn stand.²⁰ Erst im Februar 1940 wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Ein Rundschreiben der Abteilung Wanderung (Hilfsverein) der Reichsvereinigung vom 7. März 1940 erwähnte für Schweden:

»Das Comité in Stockholm hat mitgeteilt, dass es mit Rücksicht auf die gegenwärtig im Norden herrschende allgemeine Situation nicht mehr in der Lage sei, Anträge auf Transitaufenthalt zu bearbeiten, und hat gebeten, von der Einsendung neuer Anträge abzusehen. Es ist jedoch hervorzuheben, dass noch in letzter Zeit einzelne Fälle – ohne Einschaltung einer offiziellen jüdischen Stelle – erfolgreich abgewickelt werden konnten.«²¹

18 Konzept oder Durchschrift eines Schreibens des Hilfskomitees an die Reichsvereinigung und die Israelitische Kultusgemeinde Wien vom 27. September 1939, RA, JFA, 03/05, E 2:13.

19 Durchschrift eines Schreibens des Hilfskomitees an die Reichsvereinigung vom 17. Oktober 1939, ebd.

20 Protokoll der Sitzung des Inresekommittén vom 13. Dezember 1939, RA, JFA, 03/04, A 2:1.

21 Rundschreiben Nr. 3 der Reichsvereinigung, Abteilung Wanderung an alle Beratungsstellen und Sachbearbeiter, ebd.

Erstaunlich ist hier der Nachsatz, der die Gemeinde in keinem guten Licht erscheinen lässt.

Manchmal hingegen scheint man sich sehr für einzelne Personen eingesetzt zu haben. Am 9. Juli 1938 schrieb der Religionsphilosoph Hans-Joachim Schoeps an den Stockholmer Rabbiner Emil Kronheim und bat ihn um Rat, da die Auswanderung für ihn »akut« geworden sei. Am unteren Rand des Briefes ist mit Datum vom 21. Juli eine Notiz hinzugefügt worden. Wahrscheinlich war es Kronheim, der notiert hat: »Kaum etwas zu machen! [...] Bonnier sehr vorsichtig.«²² Gemeint ist wahrscheinlich der erfolgreiche Verleger Karl-Otto Bonnier, der häufig mit seinen guten Kontakten und Garantiesummen half. Es ließ sich dann doch etwas machen. Schoeps durfte einreisen. Aus einem Schreiben des Hjälpkommitté an das Außenministerium vom 21. Dezember 1938 wird ersichtlich, dass man sich auf Seiten der Gemeinde sehr für ihn eingesetzt hat. Und das, obwohl er nur über wenige Mittel verfügte. Das Hilfskomitee sicherte dem Außenministerium zu, für alle Kosten des Aufenthaltes aufzukommen. Auch wird deutlich, dass sich Oberrabbiner Marcus Ehrenpreis persönlich telefonisch mit der Sozialbehörde ins Benehmen gesetzt hat.²³ Den Auftrag dazu hatte dieser vom Hilfskomitee am 16. Dezember bekommen.²⁴ Bei allem Bemühen, den Anforderungen der Behörde Folge zu leisten, war das Komitee also in manchen Fällen schon mal bereit, ein Sondergesuch zu stellen, wenn die zitierten »besonderen Verdienste« vorlagen. Am 3. Januar 1941 schrieb die Flyktingsektionen der Gemeinde an das Außenministerium in Angelegenheit des Ehepaares Löwe aus Berlin. Das Ehepaar war im Besitz eines Affidavits des Hebrew Union Colleges und einer Garantie des Jewish Joint Distribution Committees für die Übernahme entstehender Kosten während eines Aufenthaltes in Schweden. Nachdem die Flüchtlingsabteilung der Gemeinde dem Außenministerium versichert hatte, dass sie die Gründe für die Restriktivität in Flüchtlingsfragen kenne und verstehe (!), bat sie um eine Sondergenehmigung außerhalb der bestehenden Quoten. Es sei der Gemeinde viel an der Rettung des Ehepaares gelegen, da Ilse Löwe die Enkelin des Rabbiners Abraham Geiger sei. Geiger sei der Begründer des liberalen Judentums, und auch die Gemeinde selbst fühle sich dieser Richtung verbunden.

22 Brief Hans-Joachim Schoeps' an Emil Kronheim vom 9. Juli 1938, RA, JFA, 07/05, 1:6.

23 Schreiben des Hjälpkommitté an Kungl. Utrikesdepartementet vom 21. Dezember 1938, RA, JFA, 03/04, E 2:1.

24 Protokoll der Sitzung des Hjälpkommitté vom 16. Dezember 1938, RA, JFA, 03/04, A 2:1.

Durch die Hilfe für die Enkelin könne man das Andenken Geigers ehren.²⁵ Was mit Ilse Löwe geschah, ließ sich bisher leider nicht rekonstruieren.

Dass es allerdings nicht immer half, berühmt zu sein oder für die Reichsvereinigung zu arbeiten, lässt sich wiederum aus dem Protokoll des Hilfskomitees vom 1. November 1939 ersehen. Im Fall des Generalsekretärs der Jüdischen Gemeinde Berlin wurde der Antrag wegen zu langer Wartefrist für eine Weiterreise in die USA abgelehnt.²⁶

Zusammenarbeit über die Ostsee

Wie bereits erwähnt, versuchte das Hilfskomitee in Stockholm beizeiten, den Kontakt Asylsuchender durch die deutschen Gemeinden zu kanalisieren. Da die Stockholmer Gemeinde als Garantin für die Weiterreise einzustehen und im Falle der im Rahmen der Quoten Einreisenden auch deren Versorgung zu übernehmen hatte, verlangte sie häufig Leumundzeugnisse und zusätzliche Informationen durch die Heimatgemeinden. Die vielen Bittschreiben, die bereits 1933 eingingen, hatten die Gemeinde dazu veranlasst, Hilfe nur noch über zentrale jüdische Organisationen oder Institutionen anzubieten oder abzuwickeln. So riet das Hilfskomitee in Stockholm dem Israelitischen Kinderheim in Köln bereits 1933, »den Beitrag, der für deutsch-jüdische Hilfe hier eingesammelt wird, ausschließlich mit dem jüdischen Zentralkomité für Hilfe och [!] Aufbau zu verwenden.«²⁷

Eine für die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und schwedischen jüdischen Organisationen in der folgenden Zeit wichtige personelle Entscheidung fiel bereits im Herbst 1933. In einem Empfehlungsschreiben vom 16. Oktober 1933 bat der Hilfsverein der deutschen Juden Rabbiner Ehrenpreis, Dr. Wilhelm Michaeli, der nur beraten werden möchte, bei seinem Besuch in Stockholm zu unterstützen.²⁸ Dieses geschah wohl zum gegenseitigen Nutzen. Michaeli blieb in der Folge in Schweden und wurde, wie die Protokolle des Hilfskomitees zeigen, zu einem der wichtigsten Mitarbeiter der dortigen Flüchtlingshilfe. Ähnlich

25 Schreiben der Flyktingsektion an Kungl. Utrikesdepartementet vom 3. Januar 1941, RA, JFA, 03/05, A 1:1.

26 Protokoll der Sitzung des Hjälpkommitté vom 1. November 1939, RA, JFA, 03/04, A 2:1.

27 Schreiben des Hilfskomitees an das Israelitische Kinderheim Köln vom 24. Mai 1933, RA, JFA, 03/04, E 1:1.

28 Schreiben des Hilfsvereins an Rabbiner Ehrenpreis vom 16. Oktober 1934, ebd.

ging es im Fall von Kurt Stillschweig zu. Dort schrieb die Stockholmer Gemeinde am 10. Oktober 1939 an die Sozialbehörde als Begründung für den Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung: »[...] möchte das Komitee betonen, dass Dr. Stillschweig in den letzten Jahren in Deutschland bei den zentralen jüdischen Hilfsorganisationen für die Auswanderung Dienst getan hat, und dass er sich dort vor allem mit Fragen zur transozeanischen Emigration beschäftigt hat. [...] er hat sicherlich wertvolles Spezialwissen.«²⁹ Letzteres hat die Sozialbehörde, die eine Transmigrationspolitik verfolgte, wohl überzeugt. Stillschweig taucht später als Mitarbeiter in den Protokollen der Stockholmer Gemeinde auf.

Neben den beschriebenen Kontakten zu deutsch-jüdischen Organisationen in der Flüchtlingsauswahl oder -arbeit gab es insbesondere zwei Felder, in denen es über längere Zeit zu einer intensiveren Zusammenarbeit gekommen ist: In der Frage der Kinderquote/Kindertransporte und bei den Jugendlichen des Hechaluz. Da hier eine Vorauswahl und Vorbereitung mit den deutsch-jüdischen Organisationen nötig war, war der Kontakt direkter und intensiver. Auch wurde die Hachscharah über eine längere Zeit teilweise noch von Deutschland aus organisiert und mitfinanziert. Gleiches gilt für die Kindertransporte, zumal hier immer wieder auch deutsche »Transportbegleiter« und andere Mitarbeiter direkten Kontakt zu den schwedischen Einrichtungen hatten, sie besuchten und deren Vertreter in persönlichen Besprechungen kennenlernten. Im Dezember 1938 trafen sich deutsche Vertreter mit der Gemeinde in Stockholm, um über die Zusammenarbeit der Reichsvereinigung und der Wiener Hilfseinrichtungen für die Kinder zu sprechen.³⁰

Für das Südufer der Ostsee geben die Akten der Stockholmer Gemeinde beredte Auskunft darüber, wie sehr sich die deutsch-jüdischen Hilfsorganisationen um die Ausreise von Hilfesuchenden bemühten. Im Fall der Stelle einer Köchin für ein jüdisches Kinderheim werden die Ausweglosigkeit und die Zwangssituation sowohl der deutschen Flüchtlinge als auch der schwedischen Gemeinde deutlich.³¹ Letztere hatte 1939 durch Verhandlungen die Erlaubnis erhalten, außerhalb der Quote eine Köchin

29 Schreiben der Gemeinde an Kungl. Socialstyrelsen vom 10. Oktober 1939, RA, JFA, 03/04, E 1:8.

30 Protokoll der Sitzung des Hjälpkommitté vom 15. Dezember 1938, RA, JFA, 03/05, A 1:1. Im Anschluss an das Protokoll findet sich ein Schreiben an das Außenministerium, in dem es um Sondergenehmigungen geht und die Gemeinde die Finanzierung des Unterhalts der Kinder garantiert.

31 Alle im Folgenden zitierten Schreiben finden sich in der Korrespondenz der Flyktingsektion [Flüchtlingsabteilung] in einem Ordner »Uppsala barnhem«, RA, JFA, 03/05, E 2:14.

für ein Kinderheim zu suchen. Auch die anzustellende Person musste eine Weiterwanderungsmöglichkeit nachweisen, die Behörde war aber zu Konzessionen bereit. Am 28. Februar 1939 wandte sich Stockholm an die Reichsvereinigung und Cora Berliner mit der Bitte, geeignete Personen zu finden und diese zur Bewerbung aufzufordern.

»Unbedingt erforderlich ist, dass die in Frage kommende Person Weiterwanderungsmöglichkeiten in ein anderes Land hat. Im Gegensatz zu sonstigen Fällen, die hier behandelt werden, brauchen die Weiterwanderungsmöglichkeiten nicht in nächster Zukunft realisierbar sein. Es genügt also, wenn die in Frage kommende Person ein Affidavit nach U.S.A. und eine Anmeldung beim amerikanischen Konsulat aus den letzten Monaten hat. Unter allen Umständen wird aber auf beste Eignung für den Posten Wert gelegt, d.h. es wird gebeten, nicht solche Personen zur Meldung zu veranlassen, die nun plötzlich ihren Beruf als Köchin entdecken. Die in Frage kommende Angestellte muss auch zur Ausführung grober Arbeit bereit und in der Lage sein.«

Die Angelegenheit eilte, und ein gleichlautender Brief ging auch an den Hilfsverein. Durch den Wortlaut wird die Angst der Schweden deutlich, dass es zu einer Flut von Bewerbungen durch Frauen kommen könnte, die jede Arbeit annehmen würden, um das Land zu verlassen, aber nicht direkt für die Stelle geeignet seien. Es wird deutlich, dass trotz einer gelockerten Vorschrift Bewerbungen ohne Emigrationsmöglichkeiten von vornherein nutzlos waren. Dass diese Befürchtungen nicht ganz falsch waren, zeigte sich, als die ersten Bewerbungen eintrafen. In einem Schreiben an den *Jüdischen Hilfsverein der Juden* [!] vom 3. März beschwerte sich das Hilfskomitee, dass es keine direkte Antwort gegeben hätte, aber eine gewisse Edith Mendelsohn sich an Frau Michaeli – die Gattin des erst 1933 selbst eingewanderten Komiteemitglieds – gewandt habe. In ihrem Schreiben erwecke jene Frau Mendelsohn den Eindruck, dass alles bereits arrangiert sei und sie »angefordert« werden würde. So scheine der Jüdische Arbeitsnachweis, Abteilung Auslandsstellen, ihr wohl Zusicherungen gemacht zu haben, die man auf keinen Fall bestätigen könne, da Frau Mendelsohn nur ein Visum nach China habe, was von den schwedischen Behörden als ungenügende Weiterwanderungsmöglichkeit betrachtet werde. Edith Mendelsohn scheint bekannt gewesen zu sein – das Stockholmer Komitee würde sie laut Schreiben sogar gerne nehmen –, aber aus behördlichen Gründen müsse davon Abstand genommen werden. Auch bei der nächsten erwähnten Bewerbung einer Gertrud Moser war die mangelnde Weiterwanderungsmöglichkeit das Problem. Hanna Karminski von der Zentralwohlfahrtsstelle der Reichs-

vereinigung hatte die Unterlagen mit dem Hinweis eingereicht, dass die Dame staatenlos sei und Deutschland dringend verlassen müsse. Das Hilfskomitee schrieb daraufhin:

»Wir müssen nochmals mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, dass abgesehen von der sachlichen Eignung unbedingt erforderlich ist, dass die betreffenden Weiterwanderungsmöglichkeiten nachweisbar sind, sodass wir an die hiesigen Behörden herantreten können. Bei einem Fall, wie dem der Frau Moses [!] bei dem der Sohn, der die Mutter einmal für Palästina anfordern soll, überhaupt noch nicht im Ausland ist, würden wir mit Sicherheit einen Abschlag bei den hiesigen Behörden erhalten, wenn wir einen derartigen Antrag einreichen. [...] Es kann doch wirklich nicht so schwer sein, mehrere Bewerberinnen auszusuchen, [...] zumal uns an dieser Sache liegt und andererseits besondere Eile erforderlich ist.«

Der Brief schloss: »Wir bitten Sie daher nochmals, dringendst diese Sache zu behandeln, nachdem wir doch wirklich jemanden unter leichteren als sonst Bedingungen helfen können.« Der fast schon beleidigte Ton markiert deutlich die Anspannung der schwedischen Gemeinde. Sie wollte helfen und hatte den Behörden eine Möglichkeit abgerungen, und nun schien es, als würden die deutschen Hilfsstellen nicht kooperieren. Naturgemäß geht aus diesem Briefwechsel nicht hervor, ob man für die Antragstellerinnen nicht durch Verhandlungen mit den Behörden doch noch etwas hätte erreichen können. Die Gemeinde folgte hier anscheinend streng den Auflagen.

In den Fall Mendelsohn scheint später wieder Bewegung gekommen zu sein. Am 10. März 1939 schrieb die Jüdische Gemeinde Berlin, dass man mit Frau Mendelsohn jetzt Rücksprache gehalten habe und Frau Michaeli sie einstellen würde. Dieses wiederum versetzte die Stockholmer laut Schreiben vom 14. März »in außerordentliches Erstaunen«. Erneut legten sie dar, dass Frau Mendelsohn wegen mangelnder Weiterwanderungsmöglichkeit von den Behörden abgelehnt werden würde. Auch erwähnten sie nun Frau Moser und ihren Fall und verwiesen auf Hanna Karminski. Man solle sich in Berlin doch bitte wegen der Regelungen miteinander in Kontakt setzen. Erneut wurde betont, wie die Regeln aussahen und dass man »keine Gelegenheitsköchin« brauchen könne. Schließlich bat das Hilfskomitee um Mitteilung, wenn keine passende Person zu finden sei, damit die Anfrage »an die entsprechende Stelle in Wien« gerichtet werden könne.

Was letztendlich aus der Stelle oder aus Frau Mendelsohn geworden ist, wissen wir nicht. Laut Schreiben des Hilfsvereins vom 9. März, das

am 20. März 1939 in Stockholm einging, hatte sich Frau Mendelsohn dort am 2. Februar 1938 (!) das letzte Mal vorgestellt und sich entgegen der Absprache nicht noch mal gemeldet. Auch habe sie keine Passage nach Shanghai bestellt. Der Hilfsverein bat, auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Zusammenfassung

Aus diesen Briefwechseln wird deutlich, wie sehr die Flüchtenden versucht haben, über alle nur irgend möglichen Institutionen und Wege aus Deutschland zu entkommen. Der Wille aller Beteiligten, Menschen aus Deutschland herauszubringen, ist ersichtlich. Aber auch die formellen Hindernisse, auf die solche Hilfsarbeit stieß, werden deutlich. Aus den Briefen spricht das Dilemma, in dem sich die Helfer befanden. Die Vertreter der Jüdischen Gemeinde Stockholms sahen sich in einem Spannungsfeld zwischen jüdischer Solidarität und nationalen Interessen. Auf der einen Seite war man durch den öffentlichen Antisemitismus der Eliten und vieler Akademiker und nicht zuletzt der Behörden verängstigt und fürchtete, dass eine größere Einwanderung jüdischer Flüchtlinge die Lage der gut integrierten Gemeinde bedrohen könne. Auf der anderen Seite standen die Not der Flüchtlinge und eine emotional begründete Solidarität. Die Gemeinde sah sich gezwungen, die restriktive Flüchtlingspolitik des schwedischen Staates gegenüber den jüdischen Flüchtlingen in weiten Bereichen durch die Gutachtertätigkeit zu stützen. Über die Gründe kann bislang nur spekuliert werden. Zum einen mögen die jüdischen Gemeindevertreter in Stockholm davon ausgegangen sein, das Wohlwollen der Behörden durch zu viele »aussichtslose« Fälle zu verspielen. Zum anderen standen nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung. Da die Stockholmer jüdische Gemeinde für die Einreisenden zu bürgen und sie zu versorgen hatte, lag es in ihrem Eigeninteresse, die Parameter der Behörden hinsichtlich der Weiterwanderungsmöglichkeiten und der finanziellen Situation anzuwenden. Nun wäre es nicht gerecht, das Scheitern einer Einreise nach Schweden stets auf die Vorauswahl durch die Gemeinde in Stockholm zurückzuführen. In allen Fällen, auch in jenen, in denen sich führende Mitglieder stark für die Gesuche einsetzten, blieb die Sozialbehörde das Gremium, welches letztlich über das Schicksal der Flüchtlinge entschied.

Nach dem Krieg ist der Gemeinde mangelnde Solidarität vorgeworfen worden. Sie sah sich sogar noch sechzig Jahre später veranlasst, diesen

Vorwürfen mit einem Weißbuch zu begegnen.³² Es gibt starke Hinweise dafür, dass die Gemeinde sich mehrfach um eine Erhöhung der Quoten bemüht hat. Auch war sie wohl wesentlich generöser in ihrer Gutachtenpraxis als es die Behörden in der letztlichen Bewilligungspraxis waren.³³ Eine abschließende Beurteilung des Verhaltens der Gemeinde in Stockholm muss ausbleiben, solange der Druck durch die Behörden, der Kenntnisstand der Gemeinde in Stockholm über die Lage in Deutschland und die Entwicklung der Gutachtertätigkeit über einen längeren Zeitraum hinweg nicht näher untersucht sind. Zudem könnte eine weitere Einbettung in die Geschichte der Flüchtlingsarbeit anderer jüdischer Gemeinden in liberalen Staaten weitere Erkenntnisse ergeben. Auch in anderen Ländern Westeuropas, z. B. in den Niederlanden und Belgien, spielten die jüdischen Gemeinden durch die Übernahme der Kosten für alle jüdischen Flüchtlinge eine entscheidende Rolle für die offizielle Flüchtlingspolitik.³⁴ In der beschriebenen Form war der schwedische Fall zwar einzigartig, da die Stockholmer Gemeinde durch die schwedische Verwaltungspraxis zu einem quasi institutionalisierten Aufnahmeorgan gemacht wurde, ein Vergleich all dieser Länder aber gäbe die Möglichkeit, die Reaktion ausländischer jüdischer Gemeinden gegenüber den Flüchtlingen besser zu verstehen.

32 Svante Hansson, *Flykt Och Överlevnad. Flyktningsverksamhet i Mosaiska Församlingen i Stockholm 1933-1950*, Stockholm 2004.

33 Rudberg, *Restriktivitet* (wie Anm. 12), S. 226.

34 Siehe auch den Beitrag von Frank Caestecker in diesem Band.

HAGIT LAVSKY

The Impact of 1938 on German-Jewish Emigration and Adaptation in Palestine, Britain and the USA

In this essay, an attempt is made to touch upon some hitherto neglected issues in the context of German-Jewish emigration in the Nazi era. These questions relate to the dynamics and patterns of the emigration process, its pace and choice of destinations, and the connections between these and the varying social profiles of the emigrants in a comparative framework. Moreover, we adopt the distinction suggested by Doron Niederland between what was still a »voluntary« emigration, albeit one motivated by harsh, even if indirect, pressure with constraints imposed by limited options during the first five years of the Nazi regime, and what amounted to brutal expulsions from late 1938 to early 1941.¹ The basic contours of Jewish emigration from Germany to the three major overseas destinations – Mandatory Palestine, the US, and Britain – before and after 1938 will be considered, and the characteristics and collective clusters of the migrants will be comparatively examined. In doing so we should be able to trace the similarities and differences among the three movements as determined by the timing of migration and the nature of the destination.

The Role of 1938-1939

It is common knowledge that the year 1938, and in particular the *Kristallnacht* pogrom, was a turning point in the fate of German Jewry. Although Nazi persecution was a continuum that was accelerated dramatically in 1937 and 1938, the events of November 1938 were a crucial turning point. Legal exclusion was combined with an official, violent, and murderous attack on everything Jewish, closing all independent Jewish institutions and forcing the deportation of thousands of Jews to concentration camps, where many of them perished. It seems that any doubts

1 Doron Niederland, *Yehudei Germanyah – Mehagrim o Pelitim? Iyun bi-Defusei ha-Hagira bein Shetei Milhamot ha-Olam*, Jerusalem 1996.

regarding the possibility of staying in Germany were abruptly smashed. Indeed, from the point of view of the numbers of German-Jewish emigrants, this was the turning point, as presented in table 1 below:

Table 1: Jewish Emigration from Nazi Germany (in Thousands)*

Years	Estimated Number of Emigrants
1933	38 (*37)
1934	23
1935	20 (*21)
1936	25
1933-1936	106
1937	23
1938	40
1939	78
1938-1939	118
1933-1939	247
1940	15
1941	8
1933-1941	270
1942-1945	8
1940-1945	31
1933-1945	278

*Sources: Yearly estimations and causes summarized by Wolfgang Benz in: *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945*, ed. Claus-Dieter Krohn et al., Darmstadt 1998, S. 5-16. Slightly different estimates by Herbert Strauss in: *Jewish Emigration from Germany (I)*, *Leo Baeck Institute Year Book* 27 (1982), S. 326, Table 7 (indicated by *). See also notes 2-5, below.

Of course, the Nazi seizure of power caused a dramatic increase in Jewish emigration. Of the approximately 517,000 Jews living in Germany by January 1933,² 270,000 left Germany between 1933 and 1941. The first wave of Jewish emigration lasted from February 1933 to March 1936.³ The majority of the emigrants in this period went to neighboring Western and Eastern European countries. In the following two years, the outflow slowed somewhat, but 1938 marked a turning point. Between 39,000 and 40,000 Jews left Germany that year,⁴ with the exodus intensifying after the *Kristallnacht* pogrom of November 1938. More than half of the total emigration from Nazi Germany between 1933 and 1945, about 150,000, left after mid-November 1938.⁵

But behind the numbers, the picture was much more complicated. Is it really so that most German Jews failed to recognize the direction of the Nazi policy and did not want to emigrate before 1938-1939? Was it really so obvious that emigration was the best choice, or for that matter, was it a real possibility for the majority of German Jews? On the other hand, can it be true that all those Jews, so faithful to their fatherland, all of a sudden were willing to embark on a hitherto neglected path, namely emigration? A few individual examples will demonstrate that many of those emigrating after the *Kristallnacht* considered emigration, and tried to leave Germany before November 1938, and that only after these events did they manage to acquire the necessary permission thanks to the impact of their plight on the more permissible immigration policies of the USA and Great Britain. This was the case of Carl Schwabe from Hanau near Frankfurt. He started to think about immigration to Palestine in 1935, but the dim economic prospects prevented him from doing so. He then applied for an American visa, started to study English and waited, but he was arrested in the *Kristallnacht*. When he was released, the process of finally getting a visa had been accelerated, and he soon immigrated with his wife to the US.⁶

In other cases, people were too afraid of the difficulties of emigrating, and thought that time would allow them to postpone it. This was the

2 Michael Traub, *Die jüdische Auswanderung aus Deutschland*, Berlin 1936, S. 10.

3 Ibid.

4 American Jewish Joint Distribution Committee, *Aid to Jews Overseas. Report of the Activities of American Jewish Joint Distribution Committee for the Year 1938*, YIVO, printed report.

5 Bat-Ami Zucker, *In Search of Refuge. Jews and US Consuls in Nazi Germany 1933-1941*, London-Portland OR 2001.

6 Testimony of Carl Schwabe at Leo Baeck Institute Archives New York (hereafter: LBI NY) ME 586, MM 68.

case with Rudolf Bing. He wanted to join his two daughters who had already immigrated to Palestine in 1933. However, as the Chair of the Palestine Office in Nuremberg and a legal councilor, he felt compelled to help his fellow Jews who were trapped between the intensifying terror and the obstacles created by preventive Nazi regulations regarding currency, taxation, and the possibilities of exporting capital. Only the pogrom forced him to flee, and he eventually arrived in Palestine.⁷ Yet others who did not understand the deteriorating situation in Germany until 1938, nevertheless acted even before the *Kristallnacht* pogrom. Ernst Loewenberg, a teacher in an experimental left-wing school in Hamburg, enjoyed the loyalty and friendship of his German colleagues, and even after he was forced to leave the school and to become a teacher in a Jewish religious school (Talmud Torah), he did not consider emigration. When he applied at last in August 1938 for an American visa, his non-Jewish friends were surprised. He was lucky and arrived in the US in November 1938.⁸ And there were those who indeed were actually forced to emigrate in November 1938 and barely managed to do so. Charlotte Levy's father was arrested in November 1938 and applied for an American visa, but since there was a long waiting list, her parents decided to send her alone in the *Kindertransport* to England.⁹ Shmuel Kneller remembers that upon returning to school 14 days after the pogrom, he realized that many classmates were missing – their fathers had been arrested and were released only on condition that they leave Germany.¹⁰

These illustrations illuminate the fact that emigration from Germany was very much dependent on possibilities, and that the *Kristallnacht* pogrom affected immigration policies in the USA and Britain at least as much as it drove Jews to flee Germany. Without a change in the American and British immigration policies, the mass emigration following November 1938 could not have happened. Let us turn now to the immigration policies of overseas destinations before and after 1938.

7 Testimony of Rudolf Bing, LBI NY, ME 267, MM 10.

8 LBI NY, ME 403 MM 51.

9 Testimony by Charlotte Levy, in: »Man hängt immer zwischen Himmel und Erde ...« Jüdische Emigrantinnen und Emigranten (1933-1945) aus Bremen berichten (Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen), hrsg. von Inge Marßolek und Wiebke Davids, Heft 28 (1997), S. 141-147.

10 Lecture by Shmuel Kneller on Nov. 9th, 2008, in Haifa.

Immigration Possibilities in the Three Major Overseas Destinations

The post World War I era was marked by growing immigration restrictions imposed by the countries that had served before the war as major destinations for emigration from Eastern and Southern Europe. In the US, immigration quotas based on countries of origin were first introduced in 1921 and 1924. These quotas limited dramatically immigration from Eastern and Southern Europe. The German quota stood at 25,557 immigrants yearly. This quota, however, was accompanied by a law requiring each applicant to prove that she or he was not likely to become a »public charge«. The gate keepers were the consuls who decided who was not likely to become a public charge. In 1929, in response to the economic crisis, the law became more rigid and required that each applicant establish that it was not likely or probable that he or she would become a public charge, as distinguished from the previous formulation mentioning the mere possibility of becoming one. As a consequence, the consuls barred rather than opened the door for applicants following the Nazi seizure of power. Therefore, there was an ever-growing gap between the number of applicants and the number of visas granted, and the quota was never filled before 1938. However, following the events of 1938 – the *Anschluss*, the failure of the Evian conference, and the *Kristallnacht* – the USA changed the rules in face of the plight of Austrian and German Jews, and became more flexible toward visa applicants, although even then it did not expand the quota or alternately introduce a new category of refugees into its immigration system. As a consequence, many of those who now were accepted and granted visas filled in the yearly quotas, but a lot more new visa holders could not be included in the yearly quotas.¹¹

Britain, unlike the USA, introduced restrictions on immigration already well before World War I. After the war, it tightened restrictions on the entrance of immigrants through the Aliens Act of 1919.¹² However, in the wake of the events of 1938, Britain agreed to give temporary shelter to holders of American visas who were waiting to be included in the quotas, and also accepted 10,000 children in the *Kindertransport*.

Palestine, under the British Mandate since the beginning of the 1920s, became a preferred destination for some Jewish migrants already in the

11 Zucker, *In Search of Refuge* (see note 5), S. 36-48.

12 Colin Holmes, *A tolerant country? Immigrants, Refugees and Minorities in Britain*, London-Boston 1991.

1920s. The advantage of Palestine was particularly noticeable in the first half of the 1930s, when the country entered a phase of economic prosperity and relative political stability, precisely at a time when the US, Britain, and most other countries struggled with the great depression.

But besides the options opened for German Jews who had enough capital to consider emigration, Palestine presented an additional advantage for those who did not have considerable assets. While their options to immigrate to Britain or to the USA were almost non-existent, in the case of Palestine there was a limited opening based on the British Mandate regulations concerning immigration. According to these regulations, besides granting free entrance for those in the »Capitalist« category who possessed the minimum of £1,000, the Mandatory Immigration Department decided twice a year on a quota (»schedule«) of immigration certificates. The size of these »schedules« was based on estimates of the economic absorption capacity of Palestine, and the major parts of these »schedules« were placed in the hands of the Jewish Agency for Palestine (JAP). The JAP had to guarantee the immigrants' economic sustainability for a whole year. The Zionist Immigration Department was then in charge of the allocation of certificates according to detailed prerequisites which would ensure the economic absorption of the immigrants. The department orchestrated the project of preparation and immigration via its Palestine Offices (in Germany it was the Berlin Palestine Office). These offices were run by the Zionist movements and their affiliated political organizations and youth movements.¹³ Thus, Palestine became a major destination for those seeking emigration from Germany, and the Zionist movement in Germany was joined by new supporters motivated by the desire to secure immigration certificates. The first to receive certificates were veteran Zionist activists, or those who had undergone pioneer training. Joining one of these organizational frameworks was thus perceived as a ticket for a place on the waiting list.¹⁴

In late 1935, economic fortune turned against Palestine; a depression, aggravated by the Arab revolt of 1936-1939, altered the economic and political situation and led to new immigration restrictions that made the economic downturn worse. Palestine's position as destination deteriorated further in the spring of 1939 with the British government's White Paper that restricted to a minimum Jewish legal immigration to Palestine.

13 Aviva Halamish, *Be-merutz kafful neged ha-zeman. Mediniyut ha-alayah ha-tzi-onit bi-shenot ha-sheloshim*, Jerusalem 2006, S. 49-98.

14 Hagit Lavsky, *Before Catastrophe. The Distinctive Path of German Zionism*, Detroit/Jerusalem 1996, S. 234-239.

The events of 1938 in Germany had no impact on British Mandate policy in Palestine, as opposed to its impact on the policies of Britain and the USA. On the whole, the juxtaposition of immigration possibilities to Palestine, the USA and Britain was decisive in shaping the pace and pattern of emigration from Germany.

Additional Advantages of Palestine
from the Perspective of German Jews, 1933-1935

The economic prosperity in Palestine during the first half of the 1930s was strengthened by additional factors concerning German Jews: the German Zionist movement affected the patterns of *Aliyah* (ascent, the Hebrew term applied to Jewish immigration to Palestine) by preparing its members for it, and by playing a leadership role in the Zionist immigration and settlement project. Second, the Transfer Agreement (Ha'avara) between the Zionist Organization and the Nazi government allowing Jewish emigrants to transfer a portion of their wealth to Palestine in the form of imported German goods was another factor in making Palestine a destination of choice.¹⁵

The international Jewish focus on Palestine as a safe haven for persecuted Jews was the outcome. The Central British Fund, created in 1933 to support German-Jewish emigration and resettlement in general, put Palestine at the top of its agenda, and became the basis for a special Zionist settlement apparatus designed specifically for German Jews: The Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine.¹⁶ Thus, starting in 1933, Palestine became a major overseas destination for the first wave of emigration from Nazi Germany. As reflected in Table 2 below, about 53,200 German Jews from the *Altreich* immigrated to Palestine between 1933 and 1941. That number constituted 21.5 percent of the total German-Jewish emigration between 1933 and 1941 (270,000), of whom more than 30,000 arrived in Palestine through March 1936. Up until 1938, 43,000 German Jews immigrated to Palestine, while less than 15,000 did so between 1938 and 1941.

15 Ibid.

16 Council for German Jewry, First Annual Report for 1936, Wiener Library Archives London (henceforth WLL).

Table 2: German-Jewish Immigration to Palestine, the US, and Britain, selected periods*

Period	From Germany	To Palestine		To US		To Britain	
		Numbers	% of Total	Numbers	% of Total	Numbers	% of Total
	Total						
1933-35	93,000	31,000	33.3	9,500	10.2	4,000	4.3
1933-38	169,000	43,200	25.6	27,000	16.0	10,000	5.9
1938-41	141,000	14,800	10.5	55,000	39.0	35,000	24.8
1933-41	270,000	53,200	19.7	82,000	30.4	45	16.7

* Note that the bottom line is not the sum of the table data. Data on emigration based on Table 1, above; Data for Palestine Herbert Strauss, *Jewish Emigration from Germany (II)*, Leo Baeck Institute Year Book 26 (1981), S. 346, table 1, yearly immigration to Palestine; Traub, *Die jüdische Auswanderung*, S. 10-11, data for the period ending March 1936; Joint reports, 1936, 1937, 1938, YIVO; Report of the Jewish Agency (JA), submitted to the 21st Zionist Congress, 1939. Data for the USA: notes 17-19, below. Data for Britain: See notes 26-34, below.

On the whole, the early emigration of Jews from Germany to Palestine consisted mostly of young people. Since Palestine absorbed most of its immigrants during that early period, this high proportion of young people applies to its total German-Jewish immigration. Table 3 illustrates the high proportion of children and youth, and the low proportion of immigrants over 50 years of age. These proportions did not represent the aging profile of German Jewry. Also, in a striking contradiction to the occupational structure of the Jews in Germany, about 75 percent of the German-Jewish adult immigrants to Palestine were active bread winners, of whom many were professionals, industrialists, and farmers.

Table 3: Demographic and Economic Profile of the Immigrants to Palestine*

Age Groups	Percent		Occupation	Percent
0-20	31.4		Business	26
21-40	44.6		Salary earners	19
41-50	9.8		Industry/Transportation	18
51-60	7.8		Professions	20
61 and over	5.2		Agriculture	17
Unknown	1.2			
Total 40,061	100.0		Total 13,000*	100

* Calculation based on Yoav Gelber, *Moledet hadasha. Aliyat yehudei merkaz eropah u-kelitam, 1933-1948*, Jerusalem 1990, S. 55-62, and Report of the Executive of the Zionist Organization and of the Jewish Agency for Palestine submitted to the XXI Zionist Congress and to the VI Session of the Council of the Jewish Agency at Geneva, August 1939, Jerusalem 1939, S. 292-331.

The German-Jewish Immigration to the United States of America

For America we have only partial data relating specifically to immigrating German Jews, as distinguished from Germans on the one hand, and »Hebrews« in general on the other. There are also scarce data that distinguish between Germany and Austria. Between 1933 and 1941, the US absorbed 129,600 visa immigrants from Germany and Austria. Of those 129,600 Germans and Austrians arriving in the US, 81,500 identified themselves as Jews by religion.¹⁷ During the first wave of emigration bet-

17 HIAS material, YIVO, RG 245.4.5 MF 15.12 V-I, II: Table »Jews immigrant aliens admitted from July 1st 1933 to June 30th 1943 by last permanent residence.« This number is very close to Maurice R. Davie/Samuel Koenig, *The Refugees Are Now Americans*, New York 1945. The authors estimate the number of Jews at 68 percent of the 129,000 total through 1944. According to Davie and Koenig, the majority of the 44,000-45,000 non-Jews were »Non-Aryan Christians«, namely Jews by race (as opposed to *Glaubensjuden*) according to the Nazi definition, but were not counted as »Hebrews« or considered as Jews by the US authorities. Another estimation of the total (Jews and non-Jews) German immigration (excluding Austria) in 1933-1941 puts the number at 104,000, see Donald Peterson

ween 1933 and 1935, the US received only 9,500 out of the total of 93,000 emigrants from Germany.¹⁸ Most of the immigrants from Central Europe – Jews and non-Jews – arrived in America from the end of 1938 onward. Those who immigrated earlier were almost exclusively from Germany, and they came in moderate numbers, rising from 1,200 in 1933 to about 12,000 in 1937.

By the middle of 1938, with the addition of some 18,000 during the fiscal year 1937-1938, the number of German immigrants was about 46,000.¹⁹ Of those arriving in the US up to June 1938, about 27,000 were estimated to be Jews.²⁰ Thus, throughout the years 1933-1935, the US received only 10 percent, and through 1938, 16 percent of the German-Jewish emigration. But 1938 marked a turning point, as 40,000 Jews left Germany over the entire year,²¹ with the exodus intensifying after the *Kristallnacht* pogrom of November 1938. The US now took a major share, and absorbed some 55,000 Jewish refugees from Germany and Austria between 1938 and 1941.

The inflow of immigrants from Germany in the US after the *Kristallnacht* was undoubtedly a refugee migration. This is clearly reflected in the preponderance of people over 50 years of age beginning in 1938, as compared to the arrivals between 1934 and 1938 (Table 4). This reflects the lack of age selectivity among the Jewish immigrants of the latter years.

Kent, *The Refugee Intellectual. The Americanization of the Immigrants of 1933-1941*, New York 1953; Martin Jay, *The German Migration. Is There a Figure in the Carpet?*, in: *Exiles and Emigrés. The Flight of European Artists from Hitler*, ed. Stephanie Barron et al., Los Angeles, 1997, S. 326-320. According to Maurice R. Davie, *Refugees in America. Report of the Committee for the Study of Recent Immigration from Europe*, New York-London 1947, the number of Jews arriving in the US between 1933 and 1944 who were born in Germany was 97,374.

18 Traub, *Die jüdische Auswanderung* (see note 2), S. 10-11.

19 Including Jews and non Jews, based on Chamberlain's tables in Chamberlain Collection, YIVO Archives, RG 278 Box 4; American Friends Service Committee (AFSC), *Refugee Facts* (Philadelphia 1939). American fiscal years (July-June) help to estimate the rise during the second half of the year.

20 Werner Rosenstock, *Exodus 1933-1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany*, Leo Baeck Institute Year Book 1 (1956), S. 376; Herbert A. Strauss, *The Migration of Jews from Nazi Germany*, in Steven W. Siegel (Ed.), *Jewish Immigrants in the Nazi Period in the USA*, 1 (Archival Resources), New York-Munich-London-Paris 1978, S. XX.

21 See Table 1, above.

Table 4: Demographic and Socio-Economic Profile of the Immigrants to the US During the 1930s, in percents*

Age Groups	Percent 1933-38	Percent 1938-41	Occupation	Percent
0-20	30	18	Business	58.5
21-50	55	51	Industry	3.5
51+	15	31	Professions	38.0
Total	100 (27,000)	100 (55,000)	Total	100.0

*Sources: Table: Immigrant aliens or newcomers admitted to the United States for permanent residence, who gave Germany as their last permanent residence, years ended June 30, 1935, 1936, 1937, 1938, by sex, age, etc., YIVO, Chamberlain Archives (RG 278), Box 2, Folder 31 and Box 4; The Academic Assistance Council Annual Reports 1934, 1935, WLL; Harold Fields, *The Refugee in the United States*, New York 1938; Leo Grebler, *German-Jewish Immigrants to the United States during the Hitler Period [1976]*, LBI NY, ME 716, MM 29. The great majority of the immigrants from Central Europe were Jews, and therefore social and demographic surveys relating to the immigrants generally apply to Jews specifically.

The professional composition of those immigrating to America was at first highly exceptional, including above all academics, artists, and scientists, for whom special arrangements were made to enable them to get there and settle.²² Table 4 shows the high proportion of professionals who constituted more than a third of the immigrants to America.²³ Among 104,000 immigrants from Germany, 7,600 were academics, and 15,000 were artists, journalists, and free intellectuals,²⁴ accounting for almost 22 percent of the immigrants. The change of the occupational structure in the later immigration wave was radical. In 1938 only 1,109, or about 6 percent, were professionals, academics and artists.²⁵

22 Norman Bentwich, *The Refugees from Germany, April 1933 to December 1935*, London 1936; The Academic Assistance Council Annual Reports 1934, and 1935, WLL; Jewish Refugee Committee Report on the Work 1933-1935, WLL, Central British Fund (CBF), MF 318/5, S. 123.

23 Various tables in Chamberlain Archives, YIVO, RG 278, Box 2, files 27, 31.

24 Jay, *German Migration* (see note 17).

25 Chamberlain Archives, YIVO, RG 278, box 4, various files; Fields, *The Refugee*; Grebler, *German-Jewish Immigrants*, LBI NY, ME 716, MM 29.

German-Jewish Immigration to Britain

In the early phase of Jewish emigration from Nazi Germany, Britain played a very minor role, receiving only 4,000 German-Jews out of the total emigration of 93,000 between 1933 and 1935.²⁶ As shown in Table 2, until 1938 Britain received only 10,000 German immigrants.²⁷ This picture, however, changed substantially in 1938. During the eighteen months from the *Anschluss* of Austria in March 1938 to the outbreak of the war in September 1939, some 60,000 refugees came to Britain, half of them from Austria.²⁸ About 83,000 Jews arrived in Britain from Germany, Austria, and Czechoslovakia between 1933 and 1941. The great majority of this movement took place beginning in 1938, and included 9,000 to 10,000 children who were brought to Britain with the *Kindertransport*.²⁹ It turns out that the Austrian refugees made up more than a third of the total Central European refugee population.³⁰ Of the immigrants from Germany, estimated to have totaled about 63,000 up to the war,³¹ 45,000 were Jews, and the majority of them – about 35,000 – came between 1939 and 1941.³² Of all the Central Europeans who came and stayed in Britain until the war, about 20,000 re-emigrated during or after the war.³³ It is estimated that about 50,000 of the total settled permanently in Britain.³⁴

As we see in Table 5 below, it is quite evident that the early emigration in general was made up mainly of young people and those able to trans-

26 Traub, *Die jüdische Auswanderung* (see note 2), S. 14-17.

27 Based on a calculation of Home Office statistics, cited by A. J. Sherman, *Island Refuge. Britain and Refugees from the Third Reich, 1933-1939*, London 1973; AFSC, *Refugee Facts*.

28 Anthony Grenville, *Continental Britons. Jewish Refugees from Nazi Europe*, London 2002.

29 Werner Rosenstock, *The Jewish Refugees. Some Facts*, in: Association of Jewish Refugees (AJR) in Great Britain, *Britain's New Citizens. The Story of the Refugees from Germany and Austria 1941-1951* (10th Anniversary of AJR, London), S. 15-19; Salomon Adler-Rudel, *Die jüdischen Refugees in England [1943]*, Salomon Adler-Rudel Collection, LBI NY, AR 4473; Waltraud Strickhausen, *Großbritannien*, in: Claus-Dieter Krohn et al. (ed.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration*, Darmstadt 1998, S. 251-269.

30 Rosenstock, *The Jewish Refugees* (see note 29), S. 17.

31 Calculation based on Home Office data cited by Sherman, *Island Refuge* (see note 27).

32 Based on Grenville, *Continental Britons* (see note 28), S. 21-28.

33 Association of Jewish Refugees (AJR), *Information*, No. 6 (June 1946).

34 Marion Berghahn, *German-Jewish Refugees in England. The Ambiguities of Assimilation*, New York 1984, S. 75.

plant their professional skills.³⁵ Although the great majority came after 1938, we assume that the age composition was largely affected by the high percentage of children, including the 10,000 children who came with the *Kindertransport*. Thus, despite the overwhelming share of the later wave over the early wave of immigration, the proportion of those over 60 years of age was lower among the immigrants to England as a whole than in Germany. Not much can be said about the immigrants' occupations. Statistics for 1933-1935 show that among the 4,000 immigrants, almost half were academics, students and professionals.³⁶ Those who reached Britain in the late 1930s and early 1940s likely held a variety of occupations.

Table 5: Demographic and Economic Profile of the German Jewish Immigrants to Britain, Percents*

Age Groups 1933/4		Age Groups 1939		Occupation Structure 1933/4		Entrance Permits 1939	
Age	Percent	Age	Percent	Branch	Percent	Category	Percent
0-20	15	0-20	12	Profes- sions	47	Transit migrants	19
21-50	78	21-50	63	Services	22	Voca- tional training	15
50+	7	50+	25	Business	18	Domes- tics	27
				Industry	6	Work and M/L	26
				Un- known	7	Others	13
Total 4,055 Immig.	100	Total 4,333 Immig.	100	Total 4,055 Immig.	100	Total 4,333 Immig.	100

*Calculation based on partial data in: Jewish Refugee Aid Committee Reports, 1933-1935, 1939, WLL, CBF.

35 Jewish Refugee Committee Report 1933-1935, WLL, CBF, MF 318/5, S. 123.

36 Ibid.

A Comparative Discussion

Thus far, our analysis has shown that the profiles of the three groups under discussion varied in terms of demographic, occupational, and economic composition, as well as in their migration dynamics and timing, which were strongly connected with each other. Despite their common grounds for emigrating from Germany, different groups of German Jews varied their timing of emigration and their destination options. Those who left Germany early were mainly young professionals whose prospects in Germany or alternately overseas were dim, but who could opt for Palestine as their destination. The exceptions to this were the high-ranking academics, young and old, for whom special arrangements were made to welcome them in Britain and the USA. The great majority of German Jews who joined the exodus from Germany only later, became refugees with very limited possibilities in terms of time and destination. They could not transfer what was left of their capital, and reflected the aging German Jewish population. Many were accepted in the USA and Britain, while Palestine became practically closed.

The outcome of these developments was a decisive factor in shaping the different profile of each of the immigrant groups. It seems, therefore, that the group that went to Palestine was relatively young in age, with considerable means, and with skills needed in the local economy. It constituted a substantial part of the total immigration at the time, and caused the German Jewish population in Palestine to become rather visible. The group that went to the US was less homogenous in terms of age, capital, and skills. It included many world-famous personalities in the arts and sciences, and later more middle-class and lower middle-class people who were more representative of German Jewry as a whole. The German Jews who immigrated to Britain came largely with Austrian and Czech Jews, who accounted for a considerable part of this immigration wave. The immigrants came relatively late with no possessions, but included, as was the case in the US, a small but visible and selective group of artists and academics.

Patterns of Adaptation and Integration

The differences among the three groups of immigrants under discussion did not by themselves determine adaptation and integration patterns. These were due to a variety of conditions and circumstances in the host countries at the time of immigration in general, and to the Jewish per-

spective in particular. In terms of numbers the USA took priority, while Britain and Palestine accepted numbers similar to each other. However, the picture is different when we look on the proportions of the immigrants measured by their share in the wave of emigration and within the contexts of the circumstances in each of the receiving countries.

Palestine Jewry had already acquired an official status as a national community under the British Mandate, and Jewish immigration was central in its bid to become the majority in the country. The German Jews immigrating to Palestine comprised more than 20 percent of the Fifth *Aliyah* wave (1932-1939), which more than doubled the size of the *Yishuv* (the Jewish community in Palestine) from approximately 200,000 to approximately 450,000.³⁷ They were quite different from both the existing and simultaneously immigrating populations of mostly Eastern European Jews. However, they, together with the approximately 3,000 German Jews who immigrated during the Weimar years, and the other Central European immigrants from Austria and Czechoslovakia (most of whom arrived in Palestine from 1938 on) represented a very new component. The *Yishuv* welcomed immigration, which was considered essential for the development of the Jewish National Home, and the potential contribution of the German Jews in the process of modernization was acknowledged. The Palestinian economy during the years of prosperity was ready to absorb immigration, especially the professionals from Germany. The institutional machinery was established, as already mentioned, by their predecessors to help them to integrate into the *Yishuv*. Many of them joined enthusiastically, as veteran Zionists, in the national development project and the ethos of the *Yishuv*, and placed themselves into the service of the project. Others were recruited and trained by the absorption infrastructure to become part of the Zionist endeavor.³⁸

On the other hand, those who came to Palestine experienced a cultural shock when they encountered a mix of oriental and Eastern European cultures that seemed to them inferior to their own culture. Moreover, there was mutual resentment between them and the Eastern European Jews who comprised the majority, were the founders and lead-

37 Moshe Sicron, *Immigration to Israel 1948-1953*, Jerusalem 1957, Statistical Supplement, tables A1, A5; Jacob Metzger, *The Divided Economy of Mandatory Palestine*, London 1998, S. 66, Table 3.1.

38 Hagit Lavsky, *German-Jewish Interwar Migration in a Comparative Perspective*, in: *Studies in Contemporary Jewry*, vol. 25/2011 (forthcoming); Yoav Gelber, *Moledet Hadashah. Aliyat yehudei merkaz eropa u-kelitatam, 1933-1948*, Jerusalem 1990; Halamish, Be-merutz (see note 13).

ers of Zionist political parties, and generally were the leaders of the *Yishuv*.³⁹ This cultural shock and their frustration with being outsiders to the *Yishuv* mainstream despite their acknowledged economic and cultural contribution in modernizing the *Yishuv*, played a role in forming their collective response. They quickly formed a *Landsmannschaft*, which was then followed by the creation of the political party Aliyah Haddasha («New Immigration») which became involved in the politics of the Jewish National Home in order to integrate their values into the national project rather than to represent their interests as immigrants.⁴⁰

The equivalents to the *Yishuv* in Palestine were the Jewish communities in USA and Britain. This means that the immigrants to those countries should be viewed not only in terms of their general backgrounds, but particularly in terms of their respective Jewish communities.

In the USA, Central European Jewish immigration (including from Austria and Czechoslovakia) constituted most of the European immigration to the US. However, it increased by only slightly more than 3 percent the American Jewish population which counted about 4 million Jews on the eve of this immigration.

It would be interesting to know the extent to which Jewish immigration during the Nazi era affected the position and influence of German Jews within the American Jewish population. Unlike the case of Palestine, there had been a large German presence in American Jewry, one that was established during the 19th century. They still maintained their dominant position after World War I, although a process of transformation began during the 1930s in which eventually the leadership of American Jewry was transferred to Jews of Eastern European origin. Given this background, we may conjecture that the impact of the immigration from Nazi Germany on the American Jewish community in general, and on its German component in particular, must have been much smaller in comparison with Palestine.

In American society in general, the new immigrants did not represent a new or unknown ethnic group. However, the absorption of the German-Jewish immigrants was complicated. The depressed economy could

39 Gelber, Moledet (see note 38); Guy Miron, *Mi-'sham' le-'chan' be-guf rishon. Zichronoteihem shel Yotz'ei Germania be-Israel*, Jerusalem 2004.

40 Hagit Lavsky, *Leumiyut, Hagirah ve-Hityashvut. ha'im hayta medinyut kelitah tzionit?*, in: Avi Bareli and Nahum Karlinsky (Eds.), *Iyunim Bitkumat Israel (Thematic Series). Economy and Society in Mandatory Palestine, 1918-1948*, Sede Boqer 2003, S. 153-177; Doron Niederland, *Hashpaat ha-rofeim ha-olim mi-germanyah al hitpathut ha-refuah be-erez yisrael, 1933-1948*, Katedrah 30 (1983), S. III-160.

hardly make use of them, and they experienced difficulty finding any kinds of occupations. These difficulties were accompanied by extreme degradation of their social and economic status.⁴¹ However, the process of integration was eased by the fact that America, after all, was a classic immigration country, the ruling ethos was pluralistic, and the Jewish community there was quite well organized to welcome immigrants. Moreover, when confronting the anticipated difficulties in absorbing the immigrant-refugees, President Roosevelt established the President's Advisory Committee on Political Refugees in the spring of 1938 to serve as a liaison between American private agencies and the Intergovernmental Committee on Refugees created at the Evian Conference in July 1938.⁴² Thus, the process of integration and Americanization was also eased, despite much economic hardship.

The significance of Central European Jewish immigration of the 1930s for British Jewry was in a way as big as it was in Palestine. In both countries, it brought in a new element to the existing mix of Eastern European and Sephardic Jewry. In Palestine, the German Jews comprised only 22 percent (and together with other Central Europeans, 25 percent) of the immigrants, while the 83,000 German-speaking Jews who reached British shores actually comprised the entire Jewish immigration to Britain, amounting to 28 percent of the 300,000 Jews residing in the country. Thus, Britain, like Palestine, experienced the addition of a new presence, namely German Jews. Unlike in Palestine, however, these immigrants came mainly as refugees at the last moment, and the country and its Jewish community were the least prepared for the new task. These obstacles were heightened considerably due to the proximity and overlapping times of their arrival and the outbreak of war. This caused the British government to transport many of the refugees into »Enemy Aliens« detention camps on the Isle of Man, in Canada, and in Australia.⁴³ This was probably the cause for the Jewish organizations' reservations and for the caution with which the refugees acted in building their own organization.⁴⁴

41 Personal accounts in LBI NY.

42 Guide to the Papers of Joseph Perkins Chamberlain (1873-1951), 1933-1951, RG 278, YIVO.

43 Ronald Stent, *A Bespattered Page? The Internment of 'His Majesty's most loyal Enemy Aliens'*, London, 1980.

44 Lavsky, *German-Jewish Interwar Migration* (see note 38).

Conclusion

For German Jewish immigrants, the process of integration and becoming self-confident, active citizens in their host countries depended on the timing of their immigration. It was a decisive factor in shaping the immigrants' collective character and their reception in their host societies, and 1938 was by and large a turning point in these respects. Although the immigrants to Palestine experienced deterioration in living standards and had to struggle as immigrants in the face of many hardships, the fact that many of them came during the prosperity relieved some of their economic burdens. It seems that for those who came to Palestine, it was economically easier than it was for those who went to Britain and the USA. This assumption is based on four factors. First, immigrants to Palestine usually did not come from amongst the most established and prosperous echelons in German-Jewish society, while many of those who came to Britain and the US came precisely from the most assimilated and prosperous German-Jewish circles. Second, many of those who immigrated to America and England did so quite late, when they could not take with them much if any of their assets. Immigrants to Palestine came early enough to bring with them a significant part of their capital. Third, many of the newcomers to Palestine could make use of their skills and professions, for which there was demand in Palestine, so they did not really experience a loss of status. And finally, the Palestinian Jewish middle class was much less prosperous than their counterparts in Britain and the US. Therefore, the new immigrants did not suffer any economic deterioration relative to the local community. Another factor that eased integration into the Palestine Jewish community was the assistance of former immigrants from Germany and the infrastructure they created for absorption and welfare.

In comparison, the immigrants to the US and Britain were absorbed into a more familiar social and cultural environment; but since they came by and large only after 1938, they suffered from hardships as refugees who experienced difficulty in finding jobs, and who were generally unable to use their expertise and professional experience. It seems that in the British case, the lack of self-confidence was extreme, due to mistrust of the general public and the lack of confidence among the existing English Jewish community. They tried hard to counter any suspicions that Jews were causing trouble, an increasingly difficult task after the outbreak of the war.

It is necessary to stress three main issues when considering the impact of 1938-1939 on German Jewish emigration and adaptation. First, one

must question the widespread impression created by the visible impact of 1938-1939 on the Jewish emigration. This requires a more critical view of the assumption, spread by the Nazi perpetrators and largely accepted by Jews and non-Jews alike to this present day, that most Jews hesitated to leave their beloved country and were forced to do so only following the pogrom. Historical evidence shows that many thousands of Jews considered emigration and started preparing for it as early as 1933, and in accelerating numbers. Most of them, however, were rejected by the various destination countries. This was, of course, the reason why the American quotas were not filled. The events of 1938-1939 indirectly triggered an upsurge in emigration due mainly to changes in immigration rules that enabled thousands of applicants who had been waiting and trying for years to leave Germany to now find acceptance. When we observe the huge wave of emigration following the *Kristallnacht*, we should keep in mind that many of those refugees had been seeking to emigrate for many years; otherwise, they would not have been able to respond so quickly to the change in American and British attitudes. Therefore, I suggest we view the dividing line of 1938-1939 not as the direct cause for the decision to emigrate, but as a favorable turning point for those who had long wished to emigrate. Second, the changing combination of push and pull factors created variations in timing and structure for each of the three immigration groups to Palestine, the USA and Britain respectively. Finally, another combination, this one encompassing the time of arrival, the structure of the immigrant group, and the character and conditions within the new societies, contributed to a very different sense of self awareness and confidence within each group, including their relation to their German origin. But this exceeds the scope of this essay.

Von der »Ostmark« nach Argentinien

Im vorliegenden Artikel möchte ich anhand einer Auswahl von Interviewpassagen mit Österreicherinnen und Österreichern, die zwischen 1938 und 1941 aufgrund der »Nürnberger Rassengesetze« nach Südamerika vertrieben wurden, die individuellen Erfahrungen der erzwungenen Emigration darstellen. Nach dem so genannten Anschluss gelangten rund 2.300 österreichische Flüchtlinge nach Argentinien.¹ 80 von ihnen, die in den Jahren von 2001 bis 2003 noch in Buenos Aires lebten, konnte ich gemeinsam mit einem ForscherInnenteam im Rahmen eines Oral History Projektes interviewen. Ferner sind mehr als 400 Briefe aus der umfassenden Korrespondenz einer Wiener Familie überliefert, deren Mitglieder aufgrund der Verfolgung über die ganze Welt verstreut wurden. Auf diesem reichen Quellenfundus basieren meine Dissertation,² das daraus entstandene Buch,³ sowie dieser Aufsatz.

Für die meisten interviewten Personen war die Erfahrung, als Jüdin oder Jude verfolgt zu werden und ihr Heimatland – oft fluchtartig und unter Lebensgefahr – verlassen zu müssen, ein Schock und nahezu unbegreiflich. Denn fast alle lebten bis zum »Anschluss« vollständig assimiliert in der katholisch geprägten österreichischen Gesellschaft, hatten einen gemischt konfessionellen Freundes- und Bekanntenkreis oder stammten selbst aus einer christlich-jüdisch gemischten Familie. Die Religion spielte im alltäglichen Leben dieser Menschen eine sekundäre Rolle.

- 1 Die Schätzung beruht auf Unterlagen des Archivo Dirección Nacional de Migraciones, Buenos Aires (Listas y libros de embarcaciones y fichas personales de inmigración, Mai bis Dezember 1938) und des Archivo del Ministerio de Relaciones Exteriores y Cultura, Buenos Aires (Autoridades Nacionales, Expediente 130/1938, División de lo contencioso administrativo, Expediente 203/1939 und caja 6, 200 al 256).
- 2 Philipp Mettauer, *Die österreichisch-jüdische Emigration nach Argentinien von 1938 bis in die Gegenwart. Eine sozial- und alltagsgeschichtliche Oral History Studie*, Wien, Univ., Diss., 2008.
- 3 Philipp Mettauer, *Erzwungene Emigration nach Argentinien. Österreichisch-jüdische Lebensgeschichten*, Münster 2010.

Ihre jüdische Identität bildeten die Vertriebenen oft erst durch die Verfolgung aus. Vielen wurde erst in dieser Situation bewusst, dass sie »Jüdinnen« oder »Juden« waren bzw. in der nationalsozialistischen Gesetzgebung und Diktion als solche deklariert wurden. Was bedeutete für sie das plötzliche Ausgestoßensein? Wie haben sie die enormen Schwierigkeiten der Flucht und die bürokratischen Hürden überwunden, die der Emigration im Wege standen? Welche Rolle spielten die jüdischen Hilfsvereine? Und wie gingen die Emigrantinnen und Emigranten mit den Problemen der Akkulturation in einer fremden Umgebung mit einer unbekanntem Sprache um? Diese Fragen werde ich im Folgenden untersuchen.

Die institutionalisierte Vertreibung

Um das »Dritte Reich« legal verlassen zu können, benötigten Jüdinnen und Juden neben einem gültigen Reisepass,⁴ der erst nach Entrichtung der »Passumlage« und seit November 1938 der »Judenvermögensabgabe« ausgestellt wurde, den »Reichsfluchtsteuerbescheid« sowie die »Steuerunbedenklichkeitsbescheinigung« der Finanzämter,⁵ ferner die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Auswärtigen Amtes⁶ und eine Beurteilung der Gestapo, später des Reichssicherheitshauptamtes. »Nichtgläubensjuden« und »Mischlinge« im wehrtauglichen Alter mussten zudem beim Wehrbezirkskommando vorstellig werden.⁷

Für die Mitnahme des Gepäcks wurden weitere Genehmigungen verlangt. Danach mussten die argentinischen Papiere, Schiffs- und Bahn-

4 Zu den Passerteilungsvorschriften und den Passverfahren siehe Gabriele Anderl/Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution. Nationalsozialistische Institutionen des Vermögensentzuges 1, Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Band 20/1, Wien-München 2004, S. 64-67 bzw. S. 155-160.

5 Zu Judenvermögensabgabe, Reichsfluchtsteuer und Steuerunbedenklichkeitsbescheinigung siehe ebd., S. 245-263.

6 Patrick von zur Mühlen, Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933 bis 1945. Politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration, Bonn 1988, S. 22. Wolfgang Benz et al. (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 2007, S. 337.

7 Anderl/Rupnow, Zentralstelle (wie Anm. 4), S. 127, vgl. Bryan Mark Rigg, Hitler's Jewish Soldiers. The Untold Story of Nazi Racial Laws and Men of Jewish Descent in the German Military, Kansas 2002.

karten sowie ein Durchreisevisum für das Land, in dem man sich einschiffen wollte, besorgt werden. Alle relevanten spanischsprachigen Dokumente mussten den deutschen Behörden – alle deutschsprachigen wiederum den argentinischen – mit Übersetzungen und notarieller Beglaubigung vorgelegt werden. Für die zur Auswanderung Gezwungenen war der langwierige administrative Prozess ein bürokratischer Spießrutenlauf.⁸

Die verschiedenen Wege zu unzähligen Ämtern, die nur zu bestimmten Zeiten geöffnet und vollkommen überlaufen waren, nahmen Monate, wenn nicht Jahre in Anspruch. Um einerseits die Vertreibung zu beschleunigen und andererseits die Beraubung zu perfektionieren, wurde im August 1938 die »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« im »ariisierten« Palais Rothschild in Wien gegründet. Deren de-facto-Leitung oblag dem SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, dem späteren Organisator der Deportation von Millionen Jüdinnen und Juden. Eichmann war bei der Vertreibung der jüdischen Österreicherinnen und Österreicher so »erfolgreich«, dass ihm im Herbst 1939 die Leitung der nach Wiener Vorbild errichteten »Reichszentrale für jüdische Auswanderung« in Berlin übertragen wurde.⁹

Durch die Gründung der »Zentralstelle« wurden die Ausreiseformalitäten aber keineswegs erleichtert, im Gegenteil, das bürokratische Procedere wurde durch zusätzliche Schikanen verkompliziert, Erniedrigungen standen weiterhin auf der Tagesordnung.¹⁰ Insgesamt hat die »Zentralstelle« die Auswanderung nicht beschleunigt, sie war lediglich ein Pass- und Abgaben-Amt und verschaffte zwar Ausreise-, aber keine Einreisegenehmigungen. Durch die gesammelten Daten der Wiener jüdischen Bevölkerung fungierte sie schließlich als »administrative Keimzelle für den Holocaust.«¹¹

8 Vgl. Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt am Main 2000.

9 Eichmann floh 1946 aus US-Gefangenschaft und gelangte unter dem falschen Namen Ricardo Klement mit einem vom Roten Kreuz in Italien ausgestellten Reisepass 1950 nach Argentinien, wo er bis 1960 unbehelligt in einem Vorort von Buenos Aires lebte.

10 Siehe Hans Safrian, *Eichmann und seine Gehilfen*, Frankfurt am Main 1997.

11 Jonny Moser, Österreich, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 66-85, hier S. 68. Im Zusammenhang mit der »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« zeigte sich ein bemerkenswerter Aspekt der Oral History. Keine Emigrantin, kein Emigrant schien sie zu kennen, obwohl dort alle Ausreisewilligen vorgestellt werden mussten. Doch hatte sie sich den Befragten unter dem Begriff des

Auf der anderen Seite schlossen viele Länder, die als Einwanderungsziele gegolten hatten, ihre Grenzen oder verschärften ihre Einwanderungsbestimmungen, womit die im Deutschen Reich noch verbliebenen Jüdinnen und Juden in eine verzweifelte Lage gerieten. In einem Brief an Stella Leist berichtet ihr Cousin im Juli 1939 aus Wien:

»Es ist eben so, wie ich Dir hier sagte, dass die sogenannte ›organisierte Wanderung‹ vollkommen versagt hat und durch die Absperrungsmaßnahmen ein Zustand geschaffen wurde, den man als eine Tragikomödie bezeichnen muss. Hier ›soll‹ man hinaus und wo hinein? Hat man niemanden im Ausland, der etwas tut, dann befindet man sich eben in der Lage, in der ich bin.«¹²

Ein illegaler Grenzübertritt wiederum barg die Gefahr, bei einem Misslingen an das Deutsche Reich und die Gestapo ausgeliefert zu werden. Rund 17.000 Österreicherinnen und Österreicher, die in das europäische Ausland, vor allem in die Tschechoslowakei, nach Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen oder Dänemark geflüchtet waren, fielen nach der deutschen Okkupation doch noch der nationalsozialistischen Verfolgung zum Opfer.¹³

Die Hilfsvereine

Rund 450 jüdische Vereine existierten österreichweit bis März 1938. Fürsorge- und Bildungseinrichtungen, religiöse Institutionen, Spitäler, Waisenhäuser, Kindergärten, Wohltätigkeits- und Frauenvereine, Studenten- und Altherrenverbände, Jugend- und Turnvereine, kulturelle und landsmannschaftliche Vereine, Berufsorganisationen und viele andere mehr. Zwei Monate später waren es noch elf, drei Jahre danach noch

»Wanderungsamtes« beziehungsweise als »ehemaliges Palais Rothschild« eingepflegt. Seltsamerweise findet die »Zentralstelle« aber auch in den Briefen des Friedrich Leist, in denen er seiner Schwiegermutter Schritt für Schritt erklärt, bei welchen Ämtern sie zur Ausreise vorstellig werden müsse, keine Erwähnung. Sehr wohl ist immer wieder vom argentinischen Konsulat, der IKG und der Vermögensverkehrsstelle die Rede.

12 Brief von Viktor [?] (Wien) an Stella und Friedrich Leist (Buenos Aires), 15.7.1939. Die Korrespondenz der Familie Leist befindet sich in Privatbesitz; Kopie beim Autor.

13 Florian Freund/Hans Safrian, Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938–1945. Vertreibung und Deportation, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 767–794.

vier: die Israelitische Kultusgemeinde (IKG), das Palästina-Amt, die Jugendalijah und der Verbund jüdischer Kriegsoffer; alle anderen waren aufgelöst, ihr Vermögen »arisiert«.

Zunächst hatten die neuen nationalsozialistischen Machthaber alle jüdischen Organisationen geschlossen, die IKG im Mai 1938 allerdings wieder neu eröffnet und gemeinsam mit einigen ausgewählten Organisationen in eine Schaltstelle zur Liquidierung der jüdischen Infrastruktur umfunktioniert. Unter ständiger Bedrohung durch die Gestapo mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKG die Konzentration der jüdischen Bevölkerung Wiens in einigen wenigen Wohngebieten, die jüdische Auswanderung und schließlich sogar die Deportation selbst finanzieren und vorantreiben.¹⁴ So wurden beispielsweise in ehemaligen Vereinslokalen Sammellager eingerichtet. Der IKG bereits gewährte Subventionen der »Zentralstelle« mussten auf ein »Sonderkonto für Judenumsiedlungen« hinterlegt werden, das dem Erhalt des Ghettos Theresienstadt diente.¹⁵

Zionistische Jugendbünde, das Palästina-Amt und der Landesverband des Hechaluz konnten unter der Bedingung, dass sie die Auswanderung forcierten, ihre Aktivitäten ebenfalls noch fortsetzen. Jorge Gilgun, als Elfjähriger Mitglied in der zionistischen Organisation Betar, erzählt im Interview:

»Ich glaube, die Nazis haben die zionistischen Organisationen eher geschätzt, als die Assimilanten. Das ist mein Eindruck. Die erste Tendenz war ja nicht ›Juda verrecke!‹ oder so etwas, sondern: ›Ihr seid anders, geht weg!‹ Damals konnte man noch seine Sachen packen, und gegen Bezahlung und Steuern konnte man hinausfahren. Und einmal war ein Vertrag zwischen unserer Organisation und den Nazis, dass man Gruppen von Juden auswandern lässt.¹⁶ Dass man, ich glaub' ein Lastwagen, so und so viel Juden, auswandern lässt. Wie gesagt, nach Palästina. Da haben die Engländer aber Schwierigkeiten gemacht

14 Shoshana Duizend-Jensen, *Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. »Arisierung« und Restitution*, Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Band 21/2, Wien-München 2004, S. 94.

15 Ebd., S. 85.

16 Jorge Gilgun bezieht sich hier auf das Ha'avara Abkommen; vgl. Francis Nicosia, *The Third Reich and the Palestine question*, New Brunswick 2000, bzw. den Beitrag desselben Autors in diesem Band.

in Palästina, die haben keine Juden hineingelassen. Das war ja auch so schön.«¹⁷

Auch christliche Vereine wie die Quäker, die Schwedische Mission oder die »Hilfsstelle für nicht-arische Katholiken«, die vom Vatikan unterstützt wurde,¹⁸ forcierten die Emigration, wobei sie bei ihren Tätigkeiten ebenfalls unter strengster Kontrolle der »Zentralstelle« standen. Eine weitere Organisation, die so genannte Aktion Gildemeester,¹⁹ wurde auf Vorschlag zweier österreichischer Bankiers mit Unterstützung des Holländers Frank van Gheel Gildemeester mit dem Ziel gegründet, die Auswanderung zu beschleunigen und zugleich die Emigration mittelloser Jüdinnen und Juden mit dem Geld der vermögenden zu finanzieren. Ab Ende 1939 hieß sie »Auswanderungshilfsstelle für Nichtglaubensjuden« bzw. »Hilfsorganisation für nichtmosaische Juden«. Mit 31. Oktober 1942 wurde sowohl die IKG als auch die Aktion Gildemeester aufgelöst, an ihre Stelle trat der Ältestenrat der Juden in Wien, der bis 1945 existierte.

Hatten sich die Aufgaben der IKG bis zum »Anschluss« auf religiöse, soziale und kulturelle Angelegenheiten konzentriert, so wurde sie nun fast ausschließlich zu einer Fürsorgeeinrichtung. Durch Arbeitsplatzverlust, Enteignungen, Sondersteuern und die Kosten für die Ausreise schlitterten jüdische Familien in die Armut, wie sich Hans Abelis im Interview erinnert:

»Ich kann mich zum Beispiel erinnern, wie ich als Kind in einem eiskalten Winter in der Schlange gestanden bin mit einem Aluminiumhäferl²⁰ in der Hand, meine Schwester und ich je mit einem Häferl, damit wir bei der Ausspeise etwas warme Suppe bekommen, weil mei-

17 Interview mit Jorge Gilgun, Wien, 23.7.2008, alle Interviews im Privatarchiv Mettauer.

18 Durch das zwischen Papst Pius XI. und Brasiliens Diktator Getulio Vargas geschlossene Visa-Abkommen gelangten auch vereinzelt Österreicherinnen und Österreicher nach Argentinien, so beispielsweise die getaufte Juana Lenk, Interview in Buenos Aires, 12.4.2002.

19 Siehe Theodor Venus/Alexandra-Eileen Wenck, Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von »Arisierung« und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938-1941. Nationalsozialistische Institutionen des Vermögensentzuges 2, Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Band 20/2, Wien-München 2004.

20 Häferl: (österreich.) Becher.

ne Eltern haben sich nicht auf die Straße getraut. Und dann wurde es noch schlimmer.«²¹

Hatten in den Monaten Mai bis Juli des Jahres 1938 nur ein Viertel der Auswanderinnen und Auswanderer um Unterstützung durch die IKG angesucht, waren es im Zeitraum von August bis Oktober bereits ein Drittel, im November und Dezember schon die Hälfte.²² Bei den erzwungenen »Arisierungen« wurde in der Regel weniger als die Hälfte des Verkehrswerts vergütet. Darüber hinaus wurde der Kaufpreis nicht an die ehemaligen Besitzer ausbezahlt, sondern auf Sperrkonten überwiesen, aus denen die Finanzverwaltung die diskriminierenden Sondersteuern und -abgaben entnahm.²³ Lediglich für eine »bescheidene Lebensführung« sowie für die Kosten der Ausreise wurden den Enteigneten Beträge freigegeben.²⁴ So konnte es passieren, dass zuvor wohlhabende Familien ihren Lebensunterhalt nicht mehr finanzieren konnten und ihnen außer der Wohnungseinrichtung, wenn diese nicht ohnehin schon beschlagnahmt worden war, nichts geblieben war. Wieder Hans Abelis:

»Na ja, mein Vater hatte den Betrieb, er war sozusagen Unternehmer, und eines Tages hat ihm der Buchhalter die Schlüssel abverlangt. Und dann hatte er eben nichts. Und nachdem er auch [sonst] keine Mittel hatte, was man ihm nicht geglaubt hat, war das eine Situation, wo wir in einer Wohnung mit Perserteppichen saßen, ohne was zu fressen zu haben.«²⁵

In zunehmendem Maße nahmen die Hilfsvereine auch Kontakte zu ausländischen Konsulaten und Regierungsstellen auf, um Einreisepapiere zu

21 Interview mit Hans Abelis, Buenos Aires, 18.6.2003.

22 Clemens Jabloner et al. (Hg.), Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Zusammenfassungen und Einschätzungen, Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission, Band 1, Wien-München 2003, S. 213.

23 Die im November 1938 eingeführte »Judenvermögensabgabe« betrug zunächst 20%, ab Oktober 1939 25% des angemeldeten Vermögens. Die »Reichsfluchtsteuer« betrug ebenso 25%. Seit 1.1.1941 hatten Jüdinnen und Juden zusätzlich die »Sozialausgleichsabgabe« zu entrichten, die 15% des Einkommens betrug. Zu diesem Zeitpunkt hatten die österreichischen Jüdinnen und Juden aber in der Regel ohnehin kein Einkommen mehr. Zu Steuern und diskriminierenden Abgaben siehe Jabloner et al., Schlussbericht (wie Anm. 22), S. 127-131.

24 Hans Witek, Arisierungen in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938-1940, in: Tólos et al., NS-Herrschaft (wie Anm. 13), S. 795-816.

25 Interview mit Hans Abelis, Buenos Aires, 18.6.2003.

besorgen beziehungsweise die illegale Einwanderung nachträglich legalisieren zu lassen. Um die finanziellen Mittel für Reisekosten und Landegelder aufzubringen und die dafür benötigten Fremdwährungen zu beschaffen, kooperierte die IKG mit den jüdischen Hilfsvereinen außerhalb Deutschlands. Allen voran waren dies das »American Jewish Joint Distribution Committee«, die »Jewish Colonisation Association« (JCA), die sich später mit anderen Organisationen zum Dachverband HICEM zusammenschloss, und der britische »Council for German Jewry«, die den Flüchtlingen umfangreiche finanzielle und bürokratische Hilfe im Ausland anboten.

Emigrationsvorbereitungen

Vor allem die JCA/HICEM organisierte Umschulungen von akademischen in handwerkliche oder landwirtschaftliche Berufe, da diese in den Exilländern eher gefragt waren, sowie Ausbildungslehrgänge für Jugendliche, denen als Jüdinnen und Juden ein Berufsabschluss im Reich verwehrt blieb. Zusätzlich boten die Hilfsvereine Sprachkurse an, die die »Ausreisewilligen« besuchten, sofern ihnen neben den bürokratischen Verpflichtungen dazu noch Zeit blieb. Allerdings zeitigten die Spanischkurse nur bedingt Erfolge. Auf die Frage, wie er Spanisch gelernt habe, antwortet Paul Simko:

»Na, das ist auch eine kleine Episode. Mein Vater wollte unbedingt, dass ich Spanisch lern', in Wien. Der Lehrer hat wahrscheinlich gar kein Spanisch gesprochen, der hat sich nur ein paar Schillinge verdienen wollen und hat, bevor er zu mir gekommen ist, sich selber Unterricht gegeben. Und so hat auch er die Worte verwechselt. Und wie mein Vater mich damals beim Konsul vorgestellt hat, hat er gesagt: ›Mein Sohn spricht schon Spanisch.‹ Ein paar Worte hab' ich gesprochen, no? Daraufhin hab' ich mal gesagt: ›Buenas mañanas.‹ Sagt er: ›Das heißt *Buenos días*.‹ Sag' ich: ›Nein, nein. *Mañanas*. *Días* heißt Mittag.‹ Dann hat der Mann genießt und ein Taschentuch gesucht, hab' ich gesagt: ›*Señor busca toalla?*‹ [›Der Herr sucht ein Handtuch?‹] Sagt er: ›Das heißt *pañuelo*.‹ [Taschentuch] Sag' ich: ›*No!*, also ich hab' mit ihm diskutiert.«²⁶

Die Mutter von Hans Abelis absolvierte einen Miedermacherinnenkurs, Juana Schärf de Fischer besuchte vor der Ausreise einen Kosmetikkurs,

26 Interview mit Paul Simko, Buenos Aires, 21.7.2003.

der ihr dann auch wirklich half, in La Paz ihre Parfümerie zu eröffnen. Wie viele Emigrantinnen und Emigranten war sie mit Hilfe eines bolivianischen Transitvisums, das auf dem Schwarzmarkt oder durch Bestechung leichter erhältlich war als ein argentinisches Visum, zunächst nach La Paz und später von dort nach Argentinien geëist.²⁷

Der Elektrotechnikstudent Egon Strauss besuchte einen Automechanikerkurs sowie einen Kurs für autogenes Schweißen, um sich auf seine bevorstehende Emigration vorzubereiten. In seiner unveröffentlichten Autobiografie schreibt er:

»Ich habe in diesen Kursen viele Studienkollegen getroffen, die ihre praktischen Fähigkeiten erweitern wollten, und ich muss sagen, dass diese Kurse äußerst nützlich waren für meine weitere berufliche Tätigkeit. Zum Zeitpunkt des Besuchs hatten sie zudem den Vorteil, mich beschäftigt und aktiv zu halten.«²⁸

Da der Grenzübertritt nur mit persönlichen Gebrauchsgegenständen und zehn Reichsmark Bargeld gestattet war, versuchten die zukünftigen Emigrantinnen und Emigranten, Neuanschaffungen möglichst noch in Wien zu tätigen. Edith Hacker erneuerte ihre Garderobe und verbrachte viel Zeit mit Kleiderkauf. Felix Friedenbach besorgte sich für La Paz, das auf 3.600 Meter Höhe liegt, neue Bergschuhe. Mit ihren genagelten Sohlen stellten sie sich jedoch auf den steilen, mit glattem Kopfstein gepflasterten Gehsteigen der Stadt als unbrauchbar heraus.

Schon lange bevor Louise Igel beim argentinischen Konsulat ihren Visumsantrag eingereicht hatte, machten sich ihre erwachsenen Kinder, die bereits nach Buenos Aires emigriert waren, Gedanken, was ihre 70jährige Mutter am besten vorbereiten und mitbringen sollte. Unter anderem sollte sie sich die Zähne richten lassen, eine neue Brille und Medikamente kaufen. Ihre Tochter schrieb nach Wien:

»Du mußt nur unbedingt schauen, dass Du Deine Kleider, Wäsche, Schuhe, überhaupt alles, was du mitnehmen darfst, in Ordnung hast. Hier kann man schwer etwas nachkaufen, Du weißt nicht, wie froh wir über jedes Stück sind, das wir mitgenommen haben. [...] Woll-sachen sind sehr wichtig hier, und Wäsche ist sehr teuer. Überhaupt

27 Interview mit Juana Schärf de Fischer, Buenos Aires, 14.4.2003; vgl. Leo Spitzer, Hotel Bolivia. Auf den Spuren der Erinnerung an eine Zuflucht vor dem Nationalsozialismus, Wien 2003.

28 Egon Strauss/Lamroth Hakol, A pesar de todo [Trotz allem]. Unveröffentlichte autobiografische Aufzeichnungen, Buenos Aires 2001, o. S., Übersetzung von Philipp Mettauer.

warme Sachen braucht man hier genug, im Winter spürt man die Kälte (unter Null Grad ist es nie) durch die Feuchtigkeit der Luft viel mehr. Und Du warst immer sehr erfroren.«²⁹

In einem der nächsten Briefe folgte eine minutiöse Liste, was Louise Igel aus Gründen der Kostenersparnis alles mitnehmen sollte: von der Sommerhose über den Strumpfbandgürtel bis zum Flanellnachthemd für den Winter, außerdem Lederhandschuhe, Stroh- und Filzhut, Steppdecke, Medikamente und Küchengeschirr. Insgesamt durfte das Gewicht ihres Gepäcks fünfzig Kilo allerdings nicht übersteigen.³⁰

Die Vorbereitungen zur Abreise führten bei älteren Menschen wegen der Aufregungen und Anstrengungen mitunter zur psychischen Überforderung; für Kinder waren sie oft das erste traumatische Erlebnis. Denn viele wurden von den Eltern getrennt, damit diese »in Ruhe« die Ausreise organisieren konnten, auf »Ferienlager« oder zu den Großeltern geschickt, manche gelangten als erste der Familie und alleine auf Kindertransporten ins Ausland. Andere wiederum wurden bei den Behördengängen mitgenommen und mussten stundenlang Schlange stehen, wie Peter Leist in sein Tagebuch notierte:

»Ich gehe jetzt überhaupt nicht mehr in die Schule, da ich wahrscheinlich bald nach England fahren werde. Ich muß mich jeden Tag bei der Kultusgemeinde [anstellen, um] eine Nummer für Fr. Schwarz zu holen. [Cousin] Robert [Wang] muß sich auch anstellen. Unlängst haben wir uns von 7 h früh bis 1 h Mittag und von 3 h Nachmittag bis 5 h anstellen müssen.«³¹

Jorge Hacker wiederum wurde vor diesen Aufregungen bewahrt, wie er im Interview erzählt:

»Wir mussten in drei, vier Tagen räumen und ausziehen. Man hat mich besonders in diesen Tagen [mit dem Kindermädchen] spazieren und spielen [geschickt]. ›Nehmen S' den Buam und führn S'n in' Prater, damit er die Misere nicht mitbekommt.‹ Da wurde ich sehr künstlich verwahrt. Aber de facto sind wir ein paar Tage später in einer kleineren Wohnung gesessen, die sich in keiner Weise unserer netten, hübschen Wohnung in der Wertertorgasse vergleichen konnte. [...] Ich glaub', das macht uns irgendwie zu Überlebenden, in diesen vier Monaten, von März bis August, in denen unser Leben wirklich unsi-

29 Brief von Stella Leist (Buenos Aires) an Louise Igel (Wien), 10.12.1940.

30 Ebd., 10.3.1941.

31 Tagebuch des Peter Leist, Wien 28.11.1938, S. 7f.

cher war, ob es weiter geht oder nicht. [...] Es war eine Atmosphäre da, die unerträglich war. Meine Eltern hatten Todesängste, weil sie geglaubt haben, dass wir alle ins Lager kommen.«³²

Österreicherinnen und Österreicher in der Pampa

Bis in die frühen 1930er Jahre galt Argentinien als ein klassisches Einwanderungsland. Vor allem die weiten und fruchtbaren Ebenen sollten besiedelt werden, vorzugsweise mit in der Landwirtschaft erfahrenen Europäerinnen und Europäern. Die wichtigste Organisation, die die Möglichkeit nutzte, mittels eines Landwirtschaftsvisums jüdische Verfolgte zu retten, war die »Jewish Colonization Association«, die von Baron Moritz von Hirsch 1891 gegründet worden war, ursprünglich, um die Auswanderung aus Russland unter dem antisemitischen Regime des Zaren zu erleichtern. Zu diesem Zwecke erwarb die »Jewish« oder »Idish«, wie sie in den Interviews oft genannt wurde, Ländereien in Brasilien, USA, Kanada, Palästina, hauptsächlich aber in Argentinien, wo sie über 600.000 Hektar und siebzehn Kolonien vor allem in der Provinz von Entre Ríos besaß.³³ Da sich das Vermittlungsbüro der JCA in Zürich befand, sind vor allem österreichische Emigrantinnen und Emigranten, die sich in die Schweiz gerettet hatten, dort aber aufgrund der Aufenthalts- und Arbeitsbeschränkungen nicht bleiben konnten, in den Landwirtschaftskolonien Argentiniens gelandet. Maria Kastanek de Katz ist eine von jenen, die die erste Zeit in der Provinz verbrachte:

»Wir sind auf das Land der *Idish* gegangen, nach Entre Ríos. Aber klar, niemand von uns verstand etwas von Landwirtschaft. Sie haben uns ein Haus gegeben, das war eine Blechhütte, wo sie zuvor gerade die Indios rausgeworfen haben, und sie wollten uns ein Pferd und eine Kuh geben. Aber wir wussten ja gar nichts von der Landwirtschaft, und die Kinder waren ganz angeschwollen von den Fliegenstichen.«³⁴

Auch Alexander Szarazgat konnte mithilfe der JCA nach Argentinien emigrieren und gelangte nach Colonia Baron Hirsch, auch Rivera ge-

32 Interview mit Jorge Hacker, Buenos Aires, 4.9.2002.

33 Kirsten Moneke, Die Emigration der deutschen Juden nach Argentinien (1933-1945). Zur Rolle der jüdischen Hilfsvereine, St. Ingbert 1993, S. 125.

34 Interview mit Maria Kastanek de Katz, Lanús, Provincia de Buenos Aires, 28.8.2002 bzw. 5.9.2002, Übersetzung von Philipp Mettauer.

nannt. Die Siedlung besteht heute noch, Spuren jüdischen Lebens lassen sich aber nur mehr vereinzelt finden.

»Wir kamen also in Zürich an. Dort gab es eine Hilfsorganisation, die *Jewish*, die hat uns die Visa für Argentinien beschafft. In der Schweiz konnten wir nicht bleiben, weil die Erlaubnis für Flüchtlinge, zu arbeiten limitiert war! [...] Darum hat mein Vater Visa-Anträge für Kanada, Australien, Nordamerika, Kenia, Argentinien gestellt. ›Das Visum, das als erstes kommt, dort gehen wir hin.‹ Als erstes kam Argentinien, also kamen wir hierher, das ist das Resultat [...].

Hier hat uns dann ein Vertreter der *Jewish* empfangen. Wir waren einige Tage in Buenos Aires, und dann haben sie uns schon auf das Land geschickt, das für uns bestimmt war, nach Rivera. Das ist in der Provinz Buenos Aires, 500 Kilometer entfernt, an der Grenze zu [der Provinz] La Pampa. Dort blieben wir von '40 bis '43. Die erste Ernte war exzellent! Aber weil schon Krieg war und die Häfen blockiert waren, war sie nichts wert, weil man nichts exportieren konnte. Die Zweite und besonders die Dritte waren eine Katastrophe! Es gab kein Wasser, weil es nie regnete. Also beschlossen meine Eltern, dass wir so nicht weiter machen können, weil uns sonst die Läuse fressen werden. Ich kam dann als Erster [nach Buenos Aires], nachher mein Bruder und zwei Monate später meine Eltern.«³⁵

Ankunft in Buenos Aires

Von Argentinien hatten die Neuankömmlinge aus Österreich vor der Ankunft entweder gar keine Vorstellung, oder es dominierten die Vorurteile vom wilden, unzivilisierten, rückständigen Südamerika oder das Bild vom reichen Amerika, von der neuen Welt der unbegrenzten Möglichkeiten. Maria Kastanek de Katz kannte den »Argentinischen Tango, sonst nichts.«³⁶ Robert Wang hatte von Argentinien lediglich beim Briefmarkensammeln gehört. Das Land war unbekannt, sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen. Erich Spinadel berichtet über das Abgangszeugnis, das ihm der österreichische Schuldirektor ausstellte:

35 Interview mit Alexander Szarazgat, Buenos Aires, 21.5.2001. Übersetzung von Philipp Mettauer. Zu Alexander Szarazgat siehe Alice Douer/Ursula Seeber (Hg.), *Wie weit ist Wien. Lateinamerika als Exil für österreichische Schriftsteller und Künstler*, Wien 1995, S. 65.

36 Interview mit Maria Kastanek de Katz, Lanús, Provincia de Buenos Aires, 28.8.2002.

»Das Zeugnis hab' ich bis heute noch: ›Wird weiter studieren in Buenos Aires, Brasilien.‹ Das war unser Volksschuldirektor, das war nicht irgendein ... Argentinien war damals kein Begriff in Österreich. [...] Ich hatte einen ganz eigenen Begriff, zum Beispiel gab's damals in Argentinien Häuser, zum Teil gibt's die noch heute, die heißen *casas chorizo*, so ein lang gezogenes Haus, mit dem Innenhof und die ganzen Zimmer in den Hof, und die Zimmer haben ja nur so Glastüren zu dem Hof, die haben ja keine Fenster. Na, mir wurde also gesagt, ›Die Häuser in Buenos Aires, die haben keine Fenster,‹ also dachte ich mir, na, da werd' ich so Art Iglus vortreffen.«³⁷

Die Eindrücke der neu ankommenden österreichischen Emigrantinnen und Emigranten von der spanisch und italienisch geprägten Bundeshauptstadt Buenos Aires waren äußerst unterschiedlich. Da kaum jemand zuvor etwas über Argentinien gewusst hatte, war die erste Zeit geprägt von einem permanenten Aufeinanderprallen von Vorstellungen und Realität. Viele waren schockiert über die Andersartigkeit von Buenos Aires, andere wiederum sahen gar nicht so viele Unterschiede, beziehungsweise akzeptierten diese teilnahmslos, wieder andere waren angenehm überrascht von der Modernität und Offenheit der Millionenstadt. Nochmals Erich Spinadel:

»Und dann kamen wir in Buenos Aires an, und das war furchtbar, das Ankommen, nach 28 Tagen Schifffahrt, plötzlich eine lärmende Stadt, enge Gassen, eine Sprache, die ich nicht verstand.«³⁸

Peter Paneth hingegen sah keine großen Unterschiede:

»Der erste Eindruck von Buenos Aires war eigentlich nicht so überraschend, so ähnlich, wie ich es in Wien gesehen hab'. Anders war die Sprache. Aber anders war nicht einmal der Verkehr, weil hier ist man früher auch links gefahren, so wie in Österreich. Die alten Häuser, das war wie in Wien [...]. Was anders war, war die Untergrundbahn, weil in Wien hat man damals nur die Stadtbahn gehabt und uralte Wagen, die Gürtellinie und die Wienlinie. Und hier gibt's seit 1912 Untergrundbahn, die erste Stadt in Südamerika.«³⁹

Aus einem sicheren Wohlstand vertrieben, fanden sich viele österreichische Emigrantinnen und Emigranten zunächst in bitterer Armut wieder. Juana Lenk erinnert sich:

37 Interview mit Erich Spinadel, Florida, Provincia de Buenos Aires, 3.9.2002.

38 Ebd.

39 Interview mit Peter Paneth, Buenos Aires, 30.8.2002.

»Die erste Zeit ging es uns sehr schlecht. Wir mussten aus den Mülltonnen essen. Die hatten damals noch keine Plastiksäcke, aber gutes Essen. Es war nicht das Argentinien von heute. Wir aßen aus den Mülltonnen, die hinter dem »Plaza Hotel« in Retiro⁴⁰ sind. Gut. [lacht] Köstliches Essen. [...] Später hatten wir mehr zu essen, es war nicht so wie heute, wo das Essen wirklich fehlt, überhaupt in bestimmten Regionen Argentiniens.«⁴¹

Selbst dieser Not konnte Lisa Leist aber Positives abgewinnen:

»Und außerdem hat mir meine Mutter erzählt, die Leute waren hier kolossal. Sie ist hineingegangen zum Fleischer und hat gesagt: »*Yo tener gato.*« [»Ich haben Katze.«] Und da hat der Fleischer gelacht und hat ihr hingeworfen Leber und äh, wie heißt *bofe* auf deutsch? Daraus hat man doch ein Essen gemacht in Wien [...] Beuschel!⁴² Beuschel! In Wien hat man daraus Essen gemacht! Hier nie! [...] Die Bananen hat man ihnen geschenkt. Das Land hier ist in dieser Sache sehr großzügig. Sie sind für die Ausländer überhaupt sehr freundlich, für die Europäer haben sie direkt einen Respekt. Und wenn einer dich fragt: »Von wo bist du?« Und man sagt: »Ich bin aus Europa« oder: »Ich bin aus Österreich«, dann haben die Leute immer ein nettes Wort: »Ach, wie schön, die Musik.«⁴³

Die erste Wohnsituation

Die drastische Änderung der Wohnsituation stellt eine Gemeinsamkeit aller in Buenos Aires neu Ankommenden dar. Für alle war sie ein Schock. Aus einer meist bürgerlichen Wohnung in Wien mussten sie in eine der typischen ärmlichen Mietskasernen, *conventillos* genannt, umziehen, in denen pro Zimmer je eine Partei wohnte und wo pro Stockwerk Küche und Bad geteilt werden mussten, oder in billige Pensionen, die manchmal bereits von Emigrantinnen und Emigranten geführt wurden. Selbst diejenigen, die von Angehörigen empfangen und aufgenommen wurden, litten in der ersten Zeit unter den beengten Platzverhältnissen.⁴⁴ Liselot-

40 Einer der großen Bahnhöfe in Buenos Aires.

41 Interview mit Juana Lenk, Buenos Aires, 12.4.2002. Übersetzung von Philipp Mettauer.

42 Ein Ragout aus Lunge bzw. anderen Innereien, meist vom Kalb.

43 Interview mit Lisa Leist de Seiden, Florida, Provincia de Buenos Aires, 11.4.2003.

44 Vgl. Ricardo Feierstein, *Vida cotidiana de los judíos argentinos. Del gueto al country*, Buenos Aires 2007, S. 190-195.

te Ellmann de Velten erinnert sich an ihre erste Unterkunft bei Verwandten in Buenos Aires:

»Da waren 13 Emigranten mit einem Bad, und das war sehr schwierig. Wir haben in einem Zimmer gewohnt, meine Eltern, mein Bruder und ich. Ich hab' in so einem Klappbett geschlafen. Das ganze Zimmer war vielleicht höchstens drei mal drei Meter, eigentlich ein Kabinett, gar kein Zimmer. [...]

Das war etwas Furchtbares, aber das war das Beste, was möglich war. Dort waren Messerstechereien, vis-à-vis, weil das war ein *conventillo*. [...] Ich hab' vom Balkon da runter geschaut, da sind sie mit diesen Schnappmessern aufeinander losgegangen, weil sie Wasser wollten. Da war eben nur ein Wasserhahn, für so und so viele Menschen. Diese erste Zeit hier war grauenhaft, ehrlich. Weil ich hab' mich auch immer verirrt, ich wusste nie, wo ich bin, ich konnte die Sprache nicht. Es war schon sehr arg. Aber so war's eben, für uns alle hier.«⁴⁵

Zahlreich sind auch die Berichte, wonach die Leute in der ersten Zeit regelrecht aus den Koffern gelebt oder sich aus den mitgebrachten Schiffsboxen eigenhändig Einrichtungsgegenstände gezimmert hätten, da die Mieten für unmöblierte Wohnungen niedriger waren. Dennoch fehlen heute in kaum einer Wohnung Bilder von Wien, deutschsprachige Bücher, ein mitgebrachter Teppich oder eine Kredenz,⁴⁶ Besteck oder Geschirr aus Österreich. Die Wohnkultur der österreichischen Jüdinnen und Juden ist heute noch auffallend stark von ihrer Herkunft und dem charakteristischen Milieu ihres Ursprungslandes geprägt. »Sie haben ihre ganze kulturelle Umwelt an ihren neuen Wohnort verpflanzt und fast unverändert in ihrer ursprünglichen Form bewahrt.«⁴⁷

Der weitere Bildungsweg

Das beliebteste Wohnviertel der deutschsprachigen Einwanderinnen und Einwanderer in Buenos Aires war, wenn sie es sich leisten konnten, Belgrano im nördlichen Teil der Stadt, damals am Stadtrand. Die Haupt-

45 Interview mit Liselotte Ellmann de Velten, San Isidro, Provincia de Buenos Aires, 15.8.2003.

46 Küchenanrichte mit Ablagefläche und Kästchen.

47 Alfredo José Schwarcz, Die deutschsprachigen Juden in Argentinien, in: Holger M. Meding (Hg.), Nationalsozialismus und Argentinien. Beziehungen, Einflüsse und Nachwirkungen, Frankfurt am Main 1995, S. 203-226, hier S. 215.

straße Cabildo, mit deutschen Geschäften gesäumt, war eine mit Bäumen bestückte Allee, die Häuser ebenerdig und mit Vorgärten. In diesem Viertel existierten bereits – oder entstanden neu – zahlreiche Einrichtungen der jüdischen Gemeinde, wie Clubs, Vereinslokale, Synagogen und die heute bilinguale Pestalozzi-Schule, die 1934 als Reaktion auf die nationalsozialistische Gleichschaltung der deutschen Schulen Argentiniens gegründet wurde. Den Anstoß und die Unterstützung dazu gab Ernesto Alemann, Schweizer Abstammung und Herausgeber des *Argentinischen Tageblatts*. Die Pestalozzi-Schule hatte allerdings einen gravierenden Nachteil: Als private Institution verlangte sie Schulgeld, das die meisten der neu Angekommenen nicht oder nur für kurze Zeit aufbringen konnten. So gingen oder gehen oft erst die schon im Land geborenen Nachkommen der Österreicherinnen und Österreicher in diese Schule, um die Sprache der Eltern oder Großeltern zu pflegen.

Für die große Mehrheit der eingewanderten Kinder blieb also nur der Besuch einer staatlichen Schule mit Unterrichtssprache Spanisch. Obwohl nahezu alle Interviewten versichern, dass die Umstellung schnell vor sich ging, da sie als junge Menschen ja schnell lernten, war die erste Zeit in der fremden Umgebung, in der man sich oft ausgegrenzt fühlte, doch kompliziert. Hans Abelis:

»Bevor man in das Klassenzimmer kam, da musste man sich stramm in Reih' und Glied aufstellen und da hat der Lehrer inspiziert, ob wir eine Krawatte anhatten. Das war das wichtigste bei Kindern, ob die Schuh' blank geputzt waren und ob wir saubere Fingernägel hatten. Und nachdem ich damals in einer Textilfabrik gearbeitet hab' und ständig die schmutzigen Maschinenbestandteile waschen musste, bevor sie repariert wurden, hatte ich immer diesen Dreck unter meinen Fingernägeln, und ich war überall mit großem Spott meiner Kollegen und Lehrer als der dreckige Deutsche verschrien.

[...] Wenn sie mich ausgelacht haben, habe ich begonnen, mich mit ihnen herum zu prügeln. Wenn nicht, hab' ich sie freundlich angegrinst. Das ging so zwei, drei Monate, dann hab' ich schon mitgekriegt, um was es geht. [...] Wenn ich's nicht verstanden hab', hab' ich mich geprügelt [lacht]. Aber ich war damals ein Kind, heute tun das viele Erwachsene auch. Wenn sie was nicht verstehen, dann werden sie gewalttätig.«⁴⁸

Die meisten der interviewten Personen waren zum Zeitpunkt des »Anschlusses« Kinder und Jugendliche, die durch die Emigration gezwungen

48 Interview mit Hans Abelis, Buenos Aires, 18.6.2003.

wurden, ihre Schulbildung abzubrechen. Das zentrale Thema bei der Ankunft in Argentinien war daher die Fortsetzung ihrer schulischen bzw. beruflichen Ausbildung, was sich angesichts des unterschiedlichen Schulsystems, der fremden Sprache und finanzieller Schwierigkeiten äußerst schwierig gestaltete. Insbesondere Mittelschülerinnen und -schüler sowie Studierende konnten zumeist ihren begonnenen Bildungsweg nicht mehr weiterführen, Jugendliche im erwerbsfähigen Alter mussten zum Familieneinkommen beitragen. Der reguläre Unterricht blieb ihnen verschlossen, was oft lebenslange Folgen hatte.⁴⁹ Viele besuchten Abendkurse in privaten oder staatlichen Institutionen oder studierten neben der Arbeit. Auch andere Angebote wurden gerne wahrgenommen, so etwa Fortbildungsreihen der Exilvereine wie »Jung Österreich« oder der religiösen Gemeinden, wie »La Nueva Comunidad Israelita«, oder die Lese- und Diskussionszirkel der »Gruppe der österreichischen Sozialisten und Sozialistinnen«. Die wenigsten konnten in Argentinien ein Hochschulstudium beginnen oder ihr begonnenes abschließen. Die Nostrifizierung der bereits in Österreich erlangten Titel gelang ebenfalls kaum jemandem.⁵⁰

Dennoch schafften die meisten österreichischen Emigrantinnen und Emigranten den ökonomischen Wiederaufstieg in die Mittelschicht; denn in Argentinien zählen praktische Fähigkeiten mehr als theoretisches Wissen oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium, und formale Bildung oder ein akademischer Titel waren und sind nicht unbedingt ausschlaggebend für beruflichen Erfolg.

Als Beispiel dafür kann der Lebenslauf von Egon Strauss gelten, der seit 1936 an der Technischen Hochschule in Wien Elektrotechnik studiert, d.h. vor dem »Anschluss« bereits vier Semester absolviert hatte. In Argentinien konnte er seinen Bildungsweg mittels Selbststudium und verschiedenen Lehrgängen als Elektro-Ingenieur und Techniker fortsetzen. Er veröffentlichte Hunderte technischer Artikel und 70 wissenschaftliche Monografien auf Spanisch, Portugiesisch und Englisch und lehrte an Universitäten in Argentinien, Brasilien, USA, Peru, Venezuela, Mexiko, Spanien sowie Israel. Nach seinen eigenen Erzählungen war er derjenige, der den ersten Fernsehapparat in der *quinta presidencial*, dem

49 Vgl. Albert Sternfeld, *Betrifft: Österreich. Von Österreich betroffen*, Wien 1990, S. 192 f.

50 Emigrantinnen und Emigranten, die nach Bolivien oder Paraguay gelangten, hatten insofern mehr Glück, als in diesen Ländern keine so strengen gesetzlichen Regelungen diesbezüglich existierten. Juana Schärfs Vater konnte so seinen Arztberuf auch ohne Nostrifizierung in Copacabana in der bolivianischen Provinz ausüben, was in Buenos Aires unmöglich gewesen wäre. Vgl. Interview mit Juana Schärf de Fischer, Buenos Aires, 14.4.2003.

Wohnsitz von Präsidenten Juan Domingo Perón, installierte und sich Chancen als Minister ausrechnete, wegen seines zwangsweise abgebrochenen Studiums in Wien aber nie in die engere Auswahl kam.⁵¹ Beim Allgemeinen Entschädigungsfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus machte Egon Strauss diese berufs- und ausbildungsbezogenen Verluste im Jahre 2003 geltend. Die Entschädigungszahlung hat er allerdings nicht mehr erlebt. Er starb im Februar 2006 im Alter von 87 Jahren in Buenos Aires.

Ihr großer Bildungswille half vielen vor allem jüngeren Emigrantinnen und Emigranten, die negativen Auswirkungen der abgebrochenen Ausbildung zu einem beachtlichen Teil zu kompensieren. Dennoch hatten fast alle jüdischen Flüchtlinge psychologisch und materiell mit den Folgen der Ausplünderung und der Verarmung durch die erzwungene Emigration zu kämpfen. Ihre starke Identifikation mit Österreich und ihre tiefe Verwurzelung in Wien erschwerten für viele den Neuanfang. Daher bedeutete die Vertreibung auch für diejenigen, die sich in Argentinien relativ gut akklimatisierten, einen tiefen biographischen Bruch.

51 Interview mit Egon Strauss, Buenos Aires, 28.12.2000.

MARION KAPLAN

Ein »sehr bescheidenes Experiment«¹

Jüdische Flüchtlinge in der Dominikanischen Republik 1940-1945

Sosúa, ein kleines Dorf im Nordosten der Dominikanischen Republik, war nach den Worten eines seiner Gründer ein »sehr bescheidenes Experiment«², doch symbolisiert es immerhin den Versuch, verfolgte europäische Juden zu retten und in Übersee neu anzusiedeln. Mit dem Beginn der NS-Zeit hatte sich die Flüchtlingskrise verschärft, da zehntausende Juden aus Deutschland flohen. Nach der Annektierung Österreichs im März 1938 konnte man das Flüchtlingschaos bis ins Weiße Haus spüren. Präsident Roosevelt gab bekannt, dass er 32 Länder eingeladen habe, an einer Konferenz über Auswanderungsmöglichkeiten teilzunehmen. Das Treffen fand im Juli 1938 in Frankreich in Evian-les-Bains nahe der Schweizer Grenze statt. Die Vereinigten Staaten selbst beabsichtigten nicht, ihre Einwanderungsquoten zu erhöhen, und alle anderen Staaten, die in Evian vertreten waren, verhielten sich ähnlich. Ein Journalist des Magazins *Newsweek* schrieb: »Die meisten Regierungen [...] handelten sofort, indem sie den jüdischen Flüchtlingen ihre Türen vor der Nase zuknallten.«³

- 1 Protokoll des DORSA Executive Committee Meeting, 20.9.1944, S. 9. Der Direktor machte bei dieser Sitzung deutlich, dass Sosúa in allen öffentlichen Stellungnahmen als »very modest experiment, prevented by reason of the war and lack of adequate finance from further expansion«, darzustellen sei. Die DORSA-Akten befinden sich in den American Jewish Joint Distribution Committee Archives, New York.
- 2 Reactions to Brookings Survey, 30.9.1942, verfasst von James Rosenberg u. a., S. 3 und S. 12, in: Administration Minute Books, May 1940-March 1941, DORSA, file no. 35A. Ich verwende durchgängig die offizielle Schreibung für Sosúa mit Akzent, belasse es aber bei der ursprünglichen Form ohne Akzent in Zitaten, Überschriften und Archivalien.
- 3 David S. Wyman, Paper Walls. America and the Refugee Crisis, 1938-1941 (Amherst, MA, 1968), S. 50.

Dennoch, ein Ergebnis zeitigte Evian:⁴ Kurze Zeit nach der Konferenz unterbreitete die Regierung der Dominikanischen Republik dem neu geschaffenen Intergovernmental Committee on Refugees das vertrauliche Angebot, Land zur Besiedlung bereitzustellen.⁵ Man war bereit, 50.000 bis 100.000 Siedler aufzunehmen. Auch wenn US-Außenminister Cordell Hull darauf hinwies, dass es den Dominikanern darum gehe, »leicht assimilierbare neo-weiße« Agrarkolonisten aus nahegelegenen Gebieten willkommen zu heißen und nicht die Art Städter, die aus Europa flohen,⁶ hielten die Dominikaner ihr Angebot bis in den Herbst hinein aufrecht. Zur Bedingung machten sie nur, dass die Einwanderer bereit sein müssten, landwirtschaftliche Siedler zu werden.⁷ In der aussichtslosen Situation der Juden zu diesem Zeitpunkt erschien der Vorschlag »wie ein kleines Wunder«.⁸ In der Rückschau erscheint das Angebot sogar noch erstaunlicher, wenn man berücksichtigt, dass bis zum Ausbruch des Krieges nur 95.000 Juden in die Vereinigten Staaten emigriert waren; 60.000 waren nach Palästina gegangen, 40.000 nach Großbritannien und ungefähr 75.000 nach Mittel- und Südamerika.⁹

Nachdem amerikanische Experten übereingekommen waren, die Dominikanische Republik könne bis zu 29.000 Familien ansiedeln, und ein Experiment mit 200 Familien empfohlen, nahmen die Berater des Präsi-

- 4 So Norman Bentwich, der das deutsche Judentum bei der Konferenz vertrat, zitiert in: Ronald Sanders, *Shores of Refuge. A Hundred Years of Jewish Emigration*, New York, 1988, S. 442. Auch bei anderen Themen gab es Fortschritte: Viele Länder erkannten jedenfalls theoretisch an, dass die Flüchtlinge eine Verpflichtung für die internationale Gemeinschaft darstellten. Die USA sagten zu, Immigranten bis zur Obergrenze der Quoten zuzulassen.
- 5 Telegramm Johnsons, Geschäftsträger in Großbritannien, an den Außenminister, 12.8.1938, in: *Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers, 1938, Bd. 1*, Washington D.C. 1955, S. 764 [Document 840.48 Refugees/655: Telegram 753].
- 6 Telegramm des Außenministers an den Geschäftsträger in Großbritannien, 25.8.1938, in: *Foreign Relations* (wie Anm. 5), S. 773-774 [Document 840.48 Refugees/655: Telegram 476].
- 7 Telegramm des kommissarischen Außenministers Sumner Welles an US-Botschafter Joseph P. Kennedy in Großbritannien, 26.11.1938, in: *Foreign Relations* (wie Anm. 5), S. 841 [Document 840.48 Refugees/991a: Telegram 727].
- 8 Barbara Schwartz, »El Benefactor« of the Dominican Republic and his 300 Jews, in: *World Jewry* 2 (April 1959), S. 12, zitiert nach: Allen Metz, *Why Sosua? Trujillo's Motives for Jewish Refugee Settlement in the Dominican Republic*, in: *Contemporary Jewry* 11, Nr. 1 (1990), S. 4.
- 9 Die meisten von ihnen gingen nach Argentinien, Brasilien, Chile und Bolivien. Vgl. die eindringliche Beschreibung des Schicksals einer kleinen Gruppe jüdischer bolivianischer Siedler bei Leo Spitzer, *Hotel Bolivia*, New York 1998.

dentem Kontakt zu James Rosenberg vom American Jewish Joint Distribution Committee auf. Der Joint, wie es kurz genannt wurde, war die wichtigste jüdische philanthropische Organisation für Hilfe und Eingliederung emigrierter Juden in Übersee. Rosenberg leitete eine Unterabteilung, den Agro-Joint, der zuvor eine Viertelmillion verarmte russische Juden in der Ukraine und auf der Krim angesiedelt hatte.¹⁰ Nun gründete er zusammen mit dem Agrarwissenschaftler Dr. Joseph Rosen,¹¹ seinem langjährigen Kollegen aus dem Agro-Joint, die DORSA: die Dominican Republic Settlement Association, Inc. Präsident Roosevelt sicherte dem Unternehmen im Oktober 1939 öffentlich seine Unterstützung zu, er hoffte, diese Siedlung würde zum Vorläufer ähnlicher Projekte an anderen Orten werden.¹² Entscheidend jedoch war die Kooperation der dominikanischen Regierung, nur sie konnte der Ansiedlung zum Erfolg verhelfen. Und sie unterstützte das Projekt: Rafael Trujillo, der berühmte Diktator, stiftete ca. 10.500 Hektar seines (wie er es definierte) eigenen Landes, obwohl die DORSA darauf bestand, ihm dafür Aktienanteile auszuhändigen. Sosúa, das den Juden zugedachte Gebiet, verfügte über einen ca. 13 km langen Strand, Acker- und Weideland, hügelige Wälder und 20 unfertige Gebäude.

Aber warum streckte die dominikanische Regierung überhaupt eine helfende Hand aus? Trujillo hatte 1930 mit US-amerikanischer Unterstützung die Macht in der Dominikanischen Republik übernommen. Bis 1961 regierte er sie als sein persönliches Eigentum.¹³ Er terrorisierte und ermordete seine Widersacher, zerschlug die Gewerkschaften, riss große

10 Jonathan Dekel-Chen, *Farming the Red Land. Jewish Agricultural Colonization and Local Soviet Power, 1924-1941*, New Haven, CT, 2005.

11 Joseph A. Rosen, ein Agrarökonom und Mitarbeiter des Joint, war auch Direktor des Agro-Joint und zusammen mit James Rosenberg einer der Gründer von Sosúa.

12 Henry L. Feingold, *The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust, 1938-1945*, New Brunswick 1970, S. 112.

13 US-amerikanische Investoren hatten in den Anbau von Zucker, Kaffee, Kakao und Bananen investiert. Um diese Wirtschaftsinvestitionen zu schützen, übten die Vereinigten Staaten die politische Kontrolle über die Insel aus. 1906 konnten die Dominikaner Kredite nicht mehr zurückzahlen und wurden gezwungen, einen Fünfzig-Jahres-Vertrag abzuschließen, der den USA die Zollverwaltung in der Dominikanischen Republik übertrug. Eine Übereinkunft verbot 1907 dem Land, weitere Schulden ohne amerikanische Erlaubnis aufzunehmen. 1916 besetzten US-Marines das Land, sie bildeten die dominikanische Nationalgarde aus. Nach dem Abzug der Marines 1924 kontrollierte Trujillo, ausgebildet vom amerikanischen Militär, die Nationalgarde. Sie wurde seine Machtbasis. 1924 wurde ein weiterer Vertrag geschlossen. Er gab den USA das Recht, einen

Ländereien an sich, hielt das Monopol auf Salz, kontrollierte weitgehend die Fleisch- und Milchwirtschaft und wurde zu einem der reichsten Männer der Welt. Es gibt etliche Theorien, wieso er den Juden einen Zufluchtsort bot. Drei ragen heraus: Im Oktober 1937 hatte die dominikanische Armee ein Massaker an Haitianern verübt, die auf ihrer Seite der zwischen beiden Ländern umstrittenen Grenze lebten. Bei der Zahl der Toten schwankten die Schätzungen zwischen 12.000 und 20.000.¹⁴ In dieser »ethnischen Säuberung«, die dem Massaker von Nanking um zwei Monate und dem Holocaust weniger als vier Jahre vorausging, waren Haitianer mit Macheten, Bajonetten und Knüppeln getötet worden. Mit seiner Geste gegenüber den jüdischen Flüchtlingen versuchte Trujillo, sich von seinen eigenen Verbrechen zu distanzieren und sein Ansehen in der Welt wieder zu verbessern.¹⁵ Ein Beobachter charakterisierte sein Angebot als »einen der kühnsten Streiche moderner Pressearbeit«, und, so könnte man hinzufügen, seine Medienarbeit war nicht weniger raffiniert als der erfolgreiche Einsatz von Washingtoner Lobbyisten und US-amerikanischen Journalisten zu seinen Gunsten.¹⁶ Ein zweiter Grund für die Großzügigkeit Trujillos dürfte darin gelegen haben, dass der Genozid das Land entvölkert hatte, die Felder unbestellt blieben und die Ernten zurückgingen. Möglicherweise hoffte er, die Juden könnten die haitianischen Bauern ersetzen, die er verloren hatte, und würden aus dem Ausland das erforderliche Kapital mitbringen, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Jüdische Organisationen, vor allem aus den USA, sollten für die Finanzierung, die Maschinen und den Unterhalt der neuen Siedler sorgen, bis sie auf eigenen Füßen stehen konnten. Die Dominikaner hätten also zugleich symbolisches wie reales Kapital gewonnen.

Zwangsverwalter zu ernennen, der die Zolleinnahmen einzog, bis alle Schulden abbezahlt waren. Diese Regelung galt bis 1941.

14 Vgl. zu der Zahl von 12.000 Toten siehe Eric Paul Roorda, *The Dictator next Door. The Good Neighbor Policy and the Trujillo Regime in the Dominican Republic 1930-1945*, Durham, NC, 1998, Kapitel 5; zu den 15.000 Toten: Richard Lee Turits, *Foundations of Despotism. Peasants, the Trujillo Regime, and Modernity in Dominican History*, Stanford, CA, 2003. Einige Aufsätze und Websites gehen von 20.000 Opfern aus, so auch der hier zugrunde gelegte Artikel von Metz, *Why Sosua?* (wie Anm. 8).

15 Turits, *Foundations* (wie Anm. 14), S. 197.

16 German E. Ornes, *Trujillo. Little Caesar of the Caribbean*, New York, 1958, S. 94, zitiert nach: Metz, *Why Sosua?* (wie Anm. 8), S. 11. Vgl. zu den Lobbyisten und Journalisten Roorda, *The Dictator Next Door* (wie Anm. 14).

Drittens schließlich erklärt Trujillo »Obsession«, die Dominikanische Republik in ein »weißes« Land zu verwandeln,¹⁷ seine Einladung an Menschen, die in ihren Heimatländern als rassistisch »minderwertig« galten. Schon vor Evian hatte Trujillo in Europa nach weißen Auswanderungswilligen gesucht, die Fachkenntnis, Energie, Prestige und Kapital mitbringen könnten.¹⁸ Obwohl Trujillo Francisco Franco bewunderte, hatten über 3.000 Linke aus dem Spanischen Bürgerkrieg Asyl in der Dominikanischen Republik gefunden. Manche von ihnen waren überzeugt, ihre Rettung läge in ihrer Hautfarbe begründet.¹⁹ Die dominikanische Führung verbarg dieses Anliegen auch jetzt nicht: Der Aspekt der »weißen Hautfarbe« spielte eine entscheidende Rolle, als sich die jüdischen Organisatoren mit Trujillo trafen.²⁰

Eine Geschichte der dominikanischen Staatspolitik bzw. der Diktatur Trujillos zu schreiben, hieße eine sehr kritische Darstellung eines mörderischen und eigennützigem Regimes zu verfassen. Doch hier geht es um ein Porträt Sosúas, das einer kleinen Gruppe gejagter europäischer Juden Zuflucht bot. Die meisten Amerikaner, die den DORSA-Vertrag mit dem Regime verhandelten, wie auch die Flüchtlinge, denen er zugute kam, wussten genau, was für eine Art Herrscher Trujillo war. Sie, die gegen die Diktatur in Europa waren, mussten eine solche in der Dominikanischen Republik um ihrer Rettung willen hinnehmen. Luis Hess, der der DORSA als Übersetzer dabei half, zu einer Übereinkunft mit der dominikanischen Regierung zu gelangen, und der später eine kleine Schule in Sosúa leitete, fasste diese Gefühle pointiert zusammen: »Aber hatten wir eine Wahl? Hitler, der deutsche Rassist, hat uns verfolgt, letztlich wollte er uns umbringen. Trujillo, der dominikanische Rassist, hat unser Leben gerettet. [Wir] waren in die unangenehme Lage geraten, dem Diktator dankbar sein zu müssen.«²¹ Er bekräftigte: »Ich war Trujillo

17 Oden Meeker/Olivia Meeker, Sosúa. A Unique Colony for Jewish Refugees in the Dominican Republic, in: *Tomorrow* 6 (Mai 1945), S. 23, zitiert nach Metz, *Why Sosua?* (wie Anm. 8), S. 5; Barbara Quackenbos, Sosua. Kol Haskholeh Koshoh (Every Beginning is Difficult), Senior Thesis, Princeton University, 1982, S. 9, zitiert nach Metz, *Why Sosua?* (wie Anm. 8), S. 6. Vgl. auch Freda Kirchwey, *Caribbean Refuge*, in: *The Nation* 150 (13.4.1940), S. 468.

18 Bruno Lasker, *Elsewhere. An Atlas of Hope*, in: *Survey Graphic* 29 (November 1949), S. 590, zitiert nach Metz, *Why Sosua?* (wie Anm. 8), S. 6.

19 Kirchwey, *Caribbean Refuge* (wie Anm. 17), S. 466-468.

20 James Rosenberg, *Tagebuch*, in: *DORSA, Administration, General, No. 9*, S. 213.

21 Spiegel-Interview mit Luis Hess an seinem 98. Geburtstag: Carsten Holm, *Vertreibung ins Paradies*, Spiegel Online, Panorama, 26.12.2006, <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,456564,00.html>.

dankbar. Wenn ein Mörder dein Leben rettet, musst du dem Mörder trotzdem dankbar sein.«²²

Hinter den meisten Siedlern lagen zermürbende Irrfahrten durch das nationalsozialistische Europa, als sie Sosúa erreichten. Dabei gehörten sie zu den Glücklichen, denen es gelungen war, dort herauszukommen. Einige hatten durch familiäre Beziehungen, andere durch den Joint und wieder andere von den durch Europa reisenden Anwerbern des Joints von dem geplanten Unternehmen gehört. Eine erste kleine Gruppe von neun »Pionieren« traf im März 1940 ein. Sie waren auf eigene Faust in der Dominikanischen Republik gelandet und von DORSA-Vertretern in Ciudad Trujillo (der nach dem Diktator umbenannten Hauptstadt) in die Siedlung eingeladen worden. Eine größere Gruppe, die gezielt nach Sosúa reiste, erreichte das Land am 10. Mai 1940. Sie bestand aus 37 Menschen und einem geschmuggelten Baby, die über die Schweiz ausgewandert waren. Am Jahresende 1940 lebten ungefähr 250 Flüchtlinge in Sosúa, die mehrheitlich aus Österreich (115) und Deutschland (96) stammten. Später sollten Juden aus Polen, der Tschechoslowakei und Transitländern wie Portugal, England, Frankreich und den Niederlanden folgen.

Zwei Einzelschicksale erlauben uns einen Einblick in die Odysseen, die hinter manchem Siedler vor der Ankunft in Sosúa lagen. Horst Wagner²³ war nach dem November-Pogrom aus Berlin geflohen und hatte in einem Flüchtlingslager in der Schweiz gelebt. Seit Deutschland die Tschechoslowakei besetzt hatte, suchten er und seine Kameraden verzweifelt nach einem Weg, aus Europa herauszukommen. Bei Kriegsbeginn arbeitete er mit anderen Flüchtlingen in einem Steinbruch und zerkleinerte Felsgestein, um Straßen für die Schweizer zu bauen. Als der DORSA-Vertreter Solomon Trone, ein pensionierter Ingenieur, das Lager besuchte, war Wagner bereit, überall hinzugehen.²⁴

Trone und seine Frau reisten auf der Suche nach Flüchtlingen, die für ein Leben als Landwirte in Sosúa geeignet schienen, von März 1940 bis Juni 1941 durch Belgien, Frankreich, die Niederlande und die Schweiz. Er befragte die städtisch geprägten, aus der Mittelschicht stammenden, gebildeten Menschen, ob es unter ihnen irgendwelche erfahrenen Bauern gäbe. Da die meisten deutschen und österreichischen Juden jedoch im Handel oder in freien Berufen gearbeitet hatten, traf er in den Lagern

22 Interview Marion Kaplans mit Luis Hess, Sosúa, 4.7.2006.

23 Horst Wagner, Memoir, Leo Baeck Institute, New York (im Folgenden LBI NY), verfasst im Jahr 1975.

24 Trone war bei General Electric pensioniert worden, er hatte dort viele Jahre als Personalchef gearbeitet.

nur sehr wenige, die irgendetwas von Landwirtschaft verstanden. So passte Trone seine Erwartungen an und wählte nun hauptsächlich Männer aus, die jung, kräftig und willens waren, »Pioniere« in der Dominikanischen Republik zu werden.

Wagner entsprach diesem Profil. Trone bat ihn und seine Kameraden, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie bestätigten, »dass ich nach Santo Domingo gehe, um dauerhaft in der Siedlung der DORSA zu verbleiben [...] und keinesfalls nur einen vorübergehenden Aufenthalt beabsichtige.«²⁵ Dieses Dokument sollte gleichermaßen die Dominikaner, die langfristige Bindungen anstrebten, wie auch die Amerikaner beschwichtigen, die hofften, die jüdische Einwanderung in die USA begrenzen zu können. Endlich, nach einiger Verzögerung, trafen Wagners Papiere ein, und zusammen mit anderen ging er auf eine zweitägige Reise von der Schweiz nach Madrid und dann weiter nach Lissabon. Dort kamen sie an, als Italien gerade Griechenland überfallen hatte. Sie fanden Lissabon voller Flüchtlinge, sie selbst hingen fest in dieser »netten Stadt«, die zu einer einzigen großen Pension geworden war.²⁶ Nach ein paar Tagen Aufenthalt in Lissabon konnten die für Sosúa bestimmten Passagiere an Bord eines Schiffs gehen und brachen im September 1940 nach New York auf. Mit der Ankunft auf Ellis Island kam ein böses Erwachen: Ohne amerikanische Erlaubnis konnten sie ihre Reise nicht fortsetzen.²⁷ Sie mussten dort fünf Tage warten, bevor sie Transitvisa der USA für die Dominikanische Republik erhielten. Die Behörden auf Ellis Island gaben Wagner das Gefühl, ein Gefangener zu sein. Die Reisenden hatten gehofft, New York besichtigen zu können, doch die Amerikaner gingen das Risiko nicht ein, dass sich die Flüchtlinge in die Vereinigten Staaten einschlichen, sondern hielten sie auf der Insel fest. Nachdem sie die Reise fortgesetzt hatten und schließlich in Ciudad Trujillo angekommen waren, kamen Wagner und seine kleine Gruppe zunächst in einer kleinen Pension unter, die von einer österreichischen Jüdin geführt wurde. So bestand ihre erste Mahlzeit in der Dominikanischen Republik aus »gutem österreichischem Essen.«²⁸

Während Wagner sich in der Dominikanischen Republik akklimatisierte, verschlechterte sich die Situation der Familie Sondheimer in Heidelberg drastisch. Die deutsche Regierung deportierte sie im Oktober

25 Ernst Hofeller, *Refugee*, Memoir, LBI NY, S. 22.

26 Ebd. S. 29.

27 Zum Einfluss der Vereinigten Staaten auf die Dominikanische Republik siehe Feingold, *The Politics of Rescue* (wie Anm. 12), S. 112.

28 Wagner, *Memoir*, S. 12.

1940 zusammen mit 7.500 anderen Juden aus Baden in das französische Konzentrationslager bei Gurs (80 Kilometer vor der spanischen Grenze). Eine Wochenration bestand aus einem Laib Brot, einem Ei und einer Büchse Sardinen.²⁹ In ihrem Tagebuch schrieb Miriam Sondheimer, die Baracken hätten »buchstäblich nichts drinnen als Wand, Dach und Fußboden« gehabt. Um sich nachts warm zu halten, schliefen sie und ihre Mutter, in Decken gewickelt, eng aneinandergedrückt.³⁰ Sondheimer, die vor ihrer Deportation eine Ausbildung zur Kinderkrankenschwester begonnen hatte, arbeitete in der Krankenabteilung und erlebte täglich hautnah Leiden und Tod.

Nach einigen Monaten gelang es ihrem Onkel, dessen Sohn im DORSA-Büro in Sosúa arbeitete, Visa für sie zu bekommen.³¹ Ihre Familie und 35 andere Flüchtlinge stachen am 3. Juni 1941 von Lissabon aus in Richtung Sosúa in See. Es erging ihr auf Ellis Island wie den anderen Juden, die nach Sosúa unterwegs waren, auch sie beschrieb die Insel als ein »Gefängnis«,³² in dem sie drei Wochen festsäßen, besorgt über plötzliche und willkürliche US-Restriktionen gegenüber Juden aus den von Deutschland besetzten Ländern. Endlich auf dem Weg nach Sosúa, hörte Sondheimer Gerüchte, dass die Lebensbedingungen an ihrem Zielort schrecklich seien. Sie fragte sich: »Sollen wir wirklich von der Hölle ins Fegefeuer kommen?«, gab sich aber selbst die Antwort: »Was haben wir für eine andere Wahl?«

Doch Wagners wie auch Sondheimers erster Eindruck von Sosúa war positiv. Wagner beschrieb die nervenaufreibende Autofahrt von Ciudad Trujillo nach Sosúa, die selbst heute noch über sieben Stunden dauern würde. Er fuhr über Straßen, die immer schmaler und ausgefahrenener wurden und große Löcher hatten, in denen das Wasser stand (Brutplätze für Moskitos, wie er später lernte). Wenn sie einen Bach oder Flusslauf queren mussten, fuhr der Wagen langsam durch das Wasser.³³ Glücklicherweise kannten die Fahrer »jedes Loch« und lenkten die Autos um die gefährlichen Stellen herum. Als sie in Sosúa ankamen, entschädigte

29 Interview Samuel und Tamar Grands mit Felix Koch, 1983, in: Herzl Institute Bulletin, New York 21, Nr. 7 (25.12.1983). Koch war auf 40 Kilo abgemagert, als er ein dominikanisches Visum erhielt und Gurs verlassen konnte. Vgl. Sosúa Archives.

30 Miriam Gerber (Sondheimer), in: Monika Richarz (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte, Bd. 3: 1918-1945, (Veröffentlichungen des Leo Baeck Instituts) Stuttgart 1982, S. 392-393.

31 Miriam Sondheimer Tagebuch, Sosúa Archives, S. 55.

32 Ebd., S. 69. Felix Bauer berichtete später, dass – als Ellis Island in Sicht kam – »the cry from our group went up: 'A prison!«, Bauer, Memoir, LBI NY, S. 30.

33 Wagner, Memoir, S. 12.

sie ein »herrlicher Ausblick«: »Vor uns lag das Meer mit einem schneeweißen Strand. Das Wasser war hellblau und so klar, dass man den Meeresboden sehen konnte. Wir waren begeistert.«³⁴ Ein anderer Flüchtling fasste zusammen: »Eden. Das Paradies. [Es war] unglaublich, mit einem Pferd durch vier Meilen voller Orchideen zu reiten!«³⁵ Sondheimers Reise, 19 Kilometer Autofahrt von Puerto Plata, wo sie von Bord gegangen war, führte über holprige Straßen und dauerte nur 45 Minuten. Sie passierte Zuckerrohrplantagen, Palmenwälder und tropische Pflanzen, die sie noch nie zuvor gesehen hatte. Die Schönheit von Sosúa beeindruckte auch sie, »einfach herrlich schön«, notierte sie in ihrem Tagebuch.³⁶

In Sosúa lebten Wagner und die anderen in großen Baracken, die für 60 Menschen bestimmt waren. Er registrierte Baracken im Bau und einige ältere Häuser, die von der United Fruit Company übrig geblieben waren, der das Land vor Trujillo gehört hatte. Die DORSA hatte Baracken für Einzelpersonen und für Familien bereitgestellt. Sie hatten draußen Toiletten und Duschen mit kaltem Wasser. Miriam Sondheimer, die ungefähr ein Jahr später ankam, stellte fest, dass Sosúa sehr sauber war, die Häuser und Baracken »hübsch«, viele modern eingerichtet und mit elektrischem Licht und Duschen ausgestattet waren. Sie erhielt eine gute Mahlzeit mit Fleisch aus der Gemeinschaftsküche. Ihr erster Eindruck: »Es hat mir gut gefallen.«³⁷

Joseph Rosen, der Leiter des Sosúa-Projekts, arbeitete eng mit Architekten und Bauunternehmern zusammen und beaufsichtigte einen Trupp dominikanischer Arbeiter, die weitere Baracken errichteten und elektrische Leitungen für die neuen Siedler legten. Ähnlich wie bei vielen dominikanischen Gebäuden endeten die Wände rund einen halben Meter unter den Hausdächern. So konnte die Luft zirkulieren, allerdings wurde das Innere bei jedem tropischen Gewitter nass.³⁸ Eines der freistehenden

34 Ebd.

35 United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Oral History Collection, Interview mit Felix Bauer, RG-50.166*0002.

36 Miriam Sondheimer, Tagebuch, Sosúa Archives, in: Kaplans »Sosúa/SondheimerMiriam« File: IMG_0092.JPG. Bei meinen Archivrecherchen habe ich die damals noch unverzeichneten Akten fotografiert. Die angegebene Signatur jpg entspricht meinem Fotoarchiv. Interessierten kann ich das jeweilige Dokument (mit Erlaubnis des Archivs) gern zusenden. Inzwischen wurden die Dokumente systematisiert.

37 Ebd.

38 Ernst Hofeller, *Timetable to Nowhere* (im Folgenden TtN), Memoir, LBI NY, S. 20.

Gebäude diente als Krankenhaus für die Flüchtlinge und die dominikanischen Hilfskräfte. Hier befand sich der zu dieser Zeit einzige Külschrank in Sosúa.³⁹ Geleitet wurde das Hospital von Dr. Klinger und seiner Frau, die aus Österreich stammten. Zur Anlage gehörten auch eine Küche, ein Speisesaal, eine Wäscherei, ein kleiner Gemischtwarenladen (der *Colmado*), ein Postamt, eine Bäckerei, eine Autowerkstatt, eine Zimmerei und ein Pferdestall.

Zusammen mit einer Schule und Werkstätten lagen diese Gebäude dicht beieinander in Batey, dem Ortskern. In Batey fanden auch Eltern oder Verwandte Arbeit, die mit den Flüchtlingen gekommen waren, aber nicht in die Landwirtschaft gehen wollten oder konnten. Sie nahmen Stellen als Verkäufer in den Geschäften oder als Handwerker an. Auch die jugendlichen Lehrlinge lebten hier und absolvierten eine sechsmonatige landwirtschaftliche Ausbildung, bevor sie sich in den Außenbezirken einem Bauernhof anschließen oder selbst einen erwerben konnten. In der nahen »Garden City« wohnten die Verwalter. In einiger Entfernung standen alte Steinhäuser und neu erbaute Holzhäuser, die für Ehepaare und einige alleinstehende Frauen bestimmt waren.⁴⁰

Viele Flüchtlinge waren mit den ziemlich einfachen Verhältnissen in Sosúa, wo die sanitären Anlagen nicht ausreichten, Straßen, Elektrizität und Brunnen erst angelegt werden mussten, zufrieden. Trone hatte ja den Pioniercharakter des Projekts betont, und das hatte sie angesprochen, obwohl sie in der Vergangenheit komfortable Häuser der Mittelschicht in kleineren und größeren Städte gewohnt waren und nie daran gedacht hatten, beruflich auf dem Land zu arbeiten. Wichtiger noch: Es kamen viele von ihnen aus Internierungs- oder Konzentrationslagern, wo sie gelitten und schwerste körperliche Arbeit verrichtet hatten. Sie hatten verzweifelt versucht, aus dem vom Krieg zerrissenen Europa und vor den Eroberungszügen des Deutschen Reichs zu fliehen. Nach langen und strapaziösen Reisen fanden sie sich nun auf einer sonnigen Insel wieder und konnten sich dort eine neue Heimat aufbauen. Dankbar, dass ihr Leben gerettet war, begannen sie das neue Kapitel ihres Lebens mit einer positiven Einstellung. Nun mussten sie die Landwirtschaft und andere Berufe erlernen, die hier erforderlich waren.

Nach rund sechs Monaten praktischer und theoretischer Unterweisung in Landwirtschaft und der spanischen Sprache war es soweit: Einige der Siedler verließen ihre Baracken, um auf einem Gehöft oder einem

39 Bauer, Memoir, S. 34.

40 Brief Michael Bodkins an Mrs. Reyher, 23.6.1941, DORSA, file no. 50, Subject Matter: Immigration 1941.

eigenen Stück Land zu arbeiten. Joseph Rosen und die DORSA sahen in diesen Siedlern den Kern ihres »Experiments«. Europäer hatten schon vorher in tropischen und subtropischen Klimazonen gelebt, waren dort jedoch von der Arbeit Eingeborener abhängig gewesen. Rosen wollte eine andere Herangehensweise: »Es ist offensichtlich, dass es unklug und unmöglich wäre, die Wirtschaft einer großen europäischen Niederlassung auf der Ausbeutung eingeborener Arbeitskräfte aufzubauen. Solange die europäischen Siedler nicht in der Lage sind, wenigstens den größten Teil der notwendigen körperlichen Arbeit selbst zu verrichten, ist eine Massenansiedlung in diesen Ländern nicht durchführbar.«⁴¹

Der Erfolg des Projektes würde jedoch nicht nur von der körperlichen Arbeit, sondern auch davon abhängen, ob die Europäer einen »ausreichend hohen Lebensstandard, der über dem Niveau der einheimischen Bevölkerung lag, erreichen und ihn ohne Hilfe von außen aufrechterhalten können.«⁴²

Die Siedler bekamen einen Hektar Land, einen weiteren Hektar Gartenland, ein Haus, Möbel, Einrichtungsgegenstände und Gartengeräte, Kleinvieh, ein Pferd, ein Maultier, einen Sattel, zwei Kühe und einen Kredit von monatlich neun Dollar im Laden der DORSA (sowie weitere sechs Dollar für jedes Kind unter zehn Jahren und neun Dollar für ältere Kinder).⁴³ Ihre Kinder erhielten ebenfalls Unterhalt, sie wurden gesundheitlich betreut und erhielten Schulunterricht. Die Siedler stimmten zu, der DORSA die Leistungen ab dem dritten Jahr in kleinen Raten zurückzuzahlen, wobei für die beiden ersten Jahre keine Zinsen und danach nicht mehr als drei Prozent berechnet wurden.⁴⁴

Rosen war hinsichtlich der Siedlerstellen verhalten optimistisch. Er vertraute auf drei Faktoren: die *Mechanisierung* der Arbeit (von der Machete zu Maschinen), die *gemeinschaftliche* Produktion und Vermarktung sowie *neue Anbaupflanzen*.⁴⁵ Die Mechanisierung schritt nur langsam voran, denn sie wurde durch den Krieg behindert, der es unmöglich machte, Maschinen aus den USA zu verschiffen. Da nicht jeder Neuankömmling als Landwirt erfolgreich sein würde, trieb die DORSA auch Gemeinschaftsfarmen voran – kollektive Produktion und Vermarktung

41 Joseph A. Rosen, Survey Graphic (September 1941), S. 2, DORSA, Box 7, Misc. pictures and papers.

42 Ebd.

43 Interview mit Luis Hess; Holm, Vertreibung ins Paradies (wie Anm. 21).

44 Homestead Plan for Sosua Settlers, DORSA, file no. 35A, Administration Minute Books, May 1940-March 1941. Vgl. Wagner, Memoir, S. 15, für weitere Kommentare und Einzelheiten.

45 Rosen, Survey Graphic (wie Anm. 41), S. 5.

ähnlich wie in einem Kibbuz –, aber mit Menschen, die keiner Kibbuz-Ideologie von Gemeineigentum und basisdemokratischen Strukturen anhängen. Drittens schließlich sahen Rosens Planungen vor, neue Pflanzen anzubauen, darunter vor allem wichtige Öl- und Faserpflanzen.

Obwohl es letztendlich in allen drei Bereichen einige Erfolge gab, sahen sich die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft mit einem Alltag konfrontiert, auf den sie nicht im geringsten vorbereitet waren. Nach einem Arbeitstag, der vor Sonnenaufgang begann und nur von einer Siesta unterbrochen wurde, lagen schwere körperliche Tätigkeiten hinter den Männern: Sie hatten die Felder bestellt, Straßen und Häuser gebaut, die Tiere versorgt oder Käse hergestellt und Fleisch verarbeitet. Sie zäunten Weideland ein, bekämpften die Malaria, indem sie nach den Brutstätten der Moskitos suchten, brachten Kranke in die Klinik und Kinder in die Schulen. Männer, die keine Bau- oder Landarbeiten verrichteten, waren in Werkstätten, den Milch- und Fleisch verarbeitenden Betrieben, dem *colmado* und den Büros der DORSA beschäftigt. Frauen waren in den »weiblichen« Bereichen der Gemeinschaftsküche und der Wäscherei tätig. Ansonsten arbeiteten sie ebenfalls im Handwerk, im Krankenhaus oder in der Schule. Sie versorgten die kleinen Kinder, meldeten sich freiwillig, um soziale und kulturelle Veranstaltungen vorzubereiten, ritten Pferde und einige bestellten sogar die Felder. Verheiratete Frauen waren also als Hausfrauen im engeren Sinn auf den Höfen und zugleich für die Gemeinschaft tätig.

Die Neusiedler aus den Städten Europas gingen an ihre neuen Berufe oft mit einer Mischung aus Frustration und Humor heran. Der Wiener Kurt Teller arbeitete zunächst auf der Hühnerfarm der Gemeinde und beschrieb sein Schicksal dort mit amüsiertes Ironie. Er hasste Geflügel und konnte kein Hühnchen essen oder auch nur riechen, ohne dass ihm schlecht wurde. Nun musste er sie anfassen, töten und rupfen. 1944 schrieb er, er könne noch immer keine Hühner essen, habe aber auf jeden Fall gelernt, mit ihnen zu arbeiten. Nach seiner Zeit mit den Hühnern arbeitete er auf den Feldern, düngte sie und suchte nach Raupen.⁴⁶

Wagner plagte sich zuerst in den Ställen. Dort fütterte er die Kälber und stellte erfreut fest, dass diese ihn nach einer Weile erkannten. Aber die großen Tiere waren eine Herausforderung und flößten ihm Angst ein. Ein anderer Siedler erinnerte sich, dass die Kühe nicht in Ställen gehalten wurden, sondern draußen »halb wild« grasten. Kälber mussten den Kühen zugeführt werden, und wenn das falsche Kalb gebracht wurde, »wurde die Kuh sehr wütend und trat dich und das Kalb. Der Lärm

46 Kurt Teller, Bericht über die Gruppe 4, Schweizergruppe, 1944, S. 3, in: Administration: General Settlers' Council, DORSA, File no. 11a.

und die Verwirrung waren unbeschreiblich.«⁴⁷ Glücklicherweise wechselte jede Tätigkeit nach recht kurzer Zeit, denn die DORSA wollte den Siedlern eine möglichst breite Ausbildung geben, um am Ende passende Arbeitsstellen für sie zu finden.

Miriam Sondheimer setzte zunächst in Ciudad Trujillo ihre Ausbildung zur Krankenschwester fort und begann dann, in dem kleinen Krankenhaus von Sosúa zu arbeiten. Sie wurde rasch mit den Tropenkrankheiten vertraut. Sie mochte ihre Arbeit, in ihrer Freizeit ging sie reiten, schwimmen oder zum Tanzen in die beiden kleinen Wiener Kaffeehäuser, die die Siedlung schmückten.⁴⁸ Aber dennoch, resümierte sie, sei alles »sehr schwierig« dort.⁴⁹

Abends und an den Wochenenden hatten die Siedler die Gelegenheit, Spanisch zu lernen und ihre Kenntnisse in der Landwirtschaft zu erweitern. Für den Unterricht sorgte die DORSA. Viele Siedler lernten ihr »erstes Spanisch« aber von den dominikanischen Arbeitern, die auf den Bauernhöfen aushalfen. Ihre landwirtschaftlichen Bücher und Unterrichtsmaterialien waren deutsch, und auch der Unterricht wurde in deutscher Sprache abgehalten. Einige der älteren Siedler sprachen ihr Leben lang nur gebrochenes Spanisch. In der Freizeit konnten die Siedler einige ihrer alten Gewohnheiten pflegen, soweit die Umstände es zuließen: Das Dorf verfügte über eine kleine Bibliothek, und zwei Mal in der Woche wurden Filme (meistens aus den USA) gezeigt. Zwei Kaffeehäuser, Café Stockmann und Café Goldmann, beide in Privatbesitz, boten eine Vielfalt an Wiener Kaffees und Gebäck, einschließlich Mangostrudeln. Amerikanische Unterstützer des Projektes hatten Schallplatten geschickt. So konnten die Siedler für ein paar Stunden so tun, als seien sie wieder »zu Hause«. Die Musik, zu der sie tanzten, kannten sie, denn amerikanische Musik hatte schon in den zwanziger Jahren Erfolg in Europa. Und sie entspannten sich bei einer guten Tasse Kaffee. An den Sonntagen ging man an den Strand oder spielte Basketball und Fußball. Sosúas Fußballmannschaft belegte 1944 den dritten Platz in der Meisterschaft der Dominikanischen Republik und spielte überall auf der Insel. Außerdem vergnügten sich die Siedler beim Reiten und beim Pferderennen.⁵⁰

Eine kleine Minderheit hielt am Samstag die Gebräuche des Sabbat ein. Der Jüdische Siedlerverein Sosúas hielt Gottesdienste am Sabbat und

47 Hofeller, TtN, S. 22.

48 Miriam Sondheimer, Tagebuch, 20.3.1942, Sosúa Archives, in: Kaplans »Sosúa/Miriam« File: IMG_0096.JPG.

49 Ebd.

50 Grete Burg, Memoiren, S. 3, Sosúa Archives, in: Kaplan, BurgMEM3, 24.5.2006.

an den Feiertagen ab. Außerdem feierten die kleinen Gemeinden Passah-Gottesdienste am Anfang und am Ende der Feiertagswoche.⁵¹ Hinzu kamen Hochzeiten, Geburten und Bar-Mizwas. Eine Abteilung des Speisesaals bot koschere Mahlzeiten für rund ein Dutzend Sosúaner, während die meisten Bewohner nicht-koscheres Essen zu sich nahmen, insbesondere dominikanische Produkte aus Schweinefleisch.

Viele der Siedler hatten Musikinstrumente gespielt oder waren in ihrem früheren Leben als Amateure oder bei professionellen Veranstaltungen aufgetreten. Deshalb gab es nun reichlich Theateraufführungen, die die Mitspieler und das Publikum gleichermaßen unterhielten. Sondheimers Vater genoss einen Kabarettabend und ein Freiluftkonzert mit Kammermusik, das ein Wiener und drei höhergestellte dominikanische Beamte gaben. Alle spielten aus Freude an der Sache.⁵² Felix Bauer, der in Wien Musik und Kunst studiert hatte, organisierte einen kleinen Laienchor mit Notenblättern, die er aus der Schweiz mitgebracht hatte. Einige seiner Mitglieder konnten Noten lesen und andere darin schulen, so dass der Chor blühte.⁵³ Neben klassischer Musik führten die Sosúaner auch musikalische Satiren für einander auf. Sie verwendeten bekannte deutsche und österreichische Melodien und scherzten in den Texten über sich selbst, die hohen Preise in ihren Läden oder die Produkte, die sie herstellten.⁵⁴ Auf die Melodie des amerikanischen Songs »Over there« dichteten sie Strophen, die die Schönheit ihrer neuen Heimat priesen. Nachdem sie an einem solchen Unterhaltungsabend teilgenommen hatte, schrieb Marie Syrkin, eine amerikanische Journalistin: »Wenn man sich die europäische Gruppe anschaute und dem Geplauder in deutscher Sprache zuhörte, konnte man kaum glauben, dass man bald in eine [...] tropische Nacht hinaustreten und sich unter einem Moskitonetz schlafen legen würde.«⁵⁵

So einladend die Dominikanische Republik erschien und so dankbar die Siedler dafür waren, ihr Leben gerettet zu haben, so machten sich doch Probleme im »Paradies« bemerkbar. Das Ungleichgewicht zwischen der Anzahl lediger Männer und Frauen stellte eines dar, das nie überwun-

51 Koch Newsletter 9, Sosúa Archives, in: Kaplan, 25.5.2006.

52 Brief Jacob Sondheimers, 14.9.1941, Sosúa Archives, in: Kaplans Sosúa/Gerber File: IMG_0137 (Letter 9_14_41) und IMG_0138 (Letter 9_14_41, S. 2).

53 Die Schulbehörden baten Bauer auch, als Musik- und Kunstlehrer in den Schulen von Sosúa zu arbeiten; Bauer, Memoir, S. 38.

54 IndustrieAusstellung.1-0057 und 2-0058, Sosúa Archives, in: Kaplan, 22.5.2006.

55 Marie Syrkin, *Rebirth in San Domingo?*, in: *The State of the Jews*, Washington, D.C., 1980, erstmals 1949 veröffentlicht, S. 59. Ursprünglich geschrieben für *Jewish Frontier* (Februar 1941).

den wurde, vor allem verhinderte es, dass die Siedler eine Zukunft als jüdische Gemeinde aufbauen konnten. Anstatt darüber nachzudenken, was notwendig gewesen wäre, um eine dauerhafte Gemeinde zu errichten, und damit ihr ursprüngliches Ziel zu verwirklichen, sorgten sich die Anwerber der DORSA mehr darüber, ob die hohen Anforderungen der Landarbeit erfüllt werden konnten. Sie verhielten sich also ähnlich wie die britischen und zionistischen Behörden, die in der Zwischenkriegszeit Immigranten in Palästina aufnahmen. Auch dort bevorzugte die Führung Männer gegenüber Frauen.⁵⁶ Die Jugend-Aliyah nahm beispielsweise ungefähr 60 Prozent Männer und 40 Prozent Frauen an.⁵⁷

Von 1940 bis 1947 bestand die Bevölkerung in Sosúa aus Ehepaaren und der folgenden Anzahl lediger Männer und Frauen:

	Juni 1940	Juni 1942	Dez. 1942	April 1944	Mai 1947
Ledige Männer	158	158	158	137	74
Ledige/ verwitwete Frauen	38	38 ⁵⁸	42 ⁵⁹	45 ⁶⁰	31 ⁶¹

56 Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, New York, 1998, S. 255, Anm. 54.

57 Youth Aliyah ging davon aus, dass Jungen mehr zum Kibbutz beitragen würden. Vgl. Brian Amkraut, *Between Home and Homeland. Youth Aliyah from Nazi Germany*, Tuscaloosa, AL, 2006; M. Mossek, *Palestine Immigration Policy under Sir Herbert Samuel. British, Zionist and Arab Attitudes*, London 1978, S. 1-35. Das Mandatory Immigration Department in Palästina vergab Arbeitsgenehmigungen für Männer und Frauen im Verhältnis von ungefähr 70 zu 30. Darum reisten die meisten Frauen in der Kategorie D (Dependent) ein. Vgl. Aviva Halamish, *Against Many Odds. Immigration of Jewish Women to Palestine between the World Wars*, Paper bei der Seventh European Social Science History Conference, Lissabon 2008. Ich danke Dr. Halamish von der Open University of Israel für die Überlassung ihres Vortragsmanuskripts.

58 Brookings Institution, *Refugee Settlement in the Dominican Republic. A Survey Conducted under the Auspices of the Brookings Institution*, Washington, D.C., 1942, S. 286-287, S. 296.

59 I. J. Kligler/Helen Kligler, *Health Survey in Sosua, Dezember 1942*, in: DORSA, file no. 43.

Das Ungleichgewicht erscheint noch größer, wenn man weiß, dass 1944 von den ledigen Frauen 24 (53 Prozent!) über 50 Jahre alt waren, es handelte sich meist um die verwitweten Mütter von Siedlern.⁶²

Genau genommen konnten Frauen überhaupt keine »Siedler« werden. Der Begriff an sich bezog sich auf Männer. Dabei waren Frauen von größter Bedeutung für die Bauernhöfe, den Kern der Vision der DORSA. Marie Syrkin, die im Januar 1941 aus New York zu Besuch war, schrieb über eine Siedlerin: »Ihr Häuschen war blitzsauber und demonstrierte überall eine kompetente Hausfrau, die sich auf intelligente Weise den Umständen anpasste, sei es in einem Apfelhain am Rhein oder unter Mangobäumen in Westindien. Sie schmückte ihr tropisches Heim mit spitzenbesetzten Vorhängen und Stickereien, die wahrscheinlich aus Deutschland gerettet worden waren. Es gab weder Gas noch Strom noch sonst irgendetwas, was wir als »modernen Komfort« kennen. [...] Sie entschuldigte sich, dass sie ihren Schrank offen lassen musste – sonst ließe die Feuchtigkeit die Kleidung schimmeln: Dann zeigte sie mir stolz die Holzstühle, die ihr handwerklich geschickter sechzehnjähriger Sohn gebaut hatte.«

Außerdem beherbergte eine Farmerfamilie oft noch einen oder mehrere ledige Männer. Der Siedler Kurt Teller bewertete die Tatsache, dass die Farmersfrauen auch den Haushalt für die ledigen Männer führten, als von grundlegender Bedeutung für die Siedlung, denn sonst hätten die Männer sich geweigert, aufs Land zu gehen und statt dessen in der Stadt gearbeitet, »da selbstverständlich keiner der Junggesellen auch nur die geringste Neigung verspürte, weiter auf Homestead zu bleiben, wenn für ihn nicht gesorgt worden wäre.«⁶³

Es bedurfte schon einiger Scheuklappen auf Seiten der Verantwortlichen der DORSA, den Frauenmangel einerseits zu bemerken und andererseits zu argumentieren, sie bräuchten »junge Frauen, die nicht nur

60 Daten nach dem Brief William Beins an Ms. Dorothy Wheelock, Associate Editor, Harper's Bazaar, 27.4.1944, in: Reports Sosua 1940-1945, DORSA, file no. 43. Klamka zitiert leicht abweichende Zahlen. Sie gibt an, dass im Juli 1944 von den 444 Siedlern 278 in Familien (mit Kindern) sowie 126 Männer und 40 Frauen allein lebten. Also hatten einige der ledigen Siedler das Dorf verlassen. Vgl. Ann Bandler Klamka, The Sosúa Refugee Settlement in the Dominican Republic. An Analysis, Seminar Paper, School of International Affairs, Columbia University, 1956, S. 24 (im Jahr 1990 dem Sosúa Archive gestiftet).

61 Sosua Today, Vital Statistics in Reports 1946-1947, DORSA, file no. 44.

62 David Stern, Report on Visit to Sosúa, August 1944, S. II, in: Reports Sosua 1940-1945, DORSA, file no. 43.

63 Syrkin, Rebirth in San Domingo? (wie Anm. 55), S. 59; Teller, Bericht, S. 29.

über hochhackige Schuhe und polierte Fingernägel nachdenken, [...] um zu arbeiten, einen Hausstand zu gründen und einen Bauern zu heiraten.«⁶⁴ Zweifellos wären viele junge Frauen, die in Europa festsaßen, gern nach Sosúa gekommen, denn ihre »Wahl« bestand nicht in der Entscheidung zwischen Nagellack und Landarbeit, sondern zwischen weiteren Katastrophen in Europa und der Sicherheit in Übersee.

Viele der Bewohner hingegen erkannten schnell, wie verhängnisvoll das Ungleichgewicht zwischen jüdischen Männern und Frauen für die Siedlung war. Als ein junger Mann im Februar 1941 Neuankömmlinge hoch zu Ross begrüßte, fragte er: »Habt ihr keine Mädchen mitgebracht?«⁶⁵ Die heiratswilligen jungen Männer wussten nicht, was sie tun sollten, wollten sie sich nicht auf unverbindliche Verabredungen beschränken oder sich mit dominikanischen Frauen anfreunden. Wer keine dauerhafte Beziehung zu einheimischen Frauen eingehen wollte, konnte es entweder bei gelegentlichen Treffen belassen, was offenbar auch geschah, oder aber mit den anderen Junggesellen um die wenigen ledigen Frauen konkurrieren. Außerdem waren auch die verheirateten Frauen sehr gefragt, was zu einer Anzahl von Affären führte.

Luis Hess aus Erfurt sprach bereits fließend Spanisch, als er in die Dominikanische Republik kam. Er traf eine dominikanische Frau bei einem Tanzabend in Puerto Plata. »Danach besuchte ich sie hoch [...] zu Pferde. Man war zweieinhalb Stunden durch die Zuckerrohrfelder unterwegs [...]. Wir heirateten im März 1941, einige Monate nach unserer ersten Begegnung.«⁶⁶ Hess ehelichte als erster Siedler eine Einheimische, er brach damit ein Tabu. Nach 59 Jahren Ehe sagte Hess immer noch: »Sie war das Glück meines Lebens.«⁶⁷ Hess zufolge gab es rund ein Dutzend solcher Ehen, während die DORSA sogar von bis zu 20 Eheschließungen zwischen jüdischen Männern und dominikanischen Frauen ausging. Vergleicht man diese Zahlen mit den 108 jüdischen Ehepaaren aus dem Jahr 1951, würde dies allerdings bedeuten, dass die binationalen Ehen rund ein Fünftel aller Paare ausmachten und ihr Anteil damit nicht unbedeutend war.⁶⁸ Doch viele Siedler lehnten gemischte Ehen ab. Nachdem sie als Juden der Verfolgung entkommen waren, hofften sie darauf,

64 Brief James Rosenbergs an Sir Herbert Emerson, 6.2.1941, DORSA Files N.Y., zitiert nach: Hymen Kisch, *The Golden Cage*, USHMM Acc. 2000.220 (Lili Wronker Papers 1984-1990).

65 Lore Segal, *Other People's Houses*, New York 1964, S. 193.

66 Interview Marion Kaplans mit Luis Hess, 25.5.2006.

67 Interview mit Luis Hess: Holm, *Vertreibung ins Paradies* (wie Anm. 21).

68 Sosua: *Vital Statistics 1951-1961*, DORSA Files (NY: JDC), zitiert nach: »Golden Cage« (wie Anm. 64), S. 101.

die jüdische Gemeinschaft durch Heiraten untereinander zu erhalten, sie betrachteten Exogamie mehr denn je als Verrat. Obwohl die dominikanische Regierung auf solche gemischten Ehen gehofft hatte, blieb die jüdische Führung ihnen gegenüber ambivalent.⁶⁹

Spannungen gab es auch zwischen den ländlichen und den »städtischen« Gemeinschaften *Sosúas*, d.h. zwischen den Siedlern auf den Höfen und denjenigen, die in der kleinen Stadt Batey lebten, deren Bewohner aufgrund von Alter oder Krankheit nicht in der Landwirtschaft arbeiteten. Letztere erhielten von der DORSA eine monatliche Unterstützung von 40 Dollar für ihren Lebensunterhalt. Die Siedler dagegen bekamen mit 32 Dollar etwas weniger, da sie ihr Einkommen mit dem Ertrag ihrer kleinen Gärten und des Viehs aufbessern konnten. Der Groll wuchs, bis die Bewohner von Batey ihren Lebensunterhalt als Ladenbesitzer und Handwerker selbst bestritten.

Auch auf den Gemeinschaftsfarmen kam es gelegentlich zu Spannungen, wenn einige Bewohner andere der Faulheit beschuldigten. 1944 löste sich dieses Problem, als David Stern, der neue Manager, der aus Palästina gekommen war, das Gemeinschaftsland in private Parzellen aufteilte und so die Produktivität insgesamt steigerte. Die Siedler konzentrierten sich zudem nun auf die Viehzucht und die Fleischverarbeitung, da der Ackerbau gerade zum Lebensunterhalt reichte. Schon 1940 hatten die Siedler begonnen, Käse herzustellen.⁷⁰ Außerdem errichteten sie eine kleine Kühlfabrik für ihre Milchprodukte. Mitte der vierziger Jahre expandierten die Butter- und Käsefabrik genauso wie ein fleischverarbeitender Betrieb, der sich auf Würste, Schinken und Speck spezialisiert hatte. Bei Kriegsende konzentrierten sich die Siedler dann ganz auf die Viehzucht und schickten ihre Agrarprodukte zu den Gemeinschaftsbetrieben. *Productos Sosúa* wurde zu einer landesweit bekannten Marke. So konnten sie ihre Abhängigkeit von der DORSA schrittweise verringern und benötigten ab 1953 überhaupt keine Unterstützung mehr.

Das größte Problem blieb die Anzahl der Menschen in *Sosúa*, denn die Organisatoren konnten im Chaos des Krieges einfach nicht genug Siedler in die Dominikanische Republik bringen.⁷¹ Bis September 1941 hatten

69 Hofeller, *Refugee* (wie Anm. 25), S. 31, S. 35-36. Hess vermutet, dass auch Rassismus dazu beitrug, binationale Ehen zu verhindern: »Es gab Leute unter uns, die offenbar vergessen hatten, was den Juden in Deutschland angetan worden war. Sie hatten ein geradezu koloniales Verhältnis zu den Einheimischen.« Interview mit Luis Hess: Holm, *Vertreibung ins Paradies* (wie Anm. 21).

70 Protokoll der Sitzung der DORSA-Direktoren am 18.7.1940: Administration Minute Books, May 1940-March 1941, DORSA, file no. 35A.

71 Ebd., Protokoll der Sitzung der DORSA-Direktoren am 12.6.1940, S. 4-5.

sich nur 413 Personen der Siedlung angeschlossen. Der Krieg, die fehlenden Transportmöglichkeiten aus Europa und die absichtlichen Verzögerungstaktiken der US-Regierung verlangsamten den Strom der Flüchtlinge, denen es gelang, die Dominikanische Republik zu erreichen. Für die DORSA war Lissabon einer der wenigen Orte, wo man Flüchtlinge sammeln und an Bord nehmen konnte. Amerikanische Schiffe konnten die europäischen Küstengewässer nicht anfahren, so dass die DORSA um freie Plätze auf anderen Schiffen ringen musste. Und auch die waren überfüllt.

Das Schwierigste aber war, dass das US-Außenministerium den Flüchtlingen lästige Hindernisse in den Weg legte, obwohl Präsident Roosevelt das Sosúa-Projekt unterstützte. So behauptete man, dass mit den Juden Angehörige einer »fünften Kolonne« ins Land kommen könnten und bestand darauf, jede Bewerbung zu genehmigen, was den Prozess sehr verlangsamte.⁷² Nachdem die USA in den Krieg eingetreten waren, weigerte sich das Außenministerium, weiter Transitvisa auszustellen. Anfang 1942 erkannte die DORSA, dass bis zum Kriegsende keine Flüchtlinge mehr kommen würden. Im Dezember 1942 zählte die DORSA insgesamt nur 571 Einwohner, von denen 386 Siedler, 92 Angehörige von Siedlern und 20 Lehrlinge waren (48 Menschen waren von Sosúa in andere Orte in der Dominikanischen Republik umgezogen).⁷³ Dennoch rettete Sosúa viele Menschenleben, nicht nur von denen, die dort ein neues Leben aufbauten, sondern auch von vielen, die ihre Visa zum Transit in andere Länder nutzten.⁷⁴ Unter US-amerikanischem Druck verschob sich aller-

72 Die Vereinigten Staaten erlaubten Juden auch nicht, direkt von Deutschland aus zu emigrieren – einen Monat, nachdem die Nationalsozialisten ohnehin jede Auswanderung verboten hatten!

73 Statistical info (and budgets) re. Refugees and Settlers in Dominican Republic, 2. Dezember 1942, zitiert nach dem Brief George L. Warrens vom President's Advisory Committee on Political Refugees an Avra M. Warren, den amerikanischen Gesandten in der Dominikanischen Republik, 14. September 1942, in: Immigration '42-'44, DORSA, file no. 50a.

74 Brief Baums an James N. Rosenberg, 15.12.1947 über die Flüchtlinge, die in die Dominikanische Republik kamen. Administration Minute Books, May 1940-March 1941 DORSA, file no. 35A: »As of this date there are about 750 refugees in Dominican Republic of whom about 340 are in Sosua [...]. In addition to the 750, some 1250 Jews were able as a result of the DORSA arrangements to go to the Dominican Republic. They've gone on to other countries. The Dominican Republic 'unquestionably' saved their lives. Add Dominican visas to these numbers: about 3000 were given out to people who were unable to get to the Dominican Republic but the visa gave them a chance to get to other countries otherwise closed to them. The Dominican Republic thus saved about 5,000 lives.«

dings das Ziel Sosúas, Juden zu retten, zu der Möglichkeit, nach dem Krieg einen Zufluchtsort für bedürftige Überlebende des Krieges zu schaffen.⁷⁵

Jedoch sank nach Kriegsende die Zahl der Einwohner, obwohl noch einige Flüchtlinge, die während des Krieges nach Shanghai geflohen waren, in die Siedlung kamen. Viele hatten Sosúa von Anfang an nur als einen vorübergehenden Zufluchtsort angesehen, während andere von den schwierigen Lebensbedingungen dort entmutigt worden waren. Jugendliche, die in Deutschland oder Österreich aufgewachsen waren, hatten erwartet, in der Wirtschaft oder den freien Berufen in einer Stadt berufliche Möglichkeiten zu finden. Sie klammerten sich an ihre früheren Träume, warteten auf das Ende des Krieges und gingen davon aus, wieder mit ihren Eltern vereint zu werden, die in Europa zurückgeblieben waren. Auch ältere Menschen fühlten sich Sosúa gegenüber nicht besonders verpflichtet. Aus ihrer urbanen, mittelständischen Umgebung hierher verpflanzt, hofften zumindest einige, in ihre erlernten Berufe in den Großstädten zurückkehren zu können. Eltern hatten Ausbildungsmöglichkeiten für ihre Kinder im Blick, die sie eines Tages ohnehin von den Höfen wegführen würden, entweder nach Santo Domingo oder ins Ausland. Genau wie ihre Großeltern, die im neunzehnten Jahrhundert aus deutschen und österreichischen Kleinstädten in größere Städte gewandert waren, richteten sie ihren Blick auf große urbane Zentren, denn nur dort gab es Ausbildungs- und Berufschancen, jüdische Gemeinden und sozialen Aufstieg.

Junge und alte Menschen warteten gleichermaßen ab, wohin es ihre in Europa zurückgebliebenen Angehörigen verschlagen hatte, bevor sie sich dauerhaft an Sosúa banden. Sie sorgten sich um die Zurückgebliebenen, denn vielen Männern hatte die Einweisung in Konzentrationslager gedroht, bevor sie nach Sosúa gekommen waren, und andere hatten Gurs und die Sammellager überlebt. Dennoch vermuteten sie nicht das Schlimmste: Sie lebten auf einer Insel, abgeschnitten vom Rest der Welt. Sie hatten noch spärlichere Nachrichtenquellen als die amerikanischen Juden, von denen viele nach dem Krieg von den Informationen über den

75 Während die DORSA Sosúa später als ein »sehr bescheidenes Experiment« ansah, bei dem der Krieg die Ansiedlung von weiteren Flüchtlingen verhindert hatte, ging es zunächst um viel mehr. Diejenigen, die in dem Projekt mitarbeiteten, einschließlich der Experten, die gebeten worden waren, seine Fortschritte zu beurteilen, sahen Sosúa als einen Testfall für die Kolonisierung Lateinamerikas; *Reactions to Brookings Survey*, 30.9.1942, verfasst von James Rosenberg u. a., S. 3 und S. 12, in: *Administration Minute Books*, May 1940-March 1941, DORSA, file no. 35A.

Holocaust ebenfalls geschockt waren.⁷⁶ So feierten sie D-Day – die Landung der Alliierten in der Normandie – und sorgten sich, weil nur spärliche Nachrichten eintrafen. Als sie erkannten, dass »die Welt, die wir zurückgelassen hatten, für immer vergangen war, und mit ihr all die Verwandten, die wir wiederzusehen gehofft hatten [...] gab es eine Massen-depression, und dann wollten wir alle weggehen und in eine Welt zurückkehren, an die wir uns kaum erinnerten. Und natürlich schienen die Vereinigten Staaten uns diese Welt, die wir verloren hatten, am besten zu verkörpern.«⁷⁷

Im Jahr 1946 bot Sosúa 382 Juden (106 Menschen auf den Höfen und 276 Einwohnern in Batey) eine Heimat, das war bereits ein Rückgang gegenüber 476 Juden im Jahr 1943. 1949 lebten dort 246 und 1953 noch 192 Personen. Im Allgemeinen blieben die Siedler, denen es gelungen war, sich mit ihrem Hof zu behaupten, während die anderen weggingen. Die meisten zog es nach Nordamerika, einige nach Lateinamerika. Heute existiert die Siedlung nicht mehr, obwohl einige ihrer Bewohner und deren Kinder, ungefähr zwei Dutzend Familien, noch dort leben. In ihrer alten Synagoge finden einmal im Monat am Freitag sowie an den Feiertagen Gottesdienste statt. Auch wenn die Vision, aus städtischen Juden Bauern zu machen, keine umfangreiche und dauerhafte Wirkung zeitigte, sind einige von ihnen geblieben und erfolgreiche Landwirte geworden, und die große Mehrheit der anderen wurde von der Dominikanischen Republik – ihrer Regierung und ihren Beamten – und vom American Jewish Joint Distribution Committee vor dem Genozid der Nationalsozialisten gerettet.

Übersetzung aus dem Englischen: Christoph Strupp

76 Laurel Leff, *Buried by the Times. The Holocaust and America's Most Important Newspaper*, Cambridge 2005.

77 Grete Burg, *Memoiren*, S. 6, Sosúa Archives, in: Kaplan, BurgMEM3, 24.5.2006.

BONNIE M. HARRIS

Refugee Rescue in the Philippines, 1937-1941

Prologue – U.S. Immigration Policies, 1920-1945

The United States' Immigration Acts of 1917 and 1924 became the dual directives of immigration policies of the U.S. during the first half of the 20th century. However, only the Immigration Act of 1917, which outlined »qualitative« restrictions on potential immigrants, applied to the Philippines during its era as a territory and then as a commonwealth nation of the United States. The U.S. Immigration Act of 1917 imposed numerous conditions excluding individuals as acceptable immigrants to the U.S., and by extension, to the Philippines. While the U.S. State Department supposedly could not restrict the numbers of Jewish immigrants going to the Philippines, it could, and did, demand a process that ensured adequate financial support for the refugees. This becomes more apparent when we contextualize refugee rescue in the Philippines within the discriminatory U.S. immigration laws enacted in the 1920s that restricted immigration »quantitatively« via quota restrictions. Between 1937 and 1941, refugee rescuers in the Commonwealth Nation of the Philippines organized selection and sponsorship programs unlike any Jewish rescue operations executed anywhere else in the world during the years of Nazi persecution in Europe. This paper outlines how these rescuers overcame U.S. State Department interference and successfully saved over 1300 refugees from Europe's impending Holocaust.¹

Understanding the full significance of these rescue plans requires a basic understanding of the colonial relationship of the Philippines to the United States during the first three decades of the 20th century. As a territory acquired by the U.S. in its victory over Spain in 1898, the Philippines became an American colonial holding in the Far East, subject to both domestic and foreign regulations imposed by its imperial overlord. While the opening section of the 1917 Immigration Act details that its provisions »shall be enforced in the Philippine Islands by officers of the

1 Bill Ong Hing, *Defining America Through Immigration Policy*, Philadelphia 2004, S. 70.

general government,« no such directive appears in the text of the U.S. Immigration Act of 1924 that regulated immigration numerically into the United States with the imposition of immigration quotas.² This is extremely important when discussing the rescue of refugee Jews in the Philippines, as the qualitative nature of the refugees came under scrutiny by virtue of the 1917 Act alone. However, no number restrictions on immigration into the Philippines existed in U.S. Immigration Laws, as was prescribed for immigration into the United States by the Acts of 1921 and 1924. Such numeric restrictions on immigration to the Philippines did not become law until the Commonwealth passed its own immigration regulations in 1940. Thus, at the height of Jewish refugee rescue in the Philippines from 1937 to 1940, restrictive quotas did not apply. But perhaps even more importantly, neither did U.S. State Department or consular oversight in approving the issuance of visas to refugee aliens immigrating to the Philippines. Jewish refugee rescue in the Philippines had actually been in operation months before the U.S. State Department even became informed.

Pre-Selection Rescue, 1937-1938

The first significant influx of European refugee Jews to arrive in Manila did not come directly from Europe, but rather from the Jewish refugee community in Shanghai. With the renewal of hostilities between the Japanese and Chinese in 1937, which resulted in the occupation of Peking by Japanese forces, the four million inhabitants of Shanghai faced the dangers of war in an occupied territory and various civilian communities sought escape from Shanghai's battle grounds.³ Germany's shift of alliance from China to Japan at this time alarmed German Jews in Shanghai, who feared German pressure on Japan to adopt Nazi discriminatory policies against Shanghai's Jewish German population. The Manila Jewish community feared for them as well, and the Jewish Refugee Committee of Manila (JRC), comprised of influential and affluent U.S. members

2 EBSCOhost [database on-line], Immigration Act of 1917, 2009, Vol. 1 Issue 1, S. 45-72. Full text of the Act can also be found at U.S. Immigration Legislation Online, University of Washington-Bothell, Autumn 2007, <http://library.uwb.edu/guides/USimmigration/39%20stat%20874.pdf>, accessed 9 June 2007.

3 See Bonnie Harris, *From Zbaszyn to Manila. The Holocaust Odyssey of Joseph Cysner and Refugee Rescue in the Philippines*, Santa Barbara 2009, S. 149-161, for details concerning the Jewish Community in Shanghai.

of the Jewish community, formed with the intention of rescuing German members of the Shanghai Jewish community.

When the Sino-Japanese War broke out on 7 July 1937, the JRC received a telegram from Shanghai asking for assistance for Shanghai's refugee Jews. The small Jewish community in Manila immediately raised a sum of \$8000, but before the money could be dispatched, the wealthier Sephardic Jews of Shanghai stepped up and cared for the needs of the Shanghai refugees on their own. The JRC, under the leadership of Philip Frieder in Manila, decided to hold the funds in escrow to meet some future need. That need came almost immediately.

A month later the German government sent a boat to Shanghai to remove all German nationals from the war zone. In so doing they also took aboard about forty Jewish German refugee families. All of these German nationals, including the refugees, were deposited in Manila, and the German government signed an agreement with the Philippine government to the effect that these people removed from the war zone would not become public charges. At that time the German Consul in the Philippines suggested to Philip Frieder of the JRC that it would be well for the Jewish community to take charge of the Jewish German refugees. This suggestion was adopted, and the refugees were placed in various Jewish homes and eventually jobs found for all of them.⁴ This rescue of Shanghai's Jewish German refugees, observant of U.S. immigration directives that enforced the exclusion clause regarding refugees not becoming public charges, set the precedent for the later immigration program in Manila that involved efforts to selectively rescue victims from Europe's Jewish communities.⁵

4 Memorandum of Conversation between Mr. Hyman and Morris Frieder of Cincinnati, Ohio on 28 November [1938] at 3:30 P.M, American Jewish Joint Distribution Committee Archives, New York, JDC Collection 33/44, File no. 784.

5 Frank Ephraim, *Escape to Manila. From Nazi Tyranny to Japanese Terror*, Chicago 2003, S. 22. Frank Ephraim, a survivor of the Jewish refugee Community in Manila, presented a complete database of all the Jewish refugees who came to the Philippines to the JewishGen Family Genealogy website, in which he identified 1301 names.

Rescue by Selection: Origins, 1938

The rescue of these German Jews from Shanghai came to the attention of the Refugee Economic Corporation (REC), an affiliate of the American Jewish Joint Distribution Committee headquartered in New York City.⁶ Incorporated in 1934, the REC, originally called the Refugee Rehabilitation Committee,⁷ specialized in funding Jewish settlements in countries that agreed to take in refugee Jews.⁸ Once information spread to the REC that the Philippines could be a safe haven for further Jewish immigration, the notable correspondence among the future rescuers began: Charles Liebman and Bruno Schachner of the REC in New York; Paul V. McNutt, the U.S. High Commissioner for the Philippine Islands; Philip Frieder and his brothers, of the successful Jewish merchant family in the Philippines and directors of the Jewish Refugee Committee in Manila; Manuel Luis Quezon y Molina, President of the Commonwealth nation of the Philippines; and J. C. Hyman of the New York-based American Jewish Joint Distribution Committee (JDC).⁹

After hearing that German Jews had found safe haven in Manila, Liebman of the REC initiated contact with U.S. High Commissioner McNutt through mutual acquaintances with two brothers, Julius and Jacob Weiss, the former an associate with the REC and the latter an Indiana State Senator and personal friend of McNutt.¹⁰ Senator Weiss wrote McNutt on behalf of the REC, asking if it were possible to allow 100 Jewish

6 Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929-1939*, Philadelphia 1974, S. 157.

7 *Ibid.*, S. 145.

8 Richard Breitman/Barbara McDonald Stewart/Severin Hochberg (ed.), *Advocate for the Doomed. The Diaries and Papers of James McDonald 1932-1935*, Bloomington 2007, S. 798-799.

9 I. George Blake, *Paul V. McNutt: Portrait of a Hoosier Statesman*, Indianapolis 1966, S. 124-172. President Roosevelt appointed McNutt High Commissioner to the Philippines on March 1, 1937 and he served in this capacity for two years – the most crucial years in organizing Jewish rescue in the Philippines. Blake describes him as a defender of all and »particularly of their civil rights [...]. The result of McNutt's stand was that the Jews, Negros, and the Catholics looked upon him as their champion.« After serving as High Commissioner, McNutt filled other posts in the Roosevelt Administration and later returned to the Philippines as the first U.S. Ambassador to the New Republic in 1946. See also Stanley Karnow, *In Our Image. America's Empire in the Philippines*, New York 1989, S. 323-325.

10 For details about the background of the Weiss brothers, see Ephraim, *Escape to Manila* (see note 5), S. 27-28.

German refugee families to settle in the Philippines. McNutt replied that he would talk to Weiss in a few weeks when he, McNutt, returned to the U.S. McNutt arrived in Washington DC on 23 February 1938, and remained in the U.S. for two months before returning to the Philippines.¹¹ After meetings with the President, the Secretary of State, and a dozen other important government officials, McNutt informed Weiss that »it's all arranged. The visas will be okayed by me and won't have to clear through the State Department. When I get back to Manila I'm going to arrange for the proper reception of these refugees.«¹² Upon his return to the Philippines, McNutt »organized the Jewish community in Manila« and sent details of a selection plan in a letter to Weiss.¹³

When McNutt returned to the Philippines in April 1938, he convened meetings with leaders of the Jewish Community in Manila. In the communiqué of 19 May 1938, from McNutt to Weiss, McNutt stated that »I find that the commonwealth officials are quite sympathetic to the idea of receiving those who can be absorbed. With the foregoing in mind I asked a representative committee of Jewish leaders to prepare a list of those who might be absorbed at the present time.«¹⁴ From this we know that meetings had already transpired prior to mid May 1938 to devise a program of selection to bring refugee Jewish Germans to the Philippines. The importance of McNutt's role in this selection program cannot be overstated. Without his initiation of the dialog between the Philippine Government, the U.S. State Department, the Jewish Community in Manila, and the American Jewish relief organizations, it is doubtful this plan would have ever germinated.

In the aforementioned 19 May 1938 letter from McNutt to Weiss, we learn that McNutt understood that the Immigration Quota Act of 1924 did not apply to the Philippines when he requested that members of the JRC in Manila present him with »a list of those who might be absorbed« into the current Philippine economy.¹⁵ The leaders of the Jewish community in Manila, led by the Frieder brothers, composed and sent to McNutt a list of needed professionals who could be economically assimilated into the community immediately. McNutt included the list in

11 McNutt on Way Home with Data on China, 11 February 1938, New York Times, S. 12.

12 McNutt Mss., Lilly Library, Indiana University, McNutt Coll., Box 10.

13 Ibid.

14 Paul V. McNutt to Julius Weiss, 19 May 1938, American Jewish Joint Distribution Committee Archives, JDC Collection 33/44, File no. 784.

15 Memorandum of Conversation between Mr. Hyman and Morris Frieder, November 28th [1938], JDC Collection 33/44, File no. 784.

his communiqué with Weiss, detailing various professions and skills that would require about »one hundred families« to fill.¹⁶ McNutt stated that he was »deeply interested in the solution of the problem of caring for political refugees and [...] anxious to have any experiment in the Philippine Islands succeed [...]. I should be very glad to do anything in my power to assist in handling these matters.«¹⁷ McNutt's magnanimous position reflected a genuine altruistic attitude, and whether or not he felt it would serve some political or economic exigency, his involvement was crucial. But the success of the selection plan depended on other contingencies as well, such as the cooperation of the U.S. State Department and consular offices abroad in the issuance of visas to the Philippines.

Rescue by Selection and the U.S. Dept. of State, 1938-1940

Once received, Julius Weiss immediately shared his 19 May 1938 communiqué from McNutt with Bruno Schachner, assistant secretary of the REC, who penned a letter to the Hilfsverein der Juden in Deutschland (Relief Association for Jews in Germany) in Berlin on 1 June 1938, eliciting their help in selecting candidates in a rescue plan for refugee immigration to the Philippines:

»Gentlemen:

We are informed by the United States High Commissioner for the Philippine Islands, who in turn bases his opinion on information furnished him by leaders of the local Jewish community, that there could be absorbed in the Philippine Islands, within a relatively short time, the following persons:

20 Physicians, among whom should be one eye, ear, nose and throat specialist, one skin specialist, and one or two surgeons.

10 Chemical Engineers

25 Registered Nurses

5 Dentists, who should have their own equipment

2 Ortho-Dentists

4 Oculists

10 Auto Mechanics

5 Cigar and Tobacco Experts

5 Women Dressmakers, stylists

16 McNutt to Weiss, 19 May 1938, JDC Collection 33/44, File no. 784.

17 Ibid.

5 Barbers – men and women

5 Accountants

5 Film and Photograph Experts

1 Rabbi, not over forty years of age, conservative, married and able to speak English.

20 Farmers

We are trying to organize the immigration of these people, and we should be indebted to you if you could meanwhile prepare a preliminary list of people meeting the requirements outlined above. As soon as we have completed arrangements, we will proceed with a final selection. Please let us know, meanwhile, whether all the various classes of persons could be found among the people registered with you, and if not, which ones are lacking. In view of the delicacy of the negotiations involved, we expect you to keep this matter entirely confidential, and under no circumstances to give it any publicity whatsoever. In addition, we would appreciate it if you would not approach the United States High Commissioner on your own behalf, in order not to confuse him by a variety of inquiries.«¹⁸

The Hilfsverein began assembling applicant names immediately, and in spite of an international resolve »to keep this matter entirely confidential,« word spread rapidly of a rescue opportunity in the Philippines.

In correspondence from Charles Liebman, president of the REC, to McNutt on 10 June 1938, Liebman assured McNutt that no plans for sending the selected immigrants to the Philippines would be made until their total economic assimilation into the community could be guaranteed.¹⁹ Liebman reminded McNutt of Germany's emigration policies restricting the amount of assets that Jews could take out of the country and how it would be necessary for »outside agencies [to] care for them for an initial period« until they could become self-supporting.²⁰ Liebman asked McNutt for an estimate »as to how much money would be required to support a person or a family at a subsistence level, and how long the period of adjustment [was] likely to last.« Liebman finished his letter to McNutt with a sincere appreciation for McNutt's generosity and interest in the »fate of refugees.«²¹ In a return communiqué dated 24 June 1938,

18 Bruno Schachner (REC) to Hilfsverein der Juden in Deutschland, 1 June 1938, American Jewish Joint Distribution Committee Archives, JDC Collection 33/44, File no. 784.

19 Charles Liebman to Paul V. McNutt, 10 June 1938, *ibid.*

20 *Ibid.*

21 *Ibid.*

McNutt informed Liebman that subsistence for a single person for a seventy-five day period amounted to about \$50.00; \$75.00 for a family of two; and about \$90.00 for a family of three.²² He further advised Liebman that all future contact regarding the rescue of refugees by this plan could be directed personally to Philip Frieder of the Jewish Community in Manila.²³

Various agencies worked to put the selection program into play. For McNutt and others, it was vital that entrance into the Philippines follow a controlled, organized plan so that indiscriminate immigration would not overload the community and scuttle the plan. With financial support promised by the REC for the needs of selected immigrants to the Philippines, another contingency needed to be dealt with, namely how to obtain visas for the immigrants.

Had the State Department been fully aware of McNutt's plans to facilitate rescue of refugee Jews in the Philippines when McNutt was in Washington DC in February 1938? Communiqués from the State Department to McNutt in July 1938 suggests not. McNutt received a radiogram from the Department of State dated 13 July 1938 stating: »Have been informally advised emergency entry into the Philippines of several hundred Jewish refugees from Europe being arranged. Please radio all information available.«²⁴ Apparently having heard through the grapevine of intended rescue in the Philippines, the U.S. State Department sought a more official statement. McNutt answered that forty Jewish refugee families had already been successfully absorbed, and »arrangements have been made to take one hundred additional families of approved professions and vocations in three groups at intervals [of] sixty days. If this experiment is successful it may be possible to absorb others.«²⁵ The reaction of the State Department can best be understood by examining an episode in early September 1938, which suggests that the State Department was not completely supportive of the Philippine immigration plans.

U.S. Secretary of State Cordell Hull received a telegram dated 6 September 1938 from the American Consul in Milan, Italy inquiring about

22 Paul V. McNutt to Charles Liebman, 24 June 1938, American Jewish Joint Distribution Committee Archives, JDC Collection 33/44, File no. 784.

23 Ibid.

24 Burnett to McNutt, 31 July 1938, National Archives Records Administration (NARA) II, Record Group 350, Records of the Bureau of Insular Affairs, General Classified Files 1898-1945, Box 1338, Entry 5, File 28943-1.

25 McNutt to Burnett, 16 July 1938, *ibid.*

immigration for five hundred non-Italian refugee Jews to the Philippines. Hull then dispatched a communiqué concerning these refugees to McNutt on 12 September 1938, requesting that McNutt inform the Commonwealth Government in strict confidence that the American Consul General in Milan proposed to have five hundred non-Italian Jews obtain visas and proceed immediately to the Philippine Islands. Hull remarked that »information from other sources indicates the possibility of a movement from Central Europe to the Philippine Islands.«²⁶ Apparently alarmed by such an event, Hull advised McNutt that he had telegraphed the Consul General at Milan and other officers in Europe that no action in the cases of persons seeking visas to the Philippines should as yet be taken. Seeking an official statement from the Commonwealth officials on the matter, Hull advised McNutt:

»Aside from the question of policy involved in the admission into the Philippine Islands of these and similar groups of persons from Central Europe, there are also involved technical questions of admissibility under section 3 of the Immigration Act of 1917 which excluded among other classes of aliens, persons whose passage is paid for by any corporation, association, society, municipality, or foreign government either directly or indirectly and persons likely to become a public charge.«²⁷

Several important observations can be made as a result of this radiogram from the U.S. Secretary of State to the U.S. High Commissioner of the Philippines regarding the issuance of visas to Jewish refugees fleeing to the Philippines. It shows that the U.S. State Department had not been officially notified earlier about rescue immigration to the Philippines and it implies that the State Department viewed this rescue as a way for undesirable »Central« Europeans to enter U.S. territories. It also shows that while the State Department could not cite quota restrictions on immigration to the Philippines, they did focus on exclusionary clauses of the 1917 immigration laws to try to deter the rescue.

How should we view, then, the process of organizing a selection plan for Jewish refugee rescue in the Philippines that ensued without disclosure to the U.S. State Department officials? Obviously McNutt had regarded such a disclosure as unnecessary and considered it an affair that fell totally within the discretion of his office and that of Philippine Pres-

26 Hull to McNutt, 12 September 1938, NARA II, Record Group 350, Records of the Bureau of Insular Affairs, General Classified Files 1898-1945, Box 1338, Entry 5, File no. 28943-2.

27 Ibid.

ident Quezon, who had already offered his support for the program.²⁸ The fact that U.S. Secretary of State Cordell Hull requested clarification of the immigration procedures for the Philippines from the U.S. High Commissioner tells us that he too recognized McNutt's authority over the issue. This may be reasonably assumed when given the fact that additional duties and functions delegated to the High Commissioner under the provisions of section 7 of the Independence Act were forwarded to McNutt on 1 March 1937, when he accepted his appointment by FDR to be High Commissioner to the Philippines. These instructions granted the High Commissioner authority to waive passport and visa requirements for aliens in certain categories.²⁹ The manner of the issuance of the visas in the execution of the plan confirms McNutt's preeminence over the State Department in approving applicants for visas to the Philippines. An examination of important events regarding immigration practices in the Philippines in 1937 and 1938 offers added contextualization for the procedures initiated in order to facilitate controlled immigration of refugee Jews into the Philippines.

According to McNutt's quarterly report for December 1937, »considerable confusion« occurred in 1937 when instructions from the U.S. State Department advised U.S. consular officers overseas »that they had no authority to refuse to issue visas for aliens desiring to proceed to the Philippines, except for such aliens whose entry might be considered harmful to the public safety.«³⁰ McNutt's report further stated that the U.S. State Department advised the consular officers that »admissibility of aliens is one to be determined by the immigration officers of the Philippine Islands upon arrival at Philippine Ports.«³¹ McNutt recounted how the observance of the U.S. State Department directives by the consular officers abroad had allowed large numbers of undesirable aliens unlimited influx into the Philippines, creating a serious problem that the Com-

28 McNutt to Burnett, 16 July 1938, NARA II, Record Group 350, Records of the Bureau of Insular Affairs, General Classified Files 1898-1945, Box 1338, Entry 5, File 28943-1.

29 Woodring to McNutt, 1 March 1937, NARA II, Record Group 350, Records of the Bureau of Insular Affairs, General Classified Files, Office of the U.S. High Commissioner, Entry 5, Box 472, File 3038-B, 118.

30 Quarterly Report of the United States High Commissioner to the Philippine Islands to the President of the United States Quarter Ending 31 December 1937, Indiana University Bloomington, Lilly Library Manuscript Collections, McNutt Mss, Box 9, S. 18.

31 Ibid.

monwealth government was ill equipped to handle.³² Neither U.S. Consuls abroad nor Philippine immigration officers in Manila exercised appropriate restrictions when needed. When the administration of the immigration laws was transferred from the Commonwealth Department of Finance to the Philippine Department of Labor, officials unschooled in the Immigration Laws of 1917 failed miserably in their execution of those laws.

McNutt's office penned a memorandum on this growing problem, which documented serious infractions by Philippine officials. The memorandum depicted Philippine immigration as having »no regulations and the whole thing [being] handled on a purely hit-or-miss system.«³³ McNutt's observation of the ineptitude of the Philippine immigration officials to execute laws and procedures effectively was written on 29 April 1938, during the time when McNutt and the JRC conferred together on procedures for refugee rescue in the Philippines. McNutt's office advised Quezon that he hire experts on immigration laws and practices in the U.S. to come and restructure immigration laws for the Philippines. According to McNutt's report, such advisors arrived in December 1938. But during the earlier months of 1938, Quezon executed a probe into the allegations of misconduct in his immigration office, and as a result suspended twenty-three officers and employees of the immigration service and prosecuted four. It was during this time of upheaval and restructuring of the immigration policies and offices in the Philippines that the unusual empowerment of selection by the JRC in Manila for the issuance of visas came into being, a process that took the power of visa selection out of the hands of U.S. State Department Officials and American consular officers abroad and put it in the hands of the JRC and Paul V. McNutt.

In response to Cordell Hull's inquiry regarding Philippine immigration policies for the five hundred non-Italian Jews seeking visas to the Philippines, McNutt advised the U.S. Secretary of State that the

»Commonwealth officials and local committee [referring to the JRC] think it unwise to attempt absorption additional refugees at this time [...] visas should be given only to those selected from lists submitted in advance to Commonwealth officials and committee. Commonwealth officials concur in opinion that, with such safeguards, experi-

32 Ibid., S. 19.

33 Ibid., S. 59-60.

ment will be successful and maximum number of refugees can be absorbed.«³⁴

From this point forward, it was clear that immigration of refugee Jews into the Philippines would be under the auspices of Commonwealth officials, namely Quezon and McNutt, and members of the Jewish Refugee Committee of Manila. After several communiqués went back and forth between the offices of the U.S. State Department and the High Commissioner of the Philippines, McNutt detailed the selection plan for State Department officials:

»Initial request and placement of refugee families in the Philippines came from the Refugee Economic Corporation [...] and was submitted to Commonwealth officials and to a Committee of Representatives Jewish Citizens headed by P.S. Frieder [...]. All concerned agreed to absorb 100 families of approved records in designated professions and vocations in three groups at intervals of sixty days [...]. Selections based on these records now being made by Commonwealth authorities and committee. Suggest that when lists are complete, they be forwarded to Department of State in order that appropriate consular officers be authorized to give visas. Commonwealth officials request that visas be given only to them on approved lists.«³⁵

A JDC memorandum reveals that this selection plan intended »to be increased to five hundred if initial efforts [were] successful.«³⁶ I am unaware of any other rescue of Jewish refugees where the power of the consular officers in selecting those so fortunate as to receive a U.S. Immigration Visa was taken from the consuls and put into the hands of a local committee of Jewish businessmen.

However, the State Department did not accept its impotence in this matter lightly.

In numerous communiqués, State Department officials called the attention of the Commonwealth authorities to the provisions of the Immigration Act of 1917 relating to the exclusion of aliens likely to become public charges, repeating how »this act is applicable to the Philippine Islands« and that the Commonwealth authorities were »responsible for the

34 McNutt, translation of coded radiogram received 15 September 1939. NARA II, Record Group 350, Records of the Bureau of Insular Affairs, General Classified Files 1898-1945, Entry 5, Box 1338, File no. 28943-2.

35 Ibid., 30 September 1939, File no. 28943-5.

36 Memorandum re: Philippine Islands, 1 October 1938, American Jewish Joint Distribution Committee Archives, JDC Collection 33/44, File no. 784.

enforcement of the Act in the Philippine Islands.«³⁷ McNutt's short response on 25 October 1938, containing the first official list of German refugee Jews selected for immigration into the Philippines assured State Department officials that »all refugees now in [the] Islands have been placed satisfactorily.«³⁸

Once the Hilfsverein in Berlin received the McNutt-Frieder list, they compiled applications from Jewish German candidates and forwarded them to the REC, which then sent them to the Philippines, where a three man committee from the Jewish community, led by one of the Frieder brothers, evaluated them.³⁹ The committee checked their prerequisites for immigration, including current passports, applicant background information, former professional or other activities, available funds to offer temporary sustenance, and the likelihood of eventual successful assimilation into the current Philippine community. When the committee had the assurances it needed, it recommended the issuance of visas by name and address of the applicants in the form of an affidavit, which they presented to McNutt for his approval. Once approved by Quezon and McNutt, both of whom looked for the necessary documentation that the JRC had adequate funds on deposit for the refugees, the list was radioed to the U.S. State Department. Through this process, McNutt directed the State Department »that appropriate consular officials be authorized to give visas« to the listed names of selected refugees.⁴⁰ The first McNutt-Frieder selection list, composed on 25 October 1938, authorized visas for over one hundred Germans Jews – men, women and children – along with six refugee Jews from Austria. McNutt augmented this list one month later with another forty-six names from Germany and two from Italy, totaling one hundred families in all.

As the issuance of visas progressed, the State Department informed McNutt that consular officers in Singapore, New Zealand, Australia, Netherlands, East Indies, India, Egypt, and Shanghai had been notified »that visas should not be issued to German refugees proceeding to the Philippine Islands without notice of authorization for entry into the Is-

37 Messersmith to McNutt, 8 October 1938, NARA II, Record Group 350, Records of the Bureau of Insular Affairs, General Classified Files 1898-1945, Entry 5, Box 1338, File no. 28943-6.

38 McNutt to State Department, 25 October 1938, NARA II, Record Group 350, Records of the Bureau of Insular Affairs, General Classified Files 1898-1945, Entry 5, Box 1338, File no. 28943-8.

39 Herbert Katzki, JDC Office meeting, 23 June 1939, American Jewish Joint Distribution Committee Archives, JDC Collection 33/44, File no. 784.

40 Ibid.

lands having been received from the Philippine authorities through the Department of State.«⁴¹ This widespread communication to consular officers abroad regarding immigration into the Philippines spurred inquiries regarding non-German and non-Jewish refugee immigration into the Philippines as well. When the State Department then advised the consular offices not to issue immigration visas to the Philippines except to persons on a pre-approved selection list,⁴² clarification for exceptions to the rule began to pour in. The State Department asked McNutt »to obtain an expression of the views of the Philippine authorities regarding the cases of persons other than those of German refugees« seeking visas to the Philippines at U.S. consular offices.⁴³ When an inquiry came in from the American Embassy in Paris, the response sent by the State Department can only be categorized as astounding:

»Information has been received from the Philippine authorities indicating that the procedure outlined in the circular instruction of November 30, 1938, diplomatic serial no. 3008, should be followed in the case of *all refugees* [italics added] desiring to proceed to the Philippine Islands.«⁴⁴

The significance of this must not be overlooked. This tells us the JRC committee in Manila had been empowered to review all applications for immigration to the Philippines, not just those of Jewish refugees.

In light of the complete disarray of the immigration offices of the Commonwealth government at the time, assigning this immigration application oversight to the JRC made a great deal of sense. They already had an effective, organized system in place. So not only did the Jewish Refugee Committee of Manila select European Jews for immigration to

41 Messersmith to McNutt, 30 November 1938, NARA II, Record Group 350, Records of the Bureau of Insular Affairs, General Classified Files 1898-1945, Entry 5, Box 1338, File no. 28943-16.

42 The Department of State issued an official »Visa Instruction« regarding »German Refugees Proceeding to the Philippine Islands« for transmission to all U.S. Consuls and Embassies. Messersmith, Visa Instruction, 30 November 1938. NARA I, Record Group 59, General Records Department of State, Visa Division 1914-1940, Entry 704, Box 245, 81B55, J/19a.

43 Messersmith to Woodring, 30 November 1938. NARA I, Record Group 59, General Records Department of State, Visa Division 1914-1940, Entry 704, Box 245, 81B55, J/16.

44 To the American Charge d'Affairs ad interim, Paris, 12/14/38. NARA I, Record Group 59, General Records Department of State, Visa Division 1914-1940, Entry 704, Box 245, 81B.55, J/17.

the Philippines, but they selected non-Jewish and non-destitute immigrants as well. Visa records of the State Department testify that in addition to names of refugee Jews being granted visas through the McNutt-Frieder selection plan, names of other classifications of refugees also emerged: »Commonwealth authorities authorize issuance of visas to following persons: Miss Hertha Gottscheer, Vienna, Austria, Catholic refugee.«⁴⁵ Names of Catholic priests and nuns also show up in the visa records. So not only do we have a selection rescue plan of Jews saving Jews, but we have a selection plan of Jews saving non-Jews as well.

Summary

The McNutt-Frieder selection plan eventually morphed into a sponsorship program in 1940 in response to the escalating economic trials in sustaining the ever-increasing refugee population. The significance of Jewish immigration to the Philippines prior to the U.S. entering World War II goes beyond the 1301 refugee lives they saved, important as that may be, and demonstrates that industrious persons could devise rescue in the face of both natural and contrived obstacles when there was a will to do so. The gates of fate could swing both ways, and rescuers in the Philippines exploited that fact whenever it swung in their favor.

The sequence of rescue in the Philippines verifies that observation, beginning with the rescue of German Jews from Shanghai, whom fate delivered into the hands of the Jewish Community of Manila via the strangely generous auspices of the German Consul in the Philippines. And while U.S. Immigration Laws restricted rescue into the United States both qualitatively and quantitatively, quota limitations on immigration into the Philippines would not be enforceable until the Commonwealth Government enacted its own immigration laws in 1941. By this time, the McNutt-Frieder selection plan and sponsorship program had already successfully rescued well over 1000 refugees.⁴⁶

The empowerment of the Jewish Refugee Committee by the Philippine government over immigration applications prior to 1940 came dur-

45 War Department, Washington, 19 May 1939. NARA I, Record Group 59, General Records Department of State, Visa Division 1914-1940, Entry 704, Box 246, 811B.55, J/192.

46 For further discussion on the Immigration Laws of the Philippines ratified in 1940 and how these new laws affected rescue in the Philippines, see Harris, *From Zbaszyn to Manila* (see note 3), S. 302-311.

ing one of those favorable swings of fate when corruption had crippled the immigration offices of the Philippine Government and a complete revamping of the immigration laws were in process. The JRC's impartial, non-partisan approach to selection between 1937 and 1940 guaranteed its ability to continue to offer refuge to Jews during 1941 through the then newly constituted immigration laws of the Philippine Government.

Another important »fateful« sequence of events brought Paul McNutt to the Philippines as U.S. High Commissioner from 1937 to 1939 – the most important years for the organization and implementation of the selection rescue program. The importance of McNutt's role in the rescue of Jews in the Philippines must again be stressed. His mediation between the Jewish Refugee Committee in Manila, the Jewish relief organizations in New York, and the U.S. State Department committees and agencies was absolutely essential to the success of refugee rescue. It is doubtful that rescue could have been implemented without his intercession.

While different Jewish relief organizations share credit for the success of Jewish rescue in the Philippines as well, the unique system of residential rotation that the Frieder brothers practiced between their homes in Cincinnati and Manila always placed one brother in charge of the rescue relief operations in the Philippines, while the other brothers stateside continually visited offices of the REC and the JDC in New York to effectively cut through bureaucratic red-tape that often tied-up philanthropic purse strings. The presence of the Frieder brothers in the Philippines, along with their business affluence and humanitarian proclivities, assured a continual leadership over the rescue operations in the Philippines that had to adjust as conditions changed over the years.

This essay only briefly highlights a few aspects of the remarkable story of how one small community of Jews in the Far East managed to do what so many more capable nations of the world were reluctant to do – save Jewish lives. It is remarkable because they managed to circumvent the U.S. State Department officials' propensity to obstruct Jewish rescue, and they more than quadrupled the population of their Jewish community. By rescuing 1,301 refugees, this U.S. Commonwealth saved them from the fate of the six million Jews who were murdered in the Holocaust. While 1,301 refugees, when compared to twelve million victims of Nazi atrocities, are not so many, to those hundreds who found a haven in Manila, each individual rescued life was a *mitzvah*.

DEBORAH DWORK

Refugee Jews and the Holocaust

Luck, Fortuitous Circumstances, and Timing

The aim of this essay is to present the history of refugee Jews as an integral strand of Holocaust history.¹ This may seem obvious, but the scholarly literature has advanced a different view, distinguishing the two as separate fields of human experience and thus of scholarly inquiry. Most histories of the Holocaust marginalize or indeed elide the refugee story entirely, while histories of refugees focus on departure and new lives, ignoring the Holocaust context. I myself did this in my book »Children With A Star«.² My original plan included two chapters entitled »Escaped: to the West« and »Escaped: to the East« that followed the history of Jewish children as they made their way out of the net of Nazism. In the end, however, it seemed to me that their experiences were another story. My thinking had evolved by the time Robert Jan van Pelt and I wrote *Holocaust: A History*, but still the refugee story stands as a chapter alone rather than an integral part of the whole.³ It took me years to step back far enough to capture the whole picture, to gain the lateral vision that allowed me to see the centrifugal movements – flight (to points all over the globe) from the center (Nazi Europe) – as strands in a larger history.

Oddly, the exclusion of those who flee from discussion about or analysis of genocide appears to be unique to the Holocaust. Reporters, human rights activists, and scholars identify (without caveat) those who fled for their lives as survivors of the genocides in Rwanda and Darfur. Yet refu-

1 Workshop organizers Drs. Beate Meyer and Susanne Heim suggested, in light of my recently published book, *Flight from the Reich, Refugee Jews, 1933-1946* (co-authored with Robert Jan van Pelt), that I take a broad view of the symposium theme. They proposed a wide geographic range and, most particularly, expanding the temporal perspective to include the years before 1938 and to look beyond 1941, thus opening the path to the next workshop in 2010. To those ends, I focus on a few core propositions presented more or less chronologically. This paper is drawn from my collaborative work with van Pelt.

2 Deborah Dwork, *Children With A Star*, London-New Haven 1991.

3 Deborah Dwork/Robert Jan van Pelt, *Holocaust. A History*, New York 2002.

gees from Nazi Europe – even those who fled in the face of imminent mass murder – are not called survivors and their experiences are not incorporated into histories of the Holocaust. This practice by scholars and others flows in part from the refugees themselves. The murder of their co-religionists and the agonizing conditions and mortal peril endured by those in camps, in hiding, in partisan units in the forest, or passing as gentiles, engendered a sense of diffidence about their own history. They do not see themselves as »survivors« and, differentiating their own far less harsh or perilous experiences from those trapped in the Nazi net, refugees typically reject application of the term for themselves.

How refugees see themselves and how historians might view them need not be identical, however. My position is that all European Jews who came under the control of the Germans and their allies ultimately were targeted for death. Some six million were killed. The remaining three million survived camps, endured life in hiding, »passed« as gentiles, fled to safety, or experienced some combination of these. All were potential victims of the Holocaust. Had Jews not sought asylum elsewhere, they too would have been caught in the murder network. Fleeing does not write refugees out of the story; it simply takes the story elsewhere. Indeed, it takes it everywhere.

If the integration of refugees into the history of the Holocaust resizes the canvas, highlighting the agency of people caught in a constantly shifting situation and scrutinizing the factors they brought to bear in their decision-making are the brushstrokes.⁴ Furthermore, while the role and function of age, gender, social class, degree of religious observance, and education or profession are key, so too are luck, fortuitous circumstance and, most especially, timing. Uncomfortable with these last three factors, unable to weight their proper significance in any given historical event, scholars ignore them. I seek to illuminate ways in which they operate.

The Frank Family: Refugees and the Holocaust

Anne Frank's family history elucidates the proposition that the history of refugee Jews is integral to the history of the Holocaust. Anne Frank, possibly the most famous and certainly the best loved refugee Jew, is rarely

4 If I wish to integrate the history of refugees into the history of the Holocaust, Vanessa Schwartz, professor of history at University of Southern California, suggests that we locate our work in the new field of immigrant/refugee studies. I appreciate her perspective.

coded as a refugee at all. This came to the fore in 2004, when Dutch TV aired a program to elect »The Greatest Dutch Person.« The public voted Anne one of the top ten. Of course, she never held Dutch citizenship. She was a German-Jewish refugee who officially held German nationality until Berlin stripped all Jews living outside the Reich of their citizenship.

If the Dutch no longer recall that Anne was a German-Jewish refugee, it is not surprising that no one else does either. Her history in hiding, followed by deportation and death, overshadows her family's early response to Nazi persecution. Yet it is most probable that it was precisely the family's status as refugee Jews from Germany that prompted Otto to prepare his family's hiding plans sooner than his Dutch coreligionists who sought to disappear. German Jews held a more vulnerable position than Dutch Jews after the Germans occupied the Netherlands in May 1940. They were ordered to register (28 June) and were specially targeted in violent raids in February and June 1941. When all non-Dutch Jews had to report for »voluntary« emigration on 5 December 1941, Otto Frank (by then stateless, like all German Jews) may well have realized that this was a charade – there was no emigration to anywhere anyone wanted to go. And he was right: the first transports from the Netherlands to death camps in the east were filled with German Jews. In short, his experience as a refugee framed his interpretation of events on the ground.⁵ And our analysis of his decisions in relation to the context in which they were made illuminates the history of refugees as part of and integral to the Holocaust.

Greater Germany: Prewar

The history of refugee Jews as a thread in the web of the Holocaust, as well as the roles of luck, fortuitous circumstance, and timing, emerge clearly through the lens of the domestic service asylum option offered by Britain. British middle class women had scrambled to find servants since World War I, and they pressed the government to ease the labor market in this arena. At its annual meeting in October 1937, the two-million-member National Council of Women of Great Britain adopted a resolu-

5 See Jacob Presser, *Ashes in the Wind. The Destruction of Dutch Jewry*, Arnold J. Pomerans trans., Detroit 1988, S. 221 f; Presser notes that, until July 1942, German and Austrian Jewish refugees had no representation at all in the Jewish Council. This contributed to their sense of special vulnerability.

tion claiming that the »difficulty of obtaining domestic help tends to restrict families to an extent dangerous to the State,« and called on the Minister of Labor »to grant permits freely to approved young women of other nationalities, who desire to come to this country to enter domestic service.«⁶

This amounted to a mandate. And Jews in Greater Germany offered a new pool of potential domestics to fill in for the gentile German and Austrian women who no longer needed work now that rearmament generated full employment at home. Whitehall relaxed some of its regulations (fall 1938), allowing married couples to obtain domestic permits, and lowering the age limit for women from eighteen to sixteen. With the whole operation under the administrative umbrella of the Central Office of Refugees, a streamlined system developed to send refugees to Britain as domestic servants. Ultimately some 14,000 Jewish women found asylum through this avenue.⁷

Typically, an advertisement by the hopeful emigrants appeared in a British paper. »Austrian émigré couple, English speaking, wife excellent cook, husband chauffeur all branches, help house, garden. Go anywhere England, Colonies. *Josef Schlesinger*, Hauptpostlagernd, Stettin,« read one ad in *The New Statesman and Nation*. Single people, nearly all women, placed notices as well. »Viennese lady (25), Jewish, good family, fond of children, excellent domestic work and sewing, seeks position in household or with children. IRENA KOFLER, Vienna II, Vereinsgasse 24/15.«⁸ Interested employers contacted the Ministry of Labor and the Coordinating Committee. These agencies verified the offer of employment and that the potential employees were indeed Jews seeking asylum. Finding all in order, they submitted a file to the Home Office, which sent a visa authorization to the consulate. It was left to local passport control officers to make the final decision.⁹

6 Letter from Marjorie Watts to Sir Samuel Hoare, 22. October 1937, Public Record Office (henceforth: PRO), Home Office (henceforth: HO) 213/322.

7 Tony Kushner, *An Alien Occupation. Jewish Refugees and Domestic Service in Britain, 1933-1948*, in: Werner E. Mosse (Ed.), *Second Chance. Two Centuries of German-speaking Jews in the United Kingdom*, Tübingen 1991, S. 564; on the context see Frank Dawes, *Not in Front of the Servants. Domestic Service in England 1850-1939*, London 1973, S. 138 f.; Pamela Horn, *The Rise and Fall of the Victorian Servant*, New York 1975, S. 166 f.

8 Ads from *The New Statesman and Nation*, 24 November 1938, S. 1107; 15 October, S. 589.

9 Letter from Maurice Jeffes, 21 October 1938. PRO, HO 213/99.

Sometimes those judgments baffled the officers working on the ground. Writing to the director of passport control Maurice Jeffes, the passport officer in Paris observed, »I have always considered that healthy young females with home experience may be accepted, but there are other cases where I feel sure that the word ›suitable‹ is a euphemism. For instance, I recently had an ex-actress who, while physically able to do domestic work, did not seem the kind of person who would settle down to it easily.«¹⁰ Should he issue a visa?

Some Jews eager to emigrate found the interview with the passport control officer a bit of a challenge too. Thea Scholl and her sister had offers of domestic servant positions, their Austrian tax papers settled, and valid passports. With all of these papers in hand, she stood »for a night in the Wallnerstrasse« to enter the British consulate. »I was 22 at that time, and had never done any housework,« she recalled years later. »Our mother never wanted us to do anything.« To her surprise, »I had to show my hands at the consulate, probably to prove that they were not manicured and that I was able to work [...]. Then I had to clean a bathroom, to show that I was able to do so. My sister had to cook.« The consulate had instituted an »exam to show that we knew how to do domestic work.« Thea's family flat had no bathroom, and so »I was not used to cleaning tiles. But the tub, thank God, that I managed well.« She passed. »I thus received absolution. I got my visa from the Jewish community in Vienna, and I left on 24 December 1938.« Relief and grief mingled. »The farewell was very sad. We stood there at the station, my parents in tears.«¹¹

Jewish women rightly saw domestic service as their salvation, as the life story of the Roth family reveals. And while the roles of gender and age loom large – Anna Roth was eligible for domestic service because she was a woman of the right age to gain a position as a maid – the Roths' history elucidates how a fortuitous friendship shaped what transpired, and how timing turned a refugee tale into a Holocaust statistic. Within days of the German-imposed protectorate of Bohemia and Moravia (March 1939), Anna Roth-Steinova, then thirty-four, wrote to an English friend, Doris Campbell. The two women belonged to the Girl Guides movement, and had met at an International Jamboree in 1930. »After the re-

10 Letter from the British Passport Control Officer in Paris to Maurice Jeffes, 8 March 1939, PRO, HO 213/105.

11 Interview with Thea Scholl, March 1984, transcript 136, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, as quoted in Wolfgang Muchitsch (Hg.), *Österreicher im Exil. Großbritannien, 1938-1945. Eine Dokumentation*, Vienna 1992, S. 24.

cent changes in the last days you most probably have thought of your friend in Prague,« Anna wrote to Doris on 17 March 1939. »The purpose of my letter today is to ask you if you could find a post for me in England as a cook so that I could get permit for coming there and work there.« She had done her homework. »I have just looked into the form where all the conditions are under which people can enter England. I shall copy it for your information and enclose it with this letter.« Single when Doris had met her in 1930, Anna was married and had a six-year-old daughter, Milena, in 1939. »I think for me as married woman, two comes into consideration. For the married couple, she as cook and domestic worker, he as gardener, chauffeur, and other work in the same family.« At that point, Anna's plan was to organize employment for her husband and herself. »We should then see what could be done with our little daughter.«¹²

Through Doris or another source, Anna got an offer for a post and her work permit application was accepted. Doris evidently agreed to furnish the necessary financial guarantee for Milena, and by 23 June Anna hoped that her daughter would be included in a transport of children scheduled to leave Prague for London on 15 July. Perhaps because of the time it took to organize Milena's departure, Anna's job offer fell through. In the meantime, however, Doris's servants had left and she needed domestic help. The prospect now opened for all three to live together in Doris's house with Anna and her husband Emil working as cook and gardener. With this in view, Anna and Emil sent Milena ahead.

For a time, it seemed that their dream would materialize. »Now imagine, have you heard *that I have got my permit?*« Anna crowed to Doris on 12 August. One problem resolved; but Emil's permit was still pending. Anna worried whether he could get »a Domestic Work Permit just as well as I, a single one.« If not, if he could go only as part of a couple, »then it would be more advisable for us to wait both together here for this Permit, because, there would then be no more chance for Emil to get him over.« Learning that Doris applied for a double permit, Anna and Emil waited to join Milena. »I think I shall be able to leave something round about the 20th September,« Anna wrote. »I don't think it will be quicker, but I do hope will not take longer.«¹³

War intervened. »9th September 1939 [...] I feel awfully sorry that I could not leave in time. It means that I shall live in great sorrows and

12 Milena Roth, *Lifesaving Letters. A Child's Flight from the Holocaust*, Seattle 2004, S. 51.

13 *Ibid.*, S. 71, S. 80.

unquietness, when she [Milena] is there and I am here.«¹⁴ Milena never saw her parents again. Instead of a couple to serve them, Doris and her husband Arthur received a foster child. If Anna's energy and agency had not yielded the result she intended, surely her pursuit of a domestic service permit had saved her daughter. The parents were victims of the Holocaust; Milena a survivor. Had she not been sent to Britain, she too would have perished.

Vichy France: 1940-1942

Let us explore the integral relationship between refugee history and Holocaust history and scrutinize the role of timing by moving our focus from a single family to an entire community. Within days of the armistice with France, the Germans arrested 3,000 Jews in Alsace, which was to be annexed to the Reich, and transported them to the free zone. A month later (August, 1940), the German authorities in Bordeaux pushed 1,400 Jews over the demarcation line and the French authorities interned them in St. Cyprien. The Germans' forced expulsion of Jews was both opportunistic and part of a larger plan to transport all of Europe's Jews to Madagascar. With the collapse of France, this idea, bruited in Berlin throughout the 1930s, appeared possible. Parking Jews in the unoccupied zone brought them nearer a departure point.

The Nazi leaders of Baden and Saar-Palatinate saw an opportunity to make their districts *Judenrein*.¹⁵ They too would send their Jews to Madagascar via Vichy. Hitler approved the plan, Heydrich organized it, and Eichmann got the trains over the line in October by telling »the stationmaster at the last station in the occupied zone that these were Wehrmacht troop trains.« Of course, »after that, there were difficulties with the French government in Vichy, but the Foreign Office had to straighten them out.«¹⁶ Too cowed to send them back, the French classified those expelled as refugees, promptly arrested them, and sent them to internment camps in the south, with Gurs receiving the majority.

14 Ibid., S. 85.

15 Paul Sauer, *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945*, 2 Bde., Stuttgart 1966, Bd. 2, S. 231f.; Erhard R. Wiehn (Hg.), *Oktoberdeportation 1940*, Konstanz 1990.

16 Jochen von Lang (ed.), *Eichmann Interrogated. Transcripts from the Archives of the Israeli Police*, Ralph Mannheim trans., New York 1983, S. 70f.

Many of these refugees had obtained quota numbers for the United States through the consulate in Stuttgart. Now they would have to get new visas and affidavits.¹⁷ Imprisoned, they could not queue up at consulate offices and police stations in pursuit of entry and exit papers. The Jewish philanthropic organization HICEM adopted a new principle: »If a refugee cannot come to HICEM, HICEM will go to him.«¹⁸ Established in 1927 through a merger of the New York-based Hebrew Immigrant Aid Society (HIAS), the Paris-based Jewish Colonization Society (ICA), and the Berlin-based Emigdirect, HICEM had helped European Jews negotiate their way to the new world for nearly fifteen years. This experience stood them in good stead now. Supported by the Joint, HICEM moved its French office to Marseille and focused on the interned refugees.

The organization enabled the emigration of 3,221 refugees that year. Still, HICEM faced great disappointments. It held high hopes of mass immigration to Sosúa in the Dominican Republic at the beginning of 1941, but this came to little. Then the U.S. State Department closed all American consulates in Germany, Italy, and Nazi-occupied countries on 15 July 1941, and the consulate in Marseille lost the authority to determine immigration status. After the United States entered the war in December 1941, the consulate remained open because America was not at war with Vichy France, but the visa procedure became even more cumbersome. Applications wound their way through the bureaucracy at an average rate of six months, with few approvals at the end. In September 1942, for example, only 276 of 1,108 passed.¹⁹

Obstacles to emigration mounted, and conditions in the camps declined. Thousands of children were moved from other camps and housed in Rivesaltes, where their health deteriorated. Supplemental food rations helped, but hope lay in emigration. The American Friends Service Committee (AFSC) teamed up with the United States Committee for the Care of European Children (USCOM) to sponsor a group of one hundred children.²⁰ In the meantime, the French Jewish philanthropic or-

17 Reich Jews Sent to South France. 10,000 Reported Put Into Camps, in: *New York Times*, 9 November 1940, S. 5.

18 Rapport d'Activité de la HICEM-France pour 1941, 1er Janvier 1941-1er Avril 1942, Centre de Documentation Juive Contemporaine (henceforth: CDJC), CCXVII-15, 8.

19 Mark Wischnitzer, *To Dwell in Safety. The Story of Jewish Migration Since 1800*, Philadelphia 1948, S. 235 f.

20 See United States Committee for the Care of European Children, Inc., *Plan for the Evacuation of Children from France in Relation to the Problem of Securing*

ganization l'Œuvre de Secours aux Enfants (OSE) managed to obtain the release of a number of youngsters from internment camps and sheltered them in its children's homes. OSE officials in Montpellier worried about the oldest of these children. In their case, time loomed as a key factor. »The adolescents on whose behalf we now appeal to you,« OSE wrote to their Quaker colleagues, deserved special consideration. »According to regulations issued in respect of alien subjects living in France, the child is considered an adult as soon as he or she reaches the age of 15.« Worse: »this situation becomes more and more tragical as the child draws near the fatal age of 17 – when he may be re-interned in a concentration camp.«²¹

The question of whom to choose riddled the process, while the difficulties of securing all the necessary permissions slowed the project. The first group left France in June 1941. When children had gone to Palestine on the youth aliyah program in the mid-1930s, their parents had smiled and waved. Fewer parents accompanied their children to the Kindertransports in 1938-1939; many fathers had been arrested during the November Pogrom and imprisoned in concentration camps. Fewer still were alive and in France to say good-bye now. None was at a child's side as the group walked to the station in Marseille.

Traveling through Lisbon, the children arrived in New York on a HICEM-chartered ship. USCOM, OSE, and AFSC workers pressed forward with additional transports. The bureaucratic difficulties did not abate, nor did discussion of selection criteria. Still: five transports set sail for America before Vichy granted Germany permission on 4 July to deport foreign Jews from the non-occupied zone.

A new turning point: the Holocaust had arrived in western Europe, including France. Berlin drew up a plan in June to deport 40,000 Jews from France: 36,000 from the occupied zone and »only« 4,000 from the free zone. Half would be French nationals, half foreigners. To save face by protecting their own (French) Jews, Vichy offered to increase the unoccupied zone quota with foreign Jews. The Germans accepted happily. This meant less work for them and fewer Jews to arrest and process in the occupied zone. The French did not shoulder much extra work either.

Admission of Such Children into the United States, AFSC Archive, Box: General Files 1941; Committees and Organisations (Spanish Refugee Relief to War Resisters League), File Committees and Organisations 1941, United States Committee for the care of European Children, 3.

21 Children's Immigration to the USA, Memorandum of OSE Montpellier to the AFSC, AFSC Archive. Foreign Service, France-Relief Children Transports, 1941.

Internment camps offered a ready supply of alien Jews. Pure opportunism on the part of the French thus turned a camp system which never had been intended to serve the Final Solution into an immediate and – as it proved – convenient anteroom to Auschwitz. Officials sorted and selected inmates in a matter of weeks.

The aid organizations sought to lay themselves down across the train tracks to the east. They moved strenuously on two fronts: to intervene with the Vichy government and to accelerate the emigration of refugees. Tracy Strong, General Secretary of the World's Alliance of the YMCA, secured an appointment with Prime Minister Henri Pétain on 4 August and emphasized that deportations would have a negative effect on American public opinion. But Strong »had the impression that the matter failed to register with the Marshal.«²² Donald Lowrie, a Quaker who worked for the YMCA and had joined forces with Strong on this matter, obtained an audience with Pétain and his secretary Jean Jardelle a few days later. Lowrie stressed that the Quakers and YMCA had operated in unoccupied France for two years and had helped ten thousand refugees to emigrate. »We are willing to continue this service, but we are now greatly concerned about the present measures being taken against certain foreign refugees.« Seeking to put Lowrie off, Pétain asked whether he would »be in Vichy for a week or ten days to have a reply?« »Monsieur le Maréchal, the first train is leaving today,« Lowrie shot back. »Well, then, I will speak to Laval this afternoon and you may telephone M. Jardelle tomorrow morning for my reply.« Pierre Laval, by then effectively head of the French government, had got the same representations from AFSC officials Ross McClelland and Lindsley Noble. All to no avail. When McClelland phoned Jardelle, the secretary told him that there was no reply because Laval had been called to Paris, »and the Marshal was very busy.«²³ As these events unfolded, the first deportation train left for the east.

Still the aid workers did not give up. A concerted effort by representatives of USCOM, the AFSC, and the Jewish Joint Distribution Committee (JDC) pushed the State Department to grant a thousand visas for children.²⁴ By this time, the trains rolled regularly. Emigration had become rescue. The American consulate in Marseille prepared to issue fifty

22 Memorandum Donald A. Lowrie, 10 August 1942. AFSC Archive, Box: General Files 1942, Foreign Service, France; File Relief and Refugees, General 1942, S. 1.

23 Ibid., S. 2.

24 For the negotiations in Washington, D.C., see Statement by Mr. George L. Warren, 14 September 1942, AFSC Archive. Box: General Files 1942, Foreign Service, France; File: Relief and Refugees. Children's Transports 1942.

visas per day and the AFSC grew confident that the thousand visas would be increased to five thousand.

The aid workers faced old dilemmas – which children were eligible, and how to determine selection? – and new ones: who would escort the children? Logistical problems beset them. With their eyes on the clock, they planned processing schedules against the calendar. How long would it take to bring the children to Marseille, photograph them, see to their medical examination, and obtain American visas, Spanish and Portuguese transit visas, and French exit visas? How many children could the organization handle per day?²⁵

Vichy officials raised the ante when they suddenly insisted that »only real orphans« might leave.²⁶ Undaunted, the aid workers refused to quit. The first group of children arrived in Marseille on 8 November. But as so often in the history of refugee initiatives, time was not with them. American and British forces launched Operation Torch that very day, invading Vichy-controlled Morocco. Vichy and Washington broke diplomatic relations. »All exit visas were cancelled and the frontiers closed,« an aid worker lamented in his diary. Yet the Friends staff continued to move forward until the German army occupied the free zone on 11 November and all Americans were ordered to leave the Department Bouches-du-Rhône by 5:00 P.M.²⁷

»Possibilities departure from unoccupied France practically non-existent now,« a JDC representative in Lisbon cabled USCOM in New York the next day. »All emigration from France to the United States has now stopped and children will not be permitted to leave,« a cable of 13 November announced. »Have cancelled all transportation arrangements.« Later that day: »all telephone communication with Marseille now suspended.«²⁸ The trap had closed. Internment camps no longer quartered refugees. Now they functioned as transit camps, holding pens for Jews slated for death in the east.

25 Lindsley H. Noble, Children's Emigration, 27 October 1942, AFSC Archive, Box: General Files 1942, Foreign Service; File: Refugee Jews, September-December 1942.

26 Donald A. Lowrie, Conversation with Mr. Bousquet, Secrétaire-Général de la Police. Vichy, October 16th, AFSC Archive, Box: General Files 1942, Foreign Service; File Refugee Jews, September-December 1942.

27 Burrit Hiatt, Activities log, AFSC Archive, Box: General Files 1942, Foreign Service France; File: Relief of Refugees, Marseille, S. 112.

28 Agenda Board Meeting USCCEC, 24 November 1942, AFSC Archive, Box: General Files 1942, Foreign Service; File Refugee Jews, September-December 1942, Children, US Committee for CEC-AFSC co-operation.

The Low Countries: In the Midst of the Holocaust

Finally, let us move to refugee movement in the middle of the Holocaust. Whatever objections might be adduced to recasting Holocaust history to include refugees melt away for this time period. Flight in the face of imminent deportation highlights the proposition that refugees would have been victims had they not fled. To go into hiding, to pass as a gentile, to flee to a partisan unit in the forest, or to flee across national frontiers were the weak cards Jews held. All of these experiences are strands of Holocaust history. Each was framed by age, gender, social connections, and degree of religious observance. And each was shaped by luck, fortuitous circumstance, and timing. Two examples of those who sought to flee from the Low Countries illuminate the role of the last three.

The noose tightened around Jews in the Netherlands in 1942, and they knew it. With the star decree in May, they were marked and trapped.²⁹ Rumors of wholesale deportation of Dutch Jews to the east abounded, and they were well-founded. The Germans informed (16 June 1942) the Jewish Council that they planned to send »police-controlled labor contingents« of men and women aged sixteen to forty to the Reich.

Dutch Jews had vanishingly few opportunities to disappear. Flat, wide-open, and populated throughout, the Netherlands offered little in the way of natural hiding places. Jenny Gans-Premsele and her husband Mozes (Max) Heimans Gans, like many Jews in western Europe, scrutinized the map.³⁰ Beleaguered Britain, separated by the North Sea and the Germans' high-speed patrol boats, appeared impossible to reach. That left Spain and Switzerland, both long-shots, but Switzerland more imaginable. Many western European Jews spoke German or French; few Spanish. Switzerland had a long history of neutrality and a tradition of asylum. Spain, by contrast, had just endured a civil war. Franco's fascist regime held the country in its grip, and it owed much to Nazi Germany. A future for refugee Jews in fascist Spain appeared a murky prospect indeed.

The route from the Netherlands to Switzerland traversed Belgium and France: three borders to exit and enter. The challenges were too numerous to list and Jews seeking to flee were not trained in covert actions. Still, deciding they had little to lose some took their chances. A few – Jenny and Max among them – had strong business connections in Switzerland,

29 For a general discussion of the history of Dutch Jews during the Occupation, see Presser, *Ashes in the Wind* (see note 5).

30 Jenny Gans-Premsele, *Vluchtsweg*, Baarn 1990.

and assumed if they reached the border, their contacts would offer hospitality.

For the Ganses, as for others, the first step towards »illegal« – according to the Nazis – emigration consisted of nothing more tangible than a suggestion. As Jenny later recalled, someone mentioned the name of a man who lived on a street called Parallelweg in Bergen op Zoom, close to the Belgian border. This person, it was whispered, helped people on their way to Switzerland, for a fee.

Jenny and Max expected that they could manage the sum, as did their friends Abraham (Bram) Horodisch and Alice Horodisch-Garman, stateless Jewish refugees from Germany. Planning to meet in Bergen op Zoom on 2 July, the couples traveled separately. Jenny and Max unfastened their stars and, with borrowed identity cards, and only a briefcase for Max and a purse for Jenny, they walked to the station. Detraining in Bergen op Zoom and joining their friends, they realized that Parallelweg was not, as they had thought, a village street, but a major roadway.

A telephone directory listed a name connected to a moving company, and they guessed that the business had acquired a new line: people. They were correct and the next day they took a streetcar in the direction of Belgium. A *passeur* (illicit guide) met them at the end of the line. He led them through a forest over the border to Heide, near Antwerp. Leaving them, he explained that a Belgian *passeur* would contact them.

So far, so good. Yet, however closely stories of clandestine crossings resemble adventure tales, they ultimately rest on tragedy: the tragedy of forced departure, betrayal, refoulement.³¹ The two couples got to Antwerp where, as they did not have Belgian identity papers, they rented rooms from a café owner who calculated risk against profit and charged them three times the posted rate. The Belgian *passeur* brought them identity papers and trouble in the form of a man they feared was an informer. Suspecting a trap, they sought shelter with a Jewish butcher they knew. Mr Beem and his wife felt safe in Antwerp and they saw no reason to leave. They were wrong. They were deported and murdered within a year. At that moment, however, they hid the young couples in a friend's attic while two German trucks pulled up to the café.

Clandestine rescue depended upon luck, fortuitous circumstance, and links. The Beem family took charge. Confiding in a customer they believed to be in contact with the resistance, they found a man who »hated the Germans and understood we [the couples] wanted to go to Switzer-

31 Driving back over the border.

land. He did not want to earn much from our misery.«³² Two more Jews from Rotterdam joined the group, and the customer put them in contact with a passeur who took them over the French border.

Switzerland lay but one border away. From an anti-Nazi bookseller whom Max and Bram knew, they had found a contact in Besançon, some 25 miles from the Swiss border. That man, a railway worker, used his position to move people clandestinely. He found a passeur who brought the six Jews to the town of Morteau, three miles from Switzerland.

It was pouring with rain. The *passeur* accompanied them on foot to a spot near the border. He would go no farther: the Germans shot anyone in that strip. They had two options, he explained. One path went from farm to farm, inhabited by people prepared to help. The other path, more arduous, traversed an open plain and ascended the Jura; the border ran across the top.

The two Jews from Rotterdam chose the less daunting route. The others learned later that an informer had betrayed the farmers. Arrested at the third house, the refugees were sent to Drancy and then to Auschwitz.

The Gans and Horodisch couples ran for their lives across the open field, glad of the rain because it prevented the guard dogs from picking up their scent, impeded the sentries' view, and muffled the noise they made as they crashed through the meadow. Safe on the other side, they climbed the mountain and walked into Switzerland. Welcomed by a local farmer who organized a car, they went on to their business associate, Jean Louis³³ in Chaux-de-Fonds. When he had been their guest in the Netherlands in 1940, Jean Louis had invited them to visit and to stay for a month. Now, he asked to see their papers. Learning they had none, he demanded they leave his home immediately, past midnight, in the rain.

The policeman who interrogated them the next day was more sympathetic. Still, the four Jews were »illegals,« and they were committed to prison, then transferred to a reception camp and then into the custody of the Dutch envoy in Berne. Through the Dutch consulate in Geneva, they received new passports and a guarantee of financial support while in the forced residence imposed on them by the Swiss government. Diplomatic and consular protection thus prevented the worse option of internment. Alice and Bram, stateless Jews from Germany, enjoyed no such protec-

32 Gans-Premsele, *Vluchtsweg* (see note 30), S. 32.

33 Neither Jenny nor Max Gans ever revealed Jean Louis's family name. Respecting their decision, van Pelt and I chose not pursue the matter.

tion. They remained in prison for two months, and then were interned in a convent in Fribourg.

Yet the two couples had managed to cross all three borders and, once in Switzerland, the authorities did not send them back. They enjoyed luck, fortuitous circumstances, links to a sufficient number of trustworthy people, and timing. They entered Switzerland a mere month before it became impossible to do so. The very day (16 July 1942) that the railwayman welcomed the Ganses at his door in Besançon, the Swiss army intelligence service reported what it considered alarming news. Increasing numbers of Jewish refugees from the Netherlands and Belgium were stealing into Switzerland. »All of these people leave their countries for the same reason: to escape the work camps to which they are sent by the occupation power,« the agents stated flatly.³⁴

The Swiss leadership had no illusions about the nature of those work camps, as an internal memo (30 July) by Robert Jezler, deputy to Heinrich Rothmund, head of the Fremdenpolizei and Chief of the Police Department, revealed. All information »about the nature of and the manner in which the deportations are conducted, and about the conditions in the Jewish districts in the East is so horrible that one can but understand the refugees' desperate attempts to escape such a fate, and one is hard pressed to take responsibility for rejection,« Jezler acknowledged.³⁵ Noting that the local people in the border strip felt sympathetic towards the asylum seekers, he agreed with the principle that motivated their stance: »protection of a critically endangered refugee is a basic assumption of our political system.« Yet, he argued, Switzerland was in a struggle for its existence. »One cannot be squeamish. We therefore have ordered the ruthless expulsion of refugees« except those »at risk of life or limb.«³⁶ Cantonal authorities too often ignored the federal council decree of 17 October 1939 to expel illegal refugees, and that had to stop, he admonished.³⁷

Roused by the numbers and, as the federal council put it, the »character« of infiltration – »more and more organized« and »coordinated by professional ›passeurs‹« – the government demanded action.³⁸ Chief of

34 As quoted in: Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, *Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus*, Zürich 2001, S. 118f.

35 As quoted in Carl Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart* (1957), Bern 1966, S. 199.

36 *Ibid.*, S. 202.

37 As quoted in Unabhängige Expertenkommission, *Die Schweiz und die Flüchtlinge* (see note 34), S. 158.

38 *Ibid.*, S. 148f.

Police Rothmund promptly called (4 August) for the strict enforcement of the 1939 decree. »In future, the rejection of foreign civilian refugees will take place on a larger scale, even when the foreigners who are involved will incur serious disadvantage (risk of life and limb).«³⁹ If no one had known what the ultimate consequence of refoulement would be in the years since the Swiss had closed the border to refugees in August 1938, now they did. And so the government simply shifted ground. This did not constitute refusal of asylum, Rothmund's political boss Federal Councillor Eduard von Steiger contended. It was merely a justifiable measure against criminal activity, »the dirty métier« of »smuggling emigrants.«⁴⁰

Over and over again, clandestine passage turned on timing. Timing in terms of the progress of the war: as the tide turned against Germany, neutral nations became more hospitable towards refugees. Timing with regard to the season and increased difficulty in traversing terrain in inclement weather. The timing of running across a field during the interval of the sentries' rounds. Luck and fortuitous circumstances loomed large, and links to helpers and *passeurs* were crucial. But timing, too, was key. Luck, fortuitous circumstance, and linkages were with Simon and Laja Sonabend and their children Charles and Sabine. Their timing was wrong.⁴¹

When Sabine got called up for forced labor in Poland, her family promptly left their home in Brussels on 9 August. Her father Simon, a watch wholesaler, had good contacts in Switzerland and, like Max and Jenny, he expected their support. He also had a Swiss bank account with a sufficient sum to see them comfortably through the war. They carried considerable resources -- which they needed. The Sonabends used professional *passeurs* to cross into France and then Switzerland, and paid what amounted to a decade's earnings for a French laborer.

They entered Switzerland on 12 August and stayed in a small house in a forest for two days, expecting someone to collect them. While they waited, Rothmund ordered the cantonal police forces to seal the border and strengthen controls at all the railway stations. The Sonabends went

39 Ibid., S. 119.

40 Ibid., S. 149.

41 Stefan Mächler, Ein Abgrund zwischen zwei Welten. Zwei Rückweisungen jüdischer Flüchtlinge im Jahre 1942, in: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Bern-Stuttgart-Wien 1996, S. 137-231.

to Bienne where Simon's business partner, Ernest Schneeberger, director of the Freco watch factory, welcomed them warmly.

None of them knew then that Rothmund had ordered police to enforce the 1939 law ruthlessly. When the Sonabends' friend tried to register them officially, the Berne cantonal authorities responded by arresting them. Obeying Rothmund's instructions of 13 August, district commander Sergeant Choffat took the decision to return the Sonabends to the border that very evening. Schneeberger jumped to their rescue, persuading a well-known conservative district judge and an equally well-known liberal colonel to contact Choffat in a bipartisan effort on behalf of the Sonabends.

Choffat refused to reconsider. At 9:00 p.m. he collected Simon and Laja, who began to scream that this meant her death. Passersby heard her, and some fifty people surrounded Choffat's car. »Overcome by pity,« Choffat reported, »the public protested the refoulement by the police.«⁴² In order to prevent a riot, Choffat took the Sonabends to prison. There was a short reprieve. Police dressed in civilian clothes collected the family, brought them to the border by taxi and pushed them across at 10:30 p.m. on 17 August. »The border crossing went well,« Choffat reported to his superior the next morning. »The costs of the taxi and the escort were paid by the party concerned [the Sonabend family].«⁴³

For the Sonabends, refoulement spelled the end. Caught by German patrols, parents and children were separated. Simon and Laja were put on train number 23 to Auschwitz the next day. Laja was gassed upon arrival; Simon soon after. The Germans sent Charles and Sabine to an orphanage run by the French Jewish Council. Drancy was full, so the children, who were slated for future deportation, survived.

The refoulement of the Sonabends also spelled the end of Rothmund's harsh policy. Public outcry forced Rothmund to shift course. In September, he instructed police to admit elderly refugees and family members of earlier asylum seekers, then ill people, pregnant women, unaccompanied children under the age of sixteen and parents with their own children.⁴⁴

These policy changes prompted initiatives outside the Alpine state to spirit Jews to safety. Swiss officials noticed a new pattern of illicit refugee movement in early 1943: groups of children. As these clandestine operations fall within the scope of the next workshop, I conclude with just a short preview. They too quite rightly form part of the history of the

42 Ibid., S. 151.

43 Ibid., S. 161.

44 Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz* (see note 35), S. 223.

Holocaust. And while shaped by the age of the participants – children and *passeurs* alike – they too were marked by luck, fortuitous circumstances, and timing.

Kurzbiographien

FRANK CAESTECKER, PhD 1994 am European University Institute in Florenz; er arbeitet an der University of Ghent an einem vergleichenden Forschungsprojekt zu Ausländerpolitiken im 19. und 20. Jahrhundert und deren Einfluss auf die Migrationsdynamik.

Ausgewählte Veröffentlichungen: *Alien Policy in Belgium, 1840-1940. The Creation of Guest Workers, Refugees and Illegal Aliens*, Oxford-New York 2000; Herausgeber (zus. mit Bob Moore), *Refugees from Nazi-Germany and the liberal European states, 1933-1939*, New York 2010.

DEBÓRAH DWORK, PhD 1984 am University College, London; sie ist Rose Professor of Holocaust History und Gründungsdirektorin des Strassler Center for Holocaust and Genocide Studies an der Clark University und erforscht derzeit Motivation, Alter, Geschlecht, religiöse Orientierung etc. amerikanischer Helfer, die nach Europa reisten und Flüchtlinge zu retten versuchten.

Ausgewählte Veröffentlichungen: *Children With A Star. Jewish Youth in Nazi Europe*, Yale 1991; *Flight from the Reich. Refugee Jews, 1933-1946*, New York 2009 (zus. mit Robert Jan van Pelt).

BONNIE M. HARRIS, PhD 2009 an der University of California, Santa Barbara; sie arbeitet zu Themen der modernen europäischen und jüdischen Geschichte, insbesondere über den Holocaust und die Gedenkkultur.

Ausgewählte Veröffentlichungen: *From Zbaszyn to Manila. The Holocaust Odyssey of Joseph Cysner and the Philippine Rescue of Refugee Jews*, Amhurst (in Vorbereitung); *From German Jews to Polish Refugees. Germany's Polenaktion and the Zbaszyn Deportations of October 1938*, in: *Jewish History Quarterly*, Jewish Historical Institute, Warsaw, August 2009.

DOROTHEA HAUSER, MA in Geschichte und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Köln; sie arbeitet u. a. für The Conference on Jewish Material Claims against Germany, Inc., sowie als Vorstand der Stiftung Warburg Archiv, Hamburg.

Ausgewählte Veröffentlichungen: (Herausgeberin) John Maynard Keynes – Krieg und Frieden, Berlin 2007; Baader und Herold. Beschreibung eines Kampfes, Berlin 1997/Reinbek 2007.

SUSANNE HEIM, 1991 Dr. phil. und 2002 Habilitation an der Freien Universität Berlin; sie ist Projektleiterin der Edition »Judenverfolgung 1933-1945«, Berlin.

Ausgewählte Veröffentlichungen: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991 (zus. mit Götz Aly); Fluchtpunkt Karibik. Jüdische Emigranten in der Dominikanischen Republik, Berlin 2009 (zus. mit Hans Ulrich Dillmann).

MARIA VON DER HEYDT, 1998 Dr. jur. an der Humboldt-Universität, Berlin; sie arbeitet seit 2001 als Anwältin in Berlin und forscht zur Verfolgung von Personen teiljüdischer Herkunft. Veröffentlichung: »Sobald ich schreiben kann, wirst du von mir hören«. Johanna Larché-Levy, in: Theresienstädter Studien und Dokumente, Prag 2006, S. 162-203.

MARION KAPLAN, 1977 PhD an der Columbia University, New York; sie ist Skirball Professor of Modern Jewish History an der New York University. Ausgewählte Veröffentlichungen: Der Mut zum Überleben: Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland, Berlin 2001; Geschichte des Jüdischen Alltags in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, München 2003; Zuflucht in der Karibik. Die jüdische Flüchtlingssiedlung in der Dominikanischen Republik 1940-1945, Göttingen 2010.

HAGIT LAVSKY, 1985 PhD an der Hebrew University, Jerusalem; sie ist Emerita dort und forscht zur jüdischen Emigration in vergleichender Perspektive, insbesondere zur deutsch-jüdischen Diaspora in der Zwischenkriegszeit.

Ausgewählte Veröffentlichungen: Before Catastrophe – The Distinctive Path of German Zionism, 1897-1938, Detroit 1996; New Beginnings. Holocaust Survivors in Bergen-Belsen and the British Zone in Germany, 1945-1950, Detroit 2002.

JANA LEICHSENRING, Dr. phil. 2005 am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin; seit 2008 arbeitet sie als Referentin in den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages.

Ausgewählte Veröffentlichungen: (Hg.) *Frauen und Widerstand* (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V., Bd. 1), Münster 2003; *Die katholische Kirche und »ihre Juden«*. Das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin» 1938-1945, Berlin 2007.

ANDREA LÖW, 2005 Dr. phil. an der Ruhr-Universität Bochum; sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin, und arbeitet im Editionsprojekt »Judenverfolgung 1933-1945«.

Ausgewählte Veröffentlichungen: Herausgeberin (zus. mit Kerstin Robusch u. Stefanie Walter), *Deutsche – Juden – Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert* (Frankfurt am Main-New York 2004); *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2006.

CLEMENS MAIER-WOLTHAUSEN, 2007 PhD am European University Institute in Florenz; er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, derzeit an einem Projekt über Möglichkeiten und Grenzen deutsch-jüdischer Emigration nach Schweden.

Ausgewählte Veröffentlichungen: *Making Memories. The Politics of Remembrance in Postwar Norway and Denmark*, Diss. Europäisches Hochschulinstitut, 2007, <http://cadmus.iue.it/dspace/handler814/6996>; *A Victory Celebrated – Danish and Norwegian Celebrations of the Liberation*, in: Bo Stråth/Malgorzata Pakier (Hg.), *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*, Oxford 2010, S. 147-159.

PHILIPP METTAUER, 2008 Dr. phil. an der Universität Wien; er ist freiberuflicher Historiker in Wien.

Ausgewählte Veröffentlichungen: »Lo de Jerez«. Rekonstruktionsversuch und Interpretation der Ereignisse in Jerez de la Frontera im Jahre 1892 anhand der spanischen Presse, in: Friedrich Edelmayr (Hg.), *Anarchismus in Spanien. Studien zur Geschichte und Kultur der iberischen und iberamerikanischen Länder*, Wien 2008; *Erzwungene Emigration nach Argentinien. Österreichisch-jüdische Lebensgeschichten*, Münster 2010; *Vergessen und Erinnern. Die Lindauer Psychotherapiewochen aus historischer Perspektive*, München 2010.

BEATE MEYER, 1997 Dr. phil. an der Universität Hamburg; sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Geschichte der deutschen

Juden, Hamburg, derzeit am Forschungsprojekt »Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland – ein deutscher Judenrat?«

Ausgewählte Veröffentlichungen: »Jüdische Mischlinge«. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999; Herausgeberin (zus. mit Hermann Simon), Juden in Berlin 1938-1945, Berlin 2000 (englisch: dies./Chana Schütz [ed.], Jews in Nazi Berlin. From Kristallnacht to Liberation, Chicago 2009).

FRANCIS R. NICOSIA, 1978 PhD an der McGill University, Montreal; er ist Raul Hilberg Distinguished Professor of Holocaust Studies an der University of Vermont, Burlington, und arbeitet derzeit an einer Studie zur deutschen Nahostpolitik in der NS-Zeit.

Ausgewählte Veröffentlichungen: Zionism and Anti-Semitism in Nazi Germany, Cambridge 2008; The Third Reich and the Palestine Question, London 1985 u. 2000.

KIM WÜNSCHMANN, PhD Candidate am Birkbeck College, University of London; sie arbeitet im dortigen Forschungsprojekt »Before the Holocaust: Concentration Camps in Nazi Germany, 1933-1939« über jüdische Häftlinge und die Konzentrationslager der Vorkriegszeit.

Veröffentlichungen: Cementing the Enemy Category: Arrest and Imprisonment of German Jews in Nazi Concentration Camps, 1933-1938/39, in: Journal of Contemporary History, Vol. 45 No. 3 (Juli 2010).

Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden

- Bd. 24 Monika Richarz (Hg.), Die Hamburger Kauffrau Glikl – Jüdische Existenz in der frühen Neuzeit, Hamburg 2001.
- Bd. 25 Rotraud Ries, J. Friedrich Battenberg (Hg.), Hofjuden. Ökonomie und Interkulturalität: Die jüdische Wirtschaftselite im 18. Jahrhundert, Hamburg 2003.
- Bd. 26 Heiko Morisse, Jüdische Rechtsanwälte in Hamburg. Ausgrenzung und Verfolgung im NS-Staat, Hamburg 2003. (vergriffen)
- Bd. 27 Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Herausgegeben von Marion Kaplan und Beate Meyer, Göttingen 2005.
- Bd. 28 Deutsch-jüdische Geschichte als Geschlechtergeschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Herausgegeben von Kirsten Heinsohn und Stefanie Schüler-Springorum, Göttingen 2006.
- Bd. 29 Reinhard Rürup, Emanzipationsprobleme. Jüdische Geschichte und moderne Gesellschaft, Göttingen 2006. (In Vorbereitung)
- Bd. 30 Andreas Brämer, Leistung und Gegenleistung. Zur Geschichte jüdischer Religions- und Elementarlehrer in Preußen 1823/24 bis 1872, Göttingen 2006.
- Bd. 31 Monika Preuß, Gelehrte Juden. Lernen als Frömmigkeitsideal in der frühen Neuzeit, Göttingen 2007.
- Bd. 32 Andreas Gotzmann, Jüdische Autonomie in der Frühen Neuzeit. Recht und Gemeinschaft im deutschen Judentum, Göttingen 2008.
- Bd. 33 Miriam Rürup, Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886-1937, Göttingen 2008.
- Bd. 34 Irmela von der Lühe, Axel Schildt, Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), »Auch in Deutschland waren wir nicht mehr wirklich zu Hause«. Jüdische Remigration nach 1945, Göttingen 2008.
- Bd. 35 Ulrike Pilarczyk, Gemeinschaft in Bildern. Jüdische Jugendbewegung und zionistische Erziehungspraxis in Deutschland und Palästina/Israel, Göttingen 2009.
- Bd. 36 Marion Kaplan, Zuflucht in der Karibik. Die jüdische Flüchtlingssiedlung in der Dominikanischen Republik 1940-1945, Göttingen 2010.

Wallstein

e-mail: info@wallstein-verlag.de · www.wallstein-verlag.de

Marion Kaplan
Zuflucht in der Karibik
Die jüdische Flüchtlingssiedlung
in der Dominikanischen Republik 1940-1945

288 S., 32 Abb., geb., Schutzumschlag,
ISBN 978-3-8353-0511-3

Zwischen 1940 und 1945 ließen sich einige hundert jüdische Flüchtlinge aus Europa in Santo Domingo in der Dominikanischen Republik nieder und gründeten dort, in Sosúa, eine Siedlung mit Schulen, landwirtschaftlichen Kooperativen und einem reichen kulturellen und religiösen Leben. Ihre Geschichte steht im Zentrum dieses Buches, für das die US-amerikanische Historikerin Marion Kaplan eine große Anzahl archivalischer Quellen und lebensgeschichtlicher Interviews ausgewertet hat. So kommen die Hoffnungen und Erwartungen der Flüchtlinge zur Sprache, ihre Anpassungsleistungen in der für sie fremden karibischen Welt, ihre Erfolge, aber auch ihr Scheitern: Die meisten von ihnen verließen ihr Exil-land nach Kriegsende. Zudem beleuchtet die Autorin die Rolle der übrigen Protagonisten dieses kleinen Dramas am Rande der großen Politik: Die dominikanische Regierung, die als einzige jüdische Flüchtlinge aufnahm, als sich ihnen alle anderen Türen verschlossen; die US-Regierung, die das Unternehmen zunächst positiv beurteilte und dann ihre Meinung änderte; das American Jewish Joint Distribution Committee, das das Siedlungsprojekt unterstützte und verwaltete; und schließlich die dominikanischen Arbeiter, die Sosúa mit aufbauten – ein Kaleidoskop aus Stimmen und Perspektiven, das zudem deutlich macht, auf welch vielfältige Probleme politische Flüchtlinge bis heute stoßen.

Wallstein

e-mail: info@wallstein-verlag.de • www.wallstein-verlag.de